

Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt: Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs

Ullrich, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ullrich, P. (2013). *Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt: Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs*. Göttingen: Wallstein. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53719-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Peter Ullrich

**Deutsche, Linke und
der Nahostkonflikt
Politik im
Antisemitismus- und
Erinnerungsdiskurs**

Wallstein

Peter Ullrich
Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt

Peter Ullrich
Deutsche, Linke
und der Nahostkonflikt

*Politik im Antisemitismus- und
Erinnerungsdiskurs*

Unter Mitarbeit von Daniel Bartel,
Moritz Sommer und Alban Werner

Mit einem Vorwort von
Micha Brumlik



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung der Axel-Springer-Stiftung

Der Autor dankt der Rosa-Luxemburg-Stiftung
für die Unterstützung bei den Arbeiten an diesem Buch.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2013
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Frutiger
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co. GmbH und Co KG, Göttingen
ISBN (Print) 978-3-8353-1362-0
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2467-1

Inhalt

Micha Brumlik

Vorwort 7

Einleitung:

Nahostengagement, Erinnerung und Wissenspolitiken 13

Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt: zwischen radikalen Identifikationen und politischem Lernen

KAPITEL 1

Lernprozesse 21

KAPITEL 2

Vielgestaltiger und fragmentierter Antisemitismus 51

KAPITEL 3

Rassismus, Islamfeindlichkeit und deutscher Exzeptionalismus
(*zusammen mit Moritz Sommer*) 91

KAPITEL 4

Fazit: Universalismus und die Drohung des Partikularen 113

Deutsche und andere Hintergründe

KAPITEL 5

Antisemitismus, Shoah und »deutsche Verantwortung« –
die (Nach-)Wirkungen des Nationalsozialismus
im medialen Nahostdiskurs 117

KAPITEL 6

Nationaler Kommunismus nach Auschwitz –
die DDR und die Jüdinnen und Juden.

Ein Bilanzierungsversuch 129

KAPITEL 7

Kritische Diskursanalyse – Darstellung anhand der Analyse
der Nahostberichterstattung linker Medien

(zusammen mit Daniel Bartel, unter Mitarbeit von Kornelia Ehrlich) . . . 145

Zur Debatte um die Partei »DIE LINKE«

Zur Einführung 165

KAPITEL 8

Den Leisen ein Mikrofon 167

KAPITEL 9

Ist »DIE LINKE« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritik«
und ihre Kritiker

(zusammen mit Alban Werner) 171

Literatur 189

Register 204

MICHA BRUMLIK

Vorwort

Es war die aus Wien stammende Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik – Theodor W. Adorno arbeitete mit ihr zusammen –, die sich kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges in den USA mit der Fähigkeit, Ambivalenzen ertragen zu können, auseinandersetzte. Aus entwicklungspsychologischer Perspektive stellte sie fest, »dass manche Individuen eher dazu befähigt sind, positive und negative Eigenschaften ihrer Eltern zu sehen und Gefühle von Liebe und Hass ein und derselben Person gegenüber ohne allzu große Angst oder Konflikte zu akzeptieren, während andere das Bild der Eltern entweder als ganz und gar gut oder schlecht dramatisierten«.¹

Diese kindliche Haltung stellt sich moralpsychologisch als Privileg der Jugend dar: Jugendliche dürfen und sollen – zumindest in modernen Gesellschaften – Eindeutigkeit und Entschiedenheit sowohl fordern als auch an den Tag legen: Erst die Konfrontation starker, eindeutiger Haltungen mit der meist komplexen Wirklichkeit kann schließlich zu Standpunkten führen, die der Realität, auch den moralischen Realitäten, gerecht werden. Für den Bereich weltanschaulicher Differenzen hat die von Frenkel-Brunswik untersuchte Haltung mangelnden Ertragens von Ambivalenzen ihren prägnantesten Ausdruck in Carl Schmitts 1927 erstmals publizierter Schrift »Der Begriff des Politischen« gefunden, in der dieser begabte, korrupte und zugleich zutiefst antisemitische Autor die unversöhnliche Beziehung zwischen »Freund« und »Feind« als Grundkonstellation aller Politik zu bestimmen suchte. Über die Tauglichkeit dieser Unterscheidung streitet die politische, die postmarxistische Philosophie, etwa bei Chantal Mouffe und Ernst Laclau, bis heute; indes: dass derlei Haltungen – d. h. unversöhnliche, auf das Verstummen des Gegners gerichtete Polemik,

1 Else Frenkel-Brunswik: Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Personality Variable, in: *Journal of Personality*, 18, 1949, S. 115.

für demokratisches Streiten und Zusammenleben zerstörerisch sind, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Wenn überhaupt, so besteht Politik eben auch im Suchen nach alternativen Lösungen für vermeintlich unlösbare Probleme – das »Freund/Feind« Schema aber ist nichts anderes als Ausdruck des seinerzeit von Kanzler Gerhard Schröder gern beschworenen TINA Prinzips – »There Is No Alternative«.

Entsprechend ist das Freund/Feind-Schema, jedenfalls in Deutschland und jenseits paranoider Sekten, kaum noch zu finden – mit einer Ausnahme: der politischen Kultur der deutschen Linken in ihrer ganzen Breite, und zwar dort, wo es um die Einschätzung und Bewertung des Staates Israel und seiner Politik geht. Hier stehen sich selbsternannte »Israelfreunde« und »Israelkritiker« in und mit einer Unversöhnlichkeit gegenüber, die in der Tat an die letzten Tage der Weimarer Republik erinnert. Auffällig ist hier allemal die Semantik: Niemand käme auf die Idee, etwa mit Bezug auf China oder die USA von »Chinakritik« oder »Chinafreunden« bzw. von »USA-Kritik« oder »USA-Freunden« zu sprechen; mit Blick auf den Staat Israel aber ist es in der deutschen Umgangssprache der Jahrtausendwende ganz selbstverständlich, den Ausdruck »Israelkritik« zu verwenden. Ansonsten findet sich diese Semantik nur noch in den Begriffen »Kapitalismuskritik«, »Islamkritik« und »Staatskritik«.

Der linguistische Befund verweist darauf, dass der Staat Israel im politischen Bewusstsein vieler Deutscher, auch der meisten Linken, mehr und anderes ist als irgendein Staat mit all seinen Licht- und Schattenseiten. Dass dem so ist, kann nicht weiter verwundern: Der von Deutschen nach 1938 arbeitsteilig an sechs Millionen europäischen Juden begangene Massenmord, die Shoah, »Holocaust« genannt, hat in der Geschichte der Bundesrepublik – weniger in der Geschichte der DDR, die das über Jahrzehnte verdrängt hat – tiefe Spuren hinterlassen; sowohl in der politischen Kultur als auch in persönlichen Lebensgeschichten. Es war die Generation der Groß- oder sogar Urgroßeltern der heute Dreißigjährigen, die – individuell sehr unterschiedlich – an diesen Verbrechen beteiligt war; eine Generation, die geschwiegen hat und erst spät, im Rahmen einer dann doch liberalen Kultur, gezwungen war, Antworten zu geben oder verbissen, und damit Schuld zeigend, zu schweigen.

Sich dazu politisch und moralisch zu verhalten war sowohl für die Generation der sogenannten »68er« als auch für all jene, die ihnen in ihrer Kritik an deutscher Politik und Kultur folgten, unvermeidlich und unumgänglich. Da sich aber die Auseinandersetzung mit deutscher Politik allemal auch auf die Außenpolitik zu beziehen hatte, lag es nahe, war es unvermeidlich, sich auch mit dem Staat Israel auseinanderzusetzen. Der Staat Israel aber hat seit nunmehr bald fünfzig Jahren jene zunächst Jordanien zugehörigen Teile des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina, die nach mehrheitlicher völkerrechtlicher Meinung nicht zu Israel gehören, besetzt, besiedelt und kolonisiert.

Im Selbstverständigungsdiskurs der deutschen Linken, sofern sie radikal sein wollte, musste der Staat Israel, und seine Politik, daher als aggressiver, vom deutschen Kapital unterstützter imperialistischer Staat oder eben als letzter Rest eines kritischen, linken Projekts gelten.

So etwa bei Stephan Grigat, bei dem die »antideutsche«, proisraelische Variante linker Politik ihren prägnantesten und genauesten Ausdruck gefunden hat: »Solange die emanzipative Überwindung von Staat und Kapital keine Aussicht auf Erfolg hat«, so Grigat, »gilt es, kritische Theorie als entfaltetes Existenzialurteil zu betreiben (vgl. Horkheimer 1937: 201) und an einem materialistisch zu interpretierenden zionistischen kategorischen Imperativ festzuhalten: alles [sic! M.B.] zu tun, um die Möglichkeiten reagierender und präventiver Selbstverteidigung des Staates der Shoahüberlebenden aufrecht zu erhalten«. Hier man wird rückfragen müssen – wirklich »alles«? Grigat jedenfalls ist nicht vorzuwerfen, sich Illusionen zu machen: »Vor diesem Hintergrund ist die Parteinahme für Israel, für die man sich keine Sekunde lang darüber hinwegzutäuschen braucht, daß staatliche Verteidigungsmaßnahmen immer auch zu grauenerregenden Übergriffen führen, eine zwingende Konsequenz aus der kommunistischen Kritik.«² Kommunistische Kritik als Legitimation für »grauenerregende Übergriffe«? Die Geschichte der Linken und ihrer Verstrickung in den Stalinismus hat die Aporien dieser Haltung zur Genüge bewiesen. Vor allem aber: Im Staat Israel leben zwar auch Überlebende der Shoah, sie aber wurden keineswegs respektiert und geehrt, sondern im Gegenteil – wie Tom Segev, auf reiches Quellenmaterial gestützt, nachgewiesen hat – instrumentalisiert, ja verhöhnt.³

Schließlich: so sehr es zutrifft, dass die Gründung des Staates Israel auch eine Folge des Holocaust, genauer des Zweiten Weltkrieges war, so wenig waren Zweiter Weltkrieg und Holocaust letztlich Ursache dieser Staatsgründung.⁴ Der staatsgründende Zionismus entsprang zwei Quellen: der »nationaljüdischen« Reaktion auf den europäischen, nicht zuletzt russisch-zaristischen Antisemitismus sowie der damals gängigen nationalistischen Denkweise, die auch jüdische Intellektuelle ergriffen hatte; nicht zuletzt war es der erste Premier Israels, David Ben Gurion, der immer wieder betonte, dass der Zionismus kein philanthropisches Unternehmen sei. Dass der Staat Israel schließlich gegründet werden und sich auch militärisch behaupten konnte, verdankte der Jischuw jedoch in erster Linie dem Sieg der britischen Truppen über die deutsche Wehrmacht bei El Alamein im Jahr 1942, sodann den Stimmen der Sowjetunion und ihrer Satelliten in den Vereinten Nationen und schließlich der militärischen Unterstüt-

2 S. Grigat: Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus. Freiburg: ça ira-Verlag 2006, S. 115-129.

3 T. Segev: Die siebte Million, Reinbek 1995.

4 Vgl. M. Brumlik, Kritik des Zionismus, Hamburg 2007.

zung des jungen Staates durch die Tschechoslowakei – nachdem die arabischen Staaten gegen jedes Völkerrecht die von den UN beschlossene Teilung Palästinas nicht akzeptierten und den jungen Staat angriffen.

Aus diesen historischen Fakten aber folgt: Sich zum Staat Israel heute so zu verhalten, als ob er die einzige Zuflucht verfolgter Juden sei, stellt nichts weiter als eine nachgeholte Rettungsphantasie dar. Dabei fällt zudem auf, dass sich diese Sichtweise ihre Antisemiten immer so zurechtlegt, wie es gerade passt: nämlich als solche, die die Juden, wenn auch vielleicht ungern, überhaupt entfliehen lassen würden ... Was aber, wenn heutige Verfolger die Juden ebenso wenig aus ihrem Herrschaftsbereich entlassen würden, wie das die Nationalsozialisten und ihre Kollaborateure nach 1940 taten?

Der vorliegende, von Peter Ullrich verfasste Band will dieses Spiel »radikaler Identifikation und geborgter Identitäten«, sei es mit dem Staat Israel und den Juden oder sei es mit den Palästinensern zugunsten eines politischen Realitätsprinzips, beenden. Dabei soll es zunächst darum gehen, »allzu naheliegende Fallen« zu vermeiden, »die darin bestehen, Antisemitismus innerhalb der Linken entweder zu ignorieren und zu banalisieren oder, anders herum, sein Vorkommen in alarmistischem Duktus zu übertreiben, indem Antisemitismus von einem auch in der Linken vorkommenden Problem zum besonderen Problem der Linken gemacht wird.«

Dem Autor, der kein weiteres Geschichtsbuch schreiben will, sondern einen sozialwissenschaftlichen, diskursanalytischen Zugang wählt, geht es darum, die in der linken Streit(un)kultur zu Israel geübte »extreme Moralkommunikation«, die »Komplexität verschleiert, indem Ein-Eindeutigkeit von Zuordnungen suggeriert wird«, aufzulösen und damit den inflationären Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs auf seinen tatsächlichen Gehalt und Gebrauch hin zu untersuchen – aber auch umgekehrt darum, extreme Feindbilder und Feinderklärungen gegen den Staat Israel, die eine angeblich »internationalistische« und »antiimperialistische Solidarität« mit den Palästinensern vorbringt, zu kritisieren. Sofern es dabei um Antisemitismus in der Linken und in der Partei DIE LINKE geht, ist ein kritisches Durchmustern entsprechender Klischees in der Geschichte der Arbeiterbewegung ebenso vonnöten wie – nun doch noch einmal – eine Überprüfung der Geschichte der DDR in ihrer Haltung zu den wenigen Juden, die dort lebten, und zum Staat Israel, gegen den zu agitieren die Führer der SED erst aufhörten, als sich das Ende ihres eigenen Staates abzeichnete.

Es zeichnet den Band aus, dass er sich bei alledem, anders als das sonst die Teilnehmer/innen der Debatte tun, kaum wohlfeil beliebig herausgepickter jüdischer Zeugen und Quellen bedient, und damit etwa das letztlich doch antisemitische Spiel der Gegenüberstellung »guter« versus »böser« Juden mitspielen würde. Tatsächlich lässt sich aus der innerjüdischen Debatte über Siedlungs-

und Friedenspolitik in Israel von rechts bis links für jede Position ein Beleg finden. Darin, dass der Autor der vorliegenden Bände (wie auch seine Mitstreiter bei einzelnen Kapiteln) diesen Fehler nicht begeht, hebt er sich vorteilhaft von mancher publizistischen, keineswegs jüdischen, Stimme ab, die sich in unverfrorener Selbstgerechtigkeit wähnt, sich polemisch mit der »jüdischen Identität« von Autoren auseinanderzusetzen, die ihre spezifische, ja nur vermeintlich israelfreundliche Haltung nicht teilen. Es ist, und auch das zeichnet den vorliegenden Band aus, eine nationale, eine deutsche Debatte, die ehrlich und in eigener Verantwortung geführt werden muss und gerade daher – anders als die negativ auf Deutschland fixierten, dafür umso deutscheren »Israel-freunde« – sich von diesem unbewusst weiterwirkenden Negativnationalismus befreien kann.

Damit trägt der vorliegende Band Erhebliches zur politischen Aufklärung bei, denn Aufklärung besteht darin, so schon Immanuel Kant, sich aus selbstverschuldeter Unmündigkeit zu befreien, kurz: sich seines Verstandes ohne Leitung anderer zu bedienen. Den Mut, dies zu wagen, hat der Autor unter Beweis gestellt – der Sache nach mit großem Erfolg. Wer sich heute ein eigenständiges Urteil zur »Nahostproblematik« bilden will, wird um eine geduldige Auseinandersetzung mit allen Argumenten dieses Bandes nicht herumkommen.

Einleitung: Nahostengagement, Erinnerung und Wissenspolitiken

»Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem
Gehirne der Lebenden.«

Karl Marx, »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«

Die Gaza-Hilfsflottille, Antisemitismusvorwürfe gegen die Partei DIE LINKE¹, aufgebrachte Reaktionen auf Günter Grass' Gedicht »Was gesagt werden muss« – in schöner Regelmäßigkeit finden sich Anlässe, zu denen in der Bundesrepublik auch und gerade die politische Linke mit aller Vehemenz über den Nahostkonflikt sowie das Verhältnis zu Israel und den Palästinenser/innen streitet. Dann wird die Anerkennung von sogenannten »Basisbanalitäten« gefordert oder die unbedingte und sofortige Trennung von bestimmten Strömungen forciert oder das Gegenüber klar im Lager der Reaktion verortet. Die am lautesten wahrnehmbaren Stimmen kennen oft nur ein Entweder-oder: Sie verfügen über unverbrüchliche Identifizierungen mit einer der Konfliktseiten, bekämpfen sich gegenseitig auf Basis festgefügtter Feindbilder, äußern – obwohl Zweifel doch so oft angebracht wäre – mit äußerst geringer Selbstreflexion verbundene rigide Antisemitismusvorwürfe oder weisen – das andere Extrem – solche mit schon fast verblüffender Leichtigkeit reflexhaft zurück. Immer verbunden ist die Debatte mit einer Diskussion über die Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord und die Frage, wie Deutsche sich zu Israel zu verhalten haben, was aus unserer Geschichte zu lernen und abzuleiten sei. (Nicht-)Erinnerung ist dabei immer wieder präsent, manchmal explizit, manchmal als in seiner konkreten Wirkung auf die Beteiligten gar nicht bewusster Rahmen für politische Positionierungen und politisches Handeln im Hier und Jetzt.

1 Der offizielle Parteiname lautet »DIE LINKE« bzw. im Parteilogo »DIE LINKE.«. Synonym wird hier auch der Begriff »Linkspartei« verwendet. Der Begriff »die Linke« steht ansonsten im Folgenden immer für die gesamtgesellschaftliche Strömung.

Solche Auseinandersetzungen, nicht selten ein Austausch von Verbalinjuri-
en, sind typisch für die deutschen, stark erinnerungspolitisch überformten
Nahostdiskurse. Sie verstellen aber den Blick auf andere Entwicklungen, auf
politische Lernprozesse und die Entstehung diverser, teils recht komplexer
Sichtweisen auf den Konflikt. Auch die wissenschaftlich-analytische Darstel-
lung verfällt, aus nachvollziehbaren Gründen, aber dennoch zu Unrecht, oft in
binäre Muster, wenn sie die linke Nahostdebatte beschreibt.² Und schon stehen
da »antideutsche Israelfreunde« gegen »linksradikale Israelfeinde« (Kloke 2007,
S. 315f.). Damit ist zwar das Spektrum der Meinungen durch seine Extreme
umrahmt, die Komplexität der Gesamtdebatte jedoch lange nicht erfasst. Um
beide Aspekte soll es daher in diesem Buch gehen: einerseits um die Zuspitzun-
gen, die auch in linken Nahostdebatten immer wieder zu extremsten Partiku-
larismen, bis hin zu antisemitischen und rassistischen Ausfällen, führten, und
andererseits um die Möglichkeiten und Lernerfolge auf dem Weg zu mehr
Komplexität und einer Versachlichung der deutschen linken Nahost- und An-
tisemitismusdebatte.

In diesem Sinne ist das Buch auch ein (Zwischen-)Fazit einer mittlerweile
15-jährigen Beschäftigung mit der Thematik. Die aufgenommenen Texte zu
bestimmten Einzelaspekten oder Hintergründen der Debatte sind zum Teil
schon andernorts veröffentlicht worden, jedoch schwer zugänglich. Für dieses
Buch wurden sie überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Der ge-
samte erste (und umfangreichste) Teil des Buches ist komplett neu entstanden
und versucht zugleich Einführung, Zusammenfassung und dabei Resümee
eines jahrelangen Nachdenkens und Forschens über den vertrackten Fall zu
sein.

Mit diesem Buch verbindet sich in gewissem Sinne auch eine über die wis-
senschaftliche Analyse hinausgehende politisch-moralische Zielstellung. Diese
kann grob mit den Schlagworten *Anerkennung* und *Sprechort* umrissen werden.
Angesichts der häufig so verhärteten Positionen, die in der Debatte aufeinan-
derprallen, soll für Anerkennung der Differenz und der Sinnhaftigkeit ver-
schiedener Standpunkte geworben werden. Bei aller Zuspitzung entbehren
auch extrem entgegengesetzte Sichtweisen oft *beide* nicht eines rationalen
Kerns, den man freilegen kann, denn die verschiedenen Positionen sind aus
ihrer Geschichte verstehbar. Sie reflektieren prägende Kontexte und sind somit
Ausdruck eines bestimmten Sprechortes. Selbst gegensätzliche Positionierun-
gen sind oft Ausdruck geteilter sozialer Voraussetzungen – wie in unserem Fall

2 Entsprechende Binarismen finden sich bei Kloke (2007), Bartel und Ullrich (2008) und
Imhoff (2011). Ein besonders unrühmliches aktuelles Beispiel ist die boulevardeske Skandalisie-
rungsart des an sich wichtige Themen untersuchenden Wolfgang Kraushaar, dessen jüngstes
Buch – äußerst irreführend – schon im Untertitel den Antisemitismus zum konstitutiven Mo-
ment der militanten BRD-Linken erklärt (Kraushaar 2013).

des Nationalsozialismus bzw. des Umgangs mit ihm und seinen Folgen in Deutschland. Weitere solcher Voraussetzungen sind im Folgenden zu erkunden. Wie dabei zu zeigen sein wird, sind solche Sprechorte ursächlich für Grenzen der Erkenntnismöglichkeiten, für blinde Flecken und Befangenheiten. Andererseits ermöglichen sie bestimmtes Wissen, bestimmte Sichtweisen, bestimmte Sensibilitäten. Das Wissen um die Beschaffenheit und Prägekraft des Sprechortes ist aber die notwendige Voraussetzung, um reflexiv eigene und andere Positionierungen auf ihre Entstehungsbedingungen hin zu analysieren und damit diskutierbar und kritisierbar zu machen. Diese Kritik soll hier immer vom Standpunkt universeller freiheitlicher und sozialer Menschenrechte erfolgen, mit dem darin eingeschriebenen emanzipatorischen Ziel der Befreiung *aller* Menschen von Herrschaft und Unterdrückung, Ausgrenzung und Verfolgung, Ausbeutung und Knechtung.

Zugleich soll das Buch – auch hierin Forschungsbeitrag *und* Kritik – bestimmte Aspekte beleuchten, die in der bisherigen Diskussion zu kurz gekommen sind (vgl. Ullrich 2012 c, S. 5). Dazu gehört nicht zuletzt die Analyse von Rassismus und Islamfeindlichkeit in der Nahostsolidarität. Angesichts linker Antisemitismen, von unsäglichen Gleichsetzungen Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland bis hin zu Gewalt gegen jüdische Einrichtungen, und angesichts der spezifischen Fokussierungen des deutschen Diskurses, führte ein allgemeiner rassismuskritischer Blickwinkel (im falschen Gegensatz zu einem anti-antisemitischen) bislang eher ein Schattendasein in der Forschung.³ Zumindest ein weiterer Schritt soll in diese Richtung gegangen werden.

Im *ersten Teil* des Buches soll es darum gehen, Kernkonzepte meiner Analysen der Thematik auszuführen, mit diesen den Fall überblickshaft darzustellen und zu erklären. Neben den radikalen Identifikationen in linken Nahostpositionierungen soll erläutert werden, wie in paradoxer Weise genau diese durch ihre wechselseitige Konfrontation auch Prozesse kollektiven Lernens ermöglichen. Gesondert wird dabei auf die Anschlussfähigkeit an antisemitische und rassistische Diskurse eingegangen. Der *zweite Teil* geht auf verschiedene speziellere Aspekte der Thematik ein. Hier werden die kulturellen Bedingungen der konflikthaftern Form des deutschen Erinnerungs- und Nahostdiskurses beleuchtet, ebenso der Umgang der DDR mit Judentum, Antisemitismus und Nahostkonflikt (um nicht die gesamtdeutsche Nachwendegeschichte als Fortschreibung nur der *westdeutschen* erscheinen zu lassen) sowie Detailspekte des linken medialen Nahostdiskurses in der BRD. Der *dritte und letzte Teil* vereint

3 Zu den wenigen Ausnahmen in der deutschen und europäischen Wissenschaftslandschaft, die aber größtenteils keine allzu systematische Auseinandersetzung mit den Konzepten Rassismus oder Weißsein vornehmen, gehören die Texte von Schönberger und Koestler (1992), Keßler (1994), Kelemen (1996, 2000), Jäger (2010), Schmid (2004) und Ullrich (2007 a, 2008; Bartel; Ullrich 2008).

Kommentare und Analysen zu einer Debatte, die vor allem in jüngster Zeit für Gesprächsstoff gesorgt hat – die Diskussion um Nahostpolitik und angeblichen Antisemitismus in der Partei DIE LINKE.

Das Buch wendet sich an unterschiedliche Zielgruppen, die sowohl in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (Protest-, Antisemitismus-, Rassismusforschung u. a.) als auch im allgemeinen und besonders im linken politischen Diskurs zu verorten sind. Die grundlegende theoretische Position, aus der heraus dieses Buch geschrieben wurde, soll einleitend kurz und allgemeinverständlich umrissen werden. Diese Darstellung liegt im Vergleich zum Rest des Buches etwas fern vom eigentlichen Thema, ist aber notwendig, um den Leser/innen zu verdeutlichen, aus welcher Perspektive die Analyse erfolgt. Es gibt sicherlich nicht die eine, »objektive« Sicht auf diese Thematik. Unterschiedliche fachliche Hintergründe, Theorietraditionen, erkenntnistheoretische oder politische Standpunkte beeinflussen natürlich die Sicht auf das Forschungsfeld. Verständlich ist der Hauptteil der Darstellung auch ohne diese Grundlegung. Trotzdem sei auch dieser Abschnitt allen ans Herz gelegt.

Wissenschaftliche Positionierung

Die Mehrheit der umfangreicheren wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der linken Sicht auf den Nahostkonflikt, die Palästinenser/innen, den Zionismus und Israel beschäftigt haben, tat dies aus geschichtswissenschaftlicher und eher deskriptiver Perspektive, theoretische Deutungen oder Erklärungen erfolgen darin zumeist ad hoc oder zusammenfassend-induktiv, ohne sozialwissenschaftlich-theoretische Einbettung. Dafür stehen die Beiträge von Mario Keßler, Angelika Timm, Martin Kloke, Wolfgang Kraushaar und Margit Reiter im deutschsprachigen Raum und auf internationaler Ebene Edmund Silberner, Robert Wistrich, Jack Jacobs, Enzo Traverso, Paul Kelemen, Lars Fischer und andere. Der historiographische Fokus ist angesichts einer mittlerweile schon recht langen *Geschichte* dieser Beziehung durchaus angezeigt. Im (nicht strikten, sondern eher ergänzenden) Gegensatz dazu soll hier jedoch ein dezidiert sozialwissenschaftlicher, konkret wissenssoziologischer, Zugang verfolgt werden.

Die Wissenssoziologie ist so etwas wie eine grundsätzliche Haltung, eine Perspektive und Forschungslinie in den Sozialwissenschaften, deren Traditionen sich bis auf die Ideologiekritik von Marx und Engels zurückverfolgen lassen und deren jüngere Vertreter/innen unter Schlagworten wie sozialer Konstruktivismus, Diskursanalyse oder Wissenschaftssoziologie firmieren. Wissenssoziologie interessiert sich für das, was Gesellschaften, Institutionen, Gruppen und die in ihnen handelnden, wahrnehmenden, denkenden und kommunizierenden Menschen wissen und insbesondere für die Ermöglichungsbedingungen dieses Wissens. Mit dem Begriff Wissen wird hier jedoch nicht

nur auf die umgangssprachliche Bedeutung »gesichertes Kenntnis«, »objektive Fakten« oder von den Wissenschaften bereitgestelltes, breit akzeptiertes »Lehrbuchwissen« abgehoben. Vielmehr thematisiert die Wissenssoziologie alle Formen von expliziten oder impliziten Vorstellungen, Anschauungen, Weltbildern und Diskursen über das Funktionieren der Welt wie auch das ganz praktische Wissen, das zur Teilnahme an alltäglichen sozialen Situationen erforderlich ist. Teilbereiche der Wissenssoziologie interessierenden gesamtgesellschaftlichen Wissensvorrats sind entsprechend sowohl die Quantenphysik als auch religiöse Weltbilder oder das Wissen darum, welche Verhaltensweisen innerhalb einer Subkultur (beispielsweise der Palästinakomitees) oder gegenüber einer Vorgesetzten üblich und angemessen sind, wie auch das Wissen, über welches man verfügen muss, um einen Geldautomaten zu bedienen oder im Supermarkt Waren zu erwerben. Diese Wissensvorräte werden einerseits in alltäglicher Wiederholung (oder *Iteration*) aufrechterhalten. Dies erfolgt beispielsweise durch kontinuierliche mediale Benennung eines komplexen Geschehens durch einen lediglich spezifische Teilaspekte thematisierenden Begriff (z. B. »notwendige Reformen« oder »Haushaltskonsolidierung« für etwas, was man alternativ auch »Abbau von Sozialleistungen« nennen könnte). Auch Interaktionen wie der funktionierende Einkauf an der Supermarktkasse oder die habituelle Wahl bestimmter Protestformen durch Solidaritätsgruppen, beispielsweise Demonstrationen oder Streiks, festigen solches Alltagswissen – und sind zugleich ein Ausgangspunkt seiner Veränderungen, entweder durch kleinere, zufällig anmutende Variationen oder insbesondere, wenn Routine und Kontinuität durch das Aufkommen neuer Probleme gebrochen werden. Doch diese Wissensformen entstehen, wie Gesellschaft generell, nicht voraussetzungslos und schon gar nicht durch frei agierende Individuen.⁴ Denn die Menschen machen zwar »ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (Marx 1972). Dies gilt es auch hinsichtlich des verbreiteten »Wissens« ernstzunehmen.

Die klassische Wissenssoziologie, die besonders mit den beiden Namen Peter L. Berger und Thomas Luckmann (2010) verbunden ist, hat sich jedoch schwerpunktmäßig für das lebensweltliche und praktische Wissen, dessen Herstellung in alltäglichen Interaktionen und dessen sozialisatorische Aneignung interessiert. Dies ist in unserem Zusammenhang zweifelsohne wichtig – man bedenke, dass ein Großteil der linken Nahostpolitik von Solidaritätsgruppen und ihren Netzwerken aus Engagierten getragen wird, und entsprechend von deren Identitäten, Gruppenkulturen, Habitusformen und Protestrepertoires. Diese wiederum funktionieren auf Basis von implizitem Wissen, also »Bedeu-

4 Vgl. dazu Baumgarten und Ullrich (2012).

tungen, die Aktivist/innen als selbstverständlich gegeben annehmen, wenn sie explizite Ideologien, Identitäten und Rituale schaffen« (Lichtermann 1998, eigene Übersetzung). Doch dieses Wissen ist zuvörderst ein gesellschaftliches, also überindividuelles, in Strukturen, Institutionen, Normen und Regeln sozialer Praxis geronnenes Wissen. Hinsichtlich des Verständnisses der *sozialen* Bedingungen dieser Wissensvorräte haben in der jüngeren Vergangenheit besonders Michel Foucault und die von ihm mitbegründete Diskursanalyse grundlegende Beiträge geliefert, welche, ohne dies so zu nennen, ebenfalls eine wissenssoziologische Fragestellung verfolgt, dies allerdings in der Tradition von Soziologen wie Émile Durkheim aus einer genuinen Makroperspektive. »Makroperspektive« bedeutet, Gesellschaft von oben zu betrachten, ihr eine Existenz *sui generis* zuzubilligen, anstatt sie nur als irgendwie aggregiertes Resultat der Handlungen von Individuen zu begreifen. Dazu gehört auch, soziale Entwicklungen durch soziale Faktoren zu erklären. Diese Perspektive stellt keinesfalls eine ›theoretische Entmachtung‹ der Menschen dar, wie man vermuten könnte. Aber sie betont die immense Prägekraft der jeweils vorgängigen Gesellschaft.

Mit Begriffen wie »Problematisierungsweisen«, »diskursiven Formationen«, »Epistemen« (grundlegende Erkenntnisweisen und Wissensformen, die sich historisch wandeln), Regierungsweisen (»Gouvernementalität«) auf der einen und Subjektivierung und Subjektkonstruktion auf der anderen Seite werden die den Diskurs mit konstituierenden Akteure ebenso analysierbar wie die von ihnen vorgefundenen Strukturen der institutionellen und mit Machtwirkungen verbundenen Wissensproduktion im gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Dieses Zusammenspiel von Diskursen und Subjekten begründet soziale »Wissensbeziehungen« und »Wissenspolitiken« (Rainer Keller) bis hin zu Kämpfen um (Be-)Deutungen, in denen soziale Bewegungen und politische Strömungen wichtige Faktoren sind, aber eben auch Produkte der von ihnen vorgefundenen sozialen Verhältnisse. Insbesondere diese Perspektive soll im Buch verfolgt werden: Welche Bedingungen prägen das Wissen von Bewegungsakteuren in der Nahostfrage?

Für die Forschung zu sozialen und politischen Bewegungen ist eine solche Perspektive keineswegs selbstverständlich. Der Forschungsmainstream hat in den letzten beiden Jahrzehnten verschiedene sozialtheoretische Entwicklungen, darunter die Diskursanalyse, kaum rezipiert und sich in seinem dominanten Interesse für Protestereignisse, Proteststrategien und Protesterfolg wenig um die Begründungen des Bewegungswissens und die Entstehung ihrer Weltbilder gekümmert, diese vielmehr als gegeben vorausgesetzt. Andere, die den Identitäten und den Zielen politischer Bewegungen durchaus Aufmerksamkeit schenkten, taten dies eher mit dem Augenmerk auf den Einfluss von Bewegungen auf die durch sie sich verändernde Gesellschaft. Hier soll stärker die umge-

kehrte Perspektive verfolgt werden, also wie Gesellschaft politische Akteure in kultureller Hinsicht prägt, auch wenn letztlich nur beide Blickrichtungen gemeinsam ein vollständiges Bild zu zeichnen in der Lage sind. Der hier analysierte Diskurs ist für eine solche Analyse nicht nur aus prinzipiellen, für alle Bewegungsthemen gültigen Erwägungen geeignet, sondern gerade auch, weil wirkliche politische *Erfolge*, also das, was die klassische, strategisch orientierte Protestforschung untersucht, nicht gerade kennzeichnend für die deutsche linke Nahostpolitik sind und es sich doch um ein Thema von dauerhafter Virulenz handelt, in dem starke Weltbilder erklärungsbedürftig sind.⁵

Als ein dauernd präsenter Hintergrund spielt Erinnern dabei eine Rolle. Seit Langem weiß man, dass dieses, bei Individuen wie bei Kollektiven, vor allem als ein Vorgang in der Gegenwart zu verstehen ist, der Funktionen für die Gegenwart erfüllt und keineswegs die gedankliche, textuelle oder audiovisuelle Wiederholung von tatsächlich Geschehenem ist. Das kollektive Gedächtnis, welches die Omnipräsenz bestimmter Vergangenheiten genauso enthalten kann wie das Nicht-Erinnern, das Vergessen oder das Beschweigen und Praktiken des Zum-Schweigen-Bringens, ist in Form der Reflexion auf die deutsche, insbesondere die NS-Geschichte eine der wesentlichen Kontextbedingungen für die deutschen Nahostdiskurse. Dazu soll hier in gegenwartsbezogener Perspektive u. a. untersucht werden, wie der Streit um das ›richtige‹ Erinnern und um die aus dem Erinnerten zu ziehenden Lehren Möglichkeitsräume eröffnet sowie Grenzen der Erkenntnis und sozialer Lernprozesse setzt.

In dieser kurzen Skizze konnte nur die grundlegende Perspektive der Arbeit umrissen werden; alle darüber hinaus gehenden theoretischen Voraussetzungen werden an den entsprechenden relevanten Stellen im Text geschehen.

Standing on the shoulders of ...

Zu den theoretischen kommen auch noch ganz praktische und recht konkrete Voraussetzungen für die Realisierung dieses Buches. Eine finanzielle Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat das Verfassen überhaupt erst ermöglicht wie der Druckkostenzuschuss der Axel-Springer-Stiftung die Drucklegung. Ebenso wichtig wie hilfreich waren die guten Arbeitsbedingungen am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und die herzliche Atmosphäre in der Arbeitsgruppe Zivilengagement unter Leitung von Dr. sc. Eckhard Priller. Teile des Textes entstanden im gemütlichen Exil bei Familie Fritz, mit Blick über die grünen Hügel um Homberg/Efze, weitere am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Hilfreiche Kommentare zum Text

5 Zur ausführlicheren Darstellung des theoretischen Zugangs, der »Wissenssoziologischen Diskursanalyse«, vgl. Keller (2001, 2008), zur Begründung für die Forschung zu sozialen und politischen Bewegungen vgl. Ullrich (2012 b), Ullrich und Keller (2014).

oder wichtige Anregungen durch gemeinsame Gespräche lieferten das Kolloquium »Politik von unten«, Daniel Bartel, Micha Brumlik, Klaus Holz, Reiner Keller, Michael Kohlstruck, Anja Lê, Irit Neidhardt, Franziska Paul, Dieter Rucht, Sebastian Scheele, Moritz Sommer, Simon Teune, Alban Werner und Anna E. Younes. Moritz Sommer hat zudem manchen Fehler und manche Literatur aufgespürt. Ohne seine Hilfe auch zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten wäre das Buch noch nicht fertiggestellt. Auch wenn alle Fehler auf die Kappe des Autors gehen – ohne den Austausch mit den Erwähnten sähe das Buch deutlich anders aus.

DIE DEUTSCHE LINKE UND DER NAHOSTKONFLIKT:

Zwischen radikalen Identifikationen
und politischem Lernen

KAPITEL 1

LERNPROZESSE

Die Zeit der schlimmsten innerlinken »Nahost«-Eskalationen scheint vorbei. Schlägereien auf Demonstrationen, Messerattacken, zerbrochene Freundschaften und zerstrittene Hausprojekte – diese Charakteristika des zudem auch verbal mit härtesten Mitteln geführten »neuen Antisemitismusstreits der deutschen Linken« (Haury 2004), der zusammen mit der zweiten Intifada (im Jahr 2000) ausbrach, scheinen der Vergangenheit anzugehören. Es herrscht aber auch keineswegs Ruhe oder übergroße Einigkeit in dieser Auseinandersetzung. Das israelkritische Gedicht »Was gesagt werden muss« von Günter Grass, die Debatte um Pinkwashing (israelische Selbstdarstellung als homosexuellenfreundliches Land, die Kritiker/innen als Ablenkung von der Besatzungsrealität deuten), die Verleihung des Theodor-W.-Adorno-Preises der Stadt Frankfurt an die Philosophin (und Israelkritikerin) Judith Butler und die Debatte um die Rechtmäßigkeit und Legitimität von religiös motivierten Beschneidungen sorgten im Lauf des Jahres 2012 zwar für Diskussionen entlang bekannter Grenzen, doch die lange Geschichte des Pendelns der bundesdeutschen Linken zwischen den Extremen von Antisemitismus und Philosemitismus, von Israelbegeisterung und Palästinaeuphorie hat möglicherweise erstmals zu einer gewissen Stabilisierung auch ausgewogenerer, postidentifikatorischer Positionen geführt. Gemeint sind damit Standpunkte im Nahostkonflikt, die auf die eine oder andere Art über den einfachen Gegensatz »für Israel« oder »für Palästina« hinausweisen und damit erfolgreiche Lernprozesse signalisieren. Die Aufgabe dieses Kapitels ist es daher nicht, erneut die gesamte Geschichte der linken Nahostpolitik nachzuzeichnen – das ist anderswo besser geleistet worden¹ –,

1 Die umfangreichste Darstellung der Geschichte westlinker Nahostrezeption bis 1990 stammt von Martin Kloke (1994); für Darstellungen mit anderen Perspektiven und besonders die Entwicklungen nach 1990 siehe Haury (1992), Später (2003), Hanloser (2004a) und Ullrich (2008). Andere befassen sich mit einzelnen Organisationen oder Bewegungssektoren wie der

sondern sie vielmehr in ihren Grundzügen zu charakterisieren und dabei nachzuzeichnen, wie gerade aus extremen Positionierungen und starken Pendelbewegungen der Solidaritäten öffentliche Lernprozesse resultieren konnten, in denen sich komplexere Sichtweisen auf die Thematik ausdifferenzieren und stabilisieren konnten. Dabei geht es in der Darstellung vor allem um die Bedingungen, die für die beobachteten Lernprozesse verantwortlich sind, das heißt um die Einbettung der linken Nahostdiskurse in ihren diskursiven Kontext.

Pendelnde Solidarisierungen

Die Pendelbewegung, die historisch dem vorausgeht, was hier als öffentlicher Lernprozess bezeichnet wird, begann in der BRD der fünfziger Jahre als eine ausgeprägte Israelsympathie, ja teilweise philosemitisch konnotierte Begeisterung für den neuen jüdischen Staat. In dieser Affinität mischten sich unterschiedliche Motive, insbesondere das Empfinden von Schuld, Versagen oder schlicht Entsetzen über die Verbrechen an den Jüdinnen und Juden, aber auch Begeisterung über die sozialistischen (aber eben nicht kommunistisch-bolschewistischen) Traditionen Israels wie das Kibbuzwesen. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Israel (1965) und insbesondere mit dem Sechstagekrieg von 1967 zeichnete sich eine rasante Wende ab. Unter dem Banner des antiimperialistischen Internationalismus, im Zeichen der Hoffnung auf die revolutionäre Kraft der nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont und im kriegsinduzierten Schock, im Verlaufe dessen sich herausstellte, dass Israel gar nicht dem projektiv überhöhten Bild der Tugendhaftigkeit entsprach, stattdessen sogar zur Besatzungsmacht wurde, und während der konservative Mainstream seine Begeisterung für Israel entdeckte – in dieser Situation schwenkte die deutsche Linke um. Bis weit in die achtziger Jahre hinein dominierte fortan eine linke Solidarität mit den unter der Besatzung lebenden, leidenden und sich dagegen auch erhebenden Palästinenser/innen, die sich bei nicht unerheblichen Teilen der Linken zu einer grundlegenden israelfeindlichen Orientierung auswuchs. Die Zuspitzung der Kritik an der israelischen Besatzung hatte sich in der Solidaritätsszene, in Teilen der militanten Linken, bei den K-Gruppen und später den Autonomen zu einem antizionistischen Weltbild verfestigt (Haury 1992), was am prononciertesten wohl in der politischen Selbstbezeichnung als Antizionist zum Ausdruck kommt (Ullrich

Globalisierungskritik (Knothe 2009; Pfahl-Traughber 2011) und der Situation in anderen Ländern wie Österreich (Reiter 2001), der Schweiz (Späti 2005) oder Großbritannien (Edmunds 2000; Ullrich 2008). In der Broschüre »Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliographie« (Ullrich 2012c) gebe ich eine kurze Einführung in die wichtigsten wissenschaftlichen Untersuchungen zum gesamten Komplex europäischer linker Positionierung im Themenfeld seit dem 19. Jahrhundert.

2008, S. 248 f.). Für einen Teil der Aktivistinnen war und ist der Kampf gegen den Zionismus zentraler Inhalt ihres politischen Engagements. Auch alle anderen Themen werden dann durch diese »Brille« betrachtet und in anderen Diskussionen werden die entsprechenden Personen immer wieder ihr Hauptanliegen zum Ausdruck bringen – egal, in welchem Forum, egal, was eigentlich dort Thema ist. Die Strukturen dieser Weltsicht sind festgefügt und nicht leicht durch widersprüchliche Erfahrungen zu verändern. Das weltbildhafte dieses Antizionismus liegt auch in seiner hohen emotionalen und identitären, also für die politische Identität der Betroffenen basal konstitutiven Bedeutung. Gerade dieses Moment der identitären Abschließung war und ist einer der Gründe für das mögliche und nicht selten reale Umschlagen der Kritik beispielsweise in antisemitisches Ressentiment (dazu Kap. 2). Die Verfestigung des Antizionismus und seine judenfeindlichen Auswüchse waren immer wieder Anlass für Kritik und Debatten – zaghaft in den siebziger Jahren, eruptiv in den achtziger Jahren, dauerpräsent nach 1990.² Keineswegs lässt sich im Rückblick eine unverbrüchliche Einigkeit der Linken in einem grenzenlosen Israelhass konstruieren, wie dies übermotiviert Kritiker/innen gelegentlich unterstellen (vgl. Ullrich 2008, S. 171).

Mit dem Aufkommen der antinationalen oder antideutschen Strömung zu Beginn der neunziger Jahre zeichnet sich ein neuer Schwenk ab, der am Ende, ganz besonders deutlich ab der Jahrtausendwende wieder eine proisraelische Position im bundesdeutschen linken/linksradikalen Diskurs institutionalisiert.³ Diese Bewegung war von Anfang an stark durch erinnerungspolitische Themen motiviert, inklusive einer Antisemitismuskritik, die immer raumgreifender wurde, nach und nach die Zentralstellung in ihrem Diskurs einnahm und schließlich in eine komplette Affirmierung des In-Schutz-Genommenen umschlug, die fast alles als »jüdisch« apostrophierte umfasst und bis hin zu einer Solidarisierung mit Positionen der israelischen Rechten reichen kann. In dieser Strömung entstand ein ganz spezifisches »Denken nach Auschwitz« (Diner 1988), das den Zwang beinhaltet, mehr oder weniger alle Ereignisse durch die Brille von deutscher »Schuld und Erinnerung« (Holz; Müller; Traverso 2002) zu betrachten. Der harte Kern der »Antideutschen« beziehungsweise der

2 Die zu verschiedenen Anlässen geführten Diskussionen um linke Positionierungen zum Nahostkonflikt haben ihren Niederschlag auch in zahlreichen Sammelbänden gefunden, die einen Nachvollzug der Entwicklung quasi »von innen« erlauben (Ästhetik und Kommunikation e. V. u. a. 1983; Schneider u. a. 1987; Redaktion Arbeiterkampf 1988; Brumlik u. a. 1991; Renger 1994; Bischof u. a. 2000; BUKO-Ratschlag 2004; Brosch u. a. 2007; Hawel u. a. 2010; Timm 2012).

3 Einige der Debatten auf diesem Weg stellt – wenngleich etwas unsystematisch – Peter Nowak (2013) dar. Eine große Katalysatorfunktion kam der Auseinandersetzung um die Friedensbewegung und den zweiten Golfkrieg (1991) zu; siehe dazu die immer noch lesenswerte Darstellung von Schönberger und Koestler (1992).

israelolidarischen Linken konstruiert eine Welt, in der nur von deutschem (Un-)Geist beseelte Antisemit/innen ihr Unwesen treiben, während die meisten anderen Aspekte linker Kritik als absolut nachrangig abgetan werden. Stabilisiert wird dieses Weltbild – in formaler Parallelität zum Antizionismus, wenn auch unter anderen Vorzeichen – durch eine Mystifikation Israels. Das Schlagwort von der »einzigsten Demokratie im Nahen Osten« leitet ein affirmatives Zerrbild von Israel, welches bestenfalls etwas mit dem bunten Nachtleben von Tel Aviv zu tun hat. Nicht in dieses Bild passen einerseits die Brutalität und auf dauerhafte Erniedrigung und Enteignung der Palästinenser/innen ausgerichtete Kontinuität und stete Vertiefung der Besatzung und andererseits die extrem autoritäre Entwicklung in Israel selbst: vom zunehmenden Einfluss der Ultraorthodoxen und Nationalreligiösen und der ihnen zu verdankenden zunehmenden Geschlechtersegregation über den extrem chauvinistischen Großmachtdiskurs und offiziellen Rassismus bis hin zum voranschreitenden Sozial- und Demokratieabbau. Gleichwohl muss auch betont werden, dass »antideutsch« auch ein Stigmawort und ein Kampfbegriff ist, der schnell in Anschlag gebracht werden kann und als Ticket zur Delegitimierung von Positionen dient, die als zu wenig israelkritisch angesehen werden. Gerade Blogs und Internetforen sind – leicht nachprüfbar – reichlich gefüllt mit Hassreden gegen »die Antideutschen«, den »BAK-Shalom« (israelolidarischer Bundesarbeitskreis der Linkspartei-Jugend) und andere. Dies kann auch Personen und Organisationen treffen, die ansonsten mit den Positionen der antideutschen Strömung im engeren Sinne wenig zu tun haben und reduziert politisch-ideologische Komplexität in einem unzulässigen Maß, erfüllt aber die Funktion des diskursiven Ausschlusses von Kontrahent/innen. Trotzdem kann an dem Begriff für die Strömung festgehalten werden, weil es mit eben diesem Wort verbundene organisatorische, strukturelle und ideologische Netzwerke mit einer gewissen Binnenkohäsion gibt (anders Nowak 2013, S. 33).

Doch mittlerweile gibt es in der Linken also Palästinafreund/innen, Israelfreund/innen und immer deutlicher vernehmbar auch Stimmen, die sich einer solchen einseitigen Parteinahme enthalten, verschiedene Aspekte der Ansichten der Extrempole für sich kombinieren oder sich als Folge der teils heftigen Konfrontationen lieber einer allzu deutlichen Positionierung in diesem Themenbereich schlicht entziehen, die real existierenden Widersprüchlichkeiten ertragen und ihrer Hoffnung auf eine friedliche Zukunft für *alle* Menschen in Palästina/Israel Ausdruck verleihen, auch wenn es oft nur ein »Zeichen paradoxer Hoffnung« sein kann. Mit dieser Formulierung überschreibt die deutsche NGO »medico international« ihr Engagement in Palästina/Israel:

»Die Region lässt uns als deutsche Hilfsorganisation auch aus historischen Gründen wenig Raum, unbeteiligt oder gar neutral zu sein. Zu sehr ist un-

sere eigene Geschichte mit der Israels, und damit letztlich auch mit dem Schicksal der Palästinenser verwoben. Die Achtsamkeit gegenüber der eigenen Geschichte ist aber auch Ausgangspunkt unseres Engagements für universelle Demokratie und Gleichheit aller Menschen. Die Fähigkeit, sich der gemeinsamen Welt zu öffnen, bewährt sich im Kampf um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen eines Lebens in Würde. Zusammen mit unseren israelischen und palästinensischen Partnern betreiben wir intensive Lobbyarbeit [für] eine kohärente Nahost-Politik, die darauf abzielen muss, zu einer friedlichen Lösung der Konflikte vor Ort beizutragen.« (medico international 2011)

»Medico international«, eine traditionsreiche ärztliche Hilfsorganisation mit linkem Background, begründet damit ihr gesundheitspolitisches und -praktisches Engagement für Hilfsbedürftige in Israel *und* Palästina. Im Anliegen ähnlich argumentieren Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso (2002) in einem nach seiner Veröffentlichung viel diskutierten Text, der sich gegen die Radikalisierung proisraelischer Antideutscher wendete:

»Die Solidarität mit PalästinenserInnen gegen die Militärdiktatur in den von Israel besetzten Gebieten und mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit des linken Internationalismus darstellen. Diese Solidarität schließt selbstredend eine deutliche Kritik aller antisemitischen, völkisch-nationalistischen bzw. islamistischen Töne diverser palästinensischer Strömungen mit ein.«

»Dieser Komplexität« von internationalistischer Solidarität und zugleich geforderter erinnerungspolitischer Sensibilität und klarem Kampf gegen Antisemitismus »kann man nur mit einer differenzierten Position gerecht werden« (ebd.), die nicht durch kritiklose Identifikation mit einer Seite gekennzeichnet ist.⁴ Was aus diesen, sich gleichwohl einer Parteilichkeit nicht entziehenden Texten spricht, sind Töne, die sich deutlich von den schrillen geborgten Identitäten der Überidentifizierten unterscheiden, die entweder in Israel die neuen Nazis (antizionistische Variante) sehen oder sich mit der Parole »Hu-, Hu-, Hubschraubereinsatz« zum deutschen Sprachrohr israelischer Besatzungs- und Großmachtpolitik machen (»antideutsche« Variante).⁵ Sie anerkennen damit

4 Ein aktuelleres Beispiel in diesem Sinne ausgewogen argumentierender (also verschiedene legitime Sichtweisen ernst nehmender) Positionierung ist die Erklärung der Assoziation für Kritische Gesellschaftsforschung (2012) zur Verleihung des Frankfurter Adorno-Preises 2012 an Judith Butler, die wegen ihrer Positionen zu Israel und zur Hamas in die Kritik geraten war.

5 Ersteres hat eine traurig-lange Geschichte, viele Belege beispielsweise bei Martin Kloke (1994) und hier in Kapitel 2. Der Ruf nach den bewaffneten Flugobjekten der israelischen Armee (in Anspielung auf die gezielte Tötung des Hamas-Führers Scheich Ahmad Yassin durch

die innere Widersprüchlichkeit dieses Politikfeldes, in welchem Sichtweisen der Erinnerungspolitik in Deutschland und der internationalen Politik oft nicht leicht in Einklang zu bringen sind, und versuchen nicht, dieses Widerspruchsverhältnis einseitig (schein)aufzulösen.

Länderspezifika erklären

Diese gesamte Bewegung, dieses Hin und Her der deutschen Linken zwischen Israel und Palästina ist erklärungsbedürftig. Jeder vollzogene Schwenk mag noch aufgrund der jeweils neuen Rahmenbedingungen und Akteursmotive in sich als halbwegs plausibel erscheinen. Abseits dieser Pendelbewegung gab es jedoch immer auch eine Kontinuität der Nahostsolidaritäten. In allen Lagern der politischen Linken⁶ und darüber hinaus sind Gruppierungen und Organisationen sowohl der Palästina- als auch der Israelsolidarität vorhanden. Nur im traditionskommunistischen Feld spielen Israelfreund/innen quasi keine Rolle. In allen anderen Feldern der linken politischen Landkarte sind die Konfliktpole in Arbeitskreisen, Vereinen, Freundschaftsgesellschaften, Akademien, Austauschprogrammen, Hilfsprojekten und vielem mehr organisiert. Doch die Kontinuität der Besetzung des Nahostkonflikts mit libidinöser Energie (Kloke 1994, S. 321) durch deutsche Linke, die wechselnden Konjunkturen von Zuneigung zu einer Seite und die dabei auftretenden strukturellen Gemeinsamkeiten müssen noch andere Ursachen haben. Ein vergleichender Blick ist für Aufklärung in dieser Frage hilfreich, ja essenziell. Denn erst der Vergleich ermöglicht das Erkennen von Spezifika des eigentlich interessierenden Gegenstandes. Er kann deutlich machen, was typisch für einen Fall ist, also hier, was typische Elemente des *deutschen* Nahostdiskurses sind. Er leistet aber noch etwas, nicht zu Unterschätzendes: Im Vergleich wird deutlich, was am interessierenden Fall *keinen* Ausdruck findet, was de-thematisiert wird, verschwiegen bleibt – was also in diesem Diskurs keine Repräsentation findet und ihm damit ebenso Gestalt verleiht wie das, was expliziert wird.

Auch in anderen Ländern, beispielsweise Großbritannien, ist der Nahostkonflikt ein identitätsstiftendes und emotional aufgeladenes Thema für linke Engagierte.⁷ Ganz anders als hier ist es jedoch vor allem eine die Linke unterschiedlicher Strömungen einigende Thematik. Solidarität mit Palästina und

Israel im Jahre 2004) begleitete verschiedene Demonstrationen oder beispielsweise einen Vortrag der deutschen Islamwissenschaftlerin Helga Baumgarten im Sommer des Jahres 2005, die in Leipzig zu einem differenzierten Bild von islamistischen Bewegungen beitragen wollte, was aber vom Leipziger »Bündnis gegen Antisemitismus« als glatte Apologie interpretiert wurde.

6 Ich unterscheide Sozialstaatslinke, Traditionskommunismus, radikale Linke und das Feld der Neuen Sozialen Bewegungen (ausführlich dazu Ullrich 2008, S. 108-116).

7 Für eine ausführliche Darstellung der britischen linken Sichtweisen auf den Nahostkonflikt vgl. Ullrich (2008, S. 233 ff.).

harte bis rabiate Kritik an Israel sind dort gemeinschaftsstiftend. Nur wenige, absolut marginale Akteure der radikalen Linken und der linksliberalen Ränder des linken Feldes weichen davon ab, indem sie auch Verständnis (in noch selteneren Fällen explizite Solidarität) für Israel propagieren, oder die Linke für ihre teilweise Dämonisierung Israels (oder noch seltener: für Antisemitismus) kritisieren. Doch gestritten wird im britischen Diskurs eher um Details: Wie stark sollte man sich mit den Palästinenser/innen solidarisieren? Welche Konfliktlösung strebt man an – binationaler Staat oder Zweistaatenlösung? Welche Mittel des palästinensischen Kampfes hält man für legitim? Sollte man also beispielsweise Selbstmordattentate nicht kommentieren, auch wenn man sie nicht mag, weil sie eben der schwachen Lage der Palästinenser/innen entsprechen? Doch eine emphatische Ablehnung der Besetzung und eine klare Solidarität zuerst (oder ausschließlich) mit den unter Besetzung lebenden, meist eben schlicht *den* Palästinenser/innen, ist unumstritten. Damit wird eine grundsätzliche Differenz zum deutschen linken Diskurs deutlich.

Offensichtlich reicht in einer ländervergleichenden Betrachtung das Kriterium der ideologischen Zugehörigkeit zur Linken nicht aus, um ausreichend wenigstens die grundsätzliche Orientierung in der Nahostfrage vorzugeben. Dabei ist Linkssein eigentlich ein zumindest in Europa relativ stabiles Orientierungsmuster, mit dem bestimmte grundlegende Wertvorstellungen und Weltansichten verbunden sind. Prinzipiell – mit gleich zu erörternden Brechungen – gilt dies zunächst auch für die Wahrnehmung des Nahostkonflikts. Untersucht man die lange Auseinandersetzung der Linken und der Arbeiter/innenbewegung mit Judentum, Antisemitismus, Israel, Palästina und Nahostkonflikt, so wird man einen gewissen Bias feststellen.⁸ Links zu sein heißt im Nahostkonflikt in der Regel und in den meisten Ländern, mehr oder weniger stark die Palästinenser/innen zu unterstützen bzw. Israel kritisch bis feindlich gegenüberzustehen. Dies gilt zumindest für weite Teile der radikalen, außerparlamentarischen, libertären und sozialistisch-kommunistischen Linken.⁹ Den Hintergrund dieser Solidarisierung bildet einerseits die reale Struktur des Nahostkonflikts, in dem Macht und damit Gestaltungschancen asymmetrisch und die Rollen von Besatzern und Besetzten sowie die davon abgeleitete Vorstellung von Opfern und Tätern klar verteilt sind. Besetzung, Militärregime, Ausnahmerecht – dafür erscheint linke Solidarität höchst unplausibel. Anderer-

8 Es gibt eine Vielzahl grundlegender Werke zu verschiedenen Epochen (Haury 2002; Silberner 1962, 1983; Jacobs 1994; Keßler 1994; Kelemen 1996, 2000; Braukmann 2007; Fischer 2007). Ullrich (2012 c) stellt die wichtigsten Bücher zur Debatte in Form von Abstracts vor.

9 Dies gilt nicht für die Sozialdemokratie, in der sich aufgrund von Antisemitismus, Antibolschewismus und revisionistischer Kolonialpolitik schon früh eine bis heute wirksame prozionistische Orientierung gebildet hat (Keßler 1993 a, 1994; Kelemen 1996, 2000). Zu dieser Spaltung der Linken auch in der Nahostfrage vgl. Ullrichs (2007 a, bes. S. 40f.) Zusammenfassung des historiographischen Forschungsstandes.

seits reichen die Wurzeln dieser Sichtweisen bis in die Frühzeit der Arbeiter/innenbewegung zurück und damit auf Debatten, während denen der Israel-Palästina-Konflikt in seiner heutigen Form noch gar nicht existierte, sich aber bereits ein antizionistischer Bias herausbildete. In diesen Bias gingen verschiedene Elemente ein:¹⁰

- antisemitische Vorstellungen im Frühsozialismus;
- Unterschätzung des Antisemitismus und Hoffnung auf die Bekehrung von Antisemit/innen zum Sozialismus aufgrund einer dominanten Vorstellung innerhalb der marxistischen Arbeiter/innenbewegung vom Antisemitismus als einem mittelalterlichen Relikt, welches im Zuge kapitalistischer und erst recht sozialistischer Umgestaltung ohnehin obsolet würde (dies unterscheidet sich von heutigen Antisemitismusanalysen, die den Antisemitismus gerade als Reaktion auf kapitalistische Modernisierung verstehen);
- davon ausgehend, insbesondere im kommunistischen Teil der Bewegung eine (universalistische) Ablehnung des Zionismus als im Sinne des gemeinsamen revolutionären Interesses »spalterisches« Partikularprojekt (wobei die spezifische Unterdrückung von Jüdinnen und Juden, besonders in Osteuropa, häufig nicht wahrgenommen wurde);
- im Stalinismus phasenweise antisemitischer Antizionismus, gekennzeichnet durch (ausführlich dazu Kapitel 2 und 6):
 - Nichtanerkennung jüdischer Nationalität im essenzialistischen Nationskonzept;
 - Strukturähnlichkeiten zwischen dem zur Herrschafts- und Legitimationsideologie verkommenen Marxismus-Leninismus (nicht dem Marxismus an sich!) und dem Antisemitismus (Manichäismus, Personalisierung, kollektive Identitätskonstruktion)
 - linken Nationalismus und strategischen Antisemitismus im Zuge der Legitimationsversuche bei der Etablierung der Volksdemokratien in Osteuropa;
 - Konstruktion einer jüdisch-zionistischen Verschwörung.

Den wichtigen linken Traditionen des Kampfes gegen den Antisemitismus (vgl. bspw. Keßler 1994; Jacobs 1994; Volkov 2000b; Braukmann 2007), den Lenin, Trotzki, Bebel und andere mit Verve und Überzeugung führten, stehen also in Bezug auf den Zionismus und den entstehenden Nahostkonflikt hoch problematische Entwicklungen gegenüber. Dieses *historische* Erbe, welches in den als Antizionismus verbrämten antijüdischen Verfolgungen und Schauprozessen der vierziger und fünfziger Jahre seinen Tiefpunkt fand, findet also

10 Diese Übersicht wurde modifiziert aus Ullrich (2012b, 2007a) entnommen.

ebenso seinen Niederschlag in linken Konfliktdeutungen wie die *aktuellen* medialen Bilder, politischen Kampagnen oder eigenen Erfahrungen in der betroffenen Region. Ein besonders drastisches aktuelles Beispiel für diesen reaktionären Antizionismus, der mit dem Internationalismus Trotzki und Luxemburgs nicht viel gemein hat, bietet der Internetauftritt der »Kommunistischen Initiative«¹¹, die damit aber für Teile der orthodox-stalinistischen Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung steht, welche sich selbst als »anti-revisionistisch« begreifen. Auf der Startseite sieht man gleich mehrfach die Köpfe von Marx, Engels, Lenin und Stalin (!). Daneben befindet sich ein Plakat mit der Überschrift »Eine Front gegen Zionismus, Imperialismus und Krieg!«. Im erläuternden Text, der wenig von orthodox-stalinistischen Positionen längst vergangener Jahrzehnte abweicht, wird dargestellt, wie »die Völker« unter den »imperialistischen Mörderbanden« leiden,¹² zu denen insbesondere Israel gezählt wird. Der Zionismus rückt somit ins Zentrum des Abgelehnten, ja »Bösen«, der politische Kampf richtet sich also *partikular* gegen den jüdischen Nationalismus.

Natürlich gibt es keine bruchlose Kontinuität, beispielsweise zwischen stalinistischen Positionierungen der vierziger Jahre und Positionen kommunistischer Parteien heute. Wenn auf besagter Webseite in Anspielung auf die berühmte, immer wieder Georgi Dimitroff zugeschriebene Faschismusdefinition des Exekutivkomitees der Komintern¹³ zu lesen ist, das sich im »Brückenkopf des US-Imperialismus« (Israel) »zunehmend die reaktionärsten, chauvinistischsten, rassistischsten und profaschistischen Kräfte des Imperialismus im Kampf gegen die Völker« finden, also Israel und der Nationalsozialismus de facto gleichgesetzt werden, so ist das innerhalb der Linken ein in dieser Hinsicht radikales, aber marginales Randphänomen, vertreten durch kleine Splittergrüppchen (auch wenn diese sich in absoluter Selbstüberschätzung gelegentlich für den Hort der kommenden Revolution halten). Viele Veränderungen der weltpolitischen Lage und ideologische Konflikte und Neupositionierungen haben spätestens seit 1989 zu teilweise immensen Verschiebungen geführt; namentlich vom Stalinismus haben sich weite Teile der kommunistischen Bewegung bewusst losgesagt (andere waren gar nicht erst in dieser Verlegenheit). Doch *als Teil* des linken Traditionsbestands, der prägenden Geschichte der Gesamtlinken, die heute weiter ein verwobenes, strömungsübergreifendes

11 <http://www.kommunistische-initiative.de/> [2012-10-18].

12 Vgl. Klaus Holz (2001) zur Camouflage-Taktik der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen »den Völkern« (die als »Werkätige« affirmiert werden) und Israel (welches im Gegensatz dazu in Gänze, quasi als Nicht-Volk, dem Imperialismus zugeschlagen und delegitimiert wird).

13 Sie lautet: »Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.«

Netzwerk darstellt, ist dieses Erbe ernstzunehmen, weil seine Spuren nicht verschwunden sind und bis heute immer wieder aktualisiert werden können.

Die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem, wie geschildert, gänzlich anders strukturierten britischen Diskurs können jedoch nicht umfassend durch die innere Widersprüchlichkeit des linken Erbes (Anti-Antisemitismus einerseits und Antizionismus mit teilweise antijüdischen Konnotationen) erklärt werden. Die Verortung in einer politischen Grundtendenz, also der Linken, reicht nicht aus; offensichtlich gibt es Unterschiede in den nationalen politisch-kulturellen Kontexten, die so unterschiedliche Diskurse hervorbringen. Es zeigt sich, dass, z. T. unabhängig von der konkreten Solidarität mit der einen oder anderen Seite, die Problematisierungsweisen oder Deutungsmuster des Nahostkonflikts in verschiedenen Ländern voneinander abweichen (Ullrich 2008). So gibt es in Großbritannien einerseits das Deutungsmuster »Besatzung«, welches menschenrechtliche, völkerrechtliche und andere Aspekte des israelisch-palästinensischen Machtgefälles thematisiert. Linke Thematisierung des Nahostkonfliktes findet fast ausschließlich in diesem Rahmen statt. Nur eine marginale Rolle spielt das Deutungsmuster »Demokratische Lösung« (Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung) und das Deutungsmuster »Antisemitismus« (meist wird aber Antisemitismus nur als von außen unberechtigt vorgebrachter Vorwurf zurückgewiesen). In das dominante Deutungsmuster geht nicht nur der aufgeführte linke Traditionsbestand und die aktuelle reale Konfliktstruktur ein, sondern auch die Spezifik der britischen Linken, die als Opposition in einem ehemals weltumspannenden Empire einerseits über besonders ausgeprägte antiimperialistische und antikolonialistische Orientierungen verfügt und andererseits auch in ihrem schon lange multikulturell geprägten Land über eine Tradition der Verbindung mit Kämpfen der schwarzen Bevölkerungen aus den ehemaligen Kolonien (Großbritannien war als Mandatsmacht bis zum überstürzten Rückzug 1947 quasi Kolonialmacht Palästinas). Zwei relevante diskursive Kontexte,¹⁴ der allgemeine linkspolitische und der nationale, verstärken zusammen eine bestimmte Deutung des Nahostkonflikts.

Genau diese Situation liegt in Deutschland nicht vor. In der deutschen Nahostdebatte, auch in der linken, konkurrieren sehr unterschiedliche Deutungsmuster, die einerseits oft als inkompatibel empfunden werden, andererseits jedoch jeweils über hohe Legitimität verfügen, also in der Situation der Widersprüchlichkeit in Wettstreit miteinander treten. Auch in der deutschen Linken gibt es das Deutungsmuster »Besatzung«. Ihm gegenüber stehen aber Mit-

14 An anderer Stelle spreche ich von diskursiven Gelegenheitsstrukturen (Ullrich 2008, 2012 b). Der Begriff »diskursiver Kontext« wird synonym dazu verwandt, ist aber besser geeignet, die generelle Prägekraft des Kontextes auszudrücken, weil er nicht den rationalistisch-strategisch eingengten Beigeschmack des Wortes »Gelegenheitsstruktur« hat (Ullrich; Keller 2014).

bewerber, insbesondere die Deutungsmuster »Deutsche Verantwortung« und »Antisemitismus« (vgl. dazu auch Kap. 5). Innerhalb des ersten wird diskutiert, welche Folgerungen für den deutschen Umgang insbesondere mit Israel aus der NS-Geschichte und Auschwitz zu ziehen seien; innerhalb des zweiten, welche Akteure, Handlungen und Ideologie antisemitisch oder zumindest dem Antisemitismus verwandt oder anschlussfähig sind. Innerhalb dieser Deutungsmuster gibt es keineswegs Einigkeit in der Positionierung. Diese begriffliche Differenz zwischen Deutungsmustern und Positionierungen ist entscheidend; ein Deutungsmuster ist der diskursive Rahmen der Erörterung oder Problematisierung (was wird wie diskutiert?) und nicht identisch mit der konkreten Positionierung (welcher konkrete Standpunkt und welche politische Entscheidung wird darin eingenommen?). Dies sei an zwei Schlagworten des Diskurses zum Thema »Deutsche Verantwortung« verdeutlicht. Man kann innerhalb des Deutungsmusters »Deutsche Verantwortung« (also: Welche Lehren gibt uns Deutschen die deutsche Geschichte auf?) die Lehre ziehen, dass es nie wieder Krieg geben dürfe und damit die eigene Ablehnung der israelischen Besatzung begründen; man kann auch die Lehre »Nie wieder Auschwitz ziehen« und seine Wachsamkeit fortan auf Erscheinungsformen des Antisemitismus richten oder gar, wie unisono die konservative Angela Merkel und der Linken-Politiker Gregor Gysi, Solidarität mit Israel zum Bestandteil deutscher Staatsräson erheben. Die drei für den deutschen Diskurs basalen Deutungsmuster des Nahostkonflikts können in verschiedenen Diskussionen, medialen Repräsentationen und in den Meinungen einzelner Gruppen oder Menschen einzeln und in unterschiedlichsten Mischformen auftauchen.

Will man die extremen Zuspitzungen und letztlich auch die Lernerfolge der deutschen Nahostdebatte erklären, ist es wichtig, zu verstehen, dass die vom linken diskursiven Kontext nahegelegten und die aus dem gesamtdeutschen politischen Kontext herrührenden Deutungsmuster oft besonders schwer vereinbar, ja sogar höchst widersprüchlich sind. Dass die linksdeutsche Nahostdebatte ein seit Jahrzehnten mit Verve und Vehemenz geführter andauernder Metadiskurs (also nicht nur ein Diskurs über den Nahostkonflikt, sondern ein Diskurs über den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt) ist, hat hierin seine Ursache: in der Inkompatibilität hoch relevanter (salienter) Bezugspunkte und Kontexte, deren Widersprüchlichkeit kognitive Dissonanzen verursacht. Die Nahostdiskurse sind kollektive Versuche der Bewältigung dieser Unsicherheit. Die Inkompatibilität der Deutungsmuster zeigt sich an den meisten Punkten der Nahostdiskussion. Daraus resultiert zum einen eine Konfrontation von Akteuren, die klar für unterschiedliche Deutungsmuster Position beziehen. Daraus resultieren zum anderen aber auch Versuche, die Widersprüche aufzulösen oder doch die Dissonanzen abzuschwächen und die Konflikte durch vermittelnde Positionen zumindest abzuschwächen.

Bevor ich in der Argumentation en détail zu Letzterem, also zum eigentlichen Hauptpunkt kommen kann, muss also Ersteres verdeutlicht werden. Hier besteht allerdings ein oben schon angerissenes Darstellungsproblem, welches auch die gesamte wissenschaftliche und politische Debatte um die Thematik kennzeichnet. Die Extrempositionen kontrastieren stärker. Sie sind daher bestens geeignet, das Spektrum vorhandener Positionierungen zu beschreiben und Tendenzen zu markieren. Sie sind leichter zu artikulieren und klarer wahrzunehmen. Wenn in der wissenschaftlichen Beobachtung der Debatte solche Schemata reproduziert werden, wird nicht nur eine möglicherweise vorhandene simplifizierende Selbstwahrnehmung des Feldes reproduziert, sondern diese Reproduktion wirkt wiederum verstärkend zurück auf ihr eigenes Beobachtungsobjekt, da die Grenzen zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Debatte hier fließend sind. Die Beschreibung der Antagonismen und Maximalkontraste lässt sich trotzdem nicht umgehen. Wohl aber sollte man sich immer vor Augen halten, dass diese nur einen ganz spezifischen Aspekt innerhalb der Komplexität des Gesamtfalls darstellen.

Inkompatible Deutungsmuster

Einige Beispiele sollen hier verdeutlichen, wie die Entscheidung für bzw. das Geprägtsein durch bestimmte Deutungsmuster sehr unterschiedliche Positionierungen hervorrufen kann. Die internationale Kampagne »Ship to Gaza«, die seit 2008 Hilfsgüter in den Gazastreifen zu transportieren versucht, sollte im Jahr 2010 erneut, diesmal unter Führung des Flaggschiffs Mavi Marmara, die Blockade des Gazastreifens durchbrechen, die Israel seit der Machtübernahme der Hamas in diesem Gebiet aufrechterhält. Diese Aktion evozierte all die erwähnten Einordnungsschwierigkeiten für die deutsche Linke. Man konnte die Flottille als konkrete Hilfsmaßnahme für die unter Besatzung und absoluter Verarmung leidende Bevölkerung des Gazastreifens deuten oder den angestrebten Durchbruch als möglichen symbolischen Erfolg gegenüber der illegitimen Besatzungsmacht. Um diese Ziele zu erreichen, waren die beteiligten linken Aktivist/innen bereit, sich auf ein Bündnis einzulassen, welches in seiner Breite Elemente umfasste, die wohl nur schwerlich der politischen Linken zuzuordnen sind. So entstand eine Koalition, deren Zustandekommen bei anderen Anlässen nur eine geringe Plausibilität hätte. Insbesondere die Beteiligung der türkischen Hilfsorganisation IHH am Konvoi des Jahres 2010 war der Auslöser heftigster Vorwürfe gegen die Flottille. Der IHH wird eine Nähe zum islamistischen Terrorismus, zum Antisemitismus und zum türkischen Ultranationalismus vorgeworfen. Mehrere Kritiker/innen berichteten von antisemitischen Rufen, die das Auslaufen des Schiffes begleitet haben sollten (andere widersprechen dem). Sprichwörtlich für die brisante politische Mischung

wurde das »Frauendeck«. Als die israelische Marine in einer rechtlich sehr umstrittenen und am Ende blutigen Aktion (neun Menschen wurden von der israelischen Armee getötet und weitere verletzt) die Schiffe vor Gaza aufbrachte, waren viele Frauen der mehreren Hundert mitgereisten Aktivist/innen »zu ihrer Sicherheit« auf einem sogenannten »Frauendeck« eingesperrt. Die radikalen Antizionist/innen konnten über solche, aus feministischer Sicht, dubiosen Aspekte hinwegsehen, verwiesen auf den Aktionskonsens der Gewaltfreiheit und verteidigten die IHH und andere zweifelhafte Akteure.¹⁵ Die Kritiker/innen der Aktion hingegen fokussierten sich derart auf diese Ambivalenzen, dass es ihnen gelang, das humanitäre Anliegen zu ignorieren und die Kampagne auf den Versuch »linke[r] Antisemiten ihrem Hass auf Israel öffentlichkeitswirksam Gehör verschaffen«¹⁶ zu reduzieren. Die heterogen zusammengesetzten Aktivistinnen wurden in der radikalen antisemitismuskritischen Zuspitzung zu einem »auf diesen Augenblick eingeschworene[n] Lynchkommando«, gegen das sich die israelischen Soldaten »nur verteidigen konnten, indem sie eine Handvoll der todeswütigen Angreifer erschossen«¹⁷ – eine merkwürdige Einschätzung israelsolidarischer »antideutscher« Gruppen angesichts der Tatsache, dass der Angriff auf die Schiffe von der israelischen Armee ausging. Verschiedene Deutungsmuster können in dieser Situation also unterschiedliche Bewertungen nahelegen. Das Deutungsmuster »Besatzung« ermöglicht aus linker Sicht eine Solidarität mit der Flottille, die durch das Deutungsmuster »Antisemitismus« oder in diesem Fall auch aus feministischer oder antinationalistischer Sicht zumindest deutlich erschwert wird. Diese Inkompatibilität gleichzeitig hoch relevanter Deutungsmuster ist der Motor des linken deutschen Nahostdiskurses und der Antrieb für die ablaufenden Lernprozesse.

Ähnlich stellt sich die Debatte um BDS dar. BDS steht für »Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen« und ist eine 2005 von palästinensischen Organisationen ins Leben gerufene und mittlerweile weltweit unterstützte Kampagne mit dem Ziel der Beendigung von Israels »Besatzung, Kolonialismus und Apartheid«¹⁸. Dieses Ziel soll insbesondere durch einen Boycott israelischer Produkte, aber auch akademischer und Kulturinstitutionen, den Abzug von Investitionen und die Einführung völkerrechtlicher Sanktionen erreicht werden.¹⁹

15 Die Sicht der Linke-Politiker/innen dokumentiert die Webseite von Inge Höger: [http://www.inge-hoeger.de/index.php?id=36929&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=47745&tx_ttnews\[backPid\]=36927](http://www.inge-hoeger.de/index.php?id=36929&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=47745&tx_ttnews[backPid]=36927) [2012-09-07].

16 Aus einem Text einer Hallenser israelsolidarischen Antifa-Gruppe: <http://bonjourristesse.wordpress.com/2010/12/25/heimkehr-einer-veteranin/> [2013-04-22].

17 Aus einem israelsolidarischen/antideutschen Weblog: <http://realization.info/texte/linkeideologie/linkeideologie010.html> [2013-04-22].

18 <http://www.bdsmovement.net/BNC> [2012-09-13].

19 Informationen zur Kampagne bietet die Webseite www.bdsmovement.net, für einen Einblick über die Kontroverse um BDS vgl. Vogler, Forbger und Ullrich (2011).

Die Debatte um BDS verlief entlang ähnlicher Muster bzw. auf der Grundlage derselben strukturell widersprüchlichen Situation. In der Bundesrepublik wurde insbesondere die Boykottforderung zum Politikum. Eine erfolgreiche Boykottkampagne, so stünde zu befürchten, bräuchte ein Maß an antagonistischer Lagerbildung und Stigmatisierung, dass sie möglicherweise die in der Bevölkerung bestehenden antisemitischen Ressentiments, die sich oft an Israel festmachen, immens anheizen würde. Es sei hier daran erinnert, dass israelbezogener Antisemitismus ein hoch virulentes Phänomen darstellt. Fast ein Viertel der Bevölkerung stimmte in aktuellen Umfragen der Aussage zu »Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer«, weitere 30 % stimmen zumindest teilweise zu (Ullrich u. a. 2012, S. 78). Ältere Umfragen kamen zu noch höheren Zustimmungswerten (Expertenkreis Antisemitismus 2011, S. 55). Insbesondere aber wurde – zu Recht – immer wieder kritisiert, dass die Forderung nach einem Boykott Israels gerade in Deutschland eine besondere Konnotation habe. Die Ablehnung der Kritiker/innen und nicht zuletzt die Ablehnung der Kampagne durch viele deutsche Jüdinnen und Juden ist nur zu verständlich, wenn man sich den kulturellen Kontext verdeutlicht. Der Boykott jüdischer Geschäfte gehörte zu den ersten mit Gewalt und Pogromen durchgesetzten antijüdischen Aktionen der Nazis, die in Auschwitz gipfelten und die nur ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung Deutschlands überlebte. Verdeutlicht man sich weiter den Hass, der Jüdinnen und Juden auch nach dem Krieg entgegenschlug, und der nur langsam sank, und verdeutlicht man sich den auch heute weiterhin in relevantem Ausmaß bestehenden Antisemitismus (vgl. Kap. 2), dann ist es nicht verwunderlich, dass diese Kampagne bedrohliche Assoziationen wachruft und die berechtigte Angst, dass sie Ressentiments schüren und auch von Antisemit/innen dankbar aufgegriffen werden kann (Vogler 2011). Es sollte eigentlich kein besonders außergewöhnliches Maß an Sensibilität erforderlich sein, um diese Befindlichkeiten nachzuvollziehen, selbst wenn sich der Boykott nicht gegen Jüdinnen und Juden, sondern gegen Israel richtet. Und Israel ist nun einmal *auch* der Staat der Überlebenden der Shoah und ein sich selbst als jüdisch definierender Staat.

Das Deutungsmuster, das den BDS-Befürworter/innen entgegengehalten wurde, verwundert nicht. Israelsolidarische Gegner/innen des Boykotts waren sich schnell einig, dass dieser ein Ausdruck von Antisemitismus sei. Dabei liegt in diesem Schnellsch(l)uss ein Denkfehler vor: Angesichts einer formalen Parallelität von NS-Judenboykott und BDS wird wesentliche Gleichheit unterstellt. Diese kann bestehen, ergibt sich aber nicht aus der Form. Dass es Gründe gibt, dem Boykott gegenüber reserviert zu sein oder ihn abzulehnen, macht diesen noch lange nicht zum Ausdruck antisemitischen Ressentiments. Denn auch in diesem Streit »kann es *legitime unterschiedliche Positionen* geben, die es auszuhalten gilt« (Zimmer-Winkel; Newerla 2011, Hervorh. PU). Kathrin

Vogler, linke Bundestagsabgeordnete und langjährige Friedensaktivistin, erkennt denn auch wesentliche Ziele von BDS an, wobei sie bei einigen mangelnde Klarheit und damit Offenheit für reaktionäre Interpretationen kritisiert. Sie lehnt aber trotzdem aus den geschilderten und weiteren Gründen das gewählte Mittel ab und macht sich stark für eine Überwindung der Opferperspektive, die die Selbstwahrnehmung aller an diesem Konflikt Beteiligten bestimmt, und fordert stattdessen »die Wahrnehmung und Anerkennung der Sorgen, Ängste und Interessen der jeweiligen anderen Seite« (Vogler 2011, S. 14). Das Dilemma für eine sensible, aufgeklärte und vermittelnde linke Position ist nur zu deutlich, wenn man sich dem Thema nur aus einer Perspektive, also: im unterkomplexen Rahmen nur eines Deutungsmusters nähert. Die verarmende und teilweise hungernde Bevölkerung unter Besatzung ist legitimes Objekt linker Solidarität, aber kaum die autoritäre Gaza-Führung aus islamistischen Hamas-Kadern, die verschiedensten linken Werten entgegensteht. Aktionen zur Unterstützung der Besetzten verdienen Solidarität, jedoch nicht jede Aktionsform und nicht alle möglichen Bündnispartner/innen und ihre möglicherweise höchst unterschiedlichen Motive.

Die beiden hier angesprochenen Konfliktfelder, die Gaza-Flottille und die BDS-Kampagne, waren dann auch zentrale Diskussionspunkte der im Frühjahr und Sommer 2011 geführten Debatte um vorgeblichen und tatsächlichen Antisemitismus in der Partei DIE LINKE. Der dritte Teil des Buches widmet sich dieser in aller Ausführlichkeit, doch hier soll der Streit schon kurz skizziert werden. Denn es handelte sich dabei einerseits um den größten, auch massenmedial ausgetragenen Streit um linke Nahostpolitik und Antisemitismus der vergangenen Jahre und andererseits verdeutlichte er so paradigmatisch die Konflikte und Lager innerhalb der deutschen Debatte. Ein Auslöser der Diskussion war die Beteiligung der Linksparteiabgeordneten Inge Höger und Annette Groth sowie des ehemaligen Linkspartei-MdB Norman Paech an der Gaza-Flottille, ferner Boykottforderungen gegenüber Israel aus der Linken, ein antisemitisches Flugblatt auf einer Duisburger Linken-Internetseite, Auftritte Högers mit einem Schal, der eine Abbildung Palästinas *ohne* Israel zeigte, und anderes mehr. Zwei Wissenschaftler mit politischem Hintergrund in der israel-solidarischen/antideutschen Szene hatten in einem Aufsatz antisemitische und andere Vorfälle in der Partei DIE LINKE und ihrem Umfeld skandalisiert (Salzborn; Voigt 2011a) und nach einer Vorabveröffentlichung durch die *Frankfurter Rundschau* griffen die meisten Medien das Thema auf. Der Streit um Wahrheitswert und Berechtigung der Kritik an der Linken schlug hohe Wellen und kulminierte in einer Bundestagsdebatte. Der »kritische« Text war aber fast so skandalös wie das zu Recht Kritisierte. Die Autoren zeichneten ein Zerrbild einer durch und durch antisemitischen Linkspartei. Das gelang ihnen, indem sie einen unglaublich weiten und unscharfen Antisemitismusbegriff zu-

grunde legten, systematisch entkontextualisierte Belege verwendeten, die entsprechen vereindeutigend ausgelegt wurden, und Gegenargumente, besonders nicht ins Bild passende Parteibeschlüsse, systematisch unterschlugen. Zudem wurden lokale Einzelbeispiele völlig unzulässig auf die gesamte Partei beziehungsweise deren Außenpolitik generalisiert.²⁰ Es ist verwunderlich, wie solch eine Arbeit in einer angesehenen Zeitschrift gedruckt werden konnte, denn es handelte sich um nichts anderes als eine politische Kampfschrift gegen DIE LINKE, notdürftig in ein wissenschaftliches Gewand gekleidet. Als Polemik entsprach sie den Gepflogenheiten des Diskurses, jedoch genügte sie grundlegenden Kriterien der wissenschaftlichen Redlichkeit und methodischen Stringenz nicht. Aber die Kritik der beiden entbehrte – wie die gesamte »antideutsche« Diskussion – nicht eines rationalen Kerns. Und das zeigten die aufgeschreckten Reaktionen derjenigen in der Partei, die nicht nur die groben Pauschalisierungen zurückwiesen, sondern zugleich so argumentierten, als gäbe es *keinerlei* Problem mit Antisemitismus innerhalb der Linken.²¹ Auch hier sind also simplifizierende Muster der Problemwahrnehmung präsent. Und die Bundestagsfraktion der Partei hat, um an der Debatte nicht zu zerbrechen (tatsächlich muss nach Berichten von Mitarbeiter/innen im Jahr 2011 ein eisiges Schweigen zwischen den verfeindeten Lagern geherrscht haben und sogar ein Bruch der Partei an dieser Frage wurde diskutiert), zwei Beschlüsse gefasst, die die Kontrahent/innen der Debatte beruhigen sollten.²² Auch diese reflektieren die unterschiedlichen Zugänge, die der deutsche kulturelle Kontext für linke Nahostpositionen anbietet. Im ersten Beschluss distanzierte sich die Fraktion entschieden vom Antisemitismus sowie im Einzelnen von Boykottaktivitäten, Forderungen nach einer Ein-Staaten-Lösung sowie der Teilnahme an der Gaza-Flottille.²³ Wenige Tage später folgte eine zweite Positionierung, die sich gegen inflationäre Antisemitismuskritiken an die Adresse der Israelkritiker/innen auch in der Partei verwahrt und sich weiterhin das Recht ausbittet, Israel kritisieren zu dürfen.²⁴ Beide Fraktionsbeschlüsse beziehen sich zudem auf einen Beschluss des Parteivorstands vom Mai desselben Jahres, in welchem zudem noch eine besondere deutsche Verantwortung »gegenüber Israel und gegen jede

20 Vgl. dazu ausführlich Kap. 9.

21 So beispielsweise Norman Paech (2011): Am Pranger im Parlament, junge Welt, 1./2. Juni 2011, Nr. 126, S. 3.

22 Die wichtigsten Beschlüsse von Partei und Fraktion hier: <http://www.rosalux.de/publication/38466/die-deutsche-linke-und-der-antisemitismus.html>.

23 <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/entschieden-gegen-antisemitismus-2011-06-07> [2012-09-13].

24 <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/beschluss-fraktion-linke-28-juni-2011> [2012-09-13].

Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg« herausgestellt wird.²⁵

So decken allein drei Papiere aus der Linkspartei die wesentlichen Sichtweisen und Positionierungen in der deutschen linken Nahostdebatte ab. Innerhalb des Deutungsmusters »Antisemitismus« erfolgt eine gewisse Kritik an bestimmten Aktionen und Formen der Palästinasolidarität, die, wenn auch nicht explizit so klassifiziert, zumindest mit Antisemitismus in Zusammenhang gebracht werden. Innerhalb des Deutungsmusters »Besatzung« wird der Antisemitismusvorwurf zurückgewiesen. Und innerhalb des Deutungsmusters »deutsche Verantwortung« bemüht man sich um Mäßigung.

Und genau dieses Mischungsverhältnis verdeutlicht, warum von einer verhältnismäßig komplexen deutschen Nahostdebatte gesprochen werden kann, die *Resultat* – und zwar kontinuierlich produziertes – und *Ursache* eines Lernprozesses ist. Es gibt in der Debatte die Extreme, die vermittelnden Zwischenpositionen und die implizit ebenso vermittelnde Kollektivebene, auf der die verschiedenen Positionen sich in einem kontinuierlichen Gespräch befinden und so Komplexität produzieren. Dass der deutsche Nahostdiskurs die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die Debatten über seine Folgen und die daraus zu ziehenden Lehren immer mit aufruft, ist somit Ursache sowohl für die teilweise überdreht wirkenden Extreme, die entsprechend auch nicht selten psychopathologisiert werden, und die starken Befangenheiten in der Diskussion (vgl. dazu Kap. 5), damit aber – wenngleich als quasi unintendierte, emergente Folge – auch ursächlich für eine gewisse Ausgewogenheit.

Die extremen Positionierungen, die sich in der Idealisierung des palästinensischen Kampfes ebenso zeigen wie in der Glorifizierung Israels, sind innerhalb des linken Diskurses als ein Versuch der Reduktion der Dissonanzen zu verstehen, die aus den inkompatiblen Deutungsmustern folgen.²⁶ Die reale innere Widersprüchlichkeit der am Konflikt beteiligten Parteien stellt Aktivistinnen vor eine schwierige Aufgabe. Israel ist Zufluchtsort der Überlebenden der Shoah und nahöstliche Demokratie, beliebtes Reiseziel und Projektionsfläche deutscher Befindlichkeiten, aber auch ein zerrissenes Land, ein sich nach rechts entwickelndes Land und eine gewalttätige und grausame Besatzungsmacht. Die Palästinenser/innen sind Opfer, Besetzte, Entrechtete; doch aus ihrer Mitte kamen menschenverachtende Selbstmordanschläge und reaktionäre politische Gruppierungen haben immensen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Gesellschaft und ihres Widerstands. Dies ist keine Gleichsetzung der Entste-

25 <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschlusse/linkeweistanisemitismusvorwurfzurueck/> [2012-09-13].

26 Keinesfalls ist mit der Dissonanzreduktion der gesamte deutsche Nahostdiskurs erklärt. Historisch müssen Antizionismus und Philosemitismus als von vielfältigen Motiven angetrieben verstanden werden, vgl. dazu Kap. 2 u. 5.

hungsbedingungen von Ambivalenzen beider Seiten, sondern soll nur zeigen, dass sich eine zu einfache Identifikation in diesem Konflikt nicht nur aus dem prinzipiellen linken Universalismus heraus verbietet, der eine Befreiung *der Menschen* unabhängig von ihrer Herkunft anstrebt. Vielmehr zeigt sich, dass linkes Engagement in diesem Feld dauerhaft mit Widersprüchlichkeit konfrontiert ist. Darauf wird mit Vereinfachungen und Vereindeutigungen reagiert. In welche Richtung diese Vereindeutigung erfolgt, hängt einerseits von spezifischen ideologischen Prägungen ab – es muss an dieser Stelle nicht erneut herausgearbeitet werden, dass beispielsweise der marxistisch-leninistische Antimperialismus besonders zur Affirmierung nationaler Befreiungsbewegungen und zur Ablehnung des Zionismus neigt²⁷ – und andererseits auch von biographischen Zufällen. Ob ein Austauschprogramm einen jungen Menschen zuerst nach Israel oder nach Palästina führt, ob die örtliche Antifagruppe eher anti-deutsch oder eher traditionslinks ausgerichtet ist, ist sicherlich ebenso entscheidend für die weiteren Entwicklungen von Sympathien für die eine oder andere Seite im Nahostkonflikt hier und dort.

Radikale Identifikation oder: geborgte Identitäten

In der innerlinken Distinktionsökonomie spitzten sich solche ohnehin vereinfachenden Weltbilder immer wieder zu. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung der linksmuslimischen Koalition in Großbritannien, die auch zur Dominanz einer radikalen und einseitigen Positionierung großer Teile der britischen Linken in der Palästinafrage beigetragen hat. Der Versuch, während des zweiten Irakkrieges (2013) eine Zusammenarbeit linker Organisationen mit Sektoren der muslimischen Bevölkerung und deren Organisationen zu etablieren, war erfolgreich. Anders als in Deutschland, wo auch die politische Linke von migrantischen Kämpfen um Anerkennung noch recht stark isoliert ist, konnte dort eine gemeinsame Handlungsbasis erreicht werden, die auf gemeinsamen Protesterfahrungen in der Anti-Irakkriegsbewegung und im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus beruhte und auch in gemeinsame Organisationen mündete (der »RESPECT«-Partei mit den beiden Hauptkonstituenten »Socialist Workers Party« und »Muslim Association of Britain«). Die Kehrseite dieser Kooperation war bei Teilen der Linken eine radikale Identifikation, die man getrost auch Überidentifikation nennen könnte, war sie doch verbunden mit der Infragestellung und Aufgabe wichtiger eigener Prinzipien. In diesem Klima wurden beispielsweise der linke Säkularismus und andere libertäre Werte aufgeweicht, um die Koalition mit muslimischen Kräften zu erleichtern, was sich im Einsatz für religiöse Bildung oder der Herabstufung des Kampfes gegen

27 Vgl. dazu Haury (1992; außerdem: Holz 2001, S. Kap. VII; Später 2003).

Homophobie ausdrückte (Ullrich 2008, S. 206, 219 f.). In diesem Zusammenhang fanden auch islamistische und antisemitische Personen und Positionen Akzeptanz, zumindest in Teilen der Linken – nicht, weil die linken Aktivistinnen und ihre Organisationen antisemitische Weltbilder verträten, sondern weil man aufgrund der Einigkeit in der radikalen Ablehnung der Politik Israels und der USA bereit war, über solche Dinge hinwegzusehen. Die Kritik an ›Islamophobie‹ schlug teilweise in eine unkritische Islamophilie um, mit dem realen Effekt zumindest des Tolerierens von Antisemitismus und anderen reaktionären Diskursen. Weniger ausgeprägt zeigten sich solche Prozesse auch in der Bundesrepublik, wo es zu vereinzelt Solidarisierungen mit teils antisemitischen islamistischen Organisationen wie Hamas oder Hisbollah kam (Ullrich 2010 a, S. 70), verbunden mit der resoluten Abwehr einer Reflexion über mögliche Ambivalenzen und Fallstricke dieser Politik.²⁸

Ganz ähnlich ist die Radikalisierung innerhalb der linken antinationalen und antideutschen Bewegung in der Bundesrepublik zu verstehen. Auch an ihrem Beginn standen verschiedene Kritiken – unter anderem die Kritik des Antisemitismus, des Antizionismus und des Nationalismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft wie auch in der deutschen Linken. Die Solidarisierung mit den von Antisemitismus betroffenen Jüdinnen und Juden geriet jedoch oft zu einer distanzlosen Identifikation. Sinnbildlich steht dafür die Omnipräsenz jüdisch-israelischer Symbolik in antideutscher Selbstpräsentation, inklusive militaristischer Symbole, beispielsweise T-Shirts des Mossad oder der israelischen Armee.²⁹ Radikale Identifikation wurde es, wo israelische Aktionen antideutsche Fürsprecher fanden, waren sie auch noch so reaktionär und menschenfeindlich. Diese radikale Identifikation äußert sich im zynischen Propagieren israelischer Maximalforderungen, die kompromisslos arabische Interessen negieren – beispielhaft auf den Punkt gebracht in Karl Selents Buch mit dem aufschlussreichen Titel »Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan«. Und sie äußert sich am zugespitztesten im immer wieder wiederholten Diktum, dass jede Kritik an Israel antisemitisch sei.³⁰ Viele Aspekte antideutscher Kritik wurden so in einer Affirmation ihres bloßen Gegenteils aufgehoben.³¹

28 Eine gewisse Untermauerung der These der sukzessiven radikalen Identifikation und des Umschlags ins Partikularistische bietet auch die Studie von Imhoff (2012), der zeigt, dass die Neigung zu Antisemitismus (bei einem allerdings viel zu weiten und unspezifischen Antisemitismuskonzept) von der Stärke der Palästinasolidarität abhängt.

29 Für Beispiele vgl. Ullrich (2010 a, S. 74).

30 So beispielsweise der Vordenker der Freiburger Antideutschen der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) Joachim Bruhn im Interview (<http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/bruhn-kritik.israel.pdf>, 2012-10-26).

31 Ein strukturverwandtes, aber deutlich weniger weitgehendes Phänomen dieser Art kam bei der Debatte um das Kölner Beschneidungsurteil zutage, welches im Jahr 2012 religiöse Beschneidungen unter Strafe stellte. Manche, ansonsten säkular eingestellte Linke äußerten plötz-

Es gilt für beide beschriebenen Fälle: Die Identifikation mit der einen Konfliktseite ist für einen Teil der Strömung der Ausgangspunkt eines Prozesses der Radikalisierung dieser Identifikation, die bis hin zur regelrechten Übernahme der Identitäten des Identifikationsobjekts reicht. Man kann dann von »geborgten Identitäten« sprechen.³² Diese radikale Identifikation impliziert auch die mit dem Identifikationskollektiv verbundenen exkludierenden Prozesse des »Otherings«, also der Konstruktion der nicht zugehörigen anderen, die nicht nur aus der Wir-Gruppe ausgeschlossen sind, sondern mit dieser konkurrieren oder sie gar bedrohen und deshalb Abwertung erfahren. Dies ist der Kontext der Entstehung von Antisemitismus und Rassismus von links (dazu in den folgenden Kapiteln). Dieses Phänomen ist jedoch keinesfalls auf die Nahostfrage begrenzt. Manche Theoretisierung der linken Nahostdebatte krankt gerade daran, dass dieser Fall aus sich heraus erklärt wird und eigentlich naheliegende Vergleiche unterbleiben. So ist Antisemitismus schnell als monokausales, kritisches Erklärungsmuster für radikale Palästinasolidarität zur Hand, während ähnliche Prozesse mit anderen Identifikationsobjekten möglicherweise ganz ähnlichen Mechanismen folgen – ohne dass jemand auf die Idee käme, dies mit Antisemitismus zu erklären.³³

Doch Ambivalenz und Widersprüchlichkeit, die auch »antideutsche« Politik bestimmen, implizieren auch eine Haben-Seite. Die Antideutschen waren tatsächlich in ihren Angriffen auf die Linke oft wenig differenziert, haben aber zu bestimmten heute wichtigen Positionen beigetragen und sie mit hervorgebracht. Dazu gehört neben der dekonstruktivistischen Kritik am Befreiungsnationalismus und an der Nation generell, die Kritik des Kulturrelativismus, ebenso eine Betonung des Individualismus und Hedonismus, eine Betonung des zentrumslosen Charakters des Kapitalismus, die ideologiekritische Analyse von Antisemitismus. Gleichzeitig haben sie ein Strukturdilemma. Ihre Kritik

lich großes Verständnis für diese Beschneidungen und deuteten sie im Gegensatz zur säkularen Szene als nur kleinen Eingriff (Çetin; Voss; Wolter 2012). Diese zunächst unerwartete Position resultierte unter anderem aus der Deutung dieses Urteils und mancher seiner Unterstützerinnen als antisemitisch. Damit soll keinesfalls in Abrede gestellt werden, dass tatsächlich antisemitische oder rassistische Motive eine große Rolle im Prozess und den Reaktionen darauf spielten. Dies Beispiel dient hier allerdings der Erläuterung der Integration »untypischer« Momente in einen Diskurs.

32 In diesem inhaltlichen Zusammenhang bringt unter anderem Moshe Zuckermann (2010a, 2010b) den Begriff in die Debatte, wenngleich er auch in der hier nicht gemeinten Bedeutung der *bewussten* Übernahme von Selbstkonzepten anderer verwendet werden kann (Veltri 2006).

33 Auf einer anderen Ebene als die hier vorgestellte These sukzessiver radikaler Identifikation (oder auch Überidentifikation, vgl. Ullrich 2008, S. 304f.) argumentieren Mohr und Haunss (2004, S. 79), die die Strukturverwandtschaft der »Antideutschen« und des Antizionismus im Ausmaß der projektiven Verschiebung aufgegebener eigener Emanzipationshoffnungen sehen.

richtete sich von Anfang an fast genauso gegen die Linke wie gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Dieser Duktus wurde zum Habitus, ja zum Korsett. Die Folgen sind nur konsequent. Ein Teil verabschiedete sich aus der Linken (insbesondere die *Bahamas*-Fraktion begreift sich explizit nicht mehr als Bestandteil einer gesellschaftlichen Linken) oder lotete neue Selbstverortungen beziehungsweise Bündnisse mit dem konservativen Lager aus. Dies zeigt sich an bellizistischen Positionen, aber auf Akteurebene auch an journalistischer Tätigkeit einzelner Exponenten für liberale oder gar konservative Medien und der Propagierung eines »neuen Transatlantismus«³⁴ bis hin zur Zusammenarbeit mit rassistischen sogenannten »Islamkritiker/innen« (ausführlich dazu Kap. 4). Bei einem großen Rest ist die abstrakte Begeisterung für den Kommunismus verbunden mit einer tiefsitzenden Feindschaft gegenüber allen Versuchen und Wegen, die dorthin führen könnten – aufgrund eines moralischen Maximalismus und Rigorismus, der aus den Ambivalenzen transformatorischer Politik den fatalistischen Schluss zieht, dass Agieren sich auf Negation, Destruktion, Kritik und Kommentar beschränken müsse. Wie bei Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* wird die Kritik als Flaschenpost ohne konkrete Adressat/innen verstanden, allerdings in einer historisch komplett anderen Situation und mit einem ungleichen Erfahrungshintergrund. Damit schließen die »Antideutschen« an dogmatische Traditionen des Marxismus-Leninismus an, der einige ihrer Vordenker noch konkret geprägt hat, aber auch an esoterische und elitäre theoretische Traditionen, die auch im westdeutschen Linksradikalismus immer eine große Rolle spielten. Diese wurzeln in Geistesstraditionen protestantisch-deutscher Innerlichkeit und Absolutheit und noch mehr in der gesellschaftlichen Isolierung der Linken und diese wiederum historisch in der Zerschlagung der Arbeiter/innenbewegung im Nationalsozialismus und im Antikommunismus der alten BRD. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass gerade die politische Strömung, die wie keine andere eine Gesellschaft fordert, »in der man ohne Angst verschieden sein kann«, so wenig in der Lage ist, Differenz zu ertragen, und so schnell dazu neigt, Opponent/innen zu diffamieren. Trotzdem verdankt der deutsche linke Diskurs den »Antideutschen« den Hinweis auf Antisemitismus in den eigenen Reihen, wie überzogen die Einschätzungen im Einzelnen auch immer gewesen sein mögen. Einen anti-antisemitischen und proisraelischen Impuls in den Gesamtdiskurs zu geben – das oblag einer Strömung, die trotz ihrer Selbstbezeichnung in keiner Weise verbergen kann, dass ihre relevanten Deutungsmuster dem deutschen diskursiven Kontext entliehen sind, so wie die Sensibilität gegenüber Kolonialismus und rassistischer Diskriminierung im britischen linken Diskurs eher auf den britischen Erfahrungsrahmen verweist.

34 Aus einem Interview mit einem antideutschen Aktivistin (Ullrich 2008).

Diese beiden Länderbeispiele verdeutlichen nachdrücklich die immense formative Kraft des kulturell-diskursiven Kontextes sozialer und politischer Bewegungen, auch und gerade nationaler Kontexte. Die Selbstbeschreibung von Bewegungen, die ihre inhaltlichen Orientierungen ausschließlich als Ausdruck ethischer, theoretischer oder strategischer Analysen begreift, ist insoweit ein Selbstbetrug. Die Fälle verdeutlichen stattdessen, dass es konkrete diskursive Kontextbedingungen sind, die Bewegungswissen und Prozesse der Veränderung dieses Wissens ermöglichen und verunmöglichen. Die Untersuchung solcher radikaler Identifikationsprozesse und ihrer konstitutiven Rahmenbedingungen ist in verschiedensten thematischen Bereichen und nicht nur in der Nahostpolitik angezeigt. Dies zeigt ganz aktuell das Aufkommen einer hoch identitären und entsprechend problematischen, essenzialisierenden Lesart des Critical-Whiteness-Ansatzes in Teilen der antirassistischen Szene. Es geht in diesem Diskurs allerdings um die spezifisch deutsche Aneignung eines im angelsächsischen Raum entstandenen Konzeptes. Die darum geführten Diskussionen in der linken Szene und nicht zuletzt der darin aufscheinende moralische Rigorismus erinnern strukturell doch recht stark an manchen Auswuchs identitärer Nahostpolitik.

Lernen als Komplexitätssteigerung

Die Existenz und Salienz (Herausgehobenheit)³⁵ konfligierender Deutungsrahmen gehört zu den strukturellen Voraussetzungen der Entwicklung komplexer Debatten und ausgewogenerer Positionen, wie sie eingangs skizziert wurden. Der Charakter und die Genese solcher ausgewogeneren und komplexeren Positionierungen ist mit dieser Strukturanalyse jedoch noch nicht hinreichend erklärt. Bevor dieser Prozess geschildert werden kann, ist jedoch zu klären, was Lernen im Kontext dieses Themas eigentlich heißt und worin Lernerfolg besteht.

Zum Ersten: Der Begriff Lernen ist zunächst weniger normativ und affirmativ gemeint, als es den Anschein haben mag. Es geht in erster Linie um das Erfassen der Effekte von Kommunikationen (Gerhards; Neidhardt; Rucht 1998, S. 154) auf die Repräsentation und kumulative Speicherung von Wissen (Eder 2000, S. 209). Lernen ist also weit mehr als das Aufnehmen von »Fakten« im schulischen Sinne, sondern ein omnipräsenter Vorgang in der Gesellschaft.

35 Der Begriff Salienz kommt ursprünglich aus der Wahrnehmungspsychologie und bedeutet in etwa Herausgehobenheit oder Hervorgehobenheit. Es geht also um schon aktivierte beziehungsweise leichter aktivierbare Schemata der Wahrnehmung, um Dinge, die »eher ins Auge fallen« als andere, weil sie – und hier liegt die Übertragung auf die gesellschaftliche Ebene – *kulturell* besonders relevant sind. Dies wird in der Bewegungsforschung auch mit dem Begriff kultureller Resonanz beschrieben (Snow; Benford 1988).

Dazu gehört ebenso auch das Vergessen, zum Schweigenbringen oder Zurückdrängen von Wissen (Doerr 2014, im Druck). Hier geht es also konkret um die wie auch immer gerichteten Auswirkungen von Diskursen auf das Wissen und natürlich auch die dieses verkörpernden und ausdrückenden Praktiken der untersuchten Bewegungen. Diese Lernen kann aber – und hier nähern wir uns einem positiver besetzten Lernbegriff – in bestimmten Fällen, wie im untersuchten Fall der deutschen Linken, mehr als nur eine irgendwie gerichtete Veränderung oder bloß quantitative Veränderung des Wissens darstellen, sondern auch eine Verbreiterung *und Vertiefung*, oder: Komplexitätssteigerung. Dabei müssen jedoch (mindestens) zwei Ebenen unterschieden werden: individuelles und kollektives Lernen. Individuen lernen, ausgelöst durch Erfahrungen, insbesondere sinnliches Erleben und Kommunikation, indem sie Wissen aufnehmen, welches physisch im Gehirn und in Körpererinnerungen sedimentiert und dort mit anderen persönlichen Erfahrungen verknüpft wird. Gesellschaftliches Lernen folgt einer anderen Logik. Seine Bezugsgröße ist nicht zuerst die Bevölkerungmeinung, also die Verteilung von Meinungen aller Art in der Bevölkerung, sondern die Veränderung des Wissens sozialer Makrostrukturen (Gerhards; Neidhardt; Rucht 1998, S. 154) wie des überindividuellen Diskurses, der öffentlichen Meinung (das sind die legitimen Äußerungen in der massenmedialen Öffentlichkeit), aber auch die Bildung neuer Strukturen wie Institutionen, symbolische Manifestationen oder narrative Strukturen. Eine möglichst radikale analytische Trennung individuellen und gesellschaftlichen Lernens erlaubt spannende Einsichten in die unterschiedlichen, für den hier behandelten Fall relevanten Abläufe. Individuelles Lernen spielt dabei durchaus eine Rolle, ist aber meiner Ansicht nach nicht *der* Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung eines aufgeklärten und komplexeren linken Nahostdiskurses.

Damit ist die Frage nach der zweiten Voraussetzung aufgeworfen: Worin besteht eigentlich der (relative) Lernerfolg, der erklärt werden soll? Im Kern sehe ich den Erfolg in der teilweisen Auflösung von simplifizierenden und binären Positionierungen im Nahostdiskurs, wie sie in den beschriebenen Pendelausschlägen der linken Nahostdiskurse zum Ausdruck kamen. Zu diesen simplifizierenden Positionen gehört der Israel idealisierende Philosemitismus der fünfziger und frühen sechziger Jahre und der Israel dämonisierende radikale Antizionismus der siebziger und achtziger Jahre. Beide waren, wie die oben angeführten historischen Studien zeigen, in ihrem zeitlichen Kontext relativ dominant, ohne starkes (innerlinkes) Gegengewicht. Der zentrale Unterschied zur heutigen Situation ist, dass jeweils nur ein relevantes Identitätsangebot mitsamt seinem Begründungsdiskurs zur Verfügung stand, während heute beide Identifikationsmuster institutionalisiert sind und auch verschiedene Zwischenpositionen ihre Verstetigung gefunden haben. Dabei haben die un-

terkomplexen Positionen keinesfalls an Radikalität verloren oder wären gar verschwunden. Sie bestehen weiterhin und sie sind weiterhin gekennzeichnet durch eine aus universalistischer Sicht hoch problematische, aber sehr wirksame und stabile diskursive Themenkoalition. Auf der einen Seite stehen die Israelfreund/innen und Antisemitismuskritiker/innen, die auch und gerade den Antizionismus und ggf. Antisemitismus in der Linken thematisieren, aber palästinensische Interessen mit Füßen treten. Auf der anderen Seite stehen die Palästinafreund/innen und Rassismuskritiker/innen, die in ihrer Kritik häufig weit über das Ziel hinausschießen, bis hin zum Anschluss an Antisemitismus, und zugleich die gegen diese Position vorgebrachten Vorwürfe in Bausch und Bogen verurteilen und generell Antisemitismus bagatellisieren und simplifizieren. Robert Fine nennt dies, bezogen auf ganz ähnliche Konstellationen in der Forschung, den »methodologischen Separatismus zwischen Rassismus und Antisemitismus«, in welchem Aufmerksamkeit für das eine Ende mit der Verneinung des anderen einhergeht oder im schlimmsten Fall Opferkonkurrenz herrscht (Fine 2012; Cousin; Fine 2012). Diese Lager können nicht miteinander kommunizieren, wehren einander reflexhaft ab und reduzieren einander in der gegenseitigen Wahrnehmung, indem sie sich in keiner Weise ernstnehmen, auf ihre jeweiligen irrationalen Momente.

Zugleich gibt es ausgewogenere oder Zwischenpositionen. Diese sind nicht *eine* dritte Variante den Nahostkonflikt zu deuten, sondern umfassen verschiedene Möglichkeiten, die bisherigen vereinfachenden Identifizierungsmuster zu durchbrechen. Die geschieht beispielsweise dadurch, dass berechtigte Interesse ›beider‹ Konfliktseiten anerkannt werden, sei es in der Hoffnung auf einen demokratischen Staat für alle Menschen der Region oder im Einsatz für ein friedliches Miteinander zweier unabhängiger Staaten. Dies geschieht auch, wenn die Kritik an der Besetzung mit einer klaren Ablehnung von Attentaten als Mittel gegen diese verbunden wird. Darüber hinaus gehen dann noch Analysen, die insgesamt aus dieser simplifizierenden Binarität, die von einem im Prinzip zweiseitigen Konflikt ausgeht, ausbrechen. Dann geraten verschiedene quer zu dieser Logik liegende Problematiken in den Blick, wie beispielsweise die Lage von Migrant/innen in der gesamten Nahostregion (siehe Kap. 3). Eine andere Variante ist das Aufbrechen der binär codierten Identifikation durch Kritik an die Adresse verschiedener Seiten, auch der, der man eigentlich nähersteht, also im Falle propalästinensischer Positionen expliziter Äußerung von Kritik zu Korruption oder der schwierigen Menschenrechtslage auch in der Zuständigkeit der Palästinensischen Nationalbehörde (PA) oder der Hamas-Regierung im Gazastreifen. Die kategoriale Voraussetzung für eine dieser Varianten von Zwischenpositionen besteht darin, innere Widersprüchlichkeiten der eigenen Subjektpositionierung (also in der eigenen gesellschaftliche Positionierung und politischen Orientierung) oder Widersprüchlichkeiten der

Konfliktakteure wahrzunehmen und anzuerkennen. Eine Variante ist der Versuch der Ebenentrennung, also der Auflösung der oben beschriebenen, problematischen Themenkoalition. Dies erfolgt beispielsweise, indem zwischen der eigenen Analyse des Nahostkonflikts und möglichen Wirkungen von dessen Thematisierung im deutschen politischen Kontext unterschieden wird. Ein Beispiel dafür ist die Position eines von mir interviewten Aktivisten, der einerseits die Besatzung und die Menschenrechtslage in Palästina kritisch beurteilt, andererseits aber davon ausgeht, dass diesbezügliche politische Kampagnen eher israelbezogenen Antisemitismus fördern würden und deswegen davon absieht (Ullrich 2008, S. 163). Nicht zuletzt gehört zum Ensemble der Zwischenpositionen auch der individuelle wie kollektive Rückzug aus nahost- und antisemitismusbezogenen Diskussion aufgrund von frustrierenden Erfahrungen oder erlebten persönlichen Verletzungen. Und schließlich gibt es ängstlich-zurückhaltende sowie relativ offene, *fragende* Haltungen in der Debatte bei Akteuren, deren politischer Aktivismus nicht eng mit diesem Themengebiet verbunden ist.

Es gibt noch eine prinzipielle Alternative, die von den beiden bisher beschriebenen Grundmustern Kontinuität und Lernen unterschieden werden sollte, die Konversion. Dabei handelt es sich um einen radikalen Bruch in der Identifikation, um den Wechsel von der einen Seite auf die andere, zuvor noch gegnerische. Der bekannteste Fall dieser Art aus der Zeit der Wende in den sechziger Jahren, wo dies tatsächlich ein Generationenphänomen gewesen sein mag, ist die Journalistin und das spätere RAF-Mitglied Ulrike Meinhof (vgl. a. Tolmeir 1997, S. 221 ff.). Für die späteren Pendelausschläge gibt es tatsächlich auch solche Fälle, auf die vereinzelt verwiesen wird (vgl. Kloke 2004). Der bekannteste Fall der letzten Jahre ist sicherlich der Journalist Jürgen Elsässer. Er spielte eine wesentliche Rolle im Entstehungsprozess der antideutschen Strömung, prägte mit einem programmatischen Aufsatz sogar den Begriff, als er in der Zeitschrift *ak* programmatisch erklärte »Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss«.³⁶ Er war über mehrere Jahre einer der Wortführer der antideutschen Szene, expliziter Israelfreund und Kämpfer gegen Antisemitismus und Antizionismus. In den vergangenen Jahren hat er aber eine immer größere Nähe zu populistischen und rechten Positionen gewonnen und ist mit Gruppierungen wie der »Volksinitiative gegen das Finanzkapital« und Publikationsorganen wie dem Magazin *Compact* bestrebt, eine linksnationalistische Querfront aufzubauen. Diese propagiert eine nationale Souveränität ins Zentrum stellenden Antiimperialismus, in welchem dem Antizionismus eine große Bedeutung zukommt. In der Selbstdarstellung des *Compact*-Magazins, dessen Chefredakteur Elsässer ist, kommt dies so zum Ausdruck:

36 *ak*, Nr. 315 (5.2.1990), S. 32.

Wer vom »Zionismus« nicht reden darf, muss auch vom Faschismus schweigen. [...]

Das Divide et Impera des Imperiums machen wir nicht mit. Wir lassen uns nicht von Neokonservativen und Zionisten in einen »Kampf der Kulturen« hineintreiben. Nationale Selbstbestimmung hat nichts mit der Teilnahme an Kreuzzügen zu tun, die andere kommandieren.³⁷

Weitere Fälle ließen sich ergänzen, doch solcherart Konversion zu einem Phänomen von entscheidendem Einfluss auf dieses Feld zu stilisieren, entbehrt zumindest für die vergangenen beiden Jahrzehnte der empirischen Plausibilität. Daher im Folgenden zu den Mechanismen der tatsächlichen Prozesse des kommunikativen Lernens, auf der individuellen wie insbesondere der sozialen Ebene.

Lernen – vom individuellen zum sozialen

Auch Lernen auf der Individualebene ist ein höchst sozialer Prozess, weil die Anlässe oder Auslöser für Lernprozesse oft genuin sozialer Art sind und nicht nur biographische Zufälle. Lernprozesse auf dieser Mikroebene sind entsprechend oft von aktuellen Vorkommnissen, öffentlichen Debatten oder Skandalen ausgelöst worden. Die linke Beschäftigung mit der Nahost- und Antisemitismusthematik hat viele solcher Anlässe geboten. Der größte und in dieser Hinsicht wohl folgenreichste solche Einschnitt war die Wende 1989/90, das Ende des kurzen 20. Jahrhunderts und zugleich der Beginn der Versuche, mit ökonomischen, diplomatischen und nicht zuletzt kriegerischen Mitteln eine »neue Weltordnung« zu etablieren. Für die weltweite Linke bedeutete dieser Epochenbruch das Ende einer realen (wenngleich auch eher ungeliebten) Alternative zum Kapitalismus, welcher fortan zum Sieger der Geschichte erklärt wurde. Konkret bedeutete 1989 für die Linke in der Bundesrepublik das Ende der K-Gruppen, die »Nationalisierung« und Deradikalisierung eines großen Teils des linken Diskurses und für einige Jahre die Defensive gegenüber einer erstarkenden radikalen Rechten (dies gilt insbesondere für die neunziger Jahre) und dem Neoliberalismus. Dieser Umbruch traf die politische Linke insgesamt, aber auch die Nahostpolitik wurde beeinflusst.

Bekannt und für solche Prozesse zum Katalysator wurde das beispielhafte Reflexionspapier der Revolutionären Zellen (RZ) mit dem Titel »Gerd Albartus ist tot« (bzw. die dahinterliegenden Vorgänge wie die Ermordung von Gerd Albartus durch eine palästinensische Gruppierung). In diesem Text setzten sich die unterzeichnenden Militanten selbstkritisch mit dem Antiimperialismus, dem Befreiungsnationalismus, dem Internationalismus der Militanten und

37 <http://www.compact-magazin.com/wir-uber-uns/was-wir-wollen/> [2012-10-29].

auch mit ihrer antizionistischen Nahostpolitik auseinander. In meiner eigenen Arbeit (Ullrich 2008, S. 297 ff.) habe ich gezeigt, dass verschiedene linke Aktivist/innen aus dem Milieu der militanten Gruppen und ihres Umfeldes an dem einen oder anderen Punkt dazu gekommen sind, eigene antizionistische Gewissheiten und die *eigene* Politik der Vergangenheit kritisch zu hinterfragen. Dies hat insbesondere dazu geführt, frühere radikale Einseitigkeiten wie die prinzipielle Nichtanerkennung Israels oder jüdenfeindliche Ausfälle des Antizionismus im Nachhinein als klar falsch einzuordnen. Gleichzeitig wird dort von Linken berichtet, die sich einem solchen Reflexionsprozess entziehen, unter anderem, weil sie diese notwendige Selbstkritik als weiteren Stein in einer abgrenzenden Mauer sehen, hinter der ihre entwerteten politischen Biographien entsorgt werden sollen.

Mit dem RZ-Beispiel wird schon deutlich, dass das individuelle Lernen nur ein Epiphänomen des *sozialen* Prozesses darstellt. Entscheidend waren, wenn man vom Wirken einiger prominenter Publizist/innen wie Eike Geisel, Wolfgang Pohrt oder Hermann Gremliza absieht, natürlich kollektive Akteure, die in längeren Prozessen ihre Positionen änderten, sich gegebenenfalls auch entlang nahostbezogener Debatten spalteten, und das Entstehen neuer Gruppierungen und Medien. Eine ganz wesentliche Rolle bei der Etablierung neuer, nicht mehr antizionistischer Positionen spielten dabei Gruppierungen, die auch zu den organisationalen Kernen der entstehenden antideutschen Strömung wurden. Eine wichtige ist der Kommunistische Bund (KB), aus dem die Gruppe K und später die Zeitschrift *Bahamas* hervorging, die bald zum synonym für die proisraelische »antideutsche« Strömung wurde (Schmid 2004). Doch vor Spaltung und teilweiser Neupositionierung stand ein langer Diskussions- und Reflexionsprozess (zum Teil nachzulesen in *Redaktion Arbeiterkampf* 1988). Andere zentrale organisatorische Kristallisationspunkte für die kritische Reflexion antizionistischer Politiken waren die Initiative Sozialistisches Forum (ISF) aus Freiburg und die Publikationen ihres »ça ira«-Verlages. Von größerer Breitenwirkung waren die Auseinandersetzungen, wenn sie sich medial abspielten, so beispielsweise in der *konkret*, der damals wichtigsten linken Zeitschrift, in der sich israelbezogene Debatten vor allem anlässlich des Golfkrieges von 1991 entzündeten. Im Laufe eines nur wenige Jahre dauernden Prozesses, der keineswegs geradlinig verlief, institutionalisierte sich nun jedoch eine Strömung, die sich in verschiedenen Punkten deutlich vom Rest der Linken unterschied. Zu diesen gehört, wie oben beschrieben, eine Solidarisierung mit Israel und Zentrierung des Weltbildes um die Kritik von Antisemitismus, dessen Träger/innen nicht zuletzt in der Linken selbst gesehen und immer wieder angegriffen wurden. Nach einer noch mehr direkt erinnerungspolitisch dominierten Phase in den neunziger Jahren, wo sich die Strömung unter anderem mit der Goldhagen-Debatte und dem Streit um die Erinnerung an die Bom-

bardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg befasste, gerieten ab Beginn der zweiten Intifada und verstärkt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die indirekt erinnerungspolitisch beeinflussten Themen Israelolidarität und auch zunehmend Islamkritik ins Zentrum des antideutschen Diskurses. Die Charakterisierung der neuen Strömung – auch in ihrer Widersprüchlichkeit – muss hier nicht erneut durchexerziert werden (Hanloser 2004 b; Ullrich 2008). Zunächst einmal ist es wichtig, ihre Existenz als politische Strömung mit eigener Institutionalisierung in Gruppierung und Medien zu konstatieren, um erneut auf das Lernen, diesmal auf einer noch abstrakteren Ebene, zurückzukommen. Während sich also Lernen innerhalb von Individuen und innerhalb von Organisationen (Gruppen, Zeitschriften) abspielen kann, wo es durch Änderungen im politisch-kulturellen Kontext, diskursive Ereignisse u. ä. ausgelöst wird, gibt es eine Ebene – die des Diskurses – darüber, die dadurch gekennzeichnet ist, dass konkrete Akteure nur eine Randbedingung ihres Funktionierens sind, während die Akteure selbst aber nicht notwendigerweise lernen.

Denn die soziale Makroebene des Diskurses kann Komplexität und analytische Breite wie Tiefe auch abbilden, ohne dafür auf ebenso strukturierte Diskurspositionen der meisten beteiligten Akteure angewiesen zu sein. Die Komplexität auf der Ebene des Gesamtdiskurses ergibt sich schlicht aus der auf Dauer gestellten Konfrontation der unterschiedlichen Positionen (also beispielsweise proisraelisch und propalästinensisch) und der, wie geschildert, ebenso widersprüchlichen dahinter liegenden Deutungsmuster (Deutsche Verantwortung, Antisemitismus, Besatzung). Die soziale Makroeinheit »weiß« mehr als die jeweiligen einzelnen Akteure. Der Gesamtdiskurs ist also durch Widersprüchlichkeit gekennzeichnet, und zwar querliegend zu anderen entscheidenden politischen Konfliktlinien wie der Rechts-links-Spaltung. Dies ist einerseits die Ursache für die große Bedeutung von Selbstvergewisserungs- und Metakommunikation im deutschen Nahostdiskurs. Andererseits gibt es mit dieser Situation für Unentschiedene oder in dieser Frage noch nicht Positionierte eine größere Wahlfreiheit oder eben die beschriebenen Möglichkeiten der Einnahme verschiedener Zwischenpositionierungen, ohne sich einem der Pole anzuschließen. Es ist das Paradoxon des deutschen linken Nahostdiskurses, dass er aufgrund seines thematischen Anschlusses an den Erinnerungsdiskurs zum Nationalsozialismus zu bizarr anmutenden Extremen neigt und diese doch wiederum die Voraussetzung von (sozialer) Komplexität darstellen.

Diese kollektive Situation ist also unter Umständen wiederum Auslöser für Komplexitätsgenerierung auf der Ebene individueller und kollektiver Akteure. Denn sie ist Ursache der vielfältigeren Wahlmöglichkeiten nachwachsender politischer Generationen (Individuen im linken Milieu ebenso wie die häufig neu entstehenden Gruppierungen und Netzwerke), die heute eine deutlich reichere Auswahl an Positionierungsmöglichkeiten vorfinden als je zuvor in der

Geschichte der deutschen Linken. Ein nachhaltiger Prozess der Auflösung binärer Sichtweisen auf den Nahostkonflikt war und ist also ein intergenerationaler Prozess.

Aber die Dauerkonfrontation selbst hinterlässt auch ihre Spuren bei den Beteiligten. Die angesichts der grundlegenden Ambivalenzen angestrebte Entlastung durch *radikal einseitige* Auflösung der Dissonanzen ist nur in einem wohlgesinnten eigenen politischen Umfeld erfolgversprechend. Zu jeder veröffentlichten Meinung im Nahostdiskurs gibt es eine Gegenmeinung; die Standpunkte sind für ihre jeweiligen Exponent/innen oft von hoher identitätsstiftender Bedeutung. Die Gegenmeinung wird sich bei jedem Verlassen des geschützten Raumes auch Gehör verschaffen. Auf diese erwartbaren Reaktionen stellen sich Diskursteilnehmer/innen häufig schon im Vorhinein ein. Auch dieses Phänomen, welches hier als *argumentative Wappnung* bezeichnet werden soll, wird im Vergleich mit dem britischen Diskurs besonders deutlich. Die von deutschen Akteuren in Interviews zu Nahostfragen geäußerten Statements waren – auch wenn sie im Grunde klar für die palästinensische Seite Stellung bezogen haben – oft viel vorsichtiger, umfangreicher auch mit Relativierungen, Erläuterungen und uneingeforderten Rechtfertigungen gespickt (Ullrich 2008). Diese argumentative Wappnung signalisiert eine Anpassung im Stil und im Inhalt an einen diskursiven Kontext, der grundlegend durch Unsicherheit im Umgang mit der Thematik und eine niedrige Erregungsschwelle geprägt ist. Diese Wappnung beinhaltet oft auch gewisse mindestens rhetorische Zugeständnisse an die andere Seite, die, so meine These, auch inhaltlich nicht folgenlos für die Positionierung des Sprechenden bleiben, da die Anpassung an den Kontext auf Dauer auch zu Habitualisierungen führt. So ist auch ein gradueller intrapersonaler oder intragenerationaler Lernprozess vorstellbar. Doch entscheidend ist, dass die andauernde Konfrontation von Positionierungen und der andauernde Metadiskurs eine diskursive Komplexität produzieren, die nicht auf konzeptuelle Komplexität auf der Akteursebene rückführbar ist. Oder lebensweltlicher ausgedrückt: Der linke deutsche Diskurs ist trotz aller in ihm enthaltenen Irrationalitäten klüger als die zu ihm beitragenden Menschen. Eine Übersetzung auf die Mesoebene (beispielsweise der Gruppen) und die Mikroebene der Subjekte kann dann auch erfolgen, wenn das ›Angebot‹ des Diskurses diese Breite erreicht hat und keine bestimmte einseitige Positionierung bevorzugt. Ein dauerhafter Wandel, der antisemitische, rassistische und andere linke Ideale konterkarierende Positionierungen hinter sich lässt, ist nur im Wechsel der Generationen erwartbar.

Es zeigt sich allerdings auch, dass neue Krisen und aktuelle Anlässe von Gewalt, Konflikt oder medialer Aufmerksamkeit für den Nahostkonflikt und die damit verbundenen Debatten als Katalysatoren für neue Zuspitzung und Ausbrüche von Extremen fungieren können. Jeder Krieg im Nahen Osten er-

zielte bisher dieses Resultat, doch auch der Nahostkonflikt zweiter Ordnung in den deutschen Solidaritätsszenen gibt immer wieder Anlass zum Aufbrechen des harten Streits. Doch zweifelsohne gibt es heute eine Vielzahl linker Aktivistinnen, Gruppen, Parteien und Publikationen, die sich nicht vereinfachend mit einer Seite identifizieren, die die Widersprüchlichkeit der Verhältnisse anerkennen oder zumindest die Unsicherheit im Umgang mit der Situation akzeptieren. Sie finden sich im Gewerkschaftsbereich wie in der Antifa, im anarchistischen wie im Linksparteiumfeld und besonders klar im durch die entsprechenden Debatten der vergangenen zwei Jahrzehnte geprägten Bereich der postautonomen Gruppierungen. Ob solche Positionen eines Tages linker Gemeinplatz werden, ist keineswegs ausgemacht, verlässliche *quantitative* Untersuchungen fehlen bisher.³⁸ Klar ist aber bereits, dass die Zeiten der Dominanz der Einseitigkeiten vorbei sind.

Diesen Erfolg darzustellen und immer wieder zu betonen ist die eine Seite, die Auseinandersetzung mit den aus universalistischer Perspektive weiter bestehenden Problemaspekten die notwendige andere. Zwei Felder sind hierbei zentral. Das eine ist die Problematik von Antisemitismus in linken Nahostpositionierungen. Dieses Themenfeld wird die Leser/innen nicht überraschen, auch wenn es im Verlauf der Argumentation bisher nur gestreift, aber weder begrifflich gefasst noch vertiefend und mit empirischem Material dargelegt wurde. Der thematische Konnex jedoch ist im deutschen politischen Diskurs sehr eng. Ein großer Teil der Nahostdebatte hat ja geradezu die Gestalt einer Antisemitismusdebatte! Weit weniger selbstverständlich, wenngleich nicht weniger problematisch und dringlich, ist die Auseinandersetzung mit rassistischen Anschlüssen in linken Positionierungen. Letzteres spielte bisher eher eine Nebenrolle in der auf Antisemitismus fokussierten Diskussion. Beiden Aspekten widmen sich die folgenden Kapitel.

38 Selbst die der Linken aus antisemitismustheoretischer Sicht sehr kritisch gegenüberstehende Studie von Imhoff (2011, S. 113), kommt zu der Einschätzung, dass die Solidaritäten, bei einem leichten Überhang hin zur palästinensischen Seite, relativ ausgeglichen verteilt sind.

KAPITEL 2

VIELGESTALTIGER UND FRAGMENTIERTER ANTISEMITISMUS

Gilad Atzmon, britisch-israelischer Künstler und bekennender Antizionist, schrieb im Jahr 2005 (Beinin 2012) – es war allerdings nicht sein erster Ausfall dieser Art – in seinem Weblog, man müsse anfangen, die Vorstellung ernstzunehmen, dass die Jüdinnen und Juden die Welt kontrollierten:

Since America currently enjoys the status of the world's only super power and since all the Jews listed above declare themselves as devoted Zionists, we must begin to take the accusation that the Jewish people are trying to control the world very seriously. It is beyond doubt that Zionists, the most radical, racist and nationalistic Jews around, have already managed to turn America into an Israeli mission force.¹

Erst kürzlich (2012) veröffentlichte die westdeutsche Splittergruppe »Kommunistische Initiative« ein Flugblatt mit dem Titel »Gegen Imperialismus, Zionismus und Krieg!«,² in dem es unter anderem heißt:

Kein Mitleid, kein Bedauern, keinerlei Rücksicht insbesondere mit dem zionistischen Regime Israel, dessen Existenz allein schon eine Kriegsdrohung darstellt! In diesem Brückenkopf des US-Imperialismus konzentrieren sich zunehmend die reaktionärsten, chauvinistischsten, rassistischsten und profaschistischen Kräfte des Imperialismus im Kampf gegen die Völker.

1 <http://web.archive.org/web/20050213011436/http://www.gilad.co.uk/html%20files/onanti.html> [2013-01-03].

2 <http://www.kommunistische-initiative.de/materialien.html> [2013-01-03].

Beides sind jüngere Beispiel dafür, wie sich Antisemitismus von links, in Gestalt von radikalem Antizionismus, manifestieren kann. Sie verlangen natürlich eine Interpretation, also den Nachweis, warum sie antisemitisch sind, denn zumindest das zweite Beispiel ist ja nicht *explizit* feindlich gegen Jüdinnen und Juden gerichtet, sondern maskiert diesen, trotzdem klar nachweisbaren, Inhalt ein wenig.

Im Folgenden soll es darum gehen, dieses Problemfeld zu analysieren, ohne in die üblichen und nur allzu naheliegenden Fallen zu tappen, die darin bestehen, Antisemitismus innerhalb der Linken entweder zu ignorieren und zu banalisieren oder, anders herum, sein Vorkommen in alarmistischem Duktus zu übertreiben, indem Antisemitismus von einem auch in der Linken vorkommenden Problem zum besonderen Problem der Linken gemacht wird. Dazu ist zunächst ein kurzer Überblick zum Begriff und zu den Formen der Judenfeindschaft in der gegenwärtigen Gesellschaft zu geben. Im zweiten Schritt soll mit Blick in die Geschichte und auf die Gegenwart dargestellt werden, in welcher Form und aus welchen Gründen Antisemitismus von links in Erscheinung treten kann und welche verwandten Phänomene beziehungsweise diskursiven Anschlussmöglichkeiten dieses *diskursive Feld* bietet. Dabei stehen aber nicht die unterschiedlichen Theorien der Genese von Antisemitismus im Mittelpunkt, sondern die Darlegung der Struktur linker Diskurse und ihrer Einbettung in diskursive Kontexte, um jeweilige Bezüge zum Antisemitismus und anderen Themen zu verdeutlichen. Diese Befunde sollen im dritten Abschnitt mit der *Debatte* über den Antisemitismus in der Linken konfrontiert werden. Dabei gilt es insbesondere den Widerspruch zwischen tatsächlichem Antisemitismus und den Diskursen über den Antisemitismus zu untersuchen. Ersteres, also der reale Antisemitismus, ist durch Vielgestaltigkeit, Brüchigkeit, Fragmentierung, vielfache uneindeutige diskursive Anschlussmöglichkeiten und Grauzonen geprägt, Letztere durch den permanenten Versuch der Herstellung von binärer Eindeutigkeit und der Klassifizierung in Gut und Böse. Für ein vertieftes Verständnis und damit auch die Möglichkeit der politischen oder pädagogischen Intervention ist es jedoch notwendig, ein Gesamtbild des antisemitischen Diskurses *und* des Diskurses über Antisemitismus zu zeichnen – ein Gesamtbild, das manifeste Kerne dieses reaktionären Weltbildes ebenso beinhaltet wie die Grauzonen und die reaktiven Phänomene. Dazu bedarf es – und das ist das primäre Ziel dieses Kapitels – einer Auflösung oft suggerierter Eindeutigkeiten. Es geht stattdessen um eine Neufokussierung der Antisemitismus-Diskussion auf Ambivalenzen und Zonen der Ungewissheit. Dies soll insbesondere dadurch erfolgen, dass im Anschluss an klassische Kommunikationsmodelle drei Ebenen der Analyse der untersuchten politischen Akteure unterschieden werden:

- a) Ebene der Intentionen und bewussten Ziele der sich äußernden bzw. handelnden Personen/Gruppen/Organisationen (*intentional-strategische Analyseebene*),
- b) die Vielfalt der tatsächlichen Äußerungsformen (Kommunikation, Handlungen, Materialisierungen) dieser Akteure, die keine einfache Funktion der ersten Ebene darstellt, sondern zugleich auch durch »unbewusste« kulturelle Prägungen (implizites Wissen, Diskurs, Habitus, Subjektpositionen) mitbestimmt ist (*Analyseebene der Ausdrucksgestalt*³), sowie
- c) *Analyseebene der Rezeption*, die reflektiert, dass die unter b) aufgeführten Prägungen oder Kontextfaktoren auch bei Empfänger/innen einer Botschaft wirken und je nach Beschaffenheit somit sehr unterschiedliche diskursive Anschlüsse eröffnen bzw. Lesarten ermöglichen.

Ein großer Teil der Irritationen im deutschen Nahostdiskurs rührt aus dem Auseinanderklaffen dieser Ebenen. Zu oft wird eine Handlung oder Äußerung als komplett intentional aufgefasst oder eine Kritik an bestimmten Kommunikationsformen, Symbolen und Bildern nur als Kritik an den Intentionen verstanden und entsprechend abgewehrt. Diesen Zustand gilt es jedoch zu hinterfragen, wenn nicht gar zu überwinden.

Gegenstand und Begriff

Antisemitismus ist in der deutschen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiterhin ein dringendes gesellschaftliches Problem und zugleich ein sehr vielgestaltiges Phänomen. Einigendes Moment über fast alle Disparitäten unterschiedlicher Antisemitismusbegriffe hinweg ist Feindschaft, Ablehnung, Herabsetzung oder Diskriminierung gegenüber dem Judentum und gegenüber Menschen *als Jüdinnen und Juden*. Explizit nicht gemeint sein sollen damit im vorliegenden Text Phänomene, die zwar möglicherweise in einer irgendwie gearteten strukturellen Parallelität stehen, aber sich nicht gegen Jüdinnen und Juden wenden. Solche Auffassungen werden im Diskurs gelegentlich unter dem Begriff »struktureller Antisemitismus« gefasst, lösen aber den Begriff von Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden und machen ihn somit zu einer unspezifischen Chiffre für alle möglichen abgelehnten Weltbilder und Ansichten.⁴

3 An anderer Stelle hatten wir für diese Analyseebene den Begriff »expressive Ebene« eingeführt (Ullrich; Lê 2011; Daphi; Lê; Ullrich 2013). Dies ist jedoch irreführend, weil mit diesem Begriff zumeist eine Einschränkung auf die nach außen gerichtete Darstellung von Identitäten, Gefühlen und Befindlichkeiten bezeichnet wird, ohne jedoch, wie das hier der Fall ist, diese als Ausdruck *kontextueller* Prägungen zu sehen.

4 Vgl. dazu Pfahl-Traughber (2011, S. 100). Thomas Haurly, einer der oft angeführten Kronzeugen für dieses Konzept, spricht mittlerweile in solchen Fällen struktureller Ähnlichkeit

Antisemitismus kann als ein Weltbild verstanden werden, das ein *jüdisches* Kollektiv konstruiert, welches der eigenen Gruppe feindlich gegenübersteht. Dies ist die ordnende semantische Struktur, der begriffliche Kern des modernen Antisemitismus. Um diesen Kern gruppieren sich auch andere Phänomene, die judenfeindlichen Charakters sind. Dazu gehören judenfeindliche Sinngehalte, die aber auch nichtjüdische Menschen (be)treffen (so z. B. die Verwendung des Wortes »Jude« als Schimpfwort) oder Fragmente antisemitischer Weltbilder, beispielsweise in Teilen des Antizionismus, die jedoch keine umfassende judenfeindliche Feindbildkonstruktion ergeben.

Die antisemitische Sinnstruktur manifestiert sich auf verschiedene Arten und Weisen: als stereotype und ablehnende Einstellung von Menschen oder als textliche Manifestation (Flugblätter, Bücher, Schmierereien), in Form von Bildern (oft Karikaturen), Redensarten und sprachlichen Mustern im kollektiven Zeichenvorrat, als institutionelle Struktur, als kollektive Organisation in Form sozialer Bewegungen oder politischer Parteien und nicht zuletzt als manifeste Gewalt gegen Sachen und Personen. Damit wird hier zunächst ein recht breiter Begriff von Antisemitismus zum *Ausgangspunkt* der Darstellung genommen, der mit »Judenfeindschaft« allgemeinverständlich zu übersetzen ist. Innerhalb dieses komplexen Feldes sind gleichwohl genauere Spezifizierungen über seine jeweilige(n) Struktur(en) oder Beschaffenheit(en) in bestimmten historischen und räumlichen Kontexten zu leisten und begrifflich zwischen *dem* Antisemitismus als Struktur (substantivische Verwendungsweise) und auftretenden antisemitischen Sinngehalten (adjektivische Verwendungsweise) in Handlungen, Kommunikationen und kulturellen Artefakten zu unterscheiden. Um Antisemitismus heute zu verstehen und um analysieren zu können, ob und in welcher Form er auch in der politischen Linken kursiert, sind drei wichtige Grundtendenzen hervorzuheben: *erstens* seine Gebrochenheit, also Vielgestaltigkeit in Form und Inhalten und Fragmentierung (Aufspaltung in einzelne Elemente), *zweitens* seine Anpassung an inzwischen mehrere, durchaus auch erfolgreiche Jahrzehnte seiner Bekämpfung mit entsprechenden Reaktionsbildungen und *drittens* sein genuin sozialer, überindividueller Charakter.

Fragmentierung und Vielgestaltigkeit eines Phänomens

Die Vielfalt von teilweise disparaten Erscheinungs- und Äußerungsformen der Judenfeindschaft ergibt sich aus ihrer langen, gebrochenen, aber nicht abgebrochenen Geschichte, die bis in die christliche Antike zurückreicht (Benz

ohne antisemitischen Inhalt von »protoantisemitischen Denkstrukturen« (Vortrag in Braunschweig, 12.5.2012).

2004, S. 65 ff.) und in den vergangenen Jahrhunderten unter sich wandelnden sozialen Gegebenheiten unterschiedliche Formen hervorbrachte, namentlich christlichen Antijudaismus, modernen Antisemitismus, sekundären Antisemitismus und antisemitischen Antizionismus.

In der Frühzeit des Christentums entstand die zunächst vor allem religiös begründete Feindschaft gegen eine Menschengruppe in der Situation religiöser Absetzung. Das Judentum war die Verkörperung vom »Zweifel des Christentums an der eigenen Heilsgewissheit« (Zimmermann 2007, S. 344). Die Jüdinnen und Juden wurden des »Christusmords« bezichtigt und verschiedenster anderer Vergehen verdächtigt. Diverse Mythen kursierten vor allem im Mittelalter über das angebliche jüdische Treiben. Dazu zählten Vorstellungen von der rituellen Ermordung christlicher Kinder, der Vergiftung von Brunnen, des Verbreitens der Pest oder der Schändung religiöser Symbole des Christentums. Daraus wurde eine soziale Benachteiligung und Festlegung auf bestimmte, unangesehene Sphären des sozialen Lebens abgeleitet. In Pogromen entlud sich diese Ausgrenzung als praktischer Hass auf mörderische Weise. Der zentrale theologische Hintergrund wird aber in der die meiste Zeit über präsenten Exit-Option deutlich, welche die religiöse Konversion bot. In der Forschung, die häufig eine zeitliche Abfolge bestimmter, dominanter Erscheinungsformen postuliert, wird diese Phase in der Regel als »christlicher Antijudaismus« bezeichnet.⁵ Auch diese Form des Judenhasses ist bis in die heutige Zeit präsent und kann auch im linken Kontext aktualisiert werden (siehe die Beispiele weiter unten, vgl. a. Benz 2004, S. 62 ff.).

Eine entscheidende Wandlung erfährt die Judenfeindschaft nach Ansicht eines Großteils der Forschung im Rahmen der grundlegenden gesellschaftlichen Umbrüche des 19. Jahrhunderts, in denen sich die kapitalistische Moderne Bahn bricht. Diese Wandlungsprozesse beinhalteten eine materielle Umgestaltung der Welt (beispielsweise Industrialisierung, Technisierung, Urbanisierung) und eine Herausbildung moderner sozialer Verkehrs- und Wissensformen (beispielsweise Bürokratisierung und Verwissenschaftlichung), darunter auch neuer Leitideologien (wie Nationalismus und Rassismus) und die sukzessive Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und damit der Kommodifizierung wesentlicher Bereiche der menschlichen Existenz. Die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden nimmt die entsprechende Gestalt der Wissensformen dieser Zeit an und bekommt zudem völlig neue Funktionen. Neu und typisch für das späte 19. Jahrhundert ist insbesondere die Konstruktion der eigenen Gruppe wie auch des jüdischen »Anderen« als Abstammungsgemeinschaft, die ethnisch oder rassisch gefasst wird. Der Antisemitismus arti-

5 Zur Debatte um die Abfolge von Phasen der Judenfeindschaft vgl. den guten Überblick von Späti (2005, S. 21-37).

kuliert sich klar als antiaufklärerisches und antimodernes Projekt (Volkov 2000b, 2000a), insbesondere, weil er versucht, die abgelehnten und als bedrohlich empfundenen Aspekte des modernen Lebens in verschwörungstheoretischer Manier als jüdisch zu diffamieren und zu »erklären«. Im Kern dieser abgelehnten Prozesse steht die Komplexitätssteigerung der modernen Welt, die Individualisierung, Entwurzelung und Verunsicherung durch Auflösung überkommener Bindungen und immer undurchschaubarere, abstrakte soziale Verhältnisse. Dieser Antisemitismus, der sich seit dem späten 19. Jahrhundert, teilweise unter Bezug auf die neuen Rassenlehren, auch programmatisch selbst so nennt, wird meist als *moderner Antisemitismus* bezeichnet, beziehungsweise wegen seiner genuinen Rolle im Prozess der Herausbildung der bürgerlichen Nationalstaaten und ihrer nationalistischen Legitimierung auch als *nationaler Antisemitismus* (Holz 2001). Wie verschiedene Arbeiten ausgehend von Klaus Holz' Grundlagenwerk gezeigt haben, wird dabei den Jüdinnen und Juden nicht nur der Status eines anderen oder gar gegnerischen ›Volkes‹ zugewiesen, sondern mit der ›Figur des Dritten‹ (Holz 2005a, S. 30 ff.) eine *prinzipielle* Andersartigkeit als »nicht-identitäres« Kollektiv. Die jüdische Existenzweise gilt dem Antisemitismus als Gegenprinzip zur ›normalen‹ (beispielsweise eigenen nationalen) Gruppe, die als identitär, ursprünglich und organisch gewachsen aufgefasst wird. Trotz dieser neuen Inhalte *und* Formen besteht eine gewisse Kontinuität zum Antijudaismus beispielsweise in der nun immer mehr ins Zentrum der Ideologie rückenden Verknüpfung von Jüdischem mit Geld und Zins (Juden arbeiteten im Mittelalter wegen des christlichen Zinsverbots oft als Geldverleiher oder Händler, von handwerklichen Berufen waren sie meist ausgeschlossen). Doch im Kern der fehlgeleiteten Kritik an der verunsichernden kapitalistischen Moderne steht nun die Fiktion vom »jüdischen Kapitalisten«, dessen angeblich besondere Raffgier gegen die konkrete und bodenständige Sphäre der konkreten Arbeit und Produktion gestellt werden. Die antisemitische Erklärung der Welt ist jedoch mitnichten ein zwar wahnhaftes, aber folgenloses Hirngespinnst, sondern war immer mit handfesten Bestrebungen der Aussonderung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden verbunden. Diese Feindschaft zeigte sich in institutionellen Ausschlüssen und entlud sich in Pogromen (insbesondere während der mittelalterlichen Kreuzzüge und gerade in Osteuropa noch bis ins 20. Jahrhundert hinein). Sie gipfelte im Holocaust, der Vernichtung von Millionen europäischer Jüdinnen und Juden durch den deutschen Nationalsozialismus, die faschistische SS, Polizei und Wehrmacht sowie ihre Helfershelfer/innen. Dieser kaum fassbare Vorgang, der nicht nur mit fanatischem Hass, Exzessen der Gewalt und unendlichem individuellem wie kollektivem Leid verbunden war, sondern zugleich auch mit den modernsten rationalen, bürokratischen und industriellen Methoden vollstreckt wurde, wird in unserem kulturellen Gedächtnis am eindringlichsten durch die

Todesfabrik Auschwitz symbolisiert, die zum Synonym für dieses Menschheitsverbrechen wurde (Diner 1988; Claussen 2005, Vorwort).

Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden wurde zum manifesten Kulminationspunkt des mörderischen Potenzials des Antisemitismus und zugleich zum bedeutenden Wendepunkt in seiner Geschichte. Jeder spätere Diskurs über Antisemitismus fand im Wissen um das kaum Fassbare dieses Menschheitsverbrechens statt, verlieh dem Phänomen Antisemitismus eine fast metaphysische Konnotation des absoluten Schreckens und machte jede bisherige Form der Judenfeindschaft zur teleologisch nach Auschwitz führenden bloßen *Vorgeschichte*. Zugleich stellt der Holocaust auch den Ausgangspunkt von Form- (nicht Struktur-)Wandlungen des Antisemitismus dar, die im Folgenden erläutert werden sollen. Eine Mehrheit der Vereinten Nationen gelangte angesichts der Vernichtung eines großen Teils der europäischen Jüdinnen und Juden zu der Ansicht, dass zum Schutz der Jüdinnen und Juden gegen den Antisemitismus ein jüdischer Nationalstaat zu schaffen sei, was zur israelischen Unabhängigkeitserklärung und Staatsgründung im Jahre 1948 führte, also zur Verwirklichung der Bestrebungen des politischen Zionismus ein halbes Jahrhundert nach seiner Begründung als politische Bewegung auf dem Basler Zionistenkongress. Der Antisemitismus, der als festes Weltbild oder Alltagsrassismus in vielen Ländern Europas weiter verbreitet war, war fortan in der deutschen politischen Öffentlichkeit deutlich desavouiert; dies änderte die Kommunikationsbedingungen für Antisemitismus grundlegend. Auch und gerade in Deutschland war dieses Weltbild nicht über Nacht verschwunden, wurde jedoch in der *öffentlichen Sphäre* nach 1945 von der eben noch gültigen mörderischen Staatsideologie zum bekämpften Antisemitismus (Erb; Kohlstruck 2006).

In dieser postnationalsozialistischen Situation entsteht der *sekundäre Antisemitismus*, eine Abwandlung des modernen Antisemitismus alten Stils zu einem Antisemitismus trotz oder *wegen Auschwitz*. Auschwitz steht im Widerspruch zur nationalistischen Idee der Bewunderung der eigenen Nation über Zeit und Raum hinweg. Auf diese Situation bilden sich verschiedene Reaktionen, darunter antisemitische Umdeutungsversuche der Geschichte. Zu diesen gehören die das eigene Kollektiv exkulpernde Holocaustleugnung, die Täter-Opfer-Umkehr (beispielsweise durch die Idee, Jüdinnen und Juden hätten am Holocaust mitgewirkt oder würden ihn nun zum Schaden anderer instrumentalisieren) oder die dauernde Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden beziehungsweise jüdischen Institutionen mit den nationalsozialistischen Täter/innen (dies geschieht insbesondere mit Bezug auf die israelische Besatzungspolitik). Diese Phänomene schließen einerseits an den primären Antisemitismus (vor Auschwitz) an. So ist die Täter-Opfer-Umkehr schon in frühen antisemitischen Texten zu finden (Holz 2001, S. 160). Dafür steht der Ausspruch »Die

Juden sind unser Unglück« des antisemitischen Historikers und Wegbereiters des Antisemitismus im deutschen Bürgertum Heinrich von Treitschke, welcher später auch die Ausgaben des nationalsozialistischen *Stürmer* »zierte«. Andererseits finden sich doch inhaltliche Variationen und vor allem neue Motive (insbesondere das der Selbstlegitimierung und »Entschuldung« der NS-Täter/innengeneration durch Anklagen gegen Jüdinnen und Juden), die auch an nachwachsende Generationen weitergegeben werden,⁶ weshalb dafür ursprünglich der Begriff sekundärer Antisemitismus⁷ gewählt wurde.

Zum Teil parallel dazu bildet sich ein antisemitischer Antizionismus (dies wird im Folgenden ausführlich dargestellt, denn hierbei war auch die politische Linke zentraler Akteur), das heißt eine weltbildhafte Gegnerschaft zum Zionismus, die antisemitischen Mustern folgt oder die als Platzhalter für die öffentlich nicht legitim kommunizierbare Feindschaft gegenüber dem Judentum auftritt. Dieser Antizionismus setzt sich zum Teil fort in dem, was man *israelbezogenen Antisemitismus* nennen könnte, also eine antijüdische Feindbildkonstruktion, die sich motivational vorrangig aus dem Nahostkonflikt speist, aber eben nicht auf den Konfliktgegner Israel beschränkt bleibt, sondern generalisiert Jüdinnen und Juden feindlich gegenübertritt. Verschiedene Autor/innen betonen allerdings, dass jeweilige neue Formen und Inhalte, auch der israelbezogene, manchmal so genannte »Neue Antisemitismus« (Rabinovici; Speck; Sznajder 2004) nichts an den grundlegenden Strukturierungsprinzipien der antisemitischen Weltanschauung ändern (beispielsweise Holz 2005a) – soweit eine geschlossene Weltanschauung vorliegt, wäre zu ergänzen.

Trotz der in typisierender Absicht so präsentierten zeitlichen Abfolge verschiedener Grundformen der Judenfeindschaft koexistieren diese in unserer Gesellschaft.⁸ Der religiöse Antijudaismus ist nicht ganz verschwunden und auch der sekundäre Antisemitismus hat den primären nicht verdrängt. Allerdings ist die Darstellung der quantitativen Bedeutung des Antisemitismus und seiner jeweiligen Formen nicht einfach. Insbesondere die Durchdringung des Alltags mit niedrigschwelligen Ausdrucksformen von Antisemitismus ist nicht statistisch messbar. Etwas anders sieht dies bei manifesten und damit strafrechtlich relevanten antisemitischen Delikten aus. Dazu gehören Schmiere-reien, Friedhofsschändungen, Angriffe auf Personen, Anschläge auf Einrichtungen oder hetzerische Propaganda. In der Bundesrepublik wurden im letzten Jahrzehnt jährlich zwischen 1200 und 1700 solcher Delikte verzeichnet (Exper-

6 Schließlich können auch die Nachwachsenden zur Identifikation bis hin zur »kumulativen« Heroisierung der Täter/innengeneration neigen, wenn es zu ihr persönliche, beispielsweise familiäre Bindungen gibt (Welzer; Moller; Tschuggnall 2002).

7 Der Begriff wurde von Peter Schönbach (Schönbach 1961) eingeführt und vor allem durch die Frankfurter Schule verwendet; zur Begriffsgeschichte vgl. Imhoff (2010, S. 2 f.).

8 Für eine kritische Sicht auf diese Phasenvorstellung vgl. beispielsweise Marin (1979).

tenkreis Antisemitismus 2011, S. 35 ff.), manche, wie der brutale Angriff von Jugendlichen auf einen jüdischen Rabbiner in Berlin im Sommer 2012, erfahren weite Medienresonanz, andere wurden kaum öffentlich bekannt. Aussagen über das Dunkelfeld bewegen sich notwendigerweise im Bereich der Spekulation, auch wenn die Annahme eines nicht unbeträchtlichen zusätzlichen Ausmaßes einer gewissen Plausibilität nicht entbehrt. Lehrreich hierfür ist nicht nur das Wissen, dass gewöhnlich nicht alle Delikte angezeigt werden, sondern möglicherweise auch die Kenntnis der Funktionsweisen deutscher Sicherheitsbehörden und insbesondere die Erfahrungen mit der neonazistischen Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund«, deren zehnjähriges Morden von den zum Teil sogar verstrickten Sicherheitsbehörden nicht als rassistische Mordserie erkannt, sondern als Ausdruck von Bandenkriminalität bagatellisiert wurde (Erb 2012).⁹

Kontinuierliche Informationen zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung liefert die Umfrageforschung. Sie befragt die Bevölkerung zu ihrer Einschätzung bestimmter antijüdischer Aussagen. Personen, die einer Mehrheit solcher Aussagen voll und ganz oder überwiegend zustimmen, werden dann als Antisemit/innen klassifiziert, wobei sehr unterschiedliche Erhebungsinstrumentarien Verwendung finden und die Grenzwerte unterschiedlich gesetzt werden. Decker, Kiess und Brähler kommen in einer seit 2002 zweijährlich durchgeführten Erhebung auf einen leicht variierenden Anteil von ca. 8-10 % antisemitisch eingestellter Personen in der Bundesrepublik (Decker; Kiess; Brähler 2012 a, S. 51); andere Umfragen, beispielsweise der ALLBUS-Antisemitismusindex, verzeichnen deutlich höhere Werte (Expertenkreis Antisemitismus 2011; Bergmann 2010). Auffällig ist, dass alle einzelnen Aussagen (Items¹⁰) in den Umfragen eine Zustimmung erfahren, die sehr weit über den Anteil dieses Kerns von Antisemit/innen hinausreicht.

Unsere aktuelle repräsentative Bevölkerungsumfrage (Ullrich u. a. 2012), die primären und sekundären Antisemitismus getrennt erhob, konstatiert 11,5 % primäre Antisemit/innen. Fünf Items gingen in die Skala ein, die Zustimmung lag bei *allen Items* deutlich über den 11,5 % (zwischen 14 % Zustimmung zu der Aussage, die Juden seien durch ihr Verhalten mitschuldig an ihrer Verfolgung, bis hin zu 28 % Zustimmung zu der Aussage, Jüdinnen und Juden hätten zu

9 Hier kann allerdings nur gemutmaßt werden, ob diese partielle strukturelle Blindheit der Sicherheitsbehörden für den Themenbereich Antisemitismus genauso gilt wie für Rechtsradikalismus im Allgemeinen oder Rassismus im Besonderen. Die höhere moralische Aufladung des Antisemitismus im öffentlichen Diskurs sorgt möglicherweise auch dafür, dass die Diskrepanz zwischen dem Auftreten antisemitischer Delikte und ihrer Kategorisierung und Behandlung als solche etwas geringer ist.

10 Items sind Fragen oder Statements zu denen sich Interviewte positionieren sollen. In der Regel wird ein Konstrukt wie Antisemitismus durch *mehrere* solcher Items erfasst, um Personen eindeutig klassifizieren zu können.

viel Einfluss und Kontrolle an der Wallstreet). Zusätzlich stimmten zwischen 17 % (jüdische Mitschuld an Verfolgung) und 29 % (»Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer«) den antisemitischen Aussagen zumindest teilweise zu (Ullrich u. a. 2012, S. 78).¹¹ Das bedeutet, dass neben einem Kern antisemitischer Straf- bzw. Gewalttäter/innen sowie einem Kern von Menschen mit geschlossenem antisemitischen Weltbild einzelne antisemitische Einstellungsfragmente (also Sinngehalte) in der Bevölkerung sehr weitverbreitet sind, ohne dem *Begriff* des Antisemitismus, wie er vorn eingeführt wurde, zu entsprechen. Die Verbreitung in gesellschaftlichen Subgruppen variiert dabei in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren (u. a. Bildung, ökonomische Zuversicht, Neigung zu anderen rechten Einstellungen), erfasst aber in gewissem Ausmaß eben nicht nur das rechte politische Spektrum, sondern auch sich selbst dem linken Lager zuordnende Personen und die sprichwörtliche gesellschaftliche Mitte.

Kollektive, die sich des Antisemitismus zur Konstruktion von Fremdgruppen und damit zur Stabilisierung der eigenen Gruppenidentität bedienen (Holz 2001; Scherr; Schäuble 2008), unterscheiden sich in kultureller oder politischer Hinsicht. Entsprechend differieren auch die Inhalte ihrer antisemitischen Differenzkonstruktionen. Scherr und Schäuble (2008) haben gezeigt, dass sich diese substanziellen Gehalte sogar gegenseitig ausschließen können, also dass antisemitische Fremdbildkonstruktionen der einen Gruppe unter Umständen von anderen auch antisemitisch eingestellten Gruppen explizit abgelehnt werden. So konfliktierte beispielsweise in einer ihrer Gruppendiskussionen religiöser und mit dem Nahostkonflikt begründeter Antisemitismus muslimischer Jugendlicher explizit mit einer biologistisch-rassistisch begründeten Vererbungstheorie eines Russlanddeutschen. Beide wiederum unterscheiden sich von einer sekundär-antisemitischen Differenzkonstruktion bei einer Gruppe ostdeutscher Jugendlicher. Das strukturelle Moment der feindseligen Differenz »Wir vs. die Jüdinnen und Juden« ist also nicht in inhaltlicher Hinsicht universalisierbar. Entsprechend betonen Scherr und Schäuble zu Recht, dass in der Betrachtung des Antisemitismus weniger von einer *geschlossenen* Weltbildkonstruktion auszugehen ist, als vielmehr von einem inhaltlich sehr kontextabhängigen Phänomen.

Aus all diesen hier ausgeführten Gründen – wegen des Formwandels und der Kopräsenz verschiedener Typen und Äußerungsformen auf der sozialen/diskursiven Ebene sowie des quantitativen Auseinanderklaffens im Vorkommen antisemitischer Einstellungsfragmente und antisemitisch eingestellter Per-

11 Ich habe an dieser Stelle auf die Darstellung des sekundären Antisemitismus in der Studie verzichtet, da die Items zur Erfassung des sekundären Antisemitismus in dieser Studie zum Teil viel zu weit gefasst beziehungsweise undeutlich von anderen rechten Einstellungen wie Nationalismus, Geschichtsrevisionismus u. a. abgegrenzt sind.

sonen auf der Einstellungsebene – schlage ich vor, von einem amorphen, vielgestaltigen und brüchigen Phänomenfeld zu sprechen, das zudem *fragmentiert* ist. Die Fragmentierung, also die Zersplitterung in von einander isolierte Sinngehalte,¹² geht auch auf Erfolge in der Antisemitismusbekämpfung zurück – dazu im Folgenden. Aus dieser Einschätzung ergibt sich insgesamt, dass neben Realisierungen dessen, was als Kern des Antisemitismus beschrieben wurde, ein großes Feld der Uneindeutigkeit besteht. Dies ist eigentlich banal und gilt für alle sozialen Phänomene, die immer nur begrenzt ihrem Begriff idealtypisch entsprechend auftreten, muss nun aber auch als Forschungsperspektive ernst genommen werden. Sonst droht die Gefahr der »vier Risiken« von Begriffen wie Antijudaismus, Antisemitismus und Antiziganismus (Zimmermann 2007, S. 340): Überdehnung der Erklärungsfunktion, Entkontextualisierung, Reduktion der Verfolgungspolitik auf die entsprechende Ideengeschichte, und die Homogenisierung des Diskurses.

Bekämpfter Antisemitismus

Die beschriebene Fragmentierung des Antisemitismus ist auch ein Resultat teils recht erfolgreicher Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus, die sich zumindest abschwächend auf die Verbreitung verschiedener Ausdrucksweisen und Einstellungen ausgewirkt haben. Die Umfrageforschung verzeichnete für die Geschichte der Bundesrepublik »einen langsamen, aber stetigen Rückgang in der Verbreitung antisemitischer Vorurteile vor allem in den jüngeren Generationen« (Bergmann 2010), bei allerdings etwas diffuseren Entwicklungen in den letzten Jahren (Bergmann 2010; Decker; Kiess; Brähler 2012 a, S. 51; Zick; Küpper 2011). Antisemitismus wurde im Verlauf der bundesdeutschen Geschichte immer wieder in »öffentlichen Konflikten« (Bergmann 1997) thematisiert, skandalisiert und dabei als nicht akzeptabel gelabelt (wobei die Grenzen des Akzeptablen Verschiebungen in verschiedene Richtungen unterliegen). Diese Bekämpfung, die sich unterschiedlichster Mittel bediente – von der Entnazifizierung und *Re-Education* zur politischen Bildung, über öffentliche Erinnerungs-, Gedenkstätten-, Bildungs- und Kulturpolitik bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung –, hat jedoch nicht nur Erfolge zu verbuchen, sondern auch unerwartete und zum Teil unerwünschte Nebeneffekte. Gerade die Desavouierung des Antisemitismus, also sein absoluter Legitimitätsverlust im Angesicht der nationalsozialistischen Judenvernichtung, führte dazu, dass sich außerhalb des extrem rechten politischen Spektrums kaum jemand zum Antisemitismus öffentlich bekennt – unabhängig von tatsächlichen

12 Eher en passant gibt es ähnliche Bezeichnungen wie »fragmentierter Antisemitismus« bei Mansel et al. (2010, S. 28) und Radvan (2010, S. 86).

entsprechenden Einstellungen oder Handlungen. Man spricht deswegen vom »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Marin 1979). Er sei, so Marin (1979, S. 549, in einer Studie über Österreich, die sich aber auf den deutschen Kontext sehr wohl übertragen lässt), ein »Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger, ohne das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis einer Ideologie«.

Auch für Deutschland wie für andere Länder wurde gezeigt, dass diese paradoxe postnationalsozialistische Situation der »Koexistenz von Vorurteilkristallisation und ›offizieller‹ Vorurteilsrepression« (Marin 1979), also der Antisemitismus in der Bevölkerungsmeinung und der Anti-Antisemitismus der öffentlichen (also: veröffentlichten) Meinung, eine ungeheure Spannung erzeugt. Von Antisemit/innen wird diese als »extremer Meinungsdruck« (Bergmann; Erb 1991, S. 502) empfunden; antisemitische Einstellungen werden entsprechend weniger oder nur im Privaten thematisiert oder suchen sich andere Objekte. Es kommt zu »Ersatzbildungen« (Bergmann; Erb 1991, S. 510), die es erlauben, dem eigenen Unbehagen Ausdruck zu verleihen, ohne sich direkt oder explizit jüdenfeindlich äußern zu müssen. Dies kann beispielsweise über die Hinterfragung von Geschichtsbildern (z. B. der Opferzahlen des Holocaust), über allgemeine Vergleiche und Abwägungen von ›Opfern aller Seiten‹ oder Thematisierung einer Privilegierung von Jüdinnen und Juden in der BRD gelingen (Bergmann; Erb 1991, S. 504f.) – getreu dem echauffierten Motto »Man wird doch noch mal fragen dürfen«. Man muss in allen Einzelfällen darüber streiten, wann solche Kommunikationen tatsächlich »Umwegkommunikationen«, also antisemitisch motiviert sind oder nicht (und dies ist ja ein Kern der Debatte über Antisemitismus in der Israelkritik). Es ist zumindest eine hohe Korrelation zwischen der »Kommunikationsscheu« der sich unter Meinungsdruck Sehenden und antisemitischen Einstellungen nachgewiesen (Bergmann; Erb 1991). Die generelle Existenz dieses Phänomens ist also zu beachten und bei der Deutung von fragwürdigen Formen des Israelbezugs im politischen Diskurs mitzubedenken. Auch bei Diskursbeiträgen von links ist, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, zu fragen, ob eine Verschleierung vollzogen wird und möglicherweise antisemitische Motivationen dahinterstehen.

Zugleich ist auch zu sehen, dass aus dieser postnationalsozialistischen Situation auch inhaltlich eher entgegengesetzte Positionen resultieren. Projüdische, proisraelische, zionistische oder anti-antisemitische Positionierungen haben sich in Deutschland nicht nur aus universalistischen, beispielsweise menschenrechtsbasierten Erwägungen oder Empathie mit den Opfern der Shoah gebildet, sondern zum Teil auch in (möglicherweise zähneknirschender) Anerkennung der deutschen Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese Anerkennung stellte eine Voraussetzung der politischen Legitimierung Deutschlands auf weltpolitischer Bühne beziehungsweise der Deutschen ge-

genüber ihren Besatzungsmächten dar. Sie erfolgte zum Teil in einer schlicht philosemitischen Wendung antisemitischer Semantiken (vgl. Kap. 5). Ein auf Israel übertragener Philosemitismus dieser Art, die eifertige und oberflächliche Lehre aus der Shoah, dass Israel wesenhaft vor allem die Verkörperung der Opfer sei, auf deren Seite man sich auf Gedeih und Verderb zu stellen habe¹³ – und womit man sich selbst, das ist der Clou, auf der moralisch richtigen, guten Seite platziert, ist somit *auch* als Antwort auf die zugrundeliegende Herausforderung und damit als inhaltlich und strukturell verwandtes Phänomen des sekundären Antisemitismus und des Latenzdrucks zu verstehen. Darauf soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden, ausführlich widmet sich dem Kapitel 5.

Antisemitismus als soziales Phänomen

Für die Frage, ob ein in Rede stehendes Phänomen etwas mit Antisemitismus zu tun hat, ist die in puncto Einstellungen und Meinungen so zentrale Kategorie der persönlichen Motive und Motivationen im Übrigen keinesfalls immer entscheidend, ja vielmehr sitzt die öffentliche Kommunikation hier einem Irrtum auf, wenn sie, was häufig der Fall ist, das Problem Antisemitismus zu einem ›Antisemit/innenproblem‹ macht (vgl. Benz 2004, S. 22, 147). Besonders deutlich wird diese – fehlgeleitete – Sicht in der häufigen und medialer Aufmerksamkeit gewissen Präsentation von Umfrageergebnissen, die einen mal mehr, mal weniger hohen Anteil von Antisemit/innen in der Bevölkerung ermittelt haben. Schon die Bestimmung dieses Anteils anhand eines notwendigerweise arbiträren Schwellenwertes verdeutlicht die Problematik. Vor allem aber suggeriert diese Herangehensweise einen falschen Locus des Antisemitismus: die Köpfe der Menschen. Entsprechend gilt Antisemitismus auch häufig als Vorurteil, Meinung oder Einstellung. Natürlich erscheint er *auch* als solches, doch seine Bekämpfung wäre dann tatsächlich ein psychologisch-pädagogisches, mit Aufklärung, Bildung und Faktenchecks zu behebendes Problem. In der Forschung hat mehr und mehr eine andere Perspektive an Bedeutung gewonnen, die die überindividuelle, genuin soziale Existenzweise des Antisemitismus fokussiert. Dafür stehen zum Teil Forschung in der Tradition der Kritischen Theorie, die eine spezifische Art der Verarbeitung der Komplexität und Unverständlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung ins Zentrum ihrer Analysen stellt, jedoch zugleich meist auf Charaktermerkmale und Persönlichkeitsstrukturen abstellt (Postone 1995; Claussen 2005), und andererseits An-

13 Dazu gehört insbesondere die Erklärung von Israels Sicherheit zur deutschen Staatsraison – unisono von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Linken-Fraktionschef Gregor Gysi und schließlich auch vom Deutschen Bundestag postuliert (Deutscher Bundestag, Drucksache 16/10775, 4.11.2008).

sätze, die kultur-, kommunikations-, diskurs- und systemtheoretisch inspiriert sind und die sozialen Objektivationen sowie die diesen zugrunde liegenden Strukturen des Antisemitismus analysieren. Bahnbrechend waren die Arbeiten von Shulamit Volkov (2000 a), die den Antisemitismus als »kulturellen Code« begreift, der im kaiserlichen Deutschland als einigendes symbolisches Moment eines antiemanzipatorischen Lagers fungierte. Daran schließen Analysen an, die den Antisemitismus als Semantik oder Sinnstruktur (Holz 2001) beziehungsweise Weltbild (Haury 2002) begreifen, welche durch Strukturprinzipien gekennzeichnet sind, die in den jeweiligen konkreten Aktualisierungen in Kommunikationen wirksam sind. Ebenso gehört zur genuin sozialen Existenz, dass Institutionen von nicht zu unterschätzender Prägekraft sind. Sie können als Bildungseinrichtungen ganze Generationen mit relativ stabilen Wissensformen prägen (die dieses Wissen wiederum in ihren Familien tradieren), sie können Inklusion und Exklusion von Gruppen in institutionelle Zusammenhänge regeln, sie können ihre Verstrickung in den Nationalsozialismus und strukturelle Kontinuitäten aufarbeiten oder diese Aufarbeitung mit ihrer bürokratischen Macht und institutionellen Trägheit behindern.

Hinter dieser sozialtheoretischen Auffassung vom sozialen Locus des Antisemitismus steht aber besonders die Vorstellung, dass kulturelle (also symbolisch vermittelte) Phänomene eigene Medien der Existenz haben. Sie finden sich im kollektiven Zeichenvorrat als leicht abrufbare Bilder und Symbole, sie finden sich in der Literatur, in der Sprache und als ein Wissen über die Welt, welches nie individuell ist, sondern in kommunikativen Prozessen gebildet wird (weswegen auch von kommunikationstheoretischen Antisemitismustheorien gesprochen wird) und seinen materiellen Niederschlag findet, sei es in Flugblättern, Internetforen oder Leser/innenbriefspalten, von wo wiederum andere (Menschen oder Texte) diese Wissensformen übernehmen. So können Redensarten mit antisemitischem Gehalt unreflektiert Verwendung finden, auch wenn die Sprecher/innen persönlich nicht antijüdisch eingestellt sind. Es handelt sich dabei also um eine kommunikative Aktualisierung antisemitischer Gehalte, wenngleich eben zwischen einer okkasionellen Verwendungsweise en passant (einer nicht grundsätzlich antisemitischen Person) und einer Verwendung aus Überzeugung beziehungsweise als Ausdruck eines antisemitischen Weltbildes unterschieden werden muss. Ein antisemitischer Text ist eine objektive Manifestation von Antisemitismus, die existiert und gelesen/verbreitet/kopiert werden kann, unabhängig davon, wie Personen im Einzelnen dazu stehen. Auf das Auseinanderklaffen von Manifestation und Kommunikation ist später noch im Detail einzugehen. Ein solcher Antisemitismus ist auch tradierbar ohne Jüdinnen und Juden. Für die Existenz einer judenfeindlichen Redensart oder auch ein komplettes antisemitisches Weltbild ist die reale Konfrontation mit oder das Vorhandensein von jüdischen Menschen nicht erforder-

derlich, wie insbesondere die Existenz von Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland und -österreich belegt, wo kaum noch Jüdinnen und Juden lebten. Und so wird auch noch einmal, allerdings auf andere Art, das oben schon erwähnte Phänomen des Antisemitismus ohne Antisemiten verstärkt.

Antisemitismus existiert also in Institutionen, Kommunikation und Kultur, in Riten, Symbolen und Sprache. Dies ist nicht nur eine fachpolitische Positionierung eines Soziologen und Kulturwissenschaftlers, sondern wichtig, um Unterkomplexitäten und Irritationen in der Debatte zu verstehen, wo diese Erkenntnisse über den Antisemitismus entweder nicht geteilt oder nicht mit reflektiert wird und eher eine Zuweisung von Schuld *ad personam* stattfindet. Dabei folgt aus diesen Erkenntnissen ganz im Gegenteil eine Verkomplizierung und die Notwendigkeit der expliziten Benennung tangierter Ebenen bei der Konstatierung von Antisemitismus. Doch noch etwas folgt aus dieser Sicht: Die Anerkennung des überindividuellen, aber gleichwohl die gesamte Gesellschaft und die Subjekte prägenden Charakters (Ullrich 2012 b; Ullrich; Keller 2014) des Antisemitismus impliziert auch, dass es nicht einfach möglich ist, sich qua bloßem Bewusstseinsakt oder sonstiger einfacher Entscheidung aus diesem Verhältnis zu entlassen.

Antisemitismus von links?

Linke in antisemitischen Kontexten

Diese Existenzweise des Antisemitismus als zwar bekämpfte und teils erfolgreich fragmentierte, doch vielgestaltige und vor allem genuin soziale Struktur erklärt zu einem großen Teil, warum es auch in der Linken zu Antisemitismus (als Einstellung, Kommunikation, Bild, Diskriminierungsverhalten usw.) kommen kann. Die prinzipielle politisch-moralische Herausgehobenheit des Antisemitismus im deutschen politischen Diskurs erschwert eine Einsicht, die beispielsweise im Bereich Rassismus oder Sexismus (zumindest im innerlinken Diskurs) schon viel selbstverständlicher ist, die Einsicht nämlich, dass Ablehnung und Gegner/innenschaft zu einem sozialen Ungleichheits- oder Unterdrückungsverhältnis nicht mit dem persönlichen Austritt aus einem solchen gleichzusetzen sind, beziehungsweise dass dieser auch nur teilweise vollzogen werden *kann*. Dass ein Mann sich als Feminist begreift, ändert auch zunächst nichts an seinen realen Chancen, höhere Macht oder größeres Einkommen zu generieren als Frauen. Ein antirassistisches Selbstbewusstsein kann nicht komplett verhindern, dass es zu unreflektierten dominanten Verhaltensweisen gegenüber *People of Colour* kommt oder dass der entsprechenden Person/Gruppe rassistische Stereotype, die medial omnipräsent sind, in den Kopf (oder in das Flugblatt) geraten. Und auch hier gilt, dass insbesondere die ungleich verteilten

Chancen der Gewinnung von materiellem oder symbolischem (kulturellem und sozialem) Kapital nur schwer individuell beeinflussbar sind (beispielsweise durch individuellen Privilegienverzicht zugunsten diskriminierter Gruppen). Doch die moralische Aufgeladenheit des Antisemitismuskurses ohne Antisemit/innen verhindert eine Selbstkritik in diesem Sinne und dies wird durch Teile des anti-antisemitischen Diskurses, die den Antisemitismuskurs absolut beliebig in Anschlag bringen, nicht erleichtert. Doch es ist klar: Auch Linke, die in Deutschland aufwachsen, unterliegen in ihrer Sozialisation und ihrer Gegenwart Einflüssen, zu denen Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft und deren Befangenheit im Umgang mit Jüdinnen, Juden und dem Staat Israel gehört. Und auch die Artikulationsformen sozialer Bewegungen entstehen in genau diesem Kontext, der nicht abzuschütteln ist wie ein lästig gewordenes Kleidungsstück.

Anders als für die Gesamtbevölkerung gibt es zur quantitativen Bedeutung antisemitischer *Einstellungen* in der politischen Linken keine ausreichend validen Daten. Die einzige bisher durchgeführte Umfrage zu Antisemitismus in der radikalen Linken (Imhoff 2011, 2012) ist ein Anfang und ein Quell verschiedener interessanter Erkenntnisse, aber auch mit ernsthaften methodischen Problemen behaftet (keine Zufallsauswahl, keine Kontrollgruppen und schlechte Operationalisierung: nur wenige Items messen tatsächlich Antisemitismus, die meisten nur Formen von Israelkritik, die prinzipiell mehrdeutig sind). Imhoff kommt zu dem aufgrund der methodischen Anlage wohl viel zu hohen Ergebnis, dass 17% der Befragten (latente) Antisemit/innen seien und weitere 21% Abgrenzungsprobleme zum Antisemitismus hätten. Zwischen den extremen antizionistischen und den antideutschen (israelsolidarischen) Positionen bestehe jedoch eine relative Ausgeglichenheit. Faktoren, die eine Neigung zu nach Auffassung des Autors antisemitischer Israelkritik bedingen, sind: starke Palästinasolidarität, Denken in nationalen Kategorien, personifizierende Kapitalismuskritik und die Lektüre der Zeitungen *junge Welt* oder *UZ*.

Auch die großen Bevölkerungsumfragen erlauben eine – allerdings etwas gröbere – Differenzierung politischer Lager anhand der politischen Selbsteinschätzung oder der Parteienpräferenz. Sowohl die Mitte-Studien (Decker; Kiess; Brähler 2012a; Decker u. a. 2010a) als auch die Bielefelder Studien zu »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (Zick; Küpper 2011, S. 44) zeigen deutlich, dass der eigentliche Hort des Antisemitismus rechts der Mitte, besonders bei der extremen Rechten liegt. Es gibt ihn in geringem Umfang auch in der Linken, jedoch zugleich einen kontinuierlichen Anstieg über die politische Mitte bis nach rechts (Zick; Küpper 2011). Verschiedene Versuche im antikomunistischen Tenor der Totalitarismus- oder Extremismustheorie, Antisemitismus zu einem Problem der »extremen Ränder« rechts und links des politischen Spektrums zu stilisieren, entbehren jeder wissenschaftlichen Rationalität und

sind als politische Propaganda zurückzuweisen. Leider gehört der ansonsten in vielerlei Hinsicht nützliche Bericht des Expertenkreises Antisemitismus (2011) in Teilen zu diesem Diskurs. Nach einem allgemeinen Überblick über den Antisemitismus folgen, ähnlich der Struktur von Verfassungsschutzberichten, Kapitel zu Antisemitismus in der extremen Rechten, der extremen Linken und im Islamismus. Die im Bericht zu findenden Zahlen zeichnen erwartungsgemäß ein anderes Bild. So verzeichnet die Kriminalstatistik zwischen 2001 und 2010 jährlich zwischen null und zwei als antisemitisch eingestufte Gewaltdelikte in der Rubrik »PMK-links«, zwischen einer und neun pro Jahr in »PMK-Ausländer«, aber zwischen 27 und 61 in »PMK-rechts«. Noch größer ist die Diskrepanz bei der Gesamtsumme als antisemitisch eingestufter Straftaten: »PMK-links« rangiert zwischen einem und sieben Delikten pro Jahr, »PMK-rechts« zwischen 1192 und 1662 pro Jahr (Expertenkreis Antisemitismus 2011, S. 36). Trotzdem erweckt diese Berichtsstruktur den Eindruck, es bestehe ein besonders großes Problem mit Antisemitismus von links, während der ganz normale und weitverbreitete Antisemitismus der Mitte (Ullrich 2012a) wie der von rechts mit diesen Gestaltungsmitteln verharmlost wird.

Die Daten der Mitte-Studien, die politische Zuordnung nur indirekt über die Parteaaffinität erfassen, zeichnen ein diffuseres Bild. In der Befragung des Jahres 2010 (Decker u. a. 2010a, S. 85f.) sind die Anhänger/innen der eher linken Parteien DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen in Ost- wie Westdeutschland deutlich seltener antisemitisch eingestellt als Anhänger/innen der FDP und insbesondere als Anhänger/innen von SPD und CDU/CSU (von den Anhänger/innen der Rechtsparteien ganz zu schweigen). In der Befragung des Jahres 2012 (Decker; Kiess; Brähler 2012a, S. 44f.; Ullrich u. a. 2012, S. 81) erreichen die Linksparteianhänger/innen im Westen allerdings etwa das Niveau von SPD und CDU/CSU. Grünen- und Linken-Anhänger/innen in Ostdeutschland liegen 2012 sogar noch über den Werten der CDU/CSU-Anhänger/innen. Allerdings ist hier davon auszugehen, dass ein Teil der betreffenden Personen sich gar nicht als links versteht und die Nähe zur Linkspartei eher mit deren Charakter als ostdeutsche Regionalpartei zusammenhängt (und in Ostdeutschland gab es insgesamt einen Anstieg der Antisemitismuswerte). Eines verdeutlichen diese Befunde gleichwohl: Vorstellungen von »auch heute noch zu großem Einfluss der Juden« oder ihrer Besonderheit und Eigentümlichkeit, weswegen Jüdinnen und Juden »nicht so recht zu uns« passten (so zwei der Items in den Mitte-Studien), finden auch im linken Milieu zumindest eine gewisse Zustimmung. Angesichts des eklatanten Widerspruchs zu linken Grundwerten ein gewichtiger Grund, genauer hinzuschauen.

Antisemitismus in linken Kontexten I: Geschichte

Neben den in Befragungen explizit geäußerten Vorstellungen, die sich ja nicht automatisch in entsprechende Handlungen oder Politikwünsche umsetzen, spielt natürlich auch die viel komplexere Ebene der kommunikativen, symbolhaften und alltagskulturellen Existenz von Antisemitismus eine Rolle, die Thema historischer Arbeiten und Zugänge der qualitativen Sozialforschung ist. Dazu weiter unten. Denn zu deren Verständnis sind nicht nur die Residuen des allgemeinen gesellschaftlichen Antisemitismus von Belang, sondern zunächst auch spezifisch linke Traditionen zu sondieren. Es gibt neben der hier wichtigen nationalen mindestens eine zweite Kontextstruktur, die bei der Analyse politischer Bewegungen von Relevanz ist, nämlich der Bewegungskontext selbst (Ullrich 2012 b; Ullrich; Keller 2014), der für die Entwicklung von Antisemitismus in der Linken zu beachten ist, und nicht universelle Bedingungen reflektiert, sondern ein spezifisches linkes Erbe. Hier kommt auch viel stärker Israel ins Spiel.

Im ersten Kapitel ist gezeigt worden (dort ist auch die entsprechende Literatur angegeben), dass ein antizionistischer Bias aufgrund einer Vielzahl von Faktoren den linken Diskurs über den Zionismus und später den Staat Israel schon prägte, bevor der Konflikt in seiner heutigen Struktur ausgeformt war. Neben dem linken Kampf gegen Antisemitismus, der auch manches Mal hätte mit mehr Verve betrieben werden können, gab es auch eine Tradition der gesonderten Ablehnung des Zionismus (im Gegensatz zu anderen Nationalismen) durch die sozialistische und kommunistische Arbeiter/innenbewegung schon vor dem Ersten Weltkrieg und ihrer damit einhergehenden Spaltung. Dieses linke Erbe war eine der Voraussetzungen (neben einer später ohnehin gewaltvollen Nationalitätenpolitik), die es in der Phase der späten Stalin'schen Herrschaft ermöglichte, eine antisemitische Kampagne durchzuführen, die im Wesentlichen dem Zweck diente, trotz bestehender immenser Legitimitätsdefizite die staatskommunistische Herrschaft als jeweils »nationale[n] Kommunismus« (Ullrich 2007 b) in den osteuropäischen Volksdemokratien durchzusetzen. In diesen Ländern kam es zu einer Welle von hetzerischen Veröffentlichungen, Verhaftungen und Schauprozessen, die ihren antisemitischen Charakter kaum verbargen. Diese Terrorkampagnen richteten sich gegen jede reale und vor allem allerhand konstruierte Opposition oder Abweichung von der jeweils gültigen Parteilinie, gegen »Trotzkismus«, »Titoismus«, »Opportunismus«, »Kosmopolitismus« und gegen Ende zu immer klarer gegen Zionismus. Am Beispiel der DDR wird in Kapitel 6 näher darauf eingegangen.

Kennzeichnend für die Verfolgungswelle war, dass sie sich gegen jüdische Personen oder Organisationen richtete, diese gegen die marxistische Theorie

als Abstammungsgemeinschaft ethnisch konstruierte und sie einer kapitalistisch-imperialistischen Verschwörung gegen die »werktätigen Völker« zieh. Diesem verschwörungstheoretischen Wahngelbde – denn die Vorwürfe waren schlicht konstruiert und die teilweise gestehenden Angeklagten der Schauprozesse gestanden nur aufgrund der Folter und aus kaum mehr nachvollziehbarer Parteiräson – fielen zahlreiche Personen zum Opfer, darunter viele kommunistische Aktivist/innen, Revolutionär/innen der ersten Stunde und hochrangige Funktionär/innen. Die Camouflage (Poliakov 1992, S. 83; Holz 2001, S. 440 ff.), die das antijüdische Feindbild leicht verbrämt, besteht darin, dass der Gegner nur Zionismus genannt wird. Auch damit entsteht schon eine mit der marxistischen Theorie nicht zu vereinbarende Verschwörungstheorie, die partikularistisch den *jüdischen* Nationalismus stigmatisiert. Doch hier ist sie zusätzlich *de facto* gegen jüdische Personen gerichtet und betont zudem jeweils deren jüdische »Herkunft«, die zum ersten Risikomerkmak wurde. Sie wurde auch in der DDR im Rahmen von Parteisäuberungsaktionen erfasst und zum besonderen Kontrollkriterium (Timm 1997, S. 112 f.); die Sowjetführung forderte die Registrierung aller Jüdinnen und Juden in der DDR. Dieser Antizionismus griff tief ins Arsenal des modernen Antisemitismus, ja entsprach diesem in allen wesentlichen Strukturen, klagte »jüdische Kapitalisten« für allerlei Unbill an und vollzog die holocaustrelativierende Täter-Opfer-Umkehr. Eindrücklich aus Klaus Holz' (2005 a, S. 89) Analyse der entsprechenden Texte ist dieses typische Zitat, geschrieben vom Vorsitzenden der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei:

»Die zionistischen Organisationen und ihre amerikanischen Herren waren dadurch in der Lage, die Leiden, die Hitler und andere Faschisten den Juden zufügten, schamlos auszubeuten. Man könnte fast sagen, daß sie aus Auschwitz und Majdanek Kapital schlagen möchten.«

Der Kampf gegen den Zionismus wird so zum »antifaschistischen« Kampf gegen die Opfer der Judenvernichtung. So nimmt es auch nicht wunder, dass ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung nach solcherart massenmedialer Propaganda auch in der DDR die Signale verstand und das Land verließ (Timm 1997, S. 124). Mit dem Tod Stalins fand diese Kampagne ihr Ende. Auch spätere Phasen der Hetze gegen Israel (die nun auch mehr im Kontext des Kalten Krieges gesehen werden müssen) schlossen hier nur teilweise an (Haury 2007; Timm 1997, S. 217 ff.). Ganz überwunden wurde dieses Erbe aber nicht. Noch bis in die achtziger Jahre beispielsweise erschien in der DDR antizionistisch camouflierte antisemitische Propaganda, von Karikaturen, die Israelis und Nazis gleichsetzten (beispielsweise Moshe Dayan und Hitler) bis hin zu Kindermärchen, in denen der böse und gefräßige »kleine Drache Zion« den Kindern Palästinas ihr Essen stiehlt, was diese zu dem Schluss kommen lässt: »Ein Dra-

che bleibt doch immer ein Drache!« (Amadeu-Antonio-Stiftung 2010, S. 101). Die politische Linke beziehungsweise ihre reaktionären stalinistischen Ableger waren also wichtige Akteure in der Entstehung einer antisemitischen Spielart des Antizionismus (Holz 2001, S. 431). Allerdings ist dies nicht typisch für die Linke in einem umfassenden Sinn und es ist zudem keinesfalls von einer einfachen Kontinuität auszugehen, die heute von besonderem Einfluss wäre.

Insbesondere eine Kontinuität zwischen dem spätstalinistischen (volksdemokratischen) Antisemitismus und der heutigen außerparlamentarischen bundesdeutschen Linken ist zu hinterfragen. Schon die westdeutsche KPD/DKP zeigte sich in den entsprechenden Kampagnen zurückhaltender (Staritz 1995). Positionierungen wie die eingangs zitierte der Kommunistischen Initiative, welche den antisemitischen Antizionismus Stalin'scher Prägung in Reinform vertritt, verdeutlichen aber, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um ein Problem der Vergangenheit handelt.

Späterer antisemitischer Antizionismus schöpfte möglicherweise in Teilen auch aus diesem Erbe, nahm jedoch auch andere Formen und Inhalte an. Hier ist nicht der Ort, dies in aller Tiefe erneut auszuführen (vgl. Haury 1992; Kloke 1994; Weiß 2005). Antisemitische Konnotationen kamen in diesem Kontext insbesondere als sekundär-antisemitische Argumentationen, beispielsweise omnipräsente NS-Vergleiche und Israel-Dämonisierung, vor. Auch die Deutung des Judentums als abgelehnte »Volksklasse«, die den affirmierten »Völkern« gegenübersteht, zieht sich durch die Textproduktion zumindest der militanten antiimperialistischen Linken. Der antisemitische Gehalt vieler Texte und militanten Aktionen – vom Anschlag der Tupamaros Westberlin auf das Jüdische Gemeindezentrum 1969 in Berlin bis zur euphorischen Unterstützung der Ermordung der israelischen Olympiamannschaft 1972 durch RAF-Mitglieder – ist nicht zu leugnen (Weiß 2005; Kraushaar 2005). Dennoch muss die Einordnung der *sonstigen* stark israelfeindlichen Texte und Aktionen, die häufiger Anklänge an den Antisemitismus hatten, sich aber nicht gegen Jüdinnen und Juden richteten, auch andere Kontexte berücksichtigen. Die Gleichsetzung mit Nazi-Deutschland war auch in der Kritik an den USA im Kontext des Vietnamkrieges verbreitet. Die Dämonisierung Israels war auch eine Reaktion auf den Philosemitismus der bundesdeutschen Eliten. Die Verherrlichung der palästinensischen Militanten war auch Ausdruck einer generellen Hoffnung der metropolitanen Linken auf die nationalen Befreiungsbewegungen als Subjekte der Revolution (die, lange ohne dass es bemerkt wurde, enttäuscht wurde) und Ausdruck gelebter internationalistischer Zusammenarbeit. Insbesondere aber war sie auch eine Reaktion auf Israels neue Rolle als »imperialistische« und Besatzungsmacht, die sich in der Suez-Krise 1956 ankündigte und 1967, mit dem Beginn der dauerhaften Besetzung nichtisraelischen Territoriums, manifest wurde. Die in diesem Kontext entstehende Feindschaft, Abwertung und

nationalistische Mobilisierung kann antisemitischen Charakters oder Inhalts sein, aber auch schlicht aus den allgemeinen Konfliktdynamiken resultieren. Damit ist aber ein Feld von Ambivalenzen eröffnet, welches alle Einordnungen des Antizionismus und linker Israelkritik verkompliziert beziehungsweise einer eindeutigen Einordnung entgegensteht. Der jeweilige Anteil von verschwörungstheoretischem Wahn, partikularistischer, aber konfliktbezogener Ablehnung und realpolitischer Analyse (die auch sehr zugespitzten und radikalen Charakters sein kann) ist nicht leicht zu bestimmen.

Antisemitismus in linken Kontexten II: Heutige Situation

Wenn wir uns nun nach diesem kurzen Parforceritt durch die Geschichte dem Antisemitismus in der *gegenwärtigen* Linken zuwenden (und dabei die Kommunistische Initiative tatsächlich als wohl eher marginales historisches Relikt behandeln), wie er sich im Antizionismus oder in der Kritik an Israel äußert, muss die oben geforderte differenzierende Analyse geführt werden. Wie zu zeigen sein wird, gibt es unter den kursierenden Beispielen, die als Beleg für linken Antisemitismus dienen (sollen), jene, bei denen dieser Nachweis leichtfällt. Es gibt jene, bei denen keine eindeutige Einordnung möglich ist. Und es gibt solche, bei denen der Vorwurf schlicht zurückgewiesen werden muss. Auf Letztere wird im folgenden Unterkapitel zum *Diskurs über* den linken Antisemitismus eingegangen. Die im Folgenden zu analysierenden Beispiele, die *pars pro toto* für viele andere stehen, welche den Leser/innen sicher in den Sinn kommen werden, dienen der Darstellung *tatsächlicher* Ausprägungen von Antisemitismus und antisemitischen Sinngehalten oder Lesarten. Sie sind alle weder typisch für *den* linken Diskurs, noch können quantitative Aussagen über ihre Verbreitung oder über die Zustimmung zu solcherart Positionierungen getroffen werden. Klar ist jedoch, dass es nur Einzelbeispiele gibt, die eindeutig der ersten Kategorie, dem offensichtlichen Antisemitismus, zugeordnet werden können, während das Gros trotzdem problematischer, aber eben ambivalenter Positionierungen keine solche Stigmatisierung zulässt.¹⁴

Eines der eindrucklichsten Beispiele für die kommunikative Aktualisierung von Antisemitismus in linken Kontexten stammt aus Köln. An der am dortigen Dom von Kölner Friedensbewegten aufgestellten Klagemauer befand sich ein Bild,¹⁵ welches Ausgangspunkt einer harten öffentlichen Debatte wurde. Es handelt sich um ein Foto von einer Demonstration in Indien. In dessen Zentrum wiederum ist ein Plakat zu sehen, das zum eigentlichen Grund der Aus-

14 Zur Methode der Bildanalyse, die hier nicht ausführlich durchexerziert wird, vgl. Daphi, Lê und Ullrich (2013).

15 <http://arendt-erhard.de/deutsch/palestina/koelner-klagemauer/walter2.jpg> [2013-05-14].

einandersetzung wurde. Auf ihm abgebildet ist ein Mann, der mit Messer und Gabel ein vor ihm auf dem Teller liegendes Kind verspeist. Daneben steht ein Glas mit einer roten Flüssigkeit, wohl Blut symbolisierend. Die Männerfigur ist in Blau-Weiß gehalten und trägt einen Latz mit Davidstern, referiert damit klar auf Israel beziehungsweise das Judentum, die Gabel ist mit der US-Fahne gemustert, auf dem Messer steht »Gaza«. Das Kind ist, insbesondere durch eine Kuffijah, das sogenannte »Palästinensertuch«, als palästinensisch markiert. Die am Plakat sichtbaren Buchstaben GUPS verweisen auf die Generalunion Palästinensischer Studierender als mögliche ursprüngliche Urheberin des Plakates. An antisemitischen Topoi referiert werden am deutlichsten die Kindsmordlegenden und das rituelle Bluttrinken. Unabhängig von einer späteren vagen Distanzierung des Initiators der Kölner Klagemauer von möglichen antisemitischen Lesarten und der durchaus glaubwürdigen Beteuerung, dass *intentional* nicht antisemitische Legenden aufgerufen werden sollten, sondern die Männerfigur für den Staat Israel stehe und sich das Bild, verdeutlicht durch einen Untertext, konkret auf schreckliche Folgen des israelischen Angriffs auf Gaza beziehe, nicht auf Untaten von Jüdinnen und Juden generell, ist doch ein antisemitischer Gehalt existent und eine Kontrolle über die möglichen Lesarten von Betrachter/innen besteht nicht.¹⁶ Die Intention ist für mögliche Bildwirkungen schlicht vernachlässigbar.¹⁷

Um sich nicht auf den deutschen Kontext zu beschränken, sei ein weiteres Bild – diesmal aus Brasilien stammend – analysiert. Es handelt sich um eine Karikatur des Brasilianers Carlos Latuff, die u. a. auf der britischen Indymedia-Webseite zu finden war. Latuffs Karikaturen sind populäre und harsche Kritiken unter anderem der israelischen und US-amerikanischen Politik und international in linken Zeitungen, Zeitschriften und Internetforen verbreitet. Häufig kommen bei ihm drastische Vergleiche, beispielsweise mit NS-Deutschland oder Hitler zum Tragen. Im analysierten Bild¹⁸ sind Israelkritik und Antizionismus mit antisemitischen Topoi eng verwoben. Abgebildet ist Ariel Sharon (damals israelischer Premierminister), der in tarnfarbenen Armeehosen und eingewickelt in eine israelische Fahne auf einer Kugel sitzt, mehrere Gewehre, eine Pistole und ein Kampfflugzeug mit sich führt. Er hält eine Hand auf, in welche eine andere Hand in den Farben der USA Dollarnotenbündel

16 Walter Hermann: Erklärung zum Antisemitismus-Vorwurf gegen die Kölner Klagemauer, 8.8.2011 http://www.arendt-erhard.de/deutsch/palestina/koelner-klagemauer/koelner_klagemauer_walter_herrmann_initiative_koelner_klagemauer.htm [2013-01-08].

17 Trotzdem ist die Frage der Wirkungen keineswegs banal. Es wäre beispielsweise zu untersuchen, wo jeweils überhaupt das Wissen besteht, um bestimmte Anspielungen als antisemitische Topoi zu entschlüsseln. An manchen Stellen ist es vielleicht sogar vor allem der kritische und wissenschaftliche Diskurs, der überhaupt dieses Wissen aufrechterhält.

18 Das Bild, entstanden im Jahr 2002, ist beispielsweise auf Wikipedia und hier zu finden: <http://dc.indymedia.org/newswire/display/20558/index.php> [2013-01-08].

fallen lässt. Mit der Pistole zielt er auf einen neben ihm sitzenden Palästinenser (durch die Kuffiyah markiert), der sehr klein gehalten ist und nur über eine neben ihm liegende Steinschleuder als Waffe verfügt (Bezug zur biblischen Geschichte von David und Goliath). Was eine drastische Darstellung und Kritik des Nahostkonfliktes sein kann und sein will, ist zugleich mehrfach problematisch und referiert antisemitische Topoi und Strukturen. Insbesondere ist der zentrale NS-Vergleich problematisch. Sharons Arm trägt den Schriftzug »Massaker«, wobei die beiden »s« wie SS-Runen geschrieben sind; der Palästinenser hingegen hat eine Nummer auf dem Arm – möglicherweise tätowiert wie KZ-Häftlinge. Besonders drastisch – und in der Tat eher untypisch, aber umso deutlicher – ist der einen großen Teil des Bildes prägende Schriftzug »Sharon Anti Christ«, der das Bild sogar aus der politischen in die religiöse Sphäre überführt und so auch Anschlussfähigkeit an christliche antijüdische Diskurse ermöglicht.

An anderer Stelle schon analysierte Beispiele müssen hier nicht erneut vertieft werden; sie sollen aber kurz in Erinnerung gerufen werden, um auch einen Eindruck von der Breite des Auftretens zu gewinnen. Dazu gehören immer wieder Karikaturen (denn Bilder transportieren noch mehr als Text Vieldeutigkeit oder Deutungsunsicherheit¹⁹), wie die Darstellung Israels als klauenbewehrte, bluttriefende Kreatur, welche als Kettenhund des US-Finanzkapitals (Uncle Sam mit Hakennase und Dollarzeichen auf dem Zylinder) agiert in einer Broschüre der Socialist Workers Party mit dem ins gleiche Horn stoßenden Titel: »Israel: the Hijack State. America's Watchdog in the Middle East«, in welchem verschiedene antisemitische Topoi abgerufen werden (Ullrich 2008, S. 269). Als antijüdisch – ob intentional oder nicht – gewertet werden muss wohl auch das in die Kritik geratene Abstimmungsverhalten der Herforder Linken-Stadträtin Zemaitis, die sich zwar für Räume für eine kurdische jesidische Gemeinde einsetze, aber als Einzige gegen einen Beschluss zur städtischen Unterstützung des Wiederaufbaus einer Synagoge stimmte,²⁰ was auch in ihrer Partei auf Ablehnung stieß.²¹ Und ohne Frage betrifft der Vorwurf (auch intentionalen) Antisemitismus zu Recht diejenigen Linken, die es (in den oben angeführten Umfragen) verstehen können, dass einem wegen Israels Politik Jüdinnen und Juden unsympathisch sind.²² Nicht weit weg davon an-

19 Vgl. dazu Daphi, Lê und Ullrich (2013) und Ullrich/Lê (2011).

20 http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/06/28/wer-so-alles-gegen-synagogen-in-deutschland-aktiv-ist_3745 [2013-01-08].

21 http://www.dielinke-nrw.de/vor_ort/kreise_und_kommunen/herford/detail_herford/browse/2/zurueck/herford/artikel/zuschuesse-der-stadt-herford-fuer-die-synagoge/ [2013-01-08].

22 Kein Gegenargument, aber doch eine Verkomplizierung dieser Aussage stellt die Tatsache dar, dass Israel selbst eine Vertretung für alle Jüdinnen und Juden zu sein beansprucht, indem es in ihrem Namen und für sie spricht, die Religionszugehörigkeit zum Erwerb der Staatsbürger/innenschaft berechtigt und seine Politik lange Zeit nachdrücklich auf Ansiedlung

gesiedelt ist die Inkonsistenz linker Aktivistinnen, die Imhoff (2012, S. 160) nachwies. In seinem Sample aus Link(sradikal)en stachen die sich selbst als Pazifist/innen bezeichnenden dadurch hervor, dass sie im offensichtlichen Gegensatz zu ihrer grundlegend zu vermutenden Gewaltablehnung, zu 20 % (n=13) Terroranschläge in Israel für hinnehmbar halten und weitere 27 % (n=17) die Mittelkategorie wählen. Eines der krassesten Beispiele für Antisemitismus (NS-Gleichsetzung, Täter-Opfer-Umkehr, Aufgreifen antisemitischer Legenden) im linken Kontext ist ein Flugblatt, welches auf der Homepage der LINKEN in Duisburg auftauchte. Unter einem Symbol, in dem Davidstern und Hakenkreuz verflochten sind, steht ein israelfeindlicher Text, der mit antisemitischen Inhalten reichlich bestückt ist. Angeblich »gleichgeschaltete Medien« werden als »Judenpresse« bezeichnet, die Shoah wird andeutungsweise relativiert (»sogenannter Holocaust«), ein Weblink führt zu einer Internetseite, die über die »wahre[n] Hintergründe des Judaismus« aufklären will und Antisemitismus durch Eigenarten des Judentums zu plausibilisieren versucht. Zugleich muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich die Partei DIE LINKE nach Bekanntwerden des Flugblattes in ihrem Webangebot umgehend in aller Schärfe von dem Flugblatt distanzierte,²³ welches auch heute weiterhin auf einer islamistischen Webseite angeboten wird, auf die es zum Zeitpunkt der Entdeckung bei der Duisburger LINKEN schon hinwies.

Auch hier gilt: Solche Vorfälle sind keineswegs auf Deutschland beschränkt, wenngleich sie im Land der Täter der Shoah noch eine ganz spezifische Bedeutung haben und sekundär-antisemitische Motive beziehungsweise Auswirkungen hier eine größere Rolle spielen. Immer wieder kommt es beispielsweise auf Veranstaltungen zu antisemitischen Äußerungen. Diese reichen von der sehr häufigen »jüdischen Separation« (»die Jüdinnen und Juden« werden »den« Deutschen, Briten usw. gegenübergestellt, auch wenn sie selbst Deutsche/Briten / ... sind) bis hin zu offenen Hetzreden.²⁴ Alle diese Beispiele sind von kla-

jüdischer Menschen aus aller Welt ausgerichtet war. Ebenso verkompliziert wird diese Situation durch das häufig nachdrückliche Eintreten jüdischer Organisationen für Israel. Die immer – und zwar zu Recht – geforderte Trennung zwischen Israel und zumindest verschiedenen Institutionen des Judentums setzt schon ein recht komplexes Wissen voraus.

23 <http://www.derwesten.de/nachrichten/das-rechts-links-problem-in-duisburg-id4589199.html> [2013-01-09].

24 Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Referent und Workshopleiter in diesem Bereich erinnere ich eine Vielzahl an Vorkommnissen, in denen jüdische Nationalität nicht anerkannt wurde (während Nationen nicht generell als Konstrukte betrachtet wurden), oder wo das Bedürfnis aufkam, das Judentum und die wahre Zugehörigkeit zu diesem doch genau zu definieren. Allerdings muss auch der Vorwurf der Separation mit Vorsicht behandelt werden, da das Judentum natürlich auch als Gruppe mit eigenen Institutionen usw. auftritt. Auch beispielsweise bei der Konstatierung eines »deutschen Antisemitismus« oder deutscher Täterschaft besteht ein guter Grund, auf der Differenz zwischen Jüdinnen/Juden und der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Solche Besonderungen der Jüdinnen und Juden sind also von feindlichen

rer Feindschaft oder Diskriminierung gegenüber Jüdinnen und Juden geprägt und somit unstrittig Antisemitismus – wegen ihres judenfeindlichen oder -diskriminierenden Gehalts, auch wenn der explizierte Äußerungsgrund in den meisten Fällen mit der abgelehnten Rolle Israels zu tun hat. Schwieriger zu verorten sind andere Beispiele, die mit Bezug auf die Kriterien vorgebracht werden, welche das »European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia« (EUMC) zur Kategorisierung von als antisemitisch zu wertender Kritik an Israel vorgeschlagen hat (European Forum on Antisemitism o. J.). Diese Kriterien für »Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel« sind im Einzelnen:

- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

Nur ein Teil dieser Kriterien (insbesondere das dritte und fünfte) erlaubt eine eindeutige Klassifizierung von Antisemitismus im Sinne von Judenfeindschaft. Alle weiteren verlangen eine, wie in der Arbeitsdefinition auch allgemein angemerkt wird, Analyse des Gesamtkontextes, um als antisemitisch gelten zu können. Dies sei nur an einem Beispiel erläutert: Die Ablehnung eines »Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes« kann aus einer partikularistischen, nur gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Sicht erfolgen, aber genauso gut auch Ausdruck einer generellen antinationalen Orientierung sein (wie sie beispielsweise im Anarchismus oder der autonomen Linken weitverbreitet ist). Letzteres war auch typisch für verschiedene jüdische, aber nicht jüdisch-national gesinnte Revolutionär/innen wie Leo Trotzki oder Rosa Luxemburg. Noch offensichtlicher ist, dass doppelte Standards wohl ein ubiquitäres Phänomen der Wahrnehmung von Antagonist/innen in Konflikten darstellen und als defini-

Angriffen zu trennen, vgl. z. B. <http://richardmillett.wordpress.com/2011/10/25/threatened-and-told-im-one-of-the-chosen-people-at-trade-union-event/> [2013-01-08].

torisches Spezifikum für Antisemitismus nicht taugen. Erst der Nachweis antisemitischer Motive oder eines manifesten antisemitischen Aussagegehalts im situationalen oder organisatorischen Kontext der Äußerung erlaubt eine klare Klassifizierung. Selbst der Vergleich von Aspekten israelischer und nationalsozialistischer Politik ist grundsätzlich in diese Unsicherheit eingeschlossen. Der Vergleich muss möglich sein und wird auch vielfach praktiziert. Wenn das Ergebnis oder das ohnehin vorausgesetzte Ziel aber eine Gleichsetzung zwischen der israelischen Besatzungspolitik und der nationalsozialistischen Judenverfolgung ist –, und dies ist in vielen der Fälle der Anwendung dieses Vergleichs so – dann liegt ein Fall der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr und NS-Verharmlosung vor. Doch der NS-Vergleich ist in der politischen Kommunikation in Deutschland, in Israel und auch in vielen anderen Ländern zugleich eine Metapher für das schlechthin Böse, ein harter Vorwurf gegen politische Gegner beziehungsweise dramatisierendes oder legitimierendes Element der politischen Kommunikation auch in ganz anderen politischen Feldern (vgl. Kap. 5 und Della Porta; Reiter 1998; Ferree u. a. 2002; Ullrich; Lê 2011). Auch dort mag der Vergleich je nach Fall unangemessen, irreführend oder geschmacklos sein. Damit ist er aus einer universalistischen linken und erinnerungspolitisch sensiblen Perspektive also hoch problematisch, aber kein hinreichender Beweis für Antisemitismus im hier ausgeführten Sinn. Dies gilt umso mehr, weil die Entscheidung über eine Angemessenheit von Vergleichen immer auch von realpolitischen Einschätzungen des Nahostkonflikts abhängt, über die entsprechend hochgradig variierende Einschätzungen existieren.

Siegfried Jäger (2005, S. 110 f., 126) merkt dazu an, dass der Begriff des Antisemitismus systematisch überfordert werde und man ihm ein 1:1-Verhältnis zur Wirklichkeit und damit die Leistung objektiver Abbildung dieser Wirklichkeit abverlange – eine Leistung, die zu erbringen aber keinem Begriff möglich ist. Die einzelnen Begriffsdimensionen beziehungsweise Kriterien der EUMC-Definition sind gleichwohl nützlich, und zwar als *sensibilisierende Konzepte* für das Aufspüren möglichen antisemitischen Gehalts, und sie sind Indikatoren illegitimer Formen der Kritik an Israel. Beispiele dafür gibt es auch heute (während sie noch vor wenigen Jahrzehnten nahezu omnipräsent waren) noch immer. Der häufig und sicherlich berechtigt vorgebrachte Vorwurf der Obsession der Linken mit Israel, welche den Ausgangspunkt für das dauerhafte Anwenden doppelter Standards darstellt, berührt eine solche Problemstelle. Dabei geht es darum, dass der israelisch-palästinensische Konflikt wie kaum ein anderer eine stete Aufmerksamkeit in der deutschen und internationalen (zumindest westlichen) Linken generiert, die nicht allein mit seiner Bedeutung und Intensität (beispielsweise Opferzahlen u. ä.) erklärt werden kann, und dabei zugleich zu intensivsten Identifikationen mit den Konfliktseiten und extremen Zuspitzungen in der Konfliktwahrnehmung führt. Diese führen immer

wieder zu Aussagen, die zumindest auch antisemitisch lesbar sind. Auch hier soll eine Geschichte die Problematik verdeutlichen. Im Rahmen eines Vortrages, den ich im Jahre 2012 zu diesem Thema hielt, äußerte sich ein Teilnehmer skeptisch gegenüber dem Antisemitismusvorwurf wegen überzogener Israelkritik gegen die Linke. Seine Begründung lautete, dass Israel doch im Gazakrieg ein Verbrechen begangen habe, welches man sich schlimmer nicht vorstellen könne, weswegen es auch entsprechend kritisiert werden muss. Dieser Teilnehmer war so sehr auf diesen für ihn wichtigen Konflikt fokussiert, dass jede Übertreibung für das Unterstreichen seiner Sichtweise akzeptabel war. An anderer Stelle und auf Nachfrage hat die Person weder judenfeindliche Äußerungen von sich gegeben noch den Holocaust relativiert – was der objektive Inhalt seiner Aussage ist, insbesondere in einem politischem Diskurs, in dem Genozide allgemein, aber besonders die Shoah als schlimmste Verbrechen gelten (was auf die israelische Besatzungspolitik mit Sicherheit nicht zutrifft).²⁵ Aber im Zuge der obsessiven Fokussierung auf diese eindeutig propalästinensische Sicht war das nicht von Bedeutung. In diese Kategorie, wo zumindest subjektiver oder motivationaler Antisemitismus oft ausgeschlossen werden kann, der manifeste Aussagegehalt jedoch mehrdeutig ist und antisemitische Lesarten zumindest zulässt oder gar nahelegt, fallen viele Formen der Deutung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dies findet sich in der Reduktion Israels auf seine Rolle als Besatzungsmacht unter Aussparung von Verständnis für berechnete Anliegen der israelischen Bevölkerung oder ihrer berechtigten Angst vor einer (z. T. antisemitisch motivierten) Bedrohung von außen (Ullrich 2008, S. 186, 219-224).

Das gewichtigste Einfallstor für Antisemitismus in den linken Diskurs, ohne dass antisemitische Einstellungen, Programmatiken oder Handlungen durch Linke manifest würden, ist die mangelnde Abgrenzung von oder gar das Eingehen von Bündnissen mit Akteuren, die eine antisemitische Programmatik verfolgen. Dazu gehört die Akzeptanz antisemitischer Sprechchöre oder Pamphlete bei linken Veranstaltungen und Demonstrationen (Ullrich 2008, S. 260 f., 270), die Duldung (wie im Fall der Gaza-Flottille, vgl. Salzborn; Voigt 2011 a, S. 298 f., 301) oder gar Solidarisierung mit Organisationen wie der libanesischen Hisbollah oder den Muslimbrüdern (Ullrich 2008, S. 11, 2010 a, S. 70), die auch über eine eindeutige antisemitische Agenda verfügen, die Teilnahme an Veranstaltungen, die regelmäßig antisemitische Propaganda zum Ausdruck bringen, wie auf dem jährlich, unter anderem auch in Berlin, stattfindenden Marsch zum Al-Quds-Tag (islamistischer Aktionstag, an dem zur »Befreiung« Jerusalems und Palästinas aufgerufen wird). Eine ähnliche Logik verbirgt sich

25 Eine kritische Hinterfragung von diskursiven Anschlüssen darf aber auch nicht dazu führen, dass bestimmte reale Dinge einem Thematisierungsverbot unterworfen werden, nur weil sie mögliche Anschlüsse an antisemitische Lesarten bieten.

dahinter, wenn das iranische Regime, welches sich offen antisemitisch gibt,²⁶ über die Maßen verteidigt wird (Ullrich 2008). Das wohl häufigste Einfallstor ist die Solidarisierung mit oder zumindest die Verteidigung der Hamas-Regierung im Gazastreifen. Trotz Hinweisen auf die sinkende Bedeutung der Charta der Hamas und teilweise realistischere Positionierungen der Organisation in den vergangenen Jahren lässt sich nicht leugnen, dass das zentrale Dokument der Hamas (von ihren Handlungen wie Terrorakten gegen Zivilist/innen ganz zu schweigen) ein durch und durch antisemitisches Pamphlet ist, das in klassischer Manier und unter reichlicher Bezugnahme auf die antisemitische Hetzschrift *Protokolle der Weisen von Zion* die Jüdinnen und Juden hinter Revolutionen, dem Zweiten Weltkrieg, dem Kommunismus, den Medien, der UNO wie dem UNO-Sicherheitsrat vermutet (Holz 2005 a, s. besonders S. 27 ff.). Die dahinterliegende drastische Freund-Feind-Logik, mit der auch heute noch gegen Israel gehetzt wird, kommt in diesem linken Diskurs vielfach zum Ausdruck, beispielsweise in Slogans wie »Stoppt Israels Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser«²⁷.

Viele Beispiele, die im Diskurs vorgebracht werden, erlauben also keine leichte oder zumindest keine *eindeutige* Einordnung hinsichtlich des Antisemitismus beziehungsweise der Ebene, auf der ein solcher konstatiert werden kann (dazu weiter unten), auch wenn viele von ihnen deswegen nicht weniger problematisch erscheinen, aber schlicht Ausdruck eines anderen Problems sind: einer radikalen und vollkommen distanzlosen Identifikation mit einer Konfliktseite, die realitätsblind macht und zur Abwertung der anderen Seite führt, was beim Thema Nahostkonflikt auch Anschlussfähigkeit an antisemitische Diskurse herstellen kann. Was hier offenbar wird, ist eine offene Flanke im Feld der Linken, die die Abgrenzung eines gewissen Teils zu rechtslastigen Positionen angesichts einer Grauzone von Übergängen und Anschlussmöglichkeiten zumindest infrage stellt.

*Philosemitismus und Antisemitismusvorwurf.
Oder: der Antisemitismus der anderen*

Auf einem Workshop zum Thema »Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt«, den die der LINKEN nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung im Frühjahr 2012 durchführte, gab es einen offenen Themenblock, in dem sich spontane Arbeitsgruppen zu selbstgewählten Fragen austauschten. Eine der Arbeitsgrup-

26 Antisemitische Gräuelpropaganda und die Relativierung beziehungsweise Leugnung des Holocausts sind offizielle iranische Politik, besonders verkörpert in der Figur des Präsidenten Ahmadinejad; vgl. bspw. Holz (2006).

27 <http://www.arbeitermacht.de/international/STOPPT%20ISRAELS%20VERNICHTUNGSKRIEG.htm> [2013-01-10].

pen hatte das Thema »Funktionen des Antisemitismusvorwurfs«. Auf der gemeinsam erarbeiteten Ergebnisliste versammelten sich verschiedenste unlautere Gründe, einen Antisemitismusvorwurf zu äußern, nicht aber der, dass dieser Vorwurf möglicherweise dazu dienen könnte, tatsächlichen Antisemitismus anzuklagen. Diese Situation verdeutlicht die Dynamik der linken Antisemitismusdebatte. Sie zeigt, wie sehr sie als Themenfeld ein Eigenleben führt, sich sogar von ihrem »eigentlichen« Gegenstand, dem Antisemitismus, zu lösen scheint. Zwei Gründe für dieses Arbeitsergebnis, beide real und wirkmächtig, fallen ins Auge: Ein Motiv ist die Unwilligkeit, sich kritisch-selbstkritisch mit Antisemitismus in der Linken zu beschäftigen, eine Position, die besonders für radikale Kritiker/innen Israels und nicht zuletzt für die wirklichen Antisemit/innen unter ihnen typisch ist. Der andere Grund ist die Abwehrhaltung gegen einen mit tatsächlich kontinuierlicher Willkür, Beliebigkeit und Aggressivität vorgetragenen verdinglichten Antisemitismusvorwurf, der Menschen diffamiert und delegitimiert – und somit vom Instrument der Kritik zum allzeit bereiten »Herrschaftsinstrument« (Zuckermann 2010 a; vgl. a. die frühe Kritik von Claussen 1992, S. 11) verkommt.

Es gibt einen Diskurs innerhalb der politischen Linken, insbesondere – aber nicht ausschließlich – vertreten von antideutschen und zumindest in dieser Tradition stehenden Akteuren, der eine so niedrige Schwelle für das Anbringen des Antisemitismusvorwurfs hat, dass all die geschilderten Ambivalenzen, die mit der Fragmentierung des Antisemitismus zusammenhängen, verschwinden. Unterscheidungen zwischen Einstellungen oder Motiven, manifestem Aussagegehalt und möglichen Rezeptionsweisen und diskriminierender Praxis verschwimmen vollkommen. Notfalls wird die Realität dem politischen Ziel angepasst – durch selektive Datenauswahl oder sinnentstellende Belegstellen (Erb; Kohlstruck 2006, S. 1; Ullrich; Werner 2011). Im Bestreben, Antisemitismus nachzuweisen, werden stattdessen in »kriminalistischer Haltung« Indizien zusammengetragen, »damit am Ende jemand überführt werden kann« (Erb; Kohlstruck 2006) – um den Preis der Aufgabe begrifflicher und moralischer Differenzierung. Mehrere solche Antisemitismusdebatten mit Bezug zum Nahostkonflikt gab es in der jüngeren Zeit. Allein im Jahr 2012 wurde in der deutschen Öffentlichkeit um den die BDS-Kampagne unterstützenden Jenaer Bürgermeister Schröter, das Grass-Gedicht »Was gesagt werden muss«, den Friedenspreis für Judith Butler und die Israelkritik von Jakob Augstein gestritten. Alle diese Debatten fanden ihren Widerhall und rege Beteiligung im linken Diskurs. Alle Diskussionen folgten dem gleichen Erregungsmuster (vgl. Benz 2004, S. 11 ff.). Auf die Skandalisierung wurde im binären Schema Antisemitismus konstatiert und von der Gegenseite mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Ein Beispiel, das für viel Furore auch in der linken Medienöffentlichkeit sorgte, war die Platzierung des linksliberalen Journalisten Jakob

Augstein (Mitbesitzer und Kolumnist des *Spiegel*, Herausgeber des *Freitag*) auf der Hitliste der schlimmsten antisemitischen und antiisraelischen Ausfälle des Simon-Wiesenthal-Centers in Los Angeles, die gemeinhin als Antisemiten-Top-Ten wahrgenommen wird,²⁸ zusammen mit unter anderem den ägyptischen Muslimbrüdern, dem iranischen Regime und den griechischen Neofaschisten der Partei »Chrysi Avgi« (Goldene Morgendämmerung). Während es eine relativ einmütige Zurückweisung insbesondere der Stärke der Vorwürfe aus allen Richtungen gab,²⁹ so in verschiedenen Leitartikeln, von Antisemitismusforscher/innen, vom Zentralrat der Juden, waren linke proisraelische Meinungen klar in ihrer Einschätzung, dass Augsteins inkriminierte Äußerungen, die ihn auf die Liste gebracht hatten, Antisemitismus reinsten Wassers seien.³⁰

Tatsächlich gehören einige Äußerungen Augsteins sehr wohl in den oben aufgeführten Bereich der mindestens mehrdeutigen Formulierungen. Sowohl die Bezeichnung Gazas als »Lager«, seine Anspielungen, orthodoxe Juden würden vor allem nach dem Rachegesetz handeln, und die emphatische Unterstützung für Grass als Tabubrecher für »uns« Deutsche sind problematisch. Der anti-antisemitische Diskurs bewegt sich jedoch wie auch manche unter Augsteins Verteidiger/innen weit von diesen Stellen weg und bringt Belege für Augsteins vorgeblichen Antisemitismus, die jeder Beweiskraft für einen solchen Vorwurf entbehren. In der *taz* wurde ihm, dies ist der Gipfel der absoluten Beliebigkeit, beispielsweise auch vorgehalten, dass er Israel »Besatzungsmacht« nennt;³¹ der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn bezeichnet diese Wortwahl im *Welt*-Interview sogar als »NS-Jargon«³². Dies erinnert an das Tribunal über die Partei DIE LINKE im Bundestag im Anschluss an die Berichterstattung über angeblichen Antisemitismus in der LINKEN. Auch dort wurde deutlich, dass sich der Antisemitismusvorwurf als politische Waffe gegen einen ohnehin feststehenden Gegner beliebig in Anschlag bringen lässt, notfalls auch mit schlicht erfundenen »Argumenten«. In diesem Fall wurde der Linkspartei

28 Jörn Schulz 2013: Lost in translation, <http://jungle-world.com/jungleblog/2000/> [2013-01-10].

29 Auch wenn es an dieser Stelle mehr um die undifferenzierten Vorwürfe gegen Augstein geht, müssen sich seine Verteidiger auch zu großen Teilen vorwerfen lassen, sich keinen Begriff vom Antisemitismus zu machen und schlicht mit dem Argument »Israelkritik ist nicht antisemitisch« ebenso am Kern vorbeizuarargumentieren.

30 So beispielsweise Rainer Trampert in der proisraelischen *Jungle World*, <http://jungle-world.com/artikel/2013/02/46935.html> [2013-01-10] oder Matthias Küntzel im NDR-Fernseh-Magazin »Zapp« vom 16.1.2013 (23:20 Uhr).

31 Cigdem Akylol: »Auszeichnung für Antisemitismus«, *taz*, 29.12.2012, <http://www.taz.de/!108179/> [2013-01-10].

32 Philip Kuhn: Dämonisierung mit dem Ziel der Delegitimierung, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article112787522/Daemonisierung-mit-dem-Ziel-der-Delegitimierung.html> [2013-01-19].

beispielsweise vorgeworfen, das Existenzrecht Israels nicht anzuerkennen,³³ ein Vorwurf, der von Unkenntnis der Programmatik und Beschlusslage der Partei zeugt.

Diesem Muster folgen Skandalkommunikationen aller Art, so, wenn sich der »Koordinierungskreis gegen Antisemitismus« in seinem Newsletter, der regelmäßig über antisemitische Vorfälle berichtet, auch mokiert, dass die EU-Kommission sich kritisch gegen Siedlungsbau sowie Extremismus und Hetze der Siedler/innen in der Westbank äußert.³⁴ Durch die Präsentation in diesem Kontext werden realpolitische Banalitäten – also dass die Besetzung der Westbank und die damit einhergehende Gewalt und Fremdbestimmung zumindest ein zentraler Konfliktmotor ist – als illegitime Formen voreingenommener Kritik gebrandmarkt. Ein instruktives aktuelles Beispiel, in dem es nur am Rand um den Nahostkonflikt geht, welches aber die unangemessene Schärfe und Beliebigkeit linker Antisemitismusvorwürfe verdeutlicht, produzierte die Linke Liste an der Universität Frankfurt, als im Mai 2012 ein Bündnis linker Gruppen und Parteien im Rahmen der Krisenproteste zu Aktionen vor der Europäischen Zentralbank, immerhin einem der wichtigsten Akteure der neo-liberalen Krisen-Austeritätspolitik, welche besonders die Länder Südeuropas in arge Bedrängnis brachte und zu extremen sozialen Verwerfungen führte, aufrief. Die Linke Liste veröffentlichte dazu ein Flugblatt,³⁵ das die Bewegung einer radikalen Kritik unterzieht. Ihr wird Inhaltsleere, Beliebigkeit, Reformismus, Geldfetisch, Personifizierung sozialer Verhältnisse und anderes vorgeworfen. Die Abrechnung gipfelt in dem Vorwurf an die Occupy-Aktivist/innen im Bündnis, ein wichtiges einigendes Moment für sie sei ein »antisemitische[r] Hass auf die Formen kapitalistischer Zirkulation«, der dem »Pogrom der 99 % über das 1 % Tür und Tor öffnet«. Jede Differenzierung verschwimmt an diesen Stellen. Es besteht keinerlei Unterschied mehr zwischen einer heterogenen und diffusen, linksorientierten und insbesondere mehr Demokratie einfordernden Sammlungsbewegung in Zeiten krisenhafter Verwerfungen auf der einen und der Bewegung der selbsternannten Antisemit/innen auf der anderen Seite; es besteht kein Unterschied mehr zwischen möglicherweise problematischen Elementen der in Occupy verbreiteten Weltbilder und der Realisierung hasserfüllter, mörderischer Praxis. Mit Inhalten und deutlich konnotierten Termini wird

33 Jörg Schindler: Harte Attacken gegen Linkspartei, <http://www.fr-online.de/politik/antisemitismus-vorwurfe-harte-attacken-gegen-linkspartei,1472596,8489708.html> [2013-01-11].

34 Der versendete Beitrag entstammt dem Portal »Israelnetz«, <http://www.israelnetz.com/aussenpolitik/detailansicht/aktuell/eu-aussenminister-aeussern-heftige-kritik-an-israel> [2013-01-11].

35 »Es will sich was bewegen«, Mai 2012, http://liliffm.blogspot.de/images/Eswillsichwasbewegen_c.pdf [2013-05-01].

suggestiert, dass die Occupybewegung mit dem Nationalsozialismus zumindest eng verwandt ist.³⁶

Vielfältige diskursive Mittel kommen in solchen Anklagen zur Anwendung (dies soll hier nicht an weiteren Einzelbeispielen ausgeführt werden, vgl. für eine ausführliche Fallanalyse Kap. 9), insbesondere:

- Superlativierungen (wenn von antisemitischer Hegemonie ausgegangen wird oder jede Kritik an Israel als antisemitisch klassifiziert wird),³⁷
- Stigmatisierungen, Moralisierung und Emotionalisierung (insbesondere durch den stets präsenten Shoah-Rekurs und die Rhetorik der Empörung),
- Ritual- und Floskelhaftigkeit (die durch ohnehin bestehende inhaltliche Übereinstimmung ermöglicht wird und es erlaubt, durch das Nennen bestimmter Reizwörter Einvernehmen herzustellen),
- Selektivität und Dekontextualisierung in der Präsentation (die die Reduktion auf mögliche antisemitische Anschläge in einer Vielzahl von Deutungen erst möglich macht).

Der Hintergrund dieser extremen Moralkommunikation, welche Komplexität verschleiert, indem Ein-Eindeutigkeit von Zuordnungen suggeriert wird, ist das im deutschen Kontext ohnehin präsent, aber von manchen Akteuren auch massiv strategisch eingesetzte assoziative Identifizieren auch von leisesten möglicherweise antisemitischen Anklagen oder diskursiven Anschlussmöglichkeiten mit der gesamten schrecklichen Geschichte des Antisemitismus und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Und so ruft jeder möglicherweise nicht ganz ausgewogene Beitrag zur Wasserproblematik den Vorwurf hervor, die antisemitische Legende der jüdischen Brunnenvergiftung solle aufgewärmt werden.³⁸ Eine solche Dynamik des Diskurses erlaubt keinen Fehler, keinen Irrtum, keine später revidierbare Fehleinschätzung. Jedes Wort wird auf die Goldwaage gelegt. Doch eine solche Diskussion um die Angemessenheit jedweder Äußerung, die beim geringsten Zweifel mit dem Antisemitismusvorwurf belegt wird, gelingt nur, wenn der eigentlich thematisierte Nahostkonflikt seines realpolitischen Gehaltes vollkommen entleert wird und *nur* eine erinnerungspolitisch geprägte Sicht und die an deutschem Diskurs und deutscher Erinnerung geprägten Sensibilitäten und Resonanzen als von Belang erachtet werden. Denn

36 Für weitere, ähnlich gestrickte Beispiele vgl. Ullrich (2008, S. 176ff.) und Kap. 7.

37 Vgl. dazu auch Ullrich (2008, S. 181).

38 »Klett-Verlag: Antisemitische Hetze zum Abitur«, <http://antideutsch.org/2012/05/21/klett-verlag-antisemitische-hetze-zum-abitur/> [2013-01-11].

»der Hintergrund, der diesem Thema seine Brisanz verleiht, ist die nationalsozialistische Judenvernichtung. Die Erinnerung an die Shoah, und nicht die Analyse des Nahostkonflikts, prägt die Positionen. Das gilt für die antisemitischen KritikerInnen Israels ebenso wie für die philozionistischen VerteidigerInnen dieses Staates. Während jene rückwirkend das Verhältnis von Tätern und Opfern umkehren wollen, versuchen diese unbeholfen, sich diesem Bedürfnis entgegenzustellen.« (Holz; Müller; Traverso 2002)

Man kann es an einem Gedankenspiel verdeutlichen: Wenn Linke sich mit Maos China solidarisiert(en) oder mit dem Kambodscha unter Pol Pot, wenn sie in ihrer Solidarisierung mit irgendeiner afrikanischen oder lateinamerikanischen als Befreiungsbewegung wahrgenommen Gruppierung das Augenmaß verlieren, in binäre Muster der Verdammung der anderen und der Glorifizierung der eigenen Seite verfallen, die möglicherweise unter Kritikverbot gestellt wird, dann wird man möglicherweise Antihumanismus kritisieren, linken Nationalismus, vereinfachte Weltbilder und unterkomplexe Weltansichten. Doch niemand käme auf die Idee, dies als antisemitisch zu klassifizieren, da es keinerlei Bezug zum Judentum gibt. Gleichartige Phänomene im Nahostkonflikt werden aber aus der Sicht der undifferenzierten Antisemitismuskritik ganz selbstverständlich als Antisemitismus behandelt. Dies setzt die Akteure in diesem Feld einem hohen Stigmatisierungsrisiko aus. Aus dieser beliebigen Anti-Antisemitismus-Position heraus wird argumentiert, als ob es den realen Nahostkonflikt nicht gäbe. Dazu ist natürlich positionsstabilisierend auch eine eigene Deutung des Nahostkonflikts nötig, in dem die präferierte Seite ohne Feld und Tadel ist. Auch hier kennt der in Philozionismus umgeschlagene Anti-Antisemitismus keine Grenzen, wenn argumentiert wird, die Siedlungen in der Westbank seien legal,³⁹ die israelische Armee sei wie keine andere bemüht, human zu handeln, bis hin zu der Fiktion, dass das idealisierte Israel selbst für unterdrückte Palästinenser/innen ein Zufluchtsort sei (denn ein »Asyl« für Palästinenser/innen in Israel *gibt es nicht*). So zumindest liest sich ein Flugblatt der Kampagne gegen das »Palästinensertuch«, nach welchem palästinensische Queers zusähen, »dass sie sich auf den Weg nach Israel machen«, und eine Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung (2012, S. 31), in der Israel als »Zufluchtsstätte für LSBTIs aus den palästinensischen Gebieten« beschrieben wird (LSBTI= Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle).

An der Seite eines Israel ohne Fehl und Tadel, gegen einen omnipräsenten Antisemitismus, der möglicherweise hegemonial ist und sich in durch und durch antisemitischen Personen verkörpert – so stellt sich die Antisemitismusproblematik aus israelsolidarischer Sicht dar. Doch die eigene *philozionistische*

39 Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V., Newsletter vom 30.10.2012.

Position wird genetisch nicht in den Gesamtzusammenhang der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft gestellt, in den die des Antisemitismus verdächtigen Handlungen und Äußerungen ganz selbstverständlich eingeordnet werden. Die eigene Obsession wird nicht als solche erkannt, die der Antizionist/innen gleichwohl. Bergmann und Erb (1991, S. 504) beschrieben diese Gesamtsituation treffend: »Ein Gespräch über Juden findet im Horizont von Schuld, moralischem Versagen, Anklage und kulturell tradiertem antijüdischem Ressentiment statt. Deshalb wird das Thema von vielen als belastet und unangenehm empfunden.« Der deutsche Mehrheitsdiskurs schließt den Antisemitismus in öffentlichen Erregungen aus und verortet ihn ansonsten – fälschlicherweise – nur am rechten Rand beziehungsweise extremismustheoretisch an den Rändern des politischen Spektrums. Und er wird zudem systematisch überschätzt – wie auch die Gegenseite sich in der schwächeren Position sieht (Bergmann; Erb 1991, S. 517). Einig ist dieser Diskurs sich mit seiner linken Variante im Ausschluss derjenigen, die als Tabuverletzer ausgemacht werden, weil der Diskurs sich der Technik der Stigmatisierung bedient »und sie [die Debatte] rasch auf die Frage verengt, ob der den Disput auslösende ein Antisemit sei, was ebenso rasch Hilfstruppen auf den Plan ruft« (Benz 2004, S. 22).

Nicht das ganze Konglomerat aus manifesten antisemitischen Kernen, Fragmenten des Antisemitismus und diskursiven Anschlussmöglichkeiten, aus Philosemitismus und Befangenheiten steht im Zentrum, sondern: die Verfehlungen der anderen. Sich selbst nimmt man zugunsten eines Schwarz-Weiß-Bildes aus dieser Konstellation heraus.

Kerne, Grauzonen und Anschlüsse – Antisemitismus als diskursives Feld

Antisemitismus zeigt sich vielgestaltig, unterschiedliche historische Formen, verschiedene Trägergruppen und teils widersprüchliche Inhalte finden sich als festgefügte Weltbilder ebenso wie als losgelöste Fragmente. Der Anti-Antisemitismuskurs zeigt sich als Mischung aus einerseits berechtigter und hoch notwendiger universalistischer Kritik an rechten Weltbildern auch im linken Gewand und andererseits unbeholfenen und verdinglichten Versuchen der Reaktion auf die gleiche Ausgangsproblematik – den Umgang mit dem Nationalsozialismus im heutigen Deutschland. *Dieser* unbeholfene anti-antisemitische Diskurs wiederum lebt von der diskursiven Produktion von Eindeutigkeit. Eindeutigkeit heißt in diesem Fall umfassende Zuordnung. Antisemitismus wird im Sinne der vorn eingeführten Unterscheidung substantivisch konstatiert, auch dort, wo es angemessen wäre, adjektivisch antisemitische Fragmente oder Rezeptionsmöglichkeiten zu problematisieren. Damit wird de facto sug-

geriert, dass die bewerteten Vorgänge, ob nun Handlungen oder Kommunikationen, *einen objektiven Sinn* hätten. Dass dem oft nicht so ist, haben schon bisher aufgeführte Beispiele gezeigt. Dieser Antisemitismusvorwurf dient dem Zweck der Ausschließung der Verletzer von Sprachregelungen und Tabus und konstruiert somit ein Bild des Antisemitismus, das so gar nicht seiner bis hier beschriebenen vielgestaltigen und fragmentierten Existenzweise entspricht. Die politische Linke agiert in diesem widersprüchlichen diskursiven Feld Antisemitismus-Nationalsozialismus-Judentum-Nahostkonflikt und ist vor dessen formativer Kraft nicht gefeit, so wie sie nicht frei von Rassismus ist, nicht frei von Sexismus und anderen unsere Welt strukturierenden Verhältnissen. Ein ganzes Set relevanter diskursiver Kontexte kann hier ausgemacht werden. Zu diesen gehören der reale Antisemitismus der deutschen Gesellschaft wie auch der widersprüchliche Antisemitismuskurs; dazu gehört beim Thema Nahostkonflikt noch das ideologische Erbe einer tendenziell von einem antizionistischen Bias geprägten Linken wie auch die inzwischen schon lang andauernden Kämpfe um neue und andere linke Positionen zum Nahostkonflikt (vgl. Kap. 1). Und dazu gehört die andauernde mediale Präsentation *des Nahostkonfliktes selbst*. Alle diese Kontexte und die diskursiven Eigendynamiken der tangierten Felder müssen als relevant für die Deutungen des Nahostkonflikts und die Deutungen der Deutungen betrachtet werden. Dies bedeutet zugleich, dass diese Sichtweise sich weitverbreiteten Analysen gegenüber verschließt, die den Eindruck vermitteln, die Bedeutungsproduktion in diesem Feld nur *einem* relevanten Kontext zurechnen zu können.

Die bisherige Präsentation von Beispielen umfasste Bilder, Einstellungen, Redeweisen und Symbole, Akteure und Diskurse. Mal war die Rede von Antisemit/innen, mal von antisemitischen Topoi, mal von manifestem Aussagegehalt, mal von Lesarten. Auf all diesen analytisch in den Blick zu nehmenden Ebenen gibt es unterschiedlich stark ausgeprägte Bezüge zum Antisemitismus im oben definierten Sinne. Doch auf welcher Ebene welche Bezüge oder gar Entsprechungen bestehen, verlangt immer nach einer genauen Spezifizierung. Das ist, zumindest wenn der verwendete Antisemitismusbegriff wie so häufig nicht auf einer rein kommunikationstheoretischen Ebene angesiedelt ist (womit die Ebenenunterscheidung u. U. entfallen kann), fast banal. Immer wieder ist von verschiedenen Autor/innen schon auf die Problematik hingewiesen worden, die mit dem vereinfachten Antisemitismus- oder Antisemit/innenklassifizierungen im Kontext der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik verbunden ist.⁴⁰ Auf den strategischen Einsatz antisemitischer Parolen durch »nichtintentionale Antisemiten« wurde hingewiesen (Bergmann; Erb 1991,

40 Wichtige Positionen der Debatte stellen zwei Sammelbände zusammen: Rabinovici; Speck; Sznaider (2004); Zuckermann (2005).

S. 515; vgl. auch Jäger 2005), auch auf die Existenz von Graubereichen (Knothe 2009, S. 132), Grauzonen (Ullrich 2011, S. 35; Ullrich; Werner 2011) oder »zumindest missverständliche[n] Zungenschläge[n]« (Benz 2004, S. 21).

Ich habe einleitend argumentiert, dass aus einer wissenssoziologischen Perspektive bei der umfassenden, nicht reduktionistischen Analyse sozialer Bewegungen, ihres Wissens, ihrer Weltbilder und ihrer Ausdrucksformen, immer drei Ebenen auseinandergehalten werden müssen, was in einer oft auf Strategie *oder* Identität orientierten Protestforschung nicht unbedingt üblich ist (Ullrich; Keller 2014). Diese Unterscheidung ist nun noch einmal umfassender wieder aufzugreifen. Es gibt, erstens, eine intentionale oder strategische *Analyseebene*, auf der untersucht wird, was die Akteure und ihre Kommunikationen bezwecken sollen und was die Akteure selbst damit *meinen*. Im Fall politischer Kommunikation ist dies zwar oft verbunden mit der expliziten Formulierung von Zielen oder Problemsichten, die man in Flugblättern, Aufrufen oder politischen Programmen analysieren kann. Der primäre Zugang zu Intentionen liegt aber in der Befragung der Akteure (Interviews, Gruppendiskussionen u. ä.). Kennzeichnend ist hier eine Forschungshaltung, die politische Akteure als solche wirklich ernst nimmt und sie nicht nur als Ausdruck ihnen äußerlicher und von ihnen undurchschauter Verhältnisse konzipiert. Die zweite Analyseebene behandelt die *Ausdrucksgestalt*. Bei dieser geht es darum, die tatsächlichen Manifestationen, seien sie Texte, Performances, Bilder oder oder anderes, zu analysieren, also alle Produkte der Akteure. Die Analyse erfolgt zunächst distanzierend-deskriptiv (also sehr materialnah), umfasst aber zugleich einen systematischen Blick auf die prägenden Konstitutionsfaktoren. Die Manifestationen von sozialen Bewegungen, so kann man annehmen, werden zwar in Teilen die strategischen Erwägungen und expliziten Intentionen (Ebene eins) widerspiegeln. Zugleich gehen aber auch unbewusste und unreflektierte Faktoren darin ein: Prozesse kollektiver Identität, Rituale, Habitus und – das ist die hier besonders verfolgte Perspektive – diskursive Kontexte. Sie alle bilden Quellen impliziten Wissens und bestimmen so mit, welcher tatsächliche Ausdruck sich manifestiert. Dies bedeutet in der Diskursperspektive insbesondere, zu analysieren, welche Art von Argumenten verfügbar, attraktiv und plausibel sind, um einen bestimmten Zustand zu skandalisieren. Auf dieser Analyseebene wird also tatsächlich ein anderer Standpunkt eingenommen; die Freiheitsgrade der Akteure werden als begrenzt konzeptualisiert. Etwas salopper formuliert wird hier davon ausgegangen, dass immer mehr gesagt wird, als gemeint ist. Die *Rezeptionsmöglichkeiten* (dritte Ebene), die in einer manifesten Aussage oder sonstigen symbolischen Handlung immer nur optional angelegt sind, sind wiederum vielfältig und hängen auch von der politischen Positionierung, den Intentionen und Einstellungen der/der Rezipient/innen sowie von deren prägendem diskursiven Kon-

text ab. Diese Ebene entzieht sich sehr weitgehend der Beeinflussbarkeit durch intentional-strategische Momente, ist gleichwohl eine wichtige Reflexionsebene für sehr bewusste politische Akteure. Denn sie haben prinzipiell die Möglichkeit, antizipierbare Fehldeutungen ihrer Kommunikation zumindest zu thematisieren.

Die hier aufgeführten Unterscheidungen reflektieren fundamentale Grundlegendiskussionen geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung.⁴¹ Sie haben die bisherige Analyse von Äußerungen geleitet, auch wenn dies nicht an allen Stellen expliziert worden ist. Ihre Relevanz soll – als geistige Lockerungsübung – an einem Beispiel aus einem anderen Themenfeld verdeutlicht werden. Eingang findet zunächst die grundlegende strukturalistische Unterscheidung zwischen Zeichen (Form, Ausdruck, beispielsweise rotes Stofftuch mit gelben Einsprengseln in einer Ecke, hier Ausdrucksgestalt) und Bezeichnetem (Sinn, Bedeutung, Konzept; Fahne der Sowjetunion).⁴² Letzteres ist weiter aufzugliedern zwischen denotativem und konnotativem Gehalt.⁴³ So steht benannte Fahne einerseits für einen konkreten Staat (die Sowjetunion, Hauptbedeutung), andererseits auch für grundlegendere kulturelle Themen wie Nationalität und Staatlichkeit sowie auch Bewertungen derselben. Während diese Bewertung bei einer Nationalfahne in der Regel zunächst affirmativer Natur ist und in den Kontext von Arbeiter/innenbewegung und visionärem gesellschaftlichem Wandel gestellt ist, kann sie in einem anderen diskursiven Kontext (während des Kalten Krieges beispielsweise im Westen) ganz andere Bedeutungen annehmen und – als Fahne der Sowjetunion – für Unfreiheit und Unterdrückung stehen. Der soziale (kulturelle, diskursive) Kontext fungiert also als Filter des Wahrnehmbaren (Jäger 2001).

Lässt man nun dieses thematisch recht weit entfernte Beispiel der Fahne eines Landes beiseite und wendet sich noch einmal den bisher dargestellten Beispielen zu, in denen linke Positionierungen im Nahostkonflikt des Antisemitismus beschuldigt oder überführt wurden, zeigt es sich, wie fatal die verbreitete Sphärentrennung zwischen der eher kommunikationsorientierten sozialwissenschaftlichen und eher einstellungsorientierten (sozial)psychologischen Wahrnehmung des Phänomens Antisemitismus ist. Sie erlauben nur die Thematisierung und somit auch Problematisierung aus einem Blickwinkel, während doch ein Großteil der Spannung in diesem diskursiven Feld aus den komplexen Mischungs- und Widerspruchsverhältnissen dieser Ebenen resultiert.

Die bewussten oder unbewussten Entscheidungen für bestimmte Handlungen, Bilder oder Symbole sind also Ausdruck ihres formativen diskursiven

41 Vgl. dazu ausführlich Daphi et al. (2013).

42 Mit dieser von Saussure (1967) aufgebrachten Zweiseitigkeit von Zeichen befasst sich die Semiotik (vgl. a. Barthes 1981, 1988, 2010).

43 Bzw. bei der Bildanalyse zwischen Ikonographie und Ikonologie (Panofsky 1975).

Kontexts. Welches Symbol (welches Bild, welcher Slogan, welche Aktionsform) gewählt wird, reflektiert kulturelle Automatismen, bewegungsspezifischen Habitus *und* strategische Annahmen über die Rezeptionsweisen der Öffentlichkeit oder spezieller Publika. Was das Publikum mit den Ergebnissen solcher bewegungsinternen Prozesse tatsächlich anfängt, ist wiederum je nach sozialer Gruppe, Ort und Zeit recht verschieden. Solcherart wissenschaftliche Binsenweisheiten sind in einem mit politischen Erwartungen überfrachteten wissenschaftlichen Antisemitismuskurs, der zudem auf der Akteursebene auch durch hohe Überschneidungen mit der politischen Debatte gekennzeichnet ist, keineswegs immer selbstverständlich. Auf die hier beschriebenen Ambivalenzen und Debatten angewendet bedeutet das, dass es kaum möglich ist, *den* Antisemitismus zu erfassen oder gar auf einen überzeitlichen wesenhaften Begriff zu bringen, zumindest nicht im um zusätzliche relevante Bedeutungsebenen erweiterten Feld des Nahostkonflikts. Vielmehr gibt es hier ein diskursives Feld »Israel/die Juden/Zionismus usw.« (Jäger 2005, S. 136), in welchem unterschiedlichste Positionen kommuniziert werden, die wiederum von unterschiedlichsten Diskurspositionen verschieden aufgenommen werden. Gleichzeitig sind dort Realien (Antisemitismus, Antizionismus) wie auch die verwandten (Befangenheiten, Philosemitismus) und reaktiven (Antisemitismusdebatte) Phänomene unendlich ineinander verstrickt, in einer Mischung aus Analyse und »Ignoranz, Stammeln, beschämt Schweigen, Projektion, distanzloser Identifikation peinlicher Selbstzuschreibung bis hin zu frei florierendem Entsetzen« (Mohr; Haunss 2004, S. 76). Diese Situation ist ernst zu nehmen. Denn ein Streit über Antisemitismus in der Linken birgt in sich hoch divergierende realpolitische Einschätzungen und zugleich immer auch die Geschichte der erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen in der BRD und die Geschichte der Anfeindungen und Verletzungen zwischen den verschiedenen linken nahostpolitischen Lagern; er ruft Konflikte um Geschichtsdeutungen ebenso ab wie andere mit seinen Akteuren verbundene innerlinke Debatten, beispielsweise um die Unterstützung von Kriegen. All diese Ebenen beziehen sich bewusst und unbewusst aufeinander. Auch zu diesen Dynamiken noch ein Beispiel: Es gehört zu den häufig kritisierten und doch immer wieder zu hörenden Fragmenten antisemitischer, antizionistischer und israelkritischer Diskurse, dass man Israel nicht kritisieren dürfe. Es ist klar, dass ein solches Kritikverbot nicht besteht – eine rege öffentliche Kritik steht dafür. Seine Kollportierung hat einen verschwörungstheoretischen Beigeschmack und ist in manchen Fällen antisemitische Umwegkommunikation. Zugleich gibt es aber tatsächlich das Phänomen, dass eine von anderen als unangemessen empfundene Kritik mit sehr niedriger Eingriffsschwelle als antisemitisch oder absolut inakzeptabel klassifiziert wird, nicht selten mit auch von dieser Seite kommenden stigmatisierenden NS-Vergleichen. Somit wird das gefühlte Tabu der Isra-

elkritik auch nicht ganz unreal als durchgesetztes erlebt. Mit diesen gegenseitig blockierten Wahrnehmungen ist schon ein selbstbezüglicher Diskurs konstituiert, der über eine eigene Dynamik verfügt.

Deshalb habe ich vorgeschlagen, von diskursiver Hyperkomplexität zu sprechen (Ullrich 2008, S. 295). Die bei einem Teil des Feldes beliebte Methode mit dem missbrauchten Begriff des Antisemitismus, fast alle missbilligten Phänomene erfassen zu wollen, negiert diese Komplexität der Themen, Bilder, Motive und Motivationen und insbesondere die Eigendynamik darum geführter Auseinandersetzungen. Erst in einer all diese Momente reflektierenden Gesamtschau, die ein notwendigerweise antiessenzialistisches Bild eines veränderlichen und umkämpften Diskurses zeichnet, ist es möglich zu analysieren, welches jeweilige Zusammentreffen von Kommunikationen und Diskurspositionen Ausschlüsse produziert, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aktualisieren. Jede dann erfolgende Klassifizierung hinsichtlich Antisemitismus muss mindestens zwei Fragen beantworten: Die erste fragt nach der Existenz eines potenziell antisemitischen Gehalts und die zweite danach, auf welcher der relevanten Ebenen dieser sich manifestiert beziehungsweise durch Lesarten oder diskursive Anschlüsse aktualisierbar ist.

Es gibt in diesem diskursiven Feld aber durchaus Kerne des Antisemitismus und nicht nur Grau. Dies ist vorn schon ausgeführt worden: Bei Personen mit konsistent judenfeindlichen Einstellungen oder bei Texten mit explizit und spezifisch antijüdischen Inhalten besteht keinerlei Notwendigkeit der Einschränkung eines substantivischen Gebrauchs des Antisemitismusbegriffs, denn dort korrespondieren Erscheinung und Begriff. Entsprechende Phänomene sind zu bekämpfen und zu verfolgen. In der heutigen Linken sind sie jedoch ein kleineres Problem. Doch wie bei allen Begriffen ist klar, dass die Mehrzahl an Erscheinungen ihm nur mehr oder weniger entspricht. In die Grauzone um den Begriff des Antisemitismus gehören die antijüdischen Einstellungsfragmente, die unintendiert kolportierten oder in Bündnissen akzeptierten antisemitischen Inhalte und das vieldeutige Raunen. Nur bei einem Teil der Phänomene wird sich Ordnung und Klarheit bietende Eindeutigkeit bezüglich des Gehalts herstellen lassen und dieser wird oft nicht auf allen Ebenen angesiedelt sein. Dies verlangt entsprechend von Skandalisierungsbestrebungen eine Benennung, ob klare antisemitische *Bedeutungen* oder mögliche *Lesarten* zu beanstanden sind. Denn die Irritationen und Blockierungen der Debatte entstehen dort, wo ein Antisemitismusvorwurf möglicherweise auf ein ernstzunehmendes anti-antisemitisches Selbstbild trifft. Zugleich verlangt dies von politischen Akteuren, und das ist mit Nachdruck zu betonen, eine selbstkritische Analyse möglicher Lesarten ihrer Kommunikationen und verbietet den Rückzug auf die simple Position des »Das ist so nicht gemeint!«. Denn die Einsicht in die genuin soziale Existenzweise des Antisemitismus verlangt aus

universalistischer Sicht eine Reflexion auch über nicht steuerbare Folgen der Diskursbeiträge sozialer Bewegungen. Das Komplement des kritischen Blicks auf die anderen ist demzufolge der kritische Blick auf sich selbst. Diese Perspektive soll im folgenden Kapitel über Rassismus im linken Nahostdiskurs noch vertieft werden.

KAPITEL 3

RASSISMUS, ISLAMFEINDLICHKEIT UND DEUTSCHER EXZEPTIONALISMUS

(zusammen mit Moritz Sommer)

Man könnte angesichts der Flut von Veröffentlichungen und der Dauerpräsenz des Themas »die Linke und der Nahostkonflikt« denken, dass alle Aspekte und alle jeweils möglichen Sichtweisen bereits in irgendeiner Form behandelt worden sind. Doch schnell fällt auf, dass angesichts einer vorrangig antisemitismustheoretisch informierten und interessierten Literatur nur wenige der wissenschaftlichen Veröffentlichungen dezidiert Anschlüsse an rassistische Diskurse innerhalb des linken deutschen Nahostdiskurses thematisieren. Diese Forschungslage spiegelt auch die Situation im linken Diskurs selbst wider, in welchem explizit rassistuskritische Perspektiven eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. Dieses Urteil gilt im Übrigen lagerübergreifend; die Solidarität mit einer der Konfliktseiten ist dafür keinesfalls entscheidend. Die unter einigen Israelkritiker/innen verbreitete schlagwortartige Charakterisierung der israelischen Politik als rassistisch ist hier kein Gegenargument, da diese meist reflexartig funktioniert, ohne sich auf eine fundierte rassistismustheoretische Analyse zu stützen. In diesem Kapitel soll umrissen werden, inwiefern rassistische Positionierungen oder Anschlüsse an rassistische Diskurse in linken Nahostpositionierungen relevant sind. Dazu wird zunächst kurz in Begriff und Geschichte des Rassismus eingeführt. Zwei Kontexte werden als besonders relevant für Rassismus im linken Nahostdiskurs herausgestellt: die unzulässige Universalisierung deutscher Sichtweisen und Erfahrungen sowie der antimuslimische Rassismus, der auf einer diskursiven Homogenisierung der Konfliktparteien aufbaut. Diese Betrachtung ist in Teilen inspiriert durch den mit der Kritischen Weißseinsforschung (*Critical-Whiteness-Studies*) verbundenen Perspektivenwechsel, der nicht mehr nur die rassifizierten *People of Colour* als Opfer thematisiert, sondern die Produzent/innen von Rassismus, mithin unsere rassistische deutsche Gesellschaft, ins Zentrum der Analyse stellt.

Thematische Eingrenzung

Zunächst kommt als thematischer Zugang Rassismus im Nahostkonflikt selbst in den Sinn. Die rassistischen Diskurse, Praxen und institutionellen Arrangements sind vielfältig und offensichtlich, und zwar nicht nur im rassistisch konnotierten Besetzungssystem mit seinen teilweise an Apartheid erinnernden Separationsstrukturen. Die israelischen Siedlungen in Hebron, in denen einige hundert jüdische Siedler/innen ihren religiös begründeten Besitzanspruch mit aller Härte, Erniedrigung und militärischer Unterstützung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung durchsetzen, ist ein verdichtetes Symbol der diskriminierenden Grenzziehung zwischen nach Herkunft oder Hautfarbe Unterschiedenen. Innerhalb der israelischen Grenzen sind die Diskriminierung schwarzer Jüdinnen und Juden und die Chancenungleichheit arabischer Israelis allgegenwärtig. Die *race riots* gegen Migrant/innen, viele von ihnen Geflüchtete aus dem Südsudan, in Tel Aviv im Frühsommer 2012 sind die jüngere gewaltvolle Manifestation der Verteidigung weißer Dominanz. Die ethnische Segregation von Buslinien¹ und die heimlich praktizierte Zwangssterilisation äthiopischer Jüdinnen² sind weitere aktuelle Beispiele eines tief verankerten Rassismus innerhalb Israels. Grundlegend falsch aber wäre es, die hier skizzierten Phänomene als isolierten, nur israelspezifischen Sonderfall zu betrachten. Für eine Ausweitung der Analyseperspektive sprechen viele umfassendere Phänomene, wie die stark ethnisch strukturierte (und gegenderte) Arbeitsteilung bestimmter Sektoren im *gesamten* Nahostgebiet, die exemplarisch verdeutlicht, dass Rassismus in der Region beileibe nicht nur in Israels Politik und Sozialstruktur seinen Niederschlag findet. Ein Hauptproblem in diesem Kontext ist die unerträgliche Lage vieler aus südasiatischen und afrikanischen Ländern stammenden Hausangestellten. Allein im kleinen Libanon ist unter diesen laut einem Bericht von Human Rights Watch (2008) pro Woche ein Todesfall zu verzeichnen, meist aufgrund von Selbstmord oder gescheiterten Fluchtversuchen aus oft sklavereiähnlichen Lebensumständen (vgl. auch Jureidini 2008). In den Golfstaaten ist es nicht unüblich, wenn Stellengesuche klar ethnisch spezifiziert werden³ und auch in der israelischen Beschäftigungsstruktur spiegelt sich die überregionale ethnische Segregation wieder: »The foreign worker population [in Israel] (...) currently includes large numbers of Chinese, Romanian, and Turkish workers in construction, Thais in agriculture, and Filipinos in care-giving« (Drori 2009, S. 9; vgl. a. Liebelt 2011), welche seit den neunzi-

1 <http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/04/israel-palestinians-only-bus> [2013-4-19].

2 <http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/israel-gave-birth-control-to-ethiopian-jews-without-their-consent-8468800.html> [2013-4-19].

3 Zwei typische Kleinanzeigenüberschriften: »Filipina Cleaning Supervisor Required with Housekeeping Experience«, <http://dubai.dubizzle.com> [2012-07-06], »Filipina / Indian full-time maid«, Gulf News [2012-07-06].

ger Jahren die Palästinenser/innen als billige Arbeitskräfte abgelöst haben. Die Beispiele verdeutlichen die globale Dimension rassistischer Strukturen, die in ihrer Komplexität hier nicht weiter verfolgt werden können. Interessant im Kontext des linken deutschen Nahostdiskurses ist die rassismuskritische Perspektive gleichwohl, weil Teile der rassistischen Strukturen in Israel/Palästina von Nahostengagierten hierzulande reproduziert bzw. diskursiv legitimiert werden. Darüber hinaus entwickelt der deutsche Nahostdiskurs auch unabhängig von den Strukturen in der Region und gerade vor dem Hintergrund der deutschen Erinnerungskultur rassistisch konnotierte Eigendynamiken. Dazu später mehr.

Auch wenn, dem Anliegen dieses Buches gemäß, der Konflikt selbst sowie die Komplexität rassistischer Strukturen im Nahostgebiet hier nur angerissen werden können und die Argumentation sich im Folgenden nur dem deutschen Nahostdiskurs zuwendet, sind weitere naheliegende Kurzschlüsse zu problematisieren. Denn auch aus rassismuskritischer Perspektive geht es keineswegs *ausschließlich* um die im innerlinken Diskurs oftmals pauschal zu Rassist/innen gestempelten antideutschen oder proisraelischen Akteure. Auch propalästinensische Kräfte sind nicht frei von rassifizierenden Deutungen, insbesondere im Feld der traditionskommunistischen Gruppierungen (nach Ullrich 2008, S. 111 f.). Diese verdeutlichen, wie eine im linken Denken verankerte antirassistische *Intention* in ihrer spezifischen *Ausdrucksgestalt* verloren gehen und umgekehrt werden kann. Exemplarisch stehen hierfür nicht nur die pauschale Identifikation mit »dem palästinensischen Volk«, wie sie für die befreiungsnationalistische, antiimperialistische Palästinasolidarität kennzeichnend war, sondern auch rassifizierende Kategorisierungen und gelegentliche Erörterungen über »rassische« Eigenschaften bestimmter Menschengruppen. Dabei wird ein rassistischer Diskurs aufgegriffen und reproduziert. So schreibt etwa der *RotFuchs*, die »Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland«, noch im Juni 2012 von »palästinensische[n] Araber[n] – Semiten wie die Juden selbst« und bedient sich so der pseudowissenschaftlichen Rassentheorien des 19. Jahrhunderts, die die ursprünglich sprachwissenschaftliche Kategorie »semitisch« integrierten und in Abgrenzung zum »Arier« rassistisch positionierten und abwerteten. Der *RotFuchs* reproduziert damit eines der wohlfeilsten Pseudoargumente der Selbstimmunisierung radikaler antizionistischer Positionen gegen Antisemitismusvorwürfe und wird so ungewollt Teil eines Rassendiskurses.⁴ Da dieses Problemfeld antiimperialistischer Positionen im Nahostdiskurs

4 Der *RotFuchs* ist ohnehin eine einschlägige Adresse auch für nationalistisch grundierte Diskurse in der orthodox-leninistischen Traditionslinien: *RotFuchs*-Stammautor Götz Dieckmann, um auch dafür ein anschauliches Beispiel zu liefern, sinniert in der Ausgabe vom Dezember 2011 über linke »Vaterlandsliebe«. Der rhetorischen Frage, ob »wir also auf unser Land der alten Eichen, das Land von Bach, Goethe und Heine, von Marx und Einstein stolz sein«

jedoch im letzten Kapitel ausführlich behandelt wurde, soll im Folgenden nun tatsächlich der andere Strang fokussiert werden – der rassistische Blick auf die Palästinenser/innen, Palästina oder auch »die« Muslime im Kontext radikalisierter linker Israelsolidarität.

Das Beispiel des sich als antirassistisch verstehenden rassistischen Diskurses im *RotFuchs* verdeutlicht, dass die im Kapitel 2 eingeführten und ausführlich begründeten, grundlegenden analytischen Unterscheidungen in der Analyse sozialer Bewegungen selbstredend auch hier gelten müssen. Wie im Diskursfeld Antisemitismus gibt es entsprechend auch beim Diskursfeld Rassismus sehr häufig Differenzen zwischen Selbstbildern, Motiven und strategischen Zielen einerseits, der manifesten Ausdrucksgestalt kommunikativer und nicht-kommunikativer Bewegungspraxen andererseits und schließlich den vielfältigen Rezeptionsmöglichkeiten, alles wiederum in Abhängigkeit vom jeweiligen diskursiven Kontext. Auch hier sind diese Unterscheidungen von besonderer Relevanz, weil Rassismus, wie Antisemitismus auch, linken Weltansichten so grundlegend gegenübersteht, dass genau analysiert werden muss, wie und unter welchen Bedingungen solche Diskurse dennoch Eingang finden können.

Rassismus – Gegenstand und Begriff

Aber was meint Rassismus oder Rassifizierung in diesem Kontext und welcher Perspektivenwechsel geht mit der weiter oben bereits erwähnten Anlehnung an die Kritische Weißseinsforschung einher? Wegen großer Überschneidungen mit anderen Ungleichwertigkeitskonzepten wie Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit ist es nicht leicht, Rassismus auf einen definitorischen Kern zu bringen. Zudem ist Rassismus, wie der Antisemitismus, ein historisches Phänomen, das im Laufe der Geschichte Wandlungsprozessen in Form und Inhalt unterlag (Geulen 2007, S. 7 ff.). Schon der Begriff der »Rasse«, der dem Rassismus kategorial zugrunde liegt, ist durch seine ihm inhärente Kategorisierungswillkür von Bevölkerungsgruppen schwer fassbar. Die Dehnbarkeit des Rassebegriffs ist zugleich Voraussetzung der historischen Anpassungsfähigkeit des Rassismus. Während »Rasse« heute vor allem als Kategorie der Tierzucht gebraucht wird, diente die Bezeichnung ab dem 15. Jahrhundert zunächst der Beschreibung von Adelsfamilien und verbreitete sich aber zunehmend mehr als allgemeiner Ordnungsbegriff zur Gruppierung von Menschen (Geulen 2007, S. 14). Vom frühen 18. Jahrhundert bis zu den Rassentheoretiker/innen des 19. Jahrhunderts, die den Rassismus als umfassendes Weltbild ausarbeiteten, und dem nationalsozialistischen Rassenwahn des 20. Jahrhunderts etablierte

können, folgt die völkisch-selbstbewusste Affirmation, dass wir »[w]ie alle Völker [...] das Recht [haben], unser Vaterland zu lieben«. Auch hier ist dies nicht mit chauvinistischen Intentionen verbunden, was jedoch nichts an der semantischen Strukturierung ändert.

sich der Begriff, um die vermeintlich fundamentale Ungleichheit von Menschengruppen zu systematisieren. »[In] dieser Funktion war der Rassenbegriff eine der erfolgreichsten Ideen der Moderne« (Geulen 2007, S. 14). Im Rahmen der späteren Vermengung von rassistischen und völkischen Ideologien wurden die Kategorien ›Rasse‹ und ›Volk‹ jedoch zunehmend synonym oder stark ineinander verwoben gebraucht.

Diese rassentheoretischen Unterscheidungen und die mit ihnen verbundene Diskriminierungspraxis werden seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in kritischer Absicht als Rassismus bezeichnet. Rassifizierung als Prozesskategorie beschreibt dabei die kategoriale Zuordnung von Menschengruppen sowie die Konstruktion ›rassistischer‹, kultureller oder ethnischer Trennlinien. Aus rassistischer Sicht existiert ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der ›Rasse‹ als (zunächst) biologischer Kategorie und den Eigenschaften und Fähigkeiten der zu dieser Gruppe zugeordneten Menschen. Menschliche Kultur ist demnach durch vererbte, biologische und ›natürliche‹ Bedingungen determiniert (Priester 2003, S. 7). Parallel zu den gesellschaftlichen Entwicklungspfaden der Moderne lässt sich aber auch für die Genese des Rassismus ein perspektivischer Wandel von biologischen hin zu kulturellen Deutungsmustern konstatieren. Der moderne »Rassismus ohne Rassen« (Balibar 1998, S. 27) verschiebt den Fokus von der »natürlichen« Überlegenheit bestimmter »Rassen« auf die Unvereinbarkeit klar abgegrenzter »Kulturkreise«. Das Heraufbeschwören von kultureller »Überfremdung« im Einwanderungsland Deutschland und die auch sicherheitspolitisch angeheizte Hysterie um einen »Kampf der Kulturen«, der den Mythos des »Rassenkampfes« abgelöst hat, zeugen von der Wandlungsfähigkeit und Vielgestaltigkeit des Rassismus. Die naturwissenschaftlich oder eben kulturell begründeten, ›gesetzmäßigen‹ Zusammenhänge zwischen den rassifizierten Menschengruppen und deren essenzialisierten Eigenschaften wiederum dient in jeder historischen Erscheinungsform konstruierter Rassendifferenz der Rechtfertigung von sozialer Ungleichheit und der Hierarchisierung sozialer Ordnungen. Eine weitergehende Erörterung aller verschiedenen historischen, ideologischen und praktischen Ausprägungen des Rassismus, beispielsweise im Kontext von Kolonialismus, Sklaverei, Apartheid, Eugenik oder Sozialdarwinismus würden den Rahmen dieses Kapitels sprengen. Angesichts der Heterogenität und Wandelbarkeit rassistischer Diskurse führt Étienne Balibar anstelle einer umfassenden essenzialisierenden Definition den Sammelbegriff »Rassismen« ein. Diese sind ihrer je spezifischen Ausprägung in jeweils zu untersuchenden historisch-spezifischen Kontexten situiert (Balibar 1998, S. 52 ff.). Diese Situiertheitsperspektive soll auch hier Ausgangspunkt einer kontextsensiblen Analyse jeweiliger konkreter Erscheinungen sein. In diesem Sinne sind die hier herangezogenen Definitionsversuche vor dem Hintergrund eines spezifischen Erkenntnisinteresses zu verstehen.

Im Folgenden wird Rassismus allgemein als Weltbild und damit verbundene gesellschaftliche Praxis verstanden, die menschliche Ungleichheit essenzialisiert, Ungleichwertigkeit proklamiert und dies über klar abgegrenzte Gruppenzugehörigkeiten zu realisieren sucht, ganz gleich ob die Konstruktion dieser Zugehörigkeiten auf Herkunft, Hautfarbe, »Rasse« oder dem »Kulturkreis« beruhen. Rassistische Praxis vollzieht sich über eine »doppelte Verallgemeinerung«, die sowohl eine (zeitlich) unbegrenzte »Verabsolutierung« des Differenzdenkens, als auch eine »Entmenschlichung« und »Entindividualisierung« der rassifizierten Gruppenmitglieder beschreibt (Memmi 1992, S. 114 ff.). In der Umsetzung äußert sich dies vor allem in der Naturalisierung und Homogenisierung von »Volksgemeinschaften« und der Vorstellung einer feindlichen Abgrenzung dieser Gruppen, die von einer Hierarchisierung und Dämonisierung des anderen begleitet wird. Diese zentralen Strukturmerkmale rassistischer Weltbilder (Entindividualisierung, Entmenschlichung, Hierarchisierung, Dämonisierung) finden sich auch in Teilen des linken deutschen Nahostdiskurs, basierend auf einer binär strukturierten Konfliktwahrnehmung und einer virulenten Islamfeindlichkeit. Sie stehen im Zentrum der folgenden Betrachtungen.

Als weltanschauliche Annahme eines gesellschaftlichen Natur- und Idealzustandes ist Rassismus immer inhärent mit dem Ziel der praktischen (Wieder-) Herstellung desselben verbunden. Im Kontext des linken Nahostdiskurses sind vor allem kulturalistische Deutungsmuster relevant und eher selten daran anknüpfende nichtdiskursive Praxen. Doch gerade vor dem Hintergrund der neuen Bedeutung krisenbezogener Rassismen und der aktuellen imperialen Interventionspolitiken ist es wichtig zu verstehen, wie Rassismus gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit verspricht (Priester 2003, S. 15 ff.) und damit ein Angebot unterbreitet, das offensichtlich auch für Linke unter Umständen an Attraktivität gewinnen kann. Rassistisches Gedankengut manifestiert sich als Gegenbewegung gegen wahrgenommene »kulturelle Überfremdung« oder das drohende Verschwimmen und Hinterfragtwerden fester Identitätsmuster. Der Widerstand dagegen beschreibt die machtstrategische Funktion von Rassismus, der entsprechend als explizite »Praxis zur dogmatischen Untermauerung von Herrschaftsansprüchen« (Priester 2003, S. 8 und 11) verstanden werden kann.

Als pseudowissenschaftliche Lehre und kolonialistische Praxis war Rassismus zu Beginn der 20. Jahrhunderts weitverbreitet. In Deutschland manifestierte er sich als fundamentaler Bestandteil der nationalsozialistischen Staatsideologie. Die hierarchisierende Einteilung in eine »Herrenrasse« und minderwertige andere »Rassen« lieferte die ideologische Legitimation für massenhafte Vertreibung und Vernichtung. Während der nationalsozialistische Rassenwahn insbesondere in seiner antisemitischen Dimension heute im Zen-

trum der hegemonialen historischen Betrachtung des deutschen Rassismus steht, wird dabei oft ausgeblendet, dass dieser auch eine koloniale Vorgeschichte hatte, die in dem Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia kulminierte. Diese Selektivität der Erinnerung durch Herauslösung aus anderen historischen Zusammenhängen fundiert die für die folgenden Analysen ausschlaggebende dauerhafte Fixierung auf die Besonderheit deutscher Erfahrungen, den *deutschen Exzeptionalismus* (Barskanmaz 2011). Eine solche geschichtliche Dekontextualisierung lässt sich auch für den Umbruch 1945 feststellen: Obgleich der Begriff der »Stunde Null« gegenüber der Weltöffentlichkeit und dem eigenen Gewissen fälschlicherweise einen umfassenden Neuanfang suggeriert (Chin; Fehrenbach 2009, S. 5), der auch den deutschen Rassismus umfasst, ist Rassismus auch nach dem physischen Ende des Nationalsozialismus ein zentrales Strukturmerkmal der deutschen Gesellschaft. Die Bandbreite rassistischer Phänomene reicht dabei von subtilem Alltagsrassismus⁵ über institutionellen Rassismus⁶ und offene rechtsextreme Propaganda bis hin zu rassistisch motivierten Anschlägen auf Migrant/innen. Die große Resonanz der in einer eugenischen Tradition stehenden rassistischen Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators, Bundesbankvorstands und SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin zeigte jüngst, dass gerade im Kontext der derzeitigen, allgegenwärtigen Krisenkonstellationen alte und neue Rassismen Konjunktur haben.⁷ In einer so propagierten modernen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft verschränken sich ökonomisches Nützlichkeitsdenken und Rassismus zu einer Stigmatisierung und Abwertung der als »unproduktiv« markierten migrantischen Bevölkerungsteile (Friedrich 2011a).

Gegen solche mehr oder weniger offensichtlichen rassistischen Deutungs-, Ausgrenzungs- und Gewaltpraxen richtet sich traditionell antirassistische Kritik und Politik. Rassismus geht aber über diese *explizite* Ebene hinaus und legitimiert auch die *unhinterfragte* (also nicht unbedingt manifest konfliktförmige) Existenz gesellschaftlicher Privilegien und der »leitkulturellen« Maßstäbe der

5 Zu entsprechenden Einstellungen vgl. Decker, Kies und Brähler (2010; 2012b) für ein exemplarisches Alltagsfeld, den Rassismus im Fußball, Dembowski (2002).

6 Dies meint die strukturell durch Recht, Verfahrensregeln, organisationale Abläufe und Verhaltensmuster verankerte Praxis rassistischer Ungleichbehandlung. Beispiele sind die unterschiedlichen Rechte von und der unterschiedliche Umgang mit Staatsbürger/innen und Geflüchteten, die Rasterfahndung nach Muslimen nach den Anschlägen des 11. September 2001 und andere Formen des *racial profiling* durch Sicherheitsbehörden, bspw. bei Personenkontrollen.

7 Neben kulturalistisch-rassistischer Hetze, wofür sinnbildlich sein Ausspruch steht, die migrantische Bevölkerung Berlins würde »ständig kleine Kopftuchmädchen produzier[en]«, sei unproduktiv und unnützlich und könne deshalb von ihm nicht anerkannt werden, schreckt Sarrazin auch vor biologisch begründeten Rassismen nicht zurück. So führte er scheinbare Intelligenzunterschiede zwischen osteuropäischen Jüdinnen und Juden, Migrant/innen aus dem Nahen Osten und anderen Deutschen unter explizitem Rückgriff auf die Genetik auf biologische Faktoren zurück (Sarrazin 2010, S. 8).

normalisierten deutschen Mehrheitsgesellschaft. Um ein umfassendes Bild rassistischer Verhältnisse und der allgemeinen Verstricktheit in diese zu zeichnen, müssen aber auch die öffentlich weniger sichtbaren und kaum problematisierten Privilegienstrukturen des ›Weißseins‹ (oder auf einer abstrakteren Ebene, die des ›Normal-Seins‹) in einer rassistischen Gesellschaft in den Blick genommen werden. Diese Art der Thematisierung, gerade der im hier behandelten Kontext besonders relevanten unhinterfragten Dominanzansprüche der deutschen Mehrheitsgesellschaft gelingt unter Rückgriff auf die *Critical-Whiteness-Forschung*.

Diese Tradition der Rassismusforschung hat sich seit den 1990er Jahren vor allem in den USA entwickelt (Roediger 2007) und nimmt einen folgenreichen Paradigmenwechsel vor. Nicht nur die *People of Colour*, die rassifzierten und auf dieser Basis ausgeschlossenen oder diskriminierten »Anderen« stehen im Zentrum der Untersuchung, sondern die nicht markierte und nicht hinterfragte (also implizite) gesellschaftliche Norm ›Weißsein‹ und deren Träger/innen. Ruth Frankenberg (2004, S. 112), eine der Pionierinnen der *Critical-Whiteness-Forschung*, identifiziert drei miteinander verwobene Dimensionen dieser Norm: »Erstens ist Weißsein der Ort einer strukturellen, gesellschaftliche Vorteilsposition, der des Rassenprivilegs [*race privilege*]. Zweitens ist Weißsein ein Standpunkt, von dem weiße Menschen sich selber, andere und die Gesellschaft als Ganze betrachten. Drittens beschreibt Weißsein ein Set kultureller Praktiken, die als solche nicht benannt oder gekennzeichnet werden« [Übersetzung d.A.]. Von dieser Position wird generalisiertes Wissen über die subalternen Gruppen in Abgrenzung und Differenz zur normalisierten hegemonialen Gruppe konstruiert; dieses wird naturalisiert oder kulturalisiert und bildet so die Grundlage für eine rassifizierte An- und Unterordnung. Als Resultat dieser Markierungs-, Normalisierungs- und Hierarchisierungspraxis vollzieht sich eine unbewusste, aber nicht minder wirkmächtige rassistische Ausgrenzung der als ›nichtweiß‹ konstruierten Gruppen (Eggers 2005, S. 57). Durch die Problematisierung dieser Dimensionen gelangen die Akteure und Profiteure des rassistischen Arrangements sowie ihre Identitäten und die diese stabilisierenden Institutionen und kulturellen Muster in den Blick. Im Folgenden soll jedoch nicht nur das spezifisch ›Weiße‹ individueller, rassistischer Privilegienpositionen im Vordergrund stehen. Wichtig ist vor allem der mit der *Critical-Whiteness-Forschung* verbundene grundsätzliche Perspektivenwechsel, der die Privilegierungsstrukturen ganz allgemein, auch unabhängig von ihren je spezifischen rassistischen Inhalten in den Blick rückt. Im Kontext des deutschen linken Nahostdiskurses liegt der Fokus dabei auf der kollektiven Konstruktion einer gesamtgesellschaftlichen deutschen Normalität und Normativität sowie der damit einhergehenden diskursiven An- und Ausschlüsse. Es geht also um die Problematisierung unhinterfragter und verallgemeinerter, deut-

scher Diskurse und Sprecher/innen-Positionen, mithin um eine Kontextualisierung spezifisch deutscher Be- und Empfindlichkeiten.

Deutscher Exzeptionalismus

Solcherart thematisierbare rassistische Elemente kommen wohl am deutlichsten in dem zum Ausdruck, was Cengiz Barskanmaz (2011) »deutschen Exzeptionalismus« genannt hat. Barskanmaz macht die spezifische Auseinandersetzung über den Begriff ›Rasse‹ in Deutschland zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Er plädiert dafür, den Begriff so lange zu verwenden (bspw. als Kategorie des Antidiskriminierungsrechts), wie es sich dabei um eine – wenn gleich konstruierte – soziale Realität handelt, also um eine Welt, in der ›Weißsein‹ mit Privilegien und ›Schwarzsein‹ oder ›Nicht-Weißsein‹ mit Benachteiligung und Ausschluss einhergeht.⁸ Barskanmaz kritisiert besonders den häufigen Versuch, das Konzept aufgrund der nationalsozialistischen Geschichte und der negativen historischen Konnotation gerade in Deutschland nicht zu verwenden (ähnlich Möschel 2011). Hier beginnt der von Barskanmaz beschriebene Exzeptionalismus: In dem Versuch, den deutschen Rassismus vor dem Hintergrund des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden als extremen Sonderfall, nicht aber als Teil einer relationalen und transnationalen Geschichte zu sehen (Barskanmaz 2011, S. 387), kommt, so könnte man das Konzept erinnerungspolitisch öffnen, offensichtlich nicht nur eine besondere postnationalsozialistische Sensibilität gegenüber Rassismus zum Tragen (die jedoch *einen* Bestandteil der postnationalsozialistischen Situation darstellt), sondern auch ein Besonderheitsanspruch, der sogar noch aus den barbarischsten Momenten der deutschen Geschichte nationale Größe schöpfen kann. Dieses stete Beharren auf Besonderheit entzieht aber deutsche Geschichte der Vergleichbarkeit und behindert ihre Analyse im Kontext sowohl *universeller* Maßstäbe als auch *nichtdeutscher partikularer* Erfahrungen. Seinen besonderen Ausdruck findet der deutsche Exzeptionalismus im Erinnerungsdiskurs und den oft neurotischen und i. d. R. *konfliktträchtigen* Geschichtsdebatten (Bergmann 1997) und Befangenheiten, insbesondere in den Diskussionen über die Unvergleichbarkeit der Shoah sowie in einer »Antisemitismus-Rezeption nahezu vollständig in der Sphäre moralischer Entrüstung«, in der sich, wie Moshe Zuckermann (2010a, S. 9) in seiner Untersuchung über »Antisemitismusvorwürfe als Herrschaftsinstrument« schreibt, die mit dem Besonderheitsanspruch verknüpfte Moral zur bloßen Worthülse verdinglichen konnte. Diese Konstellation ist besonders folgenreich für die deutsche Auseinandersetzung mit dem

⁸ Dieser Diskurs hat seinen Hintergrund in der vornehmlich rechtswissenschaftlichen *Critical Race Theory* (Crenshaw u. a. 1995).

Nahostkonflikt. Die erinnerungspolitische »Determination« (Hafez 2002b, S. 167), also die Dominanz des Zugangs zur Thematik Nahostkonflikt über die Themen Antisemitismus, Shoah und Erinnerungspolitik, führt zu einer Vorstrukturierung des Diskurses (vgl. Kap. 5), die, so nachvollziehbar ihre Genese auch sein mag, *andere, nichtdeutsche Perspektiven strukturell benachteiligt*.

Was das für vom Rassismus Betroffene konkret bedeuten kann, wird in einer Erinnerung der palästinensischen Wissenschaftlerin, Feministin und Friedenskämpferin Sumaya Farhat Naser an ihre Zeit in Deutschland deutlich. Zunächst erlebte sie, dass Personen, die ihr nahestanden und die sie mochten, die Tatsache ihrer palästinensischen Herkunft besonders in der Öffentlichkeit oft unangenehm war. Später litt sie auch unter dem Eindruck, dass sie in Deutschland aufgrund einer de facto rassistischen Positionierungspraxis als nicht voll legitimierte Sprecherin eingeordnet wurde. Zwar wurde sie häufig als Referentin geladen, doch i. d. R. nicht ohne jüdischen oder israelischen Counterpart. Es ist diese alltägliche, ohne spezifischen Anlass nicht problematisierte Praxis der deutschen Mehrheitsgesellschaft, wie sie von Farhat Naser erlebt wurde: Die deutschen Relevanzen, Wissensvorräte und Erfahrungen (hier: die besondere Beachtung jüdischer und israelischer Perspektiven) bilden deren unhinterfragten Ausgangspunkt, während manch andere Perspektive unter besonderen Rechtfertigungsdruck gerät. Farhat Naser wurde so ent-individualisiert und als verallgemeinerte Stimme *der* Palästinenser/innen positioniert und als Konsequenz nur für eine eng umgrenzte Sprecher/innenposition legitimiert. Diese Geschichte soll die Selbstverständlichkeit der Praxis verdeutlichen, mit der Farhat Naser konfrontiert war. Hinter der sie herabstufenden Einladungs- politik mag sich im Einzelfall jeweils ein guter Grund verborgen haben. Es ist ja durchaus legitim und naheliegend, verschiedene Ansichten zum Konflikt zu hören. Die von den einzelnen Motiven absehende emergierende Struktur ist eine deutsche Ansprüche generalisierende und für die Palästinenser/in am Ende rassistische.

Der augenfälligste Ausdruck dieser implizit ethnozentrischen Struktur im linken Nahostdiskurs nach dem 11. September 2001 ist der stete Versuch, arabischen oder – meist unter Bezugnahme auf den Iran – flächendeckenden islamischen Antisemitismus zu diagnostizieren, diesen aus der postnationalsozialistischen *deutschen* Konstellation heraus zu deuten und dabei den Nahostkonflikt als eigenständigen Kontext und Konflikthintergrund systematisch zu negieren. Damit soll beileibe nicht gesagt sein, dass es keinen Antisemitismus in muslimisch geprägten Ländern gäbe. Es gibt ihn in leider nicht unbeträchtlichem Ausmaß, sowohl in arabischen Ländern, als auch im Iran und auch außerhalb der direkt in den Nahostkonflikt involvierten mehrheitlich muslimisch Länder. Vor deren spezifischen Hintergründen manifestieren sich diese Spielarten des Antisemitismus auf unterschiedlichste Art, aber dominant bezie-

hen sie sich auf die eine oder andere Art und Weise, explizit oder implizit auf den Nahostkonflikt, werden von diesem geprägt und prägen die Wahrnehmung desselben wechselseitig. So ist das Weltbild der Muslimbrüder und ihrer palästinensischen Vertretung, der Hamas, durchsetzt von antisemitischen Verschwörungstheorien. Ihr Vordenker Sayyid Qutb betrachtet Hitler als Vollstrecker im Auftrag Allahs, der gesandt wurde, um gegen die jüdischen »Kreaturen« zu kämpfen, und dem, ginge es nach Qutb, weitere folgen werden, um die Jüdinnen und Juden zu vernichten (Holz 2005 b). Dieser Diktion folgt auch das Weltbild der Hamas, die in ihrer »Charta der Islamischen Widerstandsbewegung« zudem explizit auf das zentrale Dokument antisemitischen Verschwörungsgedankens, die *Protokolle der Weisen von Zion*, verweist (Benz 2004, S. 188). Angesichts der Omnipräsenz antisemitischer Hetze im politischen Diskurs mag es kaum verwunderlich erscheinen, dass judenfeindliche Stereotype auch im Alltag vieler Länder der Region weitverbreitet sind.⁹ Hitlers *Mein Kampf* kann bei vielen palästinensischen Buchhändler/innen problemlos gefunden werden (oft in einer Version, die um antiarabische Stellen gekürzt ist) und im Hinblick auf den Iran ist die Holocaustrelativierung durch Vertreter des Regimes notorisch. Auch der Vorwurf, dass die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in vielen Ländern der Region (und darüber hinaus) defizitär ist, ist nicht von der Hand zu weisen.¹⁰ Die Perfidie und auch das Bizarre solcher menschenverachtenden Weltbilder kommen in einem jüngeren Skandal beispielhaft verdichtet zum Ausdruck. Der iranische Vizepräsident Mohammad Reza Rahimi behauptete auf einer Veranstaltung gegen Drogenmissbrauch im Juni 2012 in Teheran, dass die Jüdinnen und Juden, der Talmud und der Zionismus hinter Drogenhandel und Drogenmissbrauch stünden (Mozgovaya 2012). Seine Behauptungen untermauerte er unter anderem mit dem »Argument«, man würde keinen Zionisten/keine Zionistin finden, der/die drogenabhängig ist. Dieser offene Antisemitismus auf höchster politischer Ebene beschränkt sich auch nicht auf den vermeintlichen »Schurkenstaat« Iran und seine Verbündeten Hamas und Hisbollah oder andere direkte Konfliktparteien. Auf der Gipfelkonferenz islamischer Staaten in Malaysia 2003 erntete der Premier des Gastgeberlands, Mohamed Mahatir, stehende Ovationen für eine Rede, die durchgängig von antisemitischen Verschwörungstheorien geprägt war: Der Diagnose, dass die muslimische Welt in ihrer Gänze »unter-

9 Zur Vertiefung der Thematik des islamisierten Antisemitismus vgl. Kiefer (2002) Benz (2004, S. 186 ff.) und Holz (2005a) sowie, mit spezifischem und aktuellem Palästina-Bezug, Schwarz (2012), der Vorkommen und Funktion des Antisemitismus in der Adoleszenz palästinensischer Jugendlicher untersucht.

10 Zur Debatte über die keineswegs uniforme und keineswegs, wie gelegentlich nahegelegt, vorrangig positive Rezeption der Shoah in arabischen Ländern vgl. insbesondere Achcar (2012), Kamil (2012) und Zimmer-Winkel (2000).

drückt« und »gedemütigt« wäre, folgte die ebenso zielsichere Ausmachung der Verantwortlichen: »Die Muslime werden für alle Zeit unterdrückt und beherrscht von den Europäern und den Juden« (in Benz 2004, S. 189). Die Parallelen zu der paranoiden Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, wie sie zentral in den »Protokollen« konstruiert wird, ist überdeutlich.

Ganz offensichtlich ist jedoch die Penetranz der Thematisierung des Antisemitismus in mehrheitlich islamischen Gesellschaften durch Teile der deutschen Antisemitismuskritiker/innen, deren projektiver Charakter nicht weniger ausgeprägt ist als die antizionistische Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus.¹¹ Die Forschungen zur (unbestrittenen) Kollaboration von Palästinenser/innen mit dem Nationalsozialismus, insbesondere durch den Jerusalemer Mufti Haj Amin Al-Husseini, beschrieb Dan Diner schon 2003 als den Versuch, »marginale« und »abseitige Kollaborationshandlungen« »zu einem Forschungszweig« aufzuwerten (Diner 2003, S. 222) und ihre tatsächliche Bedeutung für die nahöstlichen Gesellschaften dabei extrem überzubewerten. Diese Positionen, vertreten von antideutschen (Ex-)Linken wie Matthias Küntzel und Stefan Grigat, führen zu teilweise extremen Verzerrungen im politischen Diskurs, indem sie heute etablierte Wahrnehmungsmuster einer binär codierten Opfer- und Vertretungskonkurrenz auch zeitlich zurückprojizieren (vgl. Achcar 2012, S. 67 ff., bes. 81). Der folgende Textausschnitt aus einem Flugblatt der »Antinationalen Gruppe« und des Bündnisses »Es geht um Israel« aus Leipzig aus dem Jahr 2002 verdeutlicht, wie sich dies in der politischen Kommunikation widerspiegelt. Unter der Überschrift »Solidarität mit Israel! Stoppt den palästinensischen Terror!« ist unter anderem zu lesen:

Der palästinensische Volksglaube ist eine Wahnvorstellung von einem jüdenfreien Palästina reinsten Blutes. Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß dieser Wahn ein völkischer ist, der nicht die Menschen als Individuen begreift, sondern nur als Glieder eines homogenen Volkskörpers – als Blutbande. Im Gegensatz dazu bedeutet Antifaschismus als Grundkonsens den Kampf gegen jede Form von Blut-und-Boden-Ideologie und jede Volksgemeinschaft. Und das ohne Ausnahme. Lang lebe Israel!¹²

Der Text thematisiert u. a. den palästinensischen Terrorismus. Kennzeichnend ist aber vor allem eine radikale Homogenisierung der Palästinenser/innen und ihrer politischen Ideen und eine Verwischung der Grenzen zwischen verschiedenen existenten Widerstandsformen, die letztlich keine Unterscheidung erlaubt zwischen den Palästinenser/innen und ihren militärischen Aktivitäten, die – so der dämonisierende Verallgemeinerungsdiskurs – »in aller Regel hinter-

11 Für eine kurze Zusammenstellung wichtiger Literatur dazu vgl. Ullrich 2008, S. 55-57.

12 <http://www.conne-island.de/nf/88/28.html> [2012-07-06].

häftig unter Gefährdung von Zivilisten oder gar unter Mißachtung neutraler Zonen wie Schulen, Wohn- und Krankenhäuser erfolgen« (Hervorh. d. A.). Auffällig und den deutschen Exzeptionalismus offenbarend ist die Thematisierung der dermaßen homogenisierten Palästinenser/innen in Begriffen, die sämtlich der *lingua tertii imperii*, der Sprache des »Dritten Reiches« (Klemperer 2007 [1947]) entstammen oder üblicherweise in der Charakterisierung des Nationalsozialismus Verwendung finden (»judenfrei«, »Volkskörper«, »Blut-und-Boden«-Ideologie, »Volksgemeinschaft«).¹³

In dieser erinnerungspolitisch überformten, stigmatisierenden und sie homogenisierenden Darstellung der Palästinenser/innen als Kollaborateure beziehungsweise Wiedergänger der Nationalsozialist/innen wird von der tatsächlichen Heterogenität der Einstellungen und Diskurse innerhalb der palästinensischen Bevölkerung abgelenkt und vor allem vom realen Nahostkonflikt wegführt. Stattdessen wird eine Deutung nahegelegt, nach der »die« Palästinenser/innen kollektiv durch »völkischen Hass« und irrationalen Wahn getrieben werden. Dabei soll hier nicht die Thematisierung der Einschätzung kritisiert werden, dass reaktionärste Strömungen im palästinensischen bewaffneten Kampf existent sind und insbesondere im Rahmen der Al-Aksa-Intifada immensen Einfluss gewonnen haben, dass es in Palästina Judenfeinde und Blut-und-Boden-Ideolog/innen gibt und dass die Ideologie der Selbstmordattentäter/innen menschenverachtend ist. Im höchsten Maße kritisch zu sehen ist jedoch die radikale Vereinheitlichung einer Menschengruppe, die nur noch einmal verdeutlicht, wie sehr das essenzialisierende Denken in nationalen oder »rassistischen« Kollektiven auch diejenigen betrifft, die vorgeben sich genau davon emanzipiert zu haben. Der augenscheinliche Versuch der »Antinationalen Gruppe«, palästinensischen Rassismus anzuprangern, verkehrt sich durch die Homogenisierung, Dämonisierung und den geschichtsrelativierenden Sprachgebrauch in sein Gegenteil und trägt so zur Rassifizierung und Radikalisierung des Diskurses bei. Zugleich erfolgt durch diese Umkehrung eine am Maßstab der Shoah gemessene Hypostasierung antiisraelischen Hasses, die von seinem Entstehungskontext, der Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzung, vollkommen abstrahiert und somit Kommunikationsangebote und damit eine kooperative Lösungsperspektive des Konflikts de facto ausschließt (Kempf 2011).

Angesichts der Tatsache, dass dieser Diskurs zuerst als anti-antisemitischer entstanden ist, ist es umso erstaunlicher, welche strukturellen Parallelen zum Antisemitismus hier reproduziert und nicht reflektiert werden. Insbesondere am radikalen Rand des antideutschen Spektrums wird mit dieser Diskursstrategie ein Grad der Dämonisierung erreicht, der nicht zuletzt sein eigenes normatives Ideal (den Kultus der Individualität) ad absurdum führt und unver-

13 Für weitere Beispiele aus linken Medien siehe Kap. 7.

hüllte rassistische Zuschreibungen vornimmt. Hier werden die Palästinenser/innen unter Rückgriff auf verschiedene Kollektivcharakterisierungen (siehe auch Kap. 7) als »mordendes und todessehnsüchtiges Kollektiv«¹⁴ oder »palästinensische[s] Selbstmordkollektiv«¹⁵ in Gänze mit den Taliban oder eben dem Faschismus und Nationalsozialismus gleichgesetzt. Entsprechend naheliegend ist in einem solchen Weltbild dann auch die Entindividualisierung der Palästinenser/innen, denen als »aufgeputzten Massen« eine kollektive Irrationalität zugeschrieben wird. Verbreitet ist auch die schlichte Entnennung als »sogenannte Palästinenser«¹⁶ – auch dies eines der vielen Muster, die aus dem Antizionismus bekannt sind, der Israel gern in Anführungszeichen setzte. Dies stellt im Übrigen auch einen Unterschied zum antizionistischen Manichäismus dar, der heutzutage in der Regel Israel als Staat, seine Regierung, seine Armee und Politik, doch im linken Kontext normalerweise nicht die Bevölkerung angreift und komplett und unverhohlen delegitimiert.

Paradigmatisch für die Stigmatisierungsbemühungen von Teilen der radikal-linken Presse¹⁷ ist auch die gezielte Herabwürdigung palästinensischer Symbole. Insbesondere die Kuffiyah, oder das »Palästinenser-Tuch«, wurde zur Zielscheibe. In manchen Einrichtungen, wie dem linken Leipziger Szeneklub *Conne Island* wurde sie verboten. In Foren und Flugblättern wird sie mit pejorativen Bezeichnungen bedacht. »Palifeudel« (Feudel: regional für Wischlappen) ist ein Schlagwort auf dem Weblog des BAK Shalom (antideutscher/israelsolidarischer Arbeitskreis der Linksjugend/Solid) und bundesweit beteiligten sich Gruppen an der Kampagne »Coole Kids tragen kein Pali-Tuch!«¹⁸

Diese hier beispielhaft aufgeführten Diskurse aus dem Spektrum der antideutschen Linken verweben sich zu einem Gesamtbild, in dem alle Strukturmomente des Rassismus vorkommen. Auf Basis einer radikalen Identifikation mit der israelischen Seite werden Palästinenser/innen als Kollektiv entnannt, (in zeitlicher wie sachlicher Hinsicht) homogenisiert, stigmatisiert und entsprechend abgewertet. Diese gefährliche Abwertung der Palästinenser/innen

14 So die *Bahamas*-Redaktion in einem Demonstrationsaufruf vom April 2004 mit dem Titel »Flagge zeigen! Für Israel – gegen Old Europe« <http://redaktion-bahamas.org/aktuell/HH-24-3-04.html> [2012-07-07].

15 Aus einer Stellungnahme der Bahamas-Redaktion nach den terroristischen Anschlägen vom 11.9.2001. <http://redaktion-bahamas.org/aktuell/terror.html> [2012-07-07].

16 Horst Pankow in »Kindermörder«, <http://redaktion-bahamas.org/auswahl/web33-1.html> [2012-07-07]. Dieselbe Logik findet sich in dezidiert rechtskonservativen Diskursen, wenn zum Beispiel auf dem einschlägigen (proisraelischen und nationalistischen) Internetportal *Politically Incorrect* »Palästina« in Anführungszeichen gesetzt wird, <http://www.pi-news.net/2007/12/palaestina-in-grund-und-boden-finanziert/> [2012-04-08].

17 Auch die sogenannte Qualitätspresse bietet gelegentlich solcherart ungeschminkten Rassismus. Erst jüngst war wieder in der *Zeit* von »Horden von Palästinensern« zu lesen (<http://www.zeit.de/2011/25/P-Zeitgeist>; [2012-07-06]).

18 <http://www.copyriot.com/sinistra/reading/texte/coolekids.html> [2012-07-07].

kann sich sich – wie die folgende Darstellung aufzeigt – durch diskursive Einbettung in gesamtgesellschaftlich dominante aktuelle Erscheinungsformen des Rassismus zu einer generellen Islamfeindschaft ausweiten.

Von der Antisemitismuskritik zur Islamfeindlichkeit

Die geschilderte Grundproblematik, die sich in der Bundesrepublik aus der erinnerungspolitischen Überformung der Nahostkonfliktrezeption und dem damit zusammenhängenden deutschen Exzeptionalismus ergibt, verbindet sich in der Binarität der Konfliktwahrnehmungsmuster mit einer anderen, spezifischeren Form von Gruppenfeindschaft: dem antimuslimischen Rassismus.¹⁹ Im deutschen kulturellen Gedächtnis finden sich – im Gegensatz zum Problembereich Antisemitismus – wenige Repräsentationen der Tatsache, dass dem Islam, als dem mächtigen »Feind vor den Toren Europas« (Jonker 2010, S. 71), eine zentrale Funktion als das »Andere« für die Konstitution eines positiven Selbstbildes des »Abendlandes« zukam und er als »Europas Antithese und Negation« (Francois; Schulze 2001, S. 25) fungierte.

Während der Islam also lange als ausgesprochen stark und militärisch bedrohlich charakterisiert wurde, symbolisiert er seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert vor allem Rückständigkeit. In dieser neueren Logik ist der Islam verantwortlich für Armut, Despotismus und Unterentwicklung (Nauermann 2010, S. 32). Der hier vollzogene Bedeutungswandel sagt nichts über den Charakter oder das Wesen des Islam aus, sondern er reflektiert real vollzogene Machtverschiebungen zugunsten einer neuen weltpolitischen Dominanz des (christlichen) Europa. Nun stand nicht mehr ein rückständiges Europa einer wissenschaftlich, kulturell und militärisch übermächtigen »islamischen Welt« gegenüber. Doch während sich mit dem darauf basierenden neuen europäischen Selbstbild manche *Wertungen* änderten, blieben *thematische* Bezüge zum Teil konstant. Das Projektionsfeld Sexualität verdeutlicht diese thematische Kontinuität bei gleichzeitiger Umkehr seiner Funktion für die westliche Identitätskonstruktion und daraus resultierende Handlungsmotive. Galt »der Orient« lange als lüstern, so gilt er heute als besonders prüde, verklemmt oder repressiv. Westliche Militärinterventionen werden nicht zuletzt mit der angeblichen Befreiung der Körper (insbesondere von zwangsverheirateten und -verschleierten Frauen) legitimiert (Nachtigall 2006, S. 109 f.). Wenn man verstehen will, wie sich antipalästinensischer und antimuslimischer Rassismus derart radikalisieren, wie es hier für Teile des proisraelischen Diskurses gezeigt wurde, ist auch diese lange islamfeindliche Tradition als diskursiver Kontext mitzu-

19 Zum Überblick über Geschichte, Funktion und aktuelle Erscheinungsformen der Islamfeindlichkeit siehe Schneiders (2010).

denken. Diese Prägungen tragen entscheidend dazu bei, dass aktuelle Erscheinungsformen dieses Rassismus so wirkmächtig werden konnten, wie sie es nicht zuletzt in den Massenmedien sind.

Aktualisierungen und begrenzte Neujustierungen haben diese Muster in der jüngeren Geschichte vor allem durch zwei Umstände erfahren: Die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik aus muslimisch geprägten Ländern, insbesondere der Türkei und das Aufkommen des islamistischen Terrorismus. Letzteres mag als Katalysator fungiert haben – negative Bilder dominierten die Darstellung des Islam in Deutschland auch zuvor. Dabei weise der deutsche Mediendiskurs über den Islam, so Kai Hafez (2010, S. 102), zwar »keine propagandistische Einheitlichkeit« auf, auch fehle in der Regel die »aggressive Handlungsdimension« und einzelne differenzierte Stimmen wendeten sich gegen allzu viele Stereotype. Dennoch gibt es eindeutige Befunde eines »hoch selektiven und negativ vereinheitlichenden Islambildes« (Leibold 2010, S. 104). Schon in der Presseberichterstattung der 1940er bis 1990er Jahre fand die Hälfte der Erörterungen des Themas Islam im Kontext von Gewaltereignissen statt. Noch dramatischer stellt sich die Situation im aktuellen öffentlich-rechtlichen Fernsehen dar, wo in einer Untersuchung über die Jahre 2005/2006 80 % der Beiträge negative Themen (Terror, Unterdrückung, Gewalt usw.) in den Vordergrund stellten (Hafez 2002 b; Hafez; Richter 2007). Dabei ist nicht der einzelne Bericht oder das einzelne Coverbild eine Irreführung, sondern das emergierende Gesamtbild, basierend auf einer rigiden Begrenztheit des Repertoires, der andauernden Wiederholung dieser Stereotypen und der Art und Weise der Kontextualisierung der Bilder und Berichte, die die Rezipient/innen über die quantitative Bedeutung der jeweils skandalisierten Vorgänge und Zustände im Unklaren lässt und bestimmte Aspekte ausklammert, bspw. die islamische Tradition des gewaltfreien Widerstands. Entsprechend diesem Arrangement werden bei negativ bewerteten Kontexten Bezüge zur Religion hergestellt, bei anderen jedoch nicht. Doch wenn die Palästinenser/innen (mehrheitlich Muslime) so homogen sind, wie sie im weiter oben ausführlich besprochenen Zitat dargestellt werden, warum werden dann nicht beispielsweise die Selbstorganisationsstrukturen und der Facettenreichtum zivilen Ungehorsams aus der Zeit der ersten Intifada als spezifisch islamisch porträtiert?

Angesichts eines solchen islamfeindlichen Diskurses ist die Virulenz anti-muslimischer Einstellungen nicht verwunderlich. Zwischen 20 % und 40 % der Deutschen konstatieren eine »Überfremdung« durch Muslime (Leibold 2010, S. 154), 93 % assoziieren mit dem Islam Frauenunterdrückung und 83 % Terror, mehr als die Hälfte der Befragten hält eine friedliche Koexistenz von christlichem und islamischem Glauben für unmöglich (Peucker 2010, S. 164f.). Eine aktuelle Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland konstatiert, dass mehr als 55 % der Befragten der Aussage »Der Islam ist eine archaische Re-

ligion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen« überwiegend oder voll und ganz zustimmen. Insgesamt weisen 36,2 % der Befragten islamfeindliche Tendenzen auf, 60,8 % zeigen sich islamkritisch (Decker u. a. 2012, S. 92-93). Dies bildet das Umfeld auch manifester antimuslimischer Gewalt, welche sich in Angriffen auf Moscheen, Friedhöfe und andere Einrichtungen von Muslimen manifestiert. Die – unvollständige – offizielle Statistik weist 219 derartige strafrechtsrelevante Angriffe in den vergangenen 10 Jahren aus.²⁰ Dazu kommen islamfeindliche Webseiten wie das Forum *Politically Incorrect*, diskriminierende institutionelle Praxen (Kopftuchverbote, Rasterfahndung) und alltägliche stigmatisierende Behandlungen von Muslimen, welche übereinstimmend von Diskriminierungs- und Viktimisierungserfahrungen berichten (Peucker 2010, S. 165 f.). Die Zunahme antimuslimischen Populismus und die steigende Bedeutung antimuslimischer Parteien in Deutschland (die sogenannten Pro-Parteien) und anderen europäischen Ländern muss im Kontext dieser gesellschaftlichen Tendenzen verstanden werden.

Die Ikonographie der medialen Bilder des Islam wird von Motiven bestimmt, die auch der antimuslimische Diskurs von links aufgreift: Radikalisierte Massen, Terrorismus und verschleierte Frauen (Leibold 2010, S. 105). Diskursanalysen von linken Medien kommen übereinstimmend zu dem Urteil, dass in den antideutsch beeinflussten Blättern rassistische Positionierungen vorkommen. So analysiert Jäger (2010), dass die *Jungle World* in ihrer Berichterstattung über den Streit um die Mohammed-Karikaturen einer »multikulturellen Gesellschaft eine klare Absage erteilt und das ›Außen‹ zumindest ein Stückweit dämonisiert«, indem die muslimischen Reaktionen auf den Streit heftig kritisiert werden, der rassistische Hintergrund aber völlig unbeleuchtet bleibe. In Kapitel 7 wird gezeigt, wie mit bestimmten Kollektivsymbolen und einer sich sachlich-neutral gebenden Sprache das Leben und auch Leiden unter der Besatzung banalisiert werden kann, womit Anschlüsse an rassistische Diskurse eröffnet und die damit einhergehende Marginalisierung der Palästinenser/innen eingeleitet werden.

Im antideutschen Diskurs spitzt sich die Islamkritik im Schlagwort »Islamofaschismus« zu, das seit den Anschlägen von 9/11 eine gewisse Popularität genießt. Die Vertreter/innen dieses Begriffes postulieren dabei nicht nur bestimmte Strukturähnlichkeiten zwischen islamistischen Terrorgruppen und der Ideologie des aktuellen wie historischen Nationalsozialismus, die zu diskutieren trotz großer Unterschiede im Entstehungskontext der jeweiligen Ideologien sicherlich interessant ist (so zum Beispiel im Bezug auf Prozesse der Entindividualisierung und der totalen Hingabe an das Kollektiv, Irrationalität u. a.), sondern gehen von einem realen Pakt innerhalb einer von Antisemitis-

20 <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=3052680> [2012-07-10].

mus zusammengehaltenen »Internationale« aus (Ullrich 2008, S. 176 ff.). Spätestens im Rahmen der autoritären sicherheitspolitischen Diskurse nach 9/11 (Stolle; Singelstein 2008) vermengen sich antipalästinensische Ressentiments und der islamfeindliche Diskurs zu einem umfassenden, einheitlichen Gebilde, das wiederum gewisse Ähnlichkeiten zu antisemitischen Verschwörungstheorien aufweist. Die palästinensische Intifada, der Aufstand gegen die israelische Besetzung, kann aus dieser Warte als »hochregressives, antisemitisches, zerstörerisches Werk« »ohne jeden emanzipatorischen Ansatz« geschildert werden (Interview, zitiert nach Ullrich 2008, S. 153). Hier verdichten sich Islamfeindlichkeit, Orientalismus und deutscher Exzeptionalismus zu einer Weltsicht, die palästinensische Sichtweisen und Befindlichkeiten systematisch negiert oder delegitimiert. Ausgeblendet bleibt in dieser Sicht die Vorgeschichte, bspw. die erste Intifada, die, wie bereits angesprochenen, von kollektiver Selbstorganisation in einem flächendeckenden Netzwerk lokaler Initiativen und kreative Formen zivilen Ungehorsams gekennzeichnet war (Baumgarten 1991, S. 289 ff.). Ausgeblendet bleibt auch der sich daran anschließende sogenannte Friedensprozess, der nicht zu einer Besserung der palästinensischen Lebenssituation beitrug, sondern vielmehr das Potenzial an Enttäuschung und Aggression schuf, aus dem die zum Teil unakzeptablen Kampfmittel der zweiten Intifada ihre Legitimität in Teilen der palästinensischen Bevölkerung bezogen – ohne jedoch von der Mehrheit befürwortet zu werden.²¹ Mit einer solchen, auch Befindlichkeiten der »anderen« Seite in Betracht ziehenden, umfassenderen Sicht lassen sich natürlich keine Selbstmordanschläge gegen Zivilist/innen legitimieren. Sie sind und bleiben barbarische Akte ohne Berechtigung. Doch es sollte deutlich geworden sein, dass nicht rassistisch vereinfachend, ein homogener Islam oder »palästinensischer Volkscharakter« zur Ursache gestempelt werden können.

Wie auch in der Mehrheitsgesellschaft (Leibold 2010) scheint es bei einem Teil der Linken einen Zusammenhang zwischen den Neigungen zu Islamfeindlichkeit und anderen Ungleichwertigkeitsideologien (»Fremdenfeindlichkeit«, Rassismus) zu geben. Dementsprechend ist es nur ein kleiner Schritt vom Propagieren islamkritischer Positionen zum Schulterchluss mit Rassist/innen, um mit ihnen den Islam, die Muslime und die Palästinenser/innen zu diskreditieren. So bot 2002 die *Bahamas*-Redaktion der mittlerweile verstorbenen italienischen Journalistin Oriana Fallaci eine Bühne, indem sie eine Übersetzung ihres rassistischen Pamphlets *Der Zorn und der Stolz* veröffentlichte.

21 Nach einer Umfrage des Instituts *Greenberg Quinlan Rosner* in Zusammenarbeit mit dem *Palestinian Center for Public Opinion* aus dem Jahre 2011 sprechen sich 65 % der Palästinenser/innen für diplomatische Kontakte mit Israel aus; 30 % hingegen halten Gewalt für das richtige Mittel der Auseinandersetzung, <http://www.hagalil.com/archiv/2011/07/26/palaestina-13/> [2013-05-16].

Die Kulturkämpferin gegen »Kamelmilch«, Burka und andere Bedrohungen eines »umgekehrten Kreuzzug[s]« warnt angesichts des von ihr konstatierten europäischen Geburtenrückgangs eindringlich vor »kultureller Überfremdung«, denn »[d]ie Söhne Allahs [...] vermehren sich wie die Ratten«²². Für eine solche Vermengung von »islamkritischen« Positionen und offen rassistischem Gedankengut steht auch der Sammelband *Feindbild Islamkritik* (Krauss 2010) des Hintergrund-Verlages, zu dem auch einige (Ex-)Linke beigetragen haben.²³ Bereits im ersten Satz des Klappentextes wird die Bedrohung durch eine »islamische Herrschaftskultur« heraufbeschworen; die Problematisierung von Rassismus wird als »aggressives Wahngelbde« verworfen. Hat hier diese Form des Rassismus als aus dem deutschen Exzeptionalismus herrührende übersteigerte Islamkritik noch einen spezifischen und engen Fokus, ist auch eine Verallgemeinerung zu einem generellen Rassismus und die Abwendung von Rassismuskritik eine stets präsente Gefahr. Auch hier schreitet der *Bahamas*-Kreis voran und erklärt in Gestalt von Clemens Nachtmann den Antirassismus zum »Ticket-Denken«, welches »sich erledigt« habe: »Am Anti-Rassismus ist nichts zu retten, nichts zu beerben, und zwar genauso wenig wie am Anti-Imperialismus und am traditionellen Anti-Kapitalismus, mit denen er ja auch die wesentlichen Grundannahmen teilt.«²⁴ Der Antirassismus ist nach Nachtmann nur noch »Ehrfurcht« und »Unterwürfigkeit« gegenüber den rassistisch markierten und sonst abgewerteten Anderen.

Wie sich eine solche antiantisemitische Abkehr von der Rassismuskritik in Schritten vollziehen kann (denn natürlich handelt es sich bei den bis hier vorgestellten Positionen um Extreme und Zuspitzungen, die vielleicht weniger interessant sind, als ihr Vorfeld), soll ein Internetchat aus einem israelolidarischen Zusammenhang verdeutlichen (Archiv d. A.). Auslöser der Diskussion war die vehemente Kritik einiger Antirassist/innen an der Repräsentation von rassistischer Gewalt, die diese auch im kritischen Kontext, in dem Fall einer Ausstellung über Rassismus im Fußball, ablehnen. Dies könne vom Rassismus Betroffene anrizzern. Aus diesem Grund wird von dieser, sich ebenfalls in der *Critical-Whiteness*-Tradition sehenden Strömung, auch gefordert, das Stigmawort »Neger« nie zu verwenden, auch nicht in der Dokumentation ras-

22 Die Zitate Fallacis sind einem *ak*-Beitrag von Bernhard Schmid unter dem Titel »Kamelmilch statt Cognac« entnommen: https://www.akweb.de/ak_sl/ak464/02.htm [2013-05-16].

23 So Thomas Maul, Matthias Küntzel und der Herausgeber des Sammelbandes, Hartmut Krauss. Als eine/r der Initiator/innen des »Arbeitskreises kritischer Marxistinnen und Marxisten« widmet er sich heute vor allem dem Thema »Islamisierung« Europas und – ganz im Sinne der demographischen Thesen Sarrazins und Fallacis – dem »*muslim youth bulge*«, also einem als Bedrohung inszenierten »muslimischen Jugendüberschuss«, der die gesamte Weltgemeinschaft zu destabilisieren drohe: <http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-aufruhr-im-morgenland.html> [2012-04-22].

24 <http://www.redaktion-bahamas.org/auswahl/web58-3.html> [2013-05-19].

sistischen Sprachgebrauchs (stattdessen wird es mit »N-Wort« umschrieben). Diese neue, hoch identitäre, weil ihrerseits Gruppendifferenzen essenzialisierende Strömung der Antirassismusbewegung, vertreten beispielsweise durch die Berliner Gruppe *reclaim society*, ist tatsächlich hochgradig widersprüchlich, was hier aber nicht weiter verfolgt werden muss (Jakob 2012; Jakob; Tsianos 2012; Karakayali u. a. 2012). Hier geht es stattdessen darum, zu zeigen, wie mit der Kritik an dieser Politik zugleich die Berechtigung des antirassistischen Anliegens delegitimiert wird. Im Verlaufe des besagten Chats wurden diese Aktivist/innen zunächst als möglicherweise »Verwirrte« mit »sprachmagischem Glauben« charakterisiert. Ein Teilnehmer merkte ironisch an, er würde dann auch nicht mehr von Auschwitz reden, »sonst passiert das gleich wieder«. Ein nächster Beitrag erklärt, »Kritiker« der geschilderten Art begründeten ihre Boykotte, Gegenaktionen und Angriffe mit den Traumata, die »bei »Betroffenen« durch die Darstellung »getriggert« würden. Er bringt – berechtigt – zur Sprache, dass sich unter solchen Prämissen öffentliche Erinnerungsarbeit, beispielsweise über das KZ-System, erübrigen würde. Angesprochen auf die Bedeutung der von ihm in seinem Beitrag gesetzten Anführungszeichen, macht er deutlich, dass er damit Positionen referiere, die er sich nicht zu eigen machen möchte. Die sicherlich berechtigte Kritik an den Widersprüchen dieser Variante von *Critical Whiteness* (die in Umkehrung des Rassismus von ihnen als »weiß« Definierten legitime Sprecher/innenpositionen absprechen) führt damit zugleich zum Anzweifeln dessen, dass es von Rassismus Betroffene gäbe, die traumatisiert sind, was entsprechend erneut angetriggert werden könnte.

Welche Relevanz hat diese Erzählung? Zunächst ist dem gegenüber rassistischer Diskriminierung und möglichen Triggerwirkungen unsensiblen Chatteilnehmer zuzugestehen, dass der Chat in einem nichtöffentlichen Raum stattfand, in dem ein israelsolidarisches, aber auch antirassistisches Selbstbild konsensual ist. Auch das identitär Überspitzte der kritisierten antirassistischen Strömung trägt zur Erklärung von Sarkasmus und Distanzierung bei. Doch unabhängig davon, was intentional gewesen sein mag, findet sich auf der manifesten Textebene die Diminuirung rassistischer Erfahrungen durch »weiße« Deutsche, die aufgrund ihres antideutschen/israelsolidarischen Hintergrundes in der allgemeinen Opferkonkurrenz nur bei Antisemitismus sehr sensibel agieren. Und auch auf diesem Feld der Verharmlosung von Rassismus durch Exklusivierung von Opferstatus agierte der aus der Debatte um DIE LINKE bekannte Politikwissenschaftler Samuel Salzborn wieder als massenmedialer Exponent. Während der Diskussionen um Jakob Augsteins Israelkritik warf er beispielsweise dem Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung folgendes vor:

»die einzige universitäre Forschungseinrichtung zum Thema im Land der Täter widmet sich in jüngster Zeit nicht mehr vordringlich der Analyse des aktuellen Antisemitismus, sondern stärker dem Phantasma einer angeblichen Islamophobie; übersehend, dass die Begriffsgenese gerade auf eine Nivellierung von muslimischem Antisemitismus hinausläuft und dass es zwar ohne Zweifel massiven Rassismus in Deutschland gibt, der sich aber vor allem deshalb gegen Muslime richtet, weil sie von Rassisten als Ausländer wahrgenommen werden.«²⁵

Zunächst stimmt die Einschätzung der Arbeit des Zentrums für Antisemitismusforschung schlicht nicht; Salzborns Attacke ist vielmehr ein verspäteter Abwehrreflex gegen die von dessen ehemaligen (sic!) Leiter Wolfgang Benz *auch* verfolgten und durchaus naheliegenden und erkenntnisproduzierenden Versuche, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus zu vergleichen. Explizit wird der manifeste antimuslimische Rassismus (hier »Islamophobie«) bestritten und auf Ausländerhass reduziert²⁶ sowie seine Erforschung gegen den Antisemitismus ausgespielt. Dabei wird sowohl explizit im Interview (»es zwar ohne Zweifel massiven Rassismus in Deutschland gibt«) und auch beim Blick in Salzborns Vita (er hat auch viel in linken und insbesondere anti-deutschen Medien publiziert, unter anderem verschiedene kritische Auseinandersetzungen mit den deutschen Vertriebenenverbänden) deutlich, dass auch seine Position der Verharmlosung des antimuslimischen Rassismus durchaus mit einem antirassistischen Selbstverständnis vereinbar ist. Doch die eingangs beschriebene, noch immer existente binäre diskursive Verknüpfung von einerseits Anti-Antisemitismus, Prozionismus und Islamkritik bis hin zu Islamfeindschaft und andererseits Antizionismus, Antisemitismusverharmlosung und Kritik des antimuslimischen Rassismus lässt keine Sensibilität für die andere Seite zu. Wenn es muslimischen Rassismus/Antisemitismus gibt, kann es keinen antimuslimischen Rassismus geben, so die implizite Logik.

Wenn diese – im Diskurs verbreitete – Logik noch weiter zugespitzt wird, kann dies weit über das Abstreiten und Banalisieren antimuslimischen Rassismus hinausgehen und in der Konsequenz bis zu offen rassistischer und die Tat einfordernder Hetze reichen. Solche findet sich in einem offenen Brief, der sich gegen den Verein Aachener Friedenspreis sowie dessen Preisträger und Veranstaltungsreferent/innen richtete. Verein und Preis waren aus verschiedenen Gründen in die Kritik proisraelischer Gruppen geraten, insbesondere durch dezidierte und entsprechend umstrittene Positionierungen gegenüber

25 <http://www.publikative.org/2013/01/03/das-akademische-karussell-antisemiten-das-sind-die-anderen/> [2013-01-18].

26 Diese Komponente spielt sicherlich eine große Rolle, erklärt aber nicht die Spezifik der oben erläuterten muslimfeindlichen Bilder, Stereotype und Diskurse.

Israel. Man mag zu den dort vorgebrachten Vorwürfen unterschiedlicher Ansicht sein, doch dass als mildernde Umstände für einen der kritisierten Preisträger angeführt wird, er habe in seiner Jugend »Araber erschossen«, zeugt von einem erschreckenden Hass. Es geht um den israelischen Aktivistin und Friedenspreisträgerin Ury Avnery, über den der Briefeschreiber festhält:

»Uri Avnery darf verziehen werden, da er als Jude in Israel lebt, also Zionist ist, und als junger Mann aus Überzeugung und zum Schutz jüdischen Lebens Araber erschossen hat.«²⁷

Es ist insbesondere wegen seiner impliziten Tataufforderung ein drastisches Beispiel unverhüllten Rassismus, welches weit über andere Phänomene wie das Inkaufnehmen der Benachteiligung von Palästinenser/innen oder ihre homogenisierende Darstellung hinausgeht. Es ist ein extremes Beispiel für das Umschlagen prozionistischer Orientierungen in absolut unverhüllte Menschenverachtung gegenüber der ›anderen‹ Seite. Damit steht es für das, was in diesem Diskurs zumindest als radikale Option aufscheint, wenngleich auch hier eine Grauzone der Ambivalenzen und Übergänge wohl das quantitativ entscheidendere Phänomen darstellen dürfte. Mit der Vermischung von binär strukturierter und homogenisierender Konfliktwahrnehmung, radikaler Identifikation, deutschem Exzeptionalismus und antimuslimischem Rassismus entsteht ein rassistisches Gebräu, dessen dezidierte Analyse und Kritik genauso politische Aufgabe wie weiter zu vertiefende Forschungsfragestellung ist.

27 http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/waschzwang_statt_katharsis/ [2013-01-19].

KAPITEL 4

FAZIT: UNIVERSALISMUS UND DIE DROHUNG DES PARTIKULAREN

Die die Debatten um linke Nahostpolitiken oft bestimmenden Fragestellungen – ist irgendein Akteur oder eine Äußerung antisemitisch oder, etwas seltener, rassistisch? – lenkt trotz der Brisanz dieser Themen von einer noch weit übergreifenderen Problematik ab. Der linke deutsche Nahostdiskurs demonstriert in äußerst drastischer Weise die Unmöglichkeit des richtigen (politischen) Lebens in einer falschen Welt. Er verdeutlicht in aller denkbaren Stärke die Schwierigkeiten, angesichts von in sich widersprüchlichen und komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen, vor den eigenen Idealen und Ansprüchen zu bestehen. Jede der vielen Wandlungen in der Geschichte des linken Nahostdiskurses reflektierte einerseits geänderte Rahmenbedingungen, lässt sich aber immer auch als eine Korrektur verstehen, die auf Abweichungen von universalistischen Prinzipien der politischen Linken reagiert.

Universalismus bedeutet Allgemeingültigkeit, Universalismus von links das Streben nach allgemeiner menschlicher Emanzipation. Und auch wenn es auf dieses Prinzip Angriffe oder auch Erweiterungen (beispielsweise durch Tierrechtler/innen) gab, gilt doch als einigendes Moment linker Vorstellungen von sozialer Befreiung, »daß der *Mensch das höchste Wesen für den Menschen* sei, also [der] *kategorische Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1976, S. 385 [1844], Herv. i. O.). Wie schwierig es jedoch ist, diesem Anspruch in linker Politik jeweils konkret Genüge zu tun, davon legt der Nahostdiskurs beredtes Zeugnis ab. Denn es ist zu sehen, dass die jeweiligen korrigierenden innerlinken Kritiken zugunsten eines wahren Universalismus entweder aus recht partikularen Bedingungen heraus erfolgten (beispielsweise aus

sehr national-spezifisch geprägten diskursiven Kontexten) oder aber in einer Pendelbewegung immer wieder Gefahr laufen, in einen neuen – nur eben anderen – extremen Partikularismus umzuschlagen.

Links und rassistisch, links und antisemitisch – das sollte sich eigentlich ausschließen. Und doch kam und kommt beides vor, so wie es in der Linken auch Sexismus und Homophobie gibt. Ein Blick auf die Geschichte linker politischer Ausschläge in der Nahostfrage sollte nachdenklich stimmen. Ganz offensichtlich sind Positionierungen in diesem Feld prädestiniert, in Fallen zu tappen, die zu umgehen ein hohes Maß an kritischer Reflexion¹ und Fingerspitzengefühl erfordert. Es stimmt hoffnungsfroh, dass in der deutschen Linken das lange Pendeln zwischen extrem differierenden Konfliktdeutungen zu einer Situation geführt hat, die im Grunde reflexionsförderlich ist. So ermüdend oder belastend deutsche Nahostdebatten ihren Teilnehmer/innen manchmal erscheinen mögen – dass es sie gibt und dass sie nicht zum Stillstand kommen, ist Ausdruck eines kollektiven Suchens in einer Situation, die keine leichte Solidarisierung erlaubt und in der sich verschiedene Positionen in einem andauernden Kampf um Deutungsmacht und Delegitimierung der anderen Positionen befinden.

Wer in dieser Situation klare Kriterien erwartet, mit denen Gut von Böse und Richtig von Falsch geschieden werden könnte, muss enttäuscht werden. Auch administrative Lösungen – man denke an die vorn ausgeführten unterschiedlichen Beschlüsse der Linksfraktion, die mehr dem Ziel dienen, innerfraktionelle Ruhe herzustellen, als eine Auseinandersetzung zu führen – ersetzen nicht die stete Reflexion über den eigenen Sprechort, über das historisch-kulturelle Erbe, welches er uns mitgibt. Natürlich lassen sich Kriterien anführen, die für die bekannten Fallstricke sensibilisieren. Die EUMC-Kriterien zum Antisemitismus im Kontext der Israelkritik sind ein Ausgangspunkt; sie müssen aber auch deutlich erweitert werden. Zum einen sind in ihnen nicht alle Einfallstore für Antisemitismus benannt; es fehlt unter anderem der Aspekt der Koalitionsbildung mit antisemitischen Akteuren. Zum anderen sind generalisierte Kriterien zu entwickeln, die einen *allgemeingültigen* Maßstab für Nahostpolitikengagierte darstellen (vgl. Kap. 8), der nicht nur dazu dient, Antisemitismus oder Anklänge an Antisemitismus zu erkennen und auszuschließen, sondern zugleich für (antipalästinensischen, antimuslimischen) Rassismus sensibilisiert oder schlicht generell dafür, wann und wo eine Parteinahme im Konflikt um den Preis der Opferung legitimer Interessen anderer geschieht.

1 Diese Reflexion zu unterstützen, mit Empathie für den, aber zugleich Distanz zum Gegenstand, ist im Übrigen auch eine der wichtigsten Funktionen einer kritischen Protest- und Bewegungsforschung, in deren Tradition sich auch dieses Buch verortet (Haunss; Ullrich 2013; vgl. a. Rucht 2011).

Doch auch mit diesen Kriterien bleibt ein großer Graubereich bestehen, eine Zone der Ambivalenzen, in der Empathie und Fingerspitzengefühl gefordert sind, um abzuschätzen, was das eigene Handeln und Reden für andere bedeuten kann, insbesondere, was es für *verschiedene* andere bedeuten kann. Der Lackmустest für die »Israelkritik« bleibt, ob es nur um die Wiederherstellung »historischer Gerechtigkeit« geht, die ihren Ausdruck oft in den aufbewahrten Schlüsseln palästinensischer Flüchtlinge findet, welche die Sehnsucht nach ihrem (i. d. R. nicht mehr existenten) Heim im heutigen Israel symbolisieren, oder, ob genauso die Lage und berechtigten Interessen *aller* heute in der Region lebenden Menschen zum Ausgangspunkt des Engagements gemacht wird. Ein emanzipatorisches Engagement zielt auf Gerechtigkeit, Entschädigung, Entschuldigung einerseits und Versöhnung sowie Ausgleich andererseits. Anerkennung ist dabei ein zentrales Moment. Die Herausforderung für die israelolidarischen Kräfte besteht in diesem Sinne darin, dass ihre Sensibilität beim Thema Antisemitismus in Ignoranz gegenüber den berechtigten palästinensischen Interessen und palästinensischen Leidenserfahrungen umschlägt. Sicherlich ist es in diesem politischen Feld angezeigt, den Orientalismus und Rassismus ebenso intensiv zu studieren und kritisieren, wie dies mit dem Antisemitismus geschieht. Dies gilt umso mehr, als der antimuslimische Rassismus zu den drängendsten politischen Problemen der Gegenwart gehört – verdeutlicht durch das erschreckende Ausmaß islamfeindlicher Einstellungen (Decker u. a. 2012) und den immer wieder Muslime ins Visier nehmenden elitären »Rassismus in der Leistungsgesellschaft« (Friedrich 2011) à la Thilo Sarrazin – der bezeichnenderweise trotz seines offenen Rassismus in der SPD weiter geduldet wird.

Richtschnur linken Handelns kann nur das Wohl aller Menschen gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sonstigen Zugehörigkeit als Menschen sein. Diesem Ziel wären wir einen bedeutenden Schritt näher, wenn der Diskurs entsprechende Positionen nicht mehr nur vorrangig unintendiert auf der Kollektivebene des institutionalisierten Widerspruchs produzieren würde, sondern wenn solche universalistischen Positionierungen noch mehr Ausdruck ehrlichen Bemühens aller Beteiligten wären.² Der Weg dahin verlangt unter anderem eine kritische Reflexion des eigenen politischen Kontextes, des eigenen Sprechorts und damit der eigenen Prägungen und zum anderen die zumindest grundlegende Akzeptanz der Berechtigung anderer Sprechorte. Erst

2 An dieser Stelle sei noch auf ein Desiderat hingewiesen. Auch wenn hier schon viel von Lernerfolgen die Rede war, allerdings eben von eher langfristigen, wäre es doch eine nützliche Aufgabe, mit erziehungswissenschaftlicher oder pädagogischer Expertise zu untersuchen, welche konkreten Situationen und Settings solches Lernen auf der persönlichen und auf Gruppenebenen ermöglichen, um daraus Anregungen für die politisch-bildnerische Bewegungspraxis zu gewinnen.

wenn die Israel- und die Palästinasolidarität gegenseitig die Berechtigung ihrer humanistischen Anliegen und zumindest gewisse rationale Kerne des Bemühens des jeweiligen anderen anerkennen, versetzen sie sich nach einer langen Phase der Konfrontation in die Lage, voneinander zu lernen und auch zu lernen, wo ihre Solidarität Gefahr läuft, in Gruppenfeindschaft umzuschlagen.

DEUTSCHE UND ANDERE HINTERGRÜNDE

KAPITEL 5

ANTISEMITISMUS, SHOAH UND »DEUTSCHE VERANTWORTUNG« – DIE (NACH-)WIRKUNGEN DES NATIONAL- SOZIALISMUS IM MEDIALEN NAHOSTDISKURS¹

Diskurse, Deutungsmuster und politische Kultur

Dieser Beitrag untersucht die Auswirkungen des Nationalsozialismus, des Antisemitismus, der Shoah und ihrer Erinnerung auf den medialen Nahostdiskurs. Dies soll zugleich dabei helfen zu verstehen, warum es der Linken und den Solidaritätsbewegungen so offensichtlich schwerfällt in Nahostfragen Übereinstimmung zu erzielen. Von der Vielzahl relevanter Kontexte, die Nahostpositionierungen mitbedingen (internationale Politik, regionale nahöstliche Politik, menschenrechtliche und imperialismustheoretische Bedeutung usw.) soll hier also der spezifisch deutsche, erinnerungspolitisch geformte Kontext ins Zentrum der Analyse gestellt werden, um dessen *Anteil* auszuloten, mithin das sprichwörtliche Päckchen, dass »wir« als in Deutschland Lebende oder Sozialisierte mit uns tragen.

Ich werde mich eher über Umwege an die eigentliche Fragestellung heranarbeiten und will mit einem Exkurs in ein anderes Themenfeld beginnen. Die deutschen und amerikanischen Sozialwissenschaftler/innen Myra Marx Ferree, William Gamson, Jürgen Gerhards und Dieter Rucht (2002) haben eine sehr

1 Der vorliegende Text entstand zunächst als Vortrag, präsentiert unter anderem im Rahmen einer Veranstaltungsreihe am Leipziger Orientalischen Institut zum Thema »Der Nahostkonflikt der Medien« (Juni 2009). Er wurde für die Neuveröffentlichung aktualisiert und leicht überarbeitet, allerdings ohne den Versuch, seinen Charakter als Vortrag zum Verschwinden zu bringen. Erstveröffentlichung: Ullrich, Peter. »Antisemitismus, Shoah und ›deutsche Verantwortung‹. (Nach)Wirkungen des Nationalsozialismus im medialen Nahostdiskurs«. *Standpunkte international*, Nr. 18 (2010). http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte_Int_18-2010.pdf.

umfangreiche Studie zu medialen Diskursen über das Thema Abtreibung in der Bundesrepublik und den USA durchgeführt. Sie haben v. a. untersucht, welche Deutungsmuster im Diskurs verbreitet sind. Deutungsmuster sind Orientierungsrahmen, die sprichwörtlichen »Brillen«, durch welche man schaut, wenn man sich einem Thema widmet. Die Forscher/innen identifizierten eine Reihe solcher Deutungsmuster (engl. *frames*), innerhalb derer um das Für und Wider der Legalisierung von Abtreibung gestritten wurde. Eines war beispielsweise das Deutungsmuster »Selbstbestimmungsrecht der Frauen«. Innerhalb dieses Frames gab es verschiedene Positionierungen. Die Frauenbewegung benutzte es selbstverständlich, um für das Recht auf Abtreibung zu werben. Aber innerhalb desselben Deutungsmusters, also innerhalb der Fragestellung, wie viel Selbstbestimmungsrecht Frauen heute haben sollen, gab es auch konservative Stimmen, die für weniger Entscheidungsrechte plädierten, aber die Thematik *im selben Orientierungsrahmen* verorteten. Dieser Strang der Debatte, inhaltlich organisiert durch ein Deutungsmuster, behandelte also Abtreibung im Kontext der (umstrittenen) Emanzipation von Frauen.

Ein solches Deutungsmuster ist also etwas anderes als eine konkrete (inhaltliche) Positionierung für oder gegen etwas.² Es ist ein kulturell fundierter Rahmen, innerhalb dessen um Lösungen, Politikansätze usw. gestritten wird. Dies zu erwähnen ist wichtig zum Verständnis der diskursiven Gelegenheits- oder Kontextstrukturen, kulturell hoch legitimer und relevanter Problem- und Fragestellungen und politischer Bruchlinien, die den Möglichkeitsrahmen des Denkbaren und Wahrnehmbaren, des Relevanten und Plausiblen bei der Aushandlung politischer Konflikte bilden. Entsprechend unterscheiden sich je nach politischer und kultureller Situation, je nach Zeit, Land, Region usw., also in Abhängigkeit von den jeweiligen diskursiven Kontextstrukturen, die vorhandenen Deutungsmuster. Die Unterschiede rühren nicht zuletzt aus unterschiedlichen *historischen* Erfahrungen, also daraus, welche Konflikte und Problemlagen eine Gesellschaft zu bewältigen hatte oder zu bewältigen versuchte. Auch aus diesen ergibt sich, welche Blickwinkel und welche Fragestellungen zu einer gegebenen Zeit an einem gegebenen Ort *überhaupt Sinn ergeben*, oder, wie das in der Politischen Kulturforschung heißt, Resonanz auslösen (Ullrich 2008, S. 21-38).

Eines der wichtigsten Deutungsmuster, das die Forscherinnen identifizierten, nannten sie »Schutz des ungeborenen Lebens«. Das Deutungsmuster war in beiden untersuchten Ländern im Diskurs prominent vertreten, in Deutschland jedoch kam es häufiger vor, obwohl gerade konservative Religiosität hierzulande weniger stark verbreitet ist. Es unterschieden sich aber die Gründe für die Verwendung des Lebensschutzframes. In beiden Ländern gab es religiöse

2 Für eine vertiefte Darstellung des Deutungsmusterbegriffs vgl. Ferree u. a. (2002).

Argumentationen. Der Mensch habe nicht das Recht, über Tod und Leben zu entscheiden, das stehe nur Gott zu. Der wichtigste Grund für die Wahl dieses Deutungsmusters war in der Bundesrepublik aber ein anderer. Die Begründungen bezogen sich sehr häufig auf die Erfahrungen der Zeit des Nationalsozialismus und insbesondere die Euthanasie, die Ermordung vieler Tausender Menschen, die von der Gesellschaft als Behinderte stigmatisiert werden und von den Nationalsozialisten zu ›lebensunwertem Leben‹ gemacht wurden. Man kann berechtigt einwenden, dass hier die NS-Opfer (wie in anderen Politikfeldern auch) instrumentalisiert werden, um die Rechte von Frauen zu beschneiden. Wichtig in unserem Zusammenhang ist aber die Beobachtung, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als diskursive Gelegenheitsstruktur ein Deutungsmuster hervorgebracht hat, das in seiner Anwendung nicht allein auf die Deutung der NS-Geschichte begrenzt bleibt, sondern auch auf andere Themen übertragen werden kann. Und die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung solcher Deutungsmuster steigt, je enger der inhaltliche Zusammenhang der Themen ist. Dass also die deutsche Geschichte nicht folgenlos für die mediale Deutung des Nahostkonfliktes ist, ist hoch plausibel, da die Entstehung des Staates Israel untrennbar mit der von Deutschen geplanten und durchgeführten industriellen Massenvernichtung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden verbunden ist. Auch wenn das zionistische Projekt – der Versuch, in einer jüdisch-nationalen Bewegung dem europäischen Antisemitismus durch Besiedlung Palästinas zu entkommen und so die sogenannte ›Judenfrage‹ zu lösen – durchaus älter war, war es ja erst der Eindruck der grauenvollen Bilder aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern, der die Vereinten Nationen dazu brachte, die Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina und die Gründung eines jüdischen Staates abzuschließen. Es ist offensichtlich, dass der Nahostkonflikt dadurch immer daran erinnert, dass seine Voraussetzungen *auch* im europäischen Antisemitismus liegen und insbesondere in den nationalsozialistischen Verbrechen an den Jüdinnen und Juden.

Ich werde im Folgenden an Beispielen zeigen, wie sich diese historische Konstellation auf mediale Berichterstattung auswirken kann, und dann im nächsten Schritt versuchen, die genaue Art dieser Verwicklungen und die dahinterliegenden ungelösten Probleme der politischen Kultur der Bundesrepublik etwas mehr zu beleuchten und zu systematisieren.

Die Medien und der Gaza-Abzug

Ich habe zusammen mit Kolleg/innen vor einigen Jahren in einer *Kritischen Diskursanalyse* (Jäger 2001, 2004) untersucht, wie deutsche linke Medien über ein Ereignis im Nahostkonflikt berichtet haben (Bartel; Ullrich 2008 bzw.

Kap. 7). Vordergründig ging es um die Frage, ob sich in der Berichterstattung über den Nahostkonflikt Anchlüsse an rassistische, islamfeindliche oder antisemitische Diskurse finden lassen. Die Frage musste bejaht werden. Zunächst wurde jedoch offenbar, dass eine große Uneinigkeit in der Bewertung des Konfliktes im linken Lager herrschte. Üblicherweise ähneln sich Zeitungen und Zeitschriften eines politischen Lagers in den Grundzügen in der Bewertung einer politischen Frage. Auch das hängt mit Deutungsmustern zusammen, die helfen, die Komplexität der sozialen Realität zu reduzieren und bewältigbar zu halten. Das Rechts-Links-Schema ist eines der wichtigsten politischen Deutungsmuster, ein sogenannter Masterframe unserer politischen Kultur. In diesem Fall greift es aber nicht. Auch die politische Linke ist – wie der Rest der Gesellschaft – beim Thema Nahostkonflikt heftigst zerstritten. Die Positionierungen sind extrem verschieden. Noch viel mehr als im Mediendiskurs der Gesamtgesellschaft sind die Parteinahmen total und total gegensätzlich (Ullrich 2008, 2010a). Nur in dieser Radikalität und Einseitigkeit eines großen Teils der Artikel und Kommentare liegt etwas Einigendes. Ansonsten finden Identifikationen und Solidarierungen mit der einen oder der anderen Seite, mit Israel oder den Palästinenser/innen statt. Untersucht wurden die *junge Welt*, das *Neue Deutschland*, die *Konkret*, die *Jungle World*, der *Freitag* und die *taz*. Die Berichterstattung, die wir untersuchten, bezog sich nur auf ein Ereignis und nur einen kurzen Zeitraum, den Abzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen im Sommer des Jahres 2005.

Wenn man die Beiträge aber vergleicht, gewinnt man den Eindruck, dass von ganz unterschiedlichen Themen berichtet wird. Die eher propalästinensisch orientierten Medien hatten ein Hauptthema, nämlich den Widerstand militanter Siedler/innen gegen den Abzug. Sie haben ihn eher als einen klugen strategischen Schachzug des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon gedeutet, der an der grundsätzlichen Besatzungssituation nichts ändere, sondern nur die Besatzung der Westbank konsolidieren sollte, indem man sich des Konfliktherdes Gaza entledigt. Die proisraelisch orientierten Medien vertraten gegensätzliche Einschätzungen. Für sie war der Abzug ein großes Zugeständnis Israels, auf das nun die Palästinenser/innen zu reagieren hätten. Auch bei diesen Medien stand eine Berichterstattung über Gewalt im Vordergrund. Aber diesmal ging es weniger um Gewalt der Siedler/innenbewegung als um Gewalt, die von Palästinenser/innen ausging, die in den verlassenen Siedlungen randalierten, verlassene Synagogen anzündeten usw. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eigentlich von ganz unterschiedlichen Ereignissen berichtet wurde. Damit werden aufgrund grundsätzlich unterschiedlicher Ansichten über ein Medienereignis ganz unterschiedliche Realitäten konstruiert – eine wichtige Voraussetzung der durch manchmal absolute Kommunikationsunfähigkeit gekennzeichneten linken Nahostdebatte.

Was aber noch auffällt – und damit zur Rechtfertigung des Exkurses in die Abtreibungsdebatte –, ist, dass häufig Deutungsmuster Verwendung finden, die eigentlich aus dem deutschen NS-Erinnerungsdiskurs oder direkt aus der NS-Zeit herrühren und die auf den Nahostkonflikt übertragen werden. Ein Autor der *Jungle World* beispielsweise, einer der antideutschen und proisraelischen Strömung nahestehenden Wochenzeitung, schreibt in einer Art und Weise über das palästinensische Verhalten, die beständig Assoziationen an die nationalsozialistische Judenvernichtung weckt. Es werden Begriffe wie »Mob«, »judenfrei«, »Auslöschung jüdischer Existenz«, »Völkermord an den Juden« verwendet, und damit der Eindruck erweckt, dass die Motivationen der Palästinenser/innen denen der Nazis ähnelten. Ein beispielhafter Ausschnitt aus dem Text: »Man muss kein Freund der israelischen Siedlungspolitik sein, um festzustellen, dass die Auslöschung jüdischer Existenz das erklärte Ziel des Mobs war, nicht die Wiederinbesitznahme unrechtmäßig annektierten Bodens.«

Dies ist kein ganz neues Phänomen und es gibt dieses auch in gegenteiliger Ausführung (vgl. Kap. 1 u. 2). Vor allem in den siebziger und achtziger Jahren wurde in linken Medien Israel immer wieder in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt, meist um – auf vollkommen unangemessene Weise – die israelische Besatzungspolitik oder die Existenz des Staates per se zu kritisieren, aber manchmal sogar mit Bewunderung (Kloke 1994; Haury 1992). Linke schrieben damals und schreiben zum Teil auch heute gegen das »zionistische Gebilde« Israel, das einen Völkermord an den Palästinensern verüben und Verbrechen begehen würde, die denen der Nationalsozialist/innen gleichzusetzen seien. Und die Bildzeitung – damit nun zum Aspekt der Bewunderung – schrieb während des Sechstagekrieges angesichts israelischer Erfolge begeistert über die »Erben Rommels« und – auch in Anspielung auf den Nazi-General Rommel – über den »Wüstenfuchs« Moshe Dayan.

Derlei analytisch nicht hilfreiche Vergleiche sind Ausdruck spezifisch deutscher Bedürfnisse, Befindlichkeiten, Konflikte und ihrer Bewältigungsversuche in der postnationalsozialistischen Situation. Woher kommt das?

Verwicklungen: Erinnerungspolitische Diskurskontexte

Wie die NS-Zeit prägend für Nahostdeutungsmuster wurde, kann man an der eben erwähnten *Bild*-Berichterstattung zeigen. Zumindest ein großer Teil der deutschen Bevölkerung hatte die Nazis, in weiten Teilen auch aktiv, unterstützt. Auch als die Lage der Menschen schon äußerst miserabel war, die deutsche militärische Situation aussichtslos und sich die Niederlage Deutschlands an allen Fronten abzeichnete, gab es immer noch eine ungeheure Zustimmung zum »Führer« und seinen Idealen (Kershaw 2011). Entsprechend waren breite

Teile der Bevölkerung antisemitisch eingestellt. Dafür hatte nicht zuletzt die jahrelange massive Propaganda gesorgt. Es gab nach 1945 also weiter manifesten Antisemitismus und es gibt ihn bis heute. Bis heute hat ein halbwegs konstanter Sockel der Deutschen ein jüdenfeindliches Weltbild, wenn er auch teilweise in der kommunikativen Latenz verbleibt (Bergmann; Erb 1991).

Doch es gab auch mehr als nur Kontinuität. Frank Stern (1991) beschreibt in seinem Buch, wie sich bei »deutschen Untertanen« angesichts des Einmarsches der Amerikaner und somit der Desavouierung des barbarischen Antisemitismus schnell auch philosemitische Einstellungen bildeten – teils in schlichter Umkehr der alten antisemitischen Stereotype. In diesem Kontext galten Jüdinnen und Juden fortan nicht mehr als geldgierig und aussaugend, sondern plötzlich als gute und geschickte Geschäftsleute! Die *Bildzeitung* hat in ihrem Philosemitismus genau diese Umkehr (mit)betrieben. Ein antisemitisches Stereotyp ist auch die unterstellte Nichtwehrhaftigkeit von Juden und Jüdinnen, da diese heimlich, hinterrücks und verschlagen agieren würden. Als die israelische Armee 1967 unerwartet erfolgreich war, musste dieses Bild nur umgedreht werden und so ließ sich plötzlich der »Heldenmut der israelischen Soldaten« bewundern.

Es gab natürlich auch andere Beweggründe, warum sich zionismusfreundliche und philosemitische Einstellungen bildeten. Viele linke und liberale Intellektuelle der fünfziger und sechziger Jahre sahen in Israel v. a. den Staat der Opfer des Nationalsozialismus. Ihre Begeisterung für Israel war Ausdruck von Schuldempfinden, von Solidarität mit den Opfern und zusätzlich auch Begeisterung für die sozialistischen Elemente des (dominant nichtbolschewistischen) zionistischen Kibbuzwesens. Die Begeisterung war damals aber auch schon – zumindest bei Teilen – total. In der protestantischen Kirche bildete sich Ähnliches. Die Reflexion der Verstrickung von Christ/innen in die NS-Verbrechen führte zur Begründung einer so genannten »Theologie nach Auschwitz«. Diese ist manchmal zionistischer, messianischer und auserwähltheitsorientierter als der Zionismus selbst. In dieser Richtung wird dem Judentum eine Erlösungsfunktion im göttlichen Heilsplan beigemessen, während die Palästinenser/innen und ihre Rechte allzu leicht ignoriert werden.³

Der Philosemitismus stellt sicherlich ein geringeres Problem als der Antisemitismus dar. Es zeigt sich aber eine Verwandtschaft mit dem Antisemitismus in der Form und in der Reaktion auf die gleiche Ausgangssituation. Alle erwähnten Aspekte können als Spielarten des sekundären Antisemitismus verstanden werden, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz (vgl. Kap. 2). Sie sind verschiedene Arten und Weisen, Jüdinnen und Juden als Projektionsfläche zu benutzen, um mit ihrer Hilfe die deutsche Vergangenheit zu entsor-

3 Ein beredtes Beispiel stellt May (1990) dar.

gen und mitzuhelfen bei der »Wiedergutwerdung der Deutschen« (Geisel 1984). Die Arbeitsgruppe um Harald Welzer hat in ihren Forschungen zur familiären NS-Erinnerung eindrucksvoll gezeigt, dass dieses Bedürfnis nach Entlastung auch keinesfalls ein Spezifikum der Erlebnisgeneration ist, sondern dass Nachkommen der zweiten und dritten Generation sogar zur kumulativen Heroisierung damaliger Täter/innen innerhalb der Familie neigen können (Welzer; Moller; Tschuggnall 2002). Wenn nun aber die Israelis die Wehrmacht von heute darstellen, sind die tatsächlichen Verbrechen der deutschen Armee objektiv relativiert. Die Alternative besteht in der umfassenden Identifikation mit den Opfern und der Reduktion dieser auf einen Opferstatus – auch dann ist man sicher, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen. Das entlastet auch von der Auseinandersetzung damit, dass gerade das Opfersein auch ursächlich für Täterwerden sein kann.

Die Pole Antisemitismus und Philosemitismus bestimmen noch heute einen (nicht unwesentlichen) Teil der medialen Nahostwahrnehmung in der Bundesrepublik. Wer verstehen will, woran das liegt, muss sich dem eigentlichen Hauptproblem, dem deutschen Nationalismus, zuwenden. Im Nationalismus wird die Einheit einer nationalen »Gemeinschaft« konstruiert (Anderson 1998; Hobsbawm 2005), auf die sich affektiv positiv bezogen werden kann. Dies findet seinen Ausdruck im Stolz der Deutschen auf Schiller und Goethe (die zwar nicht gelesen werden, aber im Bücherregal stehen), oder auf das Wirtschaftswunder (Decker u. a. 2010) oder auf den (zumindest erhofften) Sieg bei einer Fußball-WM. Für die Affirmation der deutschen Nation als überhistorische Gemeinschaft wird Auschwitz allerdings zum Problem. Auf Auschwitz stolz sein, ist schlecht möglich. Darin gründet der sekundäre Antisemitismus, der immer wieder versucht, Täter und Opfer umzukehren. Meist erfolgt das, indem behauptet wird, die Jüdinnen und Juden hätten sich Auschwitz ausgedacht, nutzen es für ihre Interessen aus, übertrieben die Greuel etc., um damit den Deutschen zu schaden. In den deutschen Medien findet sich die Gedankenfigur ganz offen im äußersten rechten Spektrum. Sie findet sich abgeschwächt aber auch in der sogenannten »Mitte der Gesellschaft«. 62 % der Deutschen würden sich nun lieber mal gegenwärtigen Problemen widmen, als Ereignissen, die über 60 Jahre vergangen sind (Ullrich u. a. 2012, S. 78), wohl weil sich in mancher/m von ihnen wie auch mit großer medialer Sekundierung in Martin Walser etwas »gegen die Dauerpräsentation unserer Schande« wehrt (Holz 1999). Seinen Ausdruck findet dies auch in der steten Inszenierung der Deutschen als Opfer im Edutainment-TV.

Die große Nähe des deutschen Establishments zu Israel hat genau die gleichen Ursachen. Natürlich kann nicht offen die Shoah geleugnet oder relativiert werden, aber man kann sich mit dem identifizieren, was als »Staat der Opfer« beschrieben wird. Es ist quasi der weltweit anerkanntere Weg, der es erlaubt,

stolz auf Deutschland zu sein. So läßt sich sogar stolz auf die ›gute Vergangenheit‹ sein und in der Konsequenz lassen sich so ›gute‹ Kriege begründen (die Grünen im Jugoslawienkrieg 1999) oder mit Bauchschmerzen unterstützen (die Antideutschen im Irakkrieg, vgl. Schönberger/Koestler 1992): »Ein neues Auschwitz verhindern!« lautet die Parole. Diesen Nationalismus braucht und benutzt das Establishment. Er erlaubt es, neben der Legitimierung imperialer Ambitionen, im Namen des Standortes Deutschland von den Menschen zu fordern, dass sie ihre Gürtel enger schnallen sollen – und sie machen allzu oft mit.

Damit ist der Nationalismus als eigentlicher Kernpunkt des Problems benannt. Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang, wenn von deutschen palästinasolidarischen Aktivist/innen betont wurde, dass sie selbst auch Vertriebene seien.⁴ Der fortdauernde Widerspruch zwischen Auschwitz und deutschem Nationalstolz ist der *gesellschaftliche* Grundkonflikt, der jede Positionierung im Nahostkonflikt mitbestimmt (was nicht heißen muss, dass es sich für am Diskurs beteiligte als persönlicher Konflikt darstellt). Daher kommt es gerade im konservativen Lager, prototypisch in der Springer-Presse, oft zur stärksten Solidarisierung mit Israel. Die stark nationalistisch eingestellten Kreise sind, wenn Sie nicht offen revisionistisch auftreten wollen, am meisten auf diese Operation angewiesen. Und diese Argumentation ist nicht als psychologische misszuverstehen, bei der es vorrangig um individuelles Wohlbefinden und das Vermeiden von schlechtem Gewissen geht, und ebenso wenig als ausschließlich diskurs- oder ideologiekritische. Vielmehr geht es bei dieser Operation gerade auch um nationale Interessen, um wirtschaftliche und politische Macht auf internationaler Ebene sowie deren politisch-moralische Neu-Legitimierung angesichts der größtmöglichen Delegitimierung durch Auschwitz.

Der Nahostkonflikt als Anschlussdiskurs (Hafez 2002a) ruft also immer wieder einen ungelösten kulturellen Grundkonflikt mit auf. Wegen seiner Grundsätzlichkeit und Ungelöstheit kommt es zu extremen Reaktionen, zu der Heftigkeit der Auseinandersetzungen und zu den vielen meist mehr oder weniger hilflosen Versuchen seiner Überwindung. Dazu existiert auch ein institutioneller Überbau: Es gibt in allen Bereichen und im gesamten politischen Spektrum organisierte Israel- oder Palästinasolidarität. Es existiert ein dichtes Beziehungsnetz zwischen der BRD und Israel/Palästina. Deutschland und Israel sind wichtige Handelspartner füreinander. Die Wahrscheinlichkeit, bspw. durch einen Austausch mit Israel und Palästina und damit dem Konflikt in Kontakt zu kommen, ist sehr hoch. Dann entscheidet oft der Zufall, ob man zuerst

4 Eigene Beobachtungen, vgl. die phasenweise ähnlichen Motive deutscher Außenpolitiker/innen (Jaeger 1997).

Palästina oder Israel besuchte, der Propaganda welcher Seite man mehr Glauben schenken wird und somit, welcher Seite fortan die Sympathie gilt.⁵ Hinzu treten andere Aspekte, die keinen spezifisch deutschen Kontext haben. Der Konflikt selbst hat ohnehin aufgrund seiner weltpolitischen Bedeutung, seiner extremen Gewaltförmigkeit und durch das mit ihm verbundene Leid eine grausige Faszination, der sich schwer entzogen werden kann. Wer einmal mit dem Konflikt in Berührung gekommen ist, wird davon selten wieder losgelassen. Hinzu treten außerdem noch Aspekte, die sich auch als kulturell-diskursive Kontextstrukturen verstehen lassen. Es gibt bspw. in der Linken einen antizionistischen Bias, der eine lange Geschichte in der marxistischen Unterschätzung des Antisemitismus u. a. Faktoren hat (vgl. Kap. 1 und Ullrich 2007a).

Eine wichtige Form, mit der kaum auflösbaren Widersprüchlichkeit der Thematik hierzulande umzugehen, sind Bekenntnisrituale. Durch die Ritualisierung, also die Festlegung bestimmter Bekenntnisfloskeln, die inhaltlich meist sehr bedeutungsschwanger und doch unkonkret sind, wird ein standardmäßiger Umgang mit dem Thema etabliert, der es zugleich der Reflexion – und damit der Konfrontation mit dem Widerspruch – entzieht. Offensichtlich können sich bspw. CDU und CSU als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus an die Seite Israels stellen, andererseits – unter Mitwirkung aus anderen politischen Lagern – das auch aus dem NS resultierende Grundrecht auf Asyl abschaffen. Die Medien spielen das gleiche Spiel. Es mangelt in der Berichterstattung und den Kommentaren über den Nahostkonflikt nicht an falschen und problematischen Vergleichen und meist hohlen Phrasen wie der ›deutschen Verantwortung für Israel, ein Konzept, das so unterschiedlich gemeint sein kann und meist aber nicht weiter inhaltlich spezifiziert wird. Diese Rituale dienen nur einem Ziel: den mit dem Thema Nahostkonflikt verbundenen grundlegenden Konflikt, den Konflikt deutscher Nationalstaatlichkeit, deutschen Nationalstolzes, neuer deutscher Weltmachansprüche usw. zu überdecken, zu kaschieren. Ihre Funktion ist ein letztlich hilflos bleibender Versuch der Reduktion kognitiver Dissonanzen.

Die kulturellen Erscheinungen, gerade die hohlen und unbestimmten Phrasen, führen ein Eigenleben; sie werden kolportiert und führen zu einer Situation, die wenig Analyse zulässt, wenig Offenheit, wenig Suchen nach Erklärungen und Verstehen, sondern die vor allem Bekenntnisse erfordert, deren Bedeutungen kaum nachvollzogen werden, weil der Ritus Unterwerfung und Befolgung verlangt, nicht Distanz und Reflexion. Deshalb kommt es auch leicht zu Verunsicherungen, wenn der allgemein akzeptierte und notdürftig stabilisierte Rahmen verlassen wird. *Weil* der Diskurs eine Unsicherheit ka-

5 Für eine ausführliche Darstellung der Literatur zum Beziehungsdreieck Deutschland-Israel-Palästina vgl. Ullrich (2008, S. 57 ff.).

schieren soll, ist er so anfällig für Empörung und Entrüstung; schon kleine Irritationen bringen das ganze Gebäude ins Wanken.

Der Erinnerungsdiskurs ist sozusagen der grundlegende diskursive Kontext für die Deutung des Nahostkonfliktes in Frames, die mit dem Nationalsozialismus zusammenhängen, und das im doppelten Sinne der Bereitstellung von inhaltlichen Deutungsmustern und der Berührung des aufgerufenen politisch-legitimatorischen Grundkonflikts, sodass Kai Hafez den Erinnerungsdiskurs als einen Diskurs bezeichnen kann, der den Nahostdiskurs »geschichtslogisch determiniert« (Hafez 2002 b, S. 167). Die Medienberichterstattung über den Konflikt, so Hafez weiter, sei in ihren israelfreundlichen Aspekten mithin eine Ersatzhandlung der politischen Kultur.

Trotzdem lernen?

Um aber nicht ganz so negativ zu enden, zuletzt ein kurzer Lichtblick. In meiner Arbeit über den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt habe ich für die Linke einen Lernprozess beschrieben, der sich in den letzten Jahren herauskristallisiert hat (vgl. Kap. 1). Dieser spiegelt sich allerdings noch nicht so sehr in den wichtigen linken Medien, die in großen Teilen doch klar einem Lager zuzuordnen sind. Sie halten die vorn beschriebene unglückliche Themenkoalition (Israelolidarität und Antisemitismuskritik vs. Palästinasolidarität und Antisemitismusverharmlosung) aufrecht. Doch der Gesamtdiskurs war und ist in Bewegung. Mit der Kontaminierung der Deutungsweisen des Nahostkonflikts durch den NS-Erinnerungsdiskurs, welcher als reichhaltiges Argumentations- und moralisches Legitimationsreservoir dient, kommt es einerseits zu den beschriebenen Extremen, besonders der Inflationierung und Beliebigkeit der NS- oder Antisemitismusvorwürfe. Das Aufeinanderprallen dieser wirren, ja gelegentlich wahnhaft anmutenden Pole hat andererseits ein paradoxes Ergebnis zur Folge: die Möglichkeit der Herausbildung komplexerer Sichtweisen. Jede zum Nahostkonflikt geäußerte Meinung muss hierzulande damit rechnen, dass sie auf harten Widerspruch trifft. So ist selbst auf Seiten der Extrempole eine argumentative Wappnung nötig, die über die Ansprüche beispielsweise des vergleichsweise homogenen britischen Diskurses hinausgeht, der deutlich einfach strukturiert ist und sich entsprechend mit einfachen Antworten zufriedengibt. Ein zusätzlicher Anreiz zur Ausbildung komplexerer Weltbilder ergibt sich im Wandel der Generationen. Nachwachsende finden bei ihrer politischen Sozialisation die Situation der Meinungskonkurrenz schon vor und können entsprechend aus einem breiten Spektrum wählen. So ergibt sich die Situation, dass nach Wellen von proisraelischen und propalästinensischen Orientierungen heute Positionierungen das Gros der Akteure bestimmen, die sich nicht einfach nur der einen oder der anderen Seite zurechnen

lassen. Insbesondere die Akzeptanz für antisemitischen Antizionismus scheint damit erfolgreich in marginale Randbereiche der Linken gewiesen. Die Voraussetzung dafür liegt aber schon im durch die deutsche Geschichte und ihre Aufarbeitung stimulierten Vorhandensein unterschiedlicher Deutungsmuster auch in der Mehrheitsgesellschaft, die die Linke nur spezifisch aufgreift.

Fazit

In der deutschen nichtlinken Medienlandschaft ist das Gesamtbild heterogener, auch einzelne Medien sind nicht klar einem Lager zugeordnet und jeweils unterschiedliche Positionen finden in ihnen ihre Repräsentation. Entsprechend gilt ganz allgemein: Der Nahostkonflikt, Israel, Palästina und auch das Thema Antisemitismus sind in der deutschen (medialen) Öffentlichkeit hochgradig umstrittene Themen, Themen, die emotionalisieren, die lagerübergreifend extrem unterschiedlich eingeordnet werden und polarisieren können, die häufig moralische und ritualisierte Bekenntnisfloskeln herausfordern und damit vor allem eine große Unsicherheit der deutschen politischen Kultur in diesem diskursiven Feld signalisieren. Es lassen sich zusammenfassend vier wesentliche Faktoren herausarbeiten, die mit der deutschen Geschichte, insbesondere dem Nationalsozialismus und der Shoah zusammenhängen und mit dafür verantwortlich zeichnen, dass der Nahostkonflikt ein so konstant problembeladenes Thema ist.

Der *erste Faktor* ist der weiterhin bestehende nationalistisch grundierte Antisemitismus, der mal mehr, mal weniger deutlich auch auf Israel übertragen werden kann. Wohl kein anderes Land, mit Ausnahme vielleicht der USA, hat so viele »Berufskritiker(innen)« und das, obwohl so viele Staaten so viel hochgradig kritikwürdige Politik betreiben. Es gibt immer viele Israelkritiker/innen und wenige Sudankritiker/innen, Saudi-Arabien-Kritiker/innen, Kongokritiker/innen usw. Der Antisemitismus ist sowohl Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus und postnationalsozialistischer Kontinuität als auch Reaktion auf die Folgen des Nationalsozialismus – so beim sekundären Antisemitismus. Der *zweite Faktor* ist das Phänomen des Philosemitismus und Philozionismus. Auch diese bildeten sich in Abgrenzung zum Nationalsozialismus – entweder als in moralischer Entrüstung grundierte radikale Identifikation mit den Opfern und ihrer zum Teil selbsternannten Repräsentanz oder als Versuch der Rettung des deutschen Nationalismus im Sinne der Wahrung deutscher Machtinteressen unter Anerkennung von Auschwitz. Der *dritte wichtige Faktor* ist das enge Beziehungsgeflecht zwischen der Bundesrepublik und Israel/Palästina, welches seinen Ausdruck in Handel, Jugendaustausch und behördlicher Kooperation auf verschiedensten Ebenen findet (so wurden beispielsweise palästinensische Briefmarken in der Bundesdruckerei angefertigt). All dies sorgt

neben der ohnehin beachtlichen weltweiten Medienpräsenz des Nahostkonfliktes für eine gesonderte Wahrnehmungswahrscheinlichkeit in der Bundesrepublik. Der *vierte* und wichtigste Faktor schließlich ist die thematische Verbundenheit des Nahostkonfliktes mit der deutschen Geschichte und der Umstand, dass der mediale Nahostdiskurs einen wichtigen Anschlussdiskurs im Erinnerungs- und »Vergangenheitsaufarbeitung«sdiskurs findet. Dieser Diskurs stellt einen großen Teil der Deutungsmuster bereit, die als Brillen für die Interpretation des Nahostkonflikts dienen können, als Stichwortgeber, als Kriterien der Zuschreibung von Relevanz, als Auslöser von kultureller Resonanz.

Damit bestehen komplizierte Motivlagen und tangierte Machtinteressen sowie vielfältige thematische Verknüpfungen, die von der persönlichen und familiären Ebene über institutionelle Arrangements bis hin zur internationalen Politik und dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs reichen. Die Ausführungen bis hier sollten deutlich gemacht haben, dass all diese Verwicklungen und das offensichtlich häufig sehr ungeschickte Agieren in dem Diskursfeld den Glauben an eine »neutrale« oder »objektive« Einschätzung des Konfliktes, gerade aus deutscher Perspektive, extrem unplausibel, ja blauäugig erscheinen lassen. Auf einer allgemeinen Ebene gilt dies natürlich für jedes Thema, jedoch bei diesem und hierzulande besonders. Aber es ist möglich, diese Bedingungen, also unsere prägenden diskursiven Kontexte, zu reflektieren und gerade auch, welche Einflüsse die jeweilige *nationale* Prägung auf das eigene Denken und Wahrnehmen hat. Dies gilt auch für diejenigen, die sich – aus guten Gründen – nicht mit der (deutschen) Nation identifizieren und sich doch ihrer realen Prägekraft nicht einfach entziehen können. Im deutschen Fall sollte dies zu besonderer Bescheidenheit hinsichtlich der Geltungsansprüche eigener Positionen gemahnen.

KAPITEL 6

NATIONALER KOMMUNISMUS NACH AUSCHWITZ – DIE DDR UND DIE JÜDINNEN UND JUDEN. EIN BILANZIERUNGSVERSUCH¹

Bei seinen Verhören durch die Stasi wird der Kommunist Hans Schrecker als »Drecksjude« bezeichnet (Otto 1993, S. 114). Die DDR verweigert jüdischen NS-Opfern die Restitution ihres Eigentums mit der Begründung, man wolle nicht »zionistische Großbesitzer« entschädigen (Timm 1993, S. 69). Anfang der fünfziger Jahre verlässt ein Großteil der Mitglieder jüdischer Gemeinden die DDR, mehrere Gemeindevorsitzende fliehen aus Angst vor Verfolgung (Timm 1993). Israel wird in den sechziger Jahren von Walter Ulbricht als »gegen die Rechte des arabischen Volkes gerichtete [...] Speerspitze« des Imperialismus bezeichnet (Keßler 1995, S. 150). Im Oktober 1988 erhält der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman von Erich Honecker den »Großen Stern der Völkerfreundschaft« in Gold. Im gleichen Jahr erkennt die DDR den virtuellen Staat Palästina an, den die PLO in Algier gegründet hat, und empfängt Arafat dreimal mit allen Ehren. 1990 stehen die DDR und Israel, nach über 40 Jahren fast ohne offizielle Kontakte, kurz vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, 1990 bittet die letzte DDR-Volkskammer die Jüdinnen und Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik (Keßler 1995, S. 147).

So vielfältig und widersprüchlich stellt sich das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zum Zionismus und zu Israel dar. Mittlerweile ist auch dies

1 Dieser bilanzierende Literaturbericht zu den Hintergründen eines Bias erschien ursprünglich in der inzwischen eingestellten Zeitschrift *Utopie kreativ*; er wurde nur in formaler Hinsicht überarbeitet. Quellennachweis: Ullrich, Peter 2007: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, *Utopie kreativ*, Nr. 199, S. 455-467.

ein recht gut beforschtes Gebiet.² Das Verhältnis zu den Palästinenser/innen und der PLO hingegen macht den deutlich kleineren Teil der Literatur aus.³

Die KPD – antisemitisch und antizionistisch vorbelastet?

Voraussetzung der Positionen zu Jüdinnen/Juden, Antisemitismus, Zionismus müssen zunächst in der leninistisch-stalinistischen Vorgeschichte, also den Positionen der KPD gesucht werden,⁴ denn aus deren Führungsriege rekrutierte sich schließlich die spätere DDR-Spitze. Die traditionelle marxistische Positionierung, also eine gewisse Blindheit für das Problem des Antisemitismus, der lediglich als mittelalterliches Relikt betrachtet wurde, und eine klar assimilationistische und somit antizionistische Vorstellung von der Lösung der »Judenfrage«, finden sich auch hier, jedoch mit einigen der spezifisch deutschen Situation geschuldeten Färbungen. Die KPD verurteilte den Antisemitismus häufig in ihren Schriften und vertrat eine antizionistische Position, was für sie beispielsweise die Ausschreitungen in Palästina im Jahre 1929 als anti-imperialistischen nationalen Befreiungskampf erscheinen ließ.⁵ Die Forschung zeigt jedoch auch, dass die KPD in puncto Antisemitismus mehr als nur unsensibel war. Auch sie hoffte teilweise, wie schon Generationen von Marxist/innen vor ihr, auf das revolutionäre Potenzial der antisemitischen und extrem nationalistischen Massen und kam diesen auch gelegentlich mit Karikaturen von hakennasigen jüdischen Kapitalisten entgegen. Den Hintergrund dafür bildet ihre Vorstellung vom Charakter des Faschismus, derzufolge hinter diesem das Kapital stand. Dies ließ die KPD jedoch auch annehmen, dass der Antisemitis-

2 Es gibt neben unzähligen Aufsätzen mehrere umfangreiche Untersuchungen. Timm (1997) widmet sich vorrangig dem Verhältnis der DDR zum Staat Israel, Mertens (1997) und Offenberg (1998) untersuchen die jüdischen Gemeinden und ihre Behandlung durch Partei und Staat; für den Zeitraum bis 1967 tut dies auch Kessler (1995). Hartewig (2000) zeichnet die Biographien jüdischer Kommunisten in der DDR nach. Wolffsohn (1997) und Meining (2002) untersuchen in eher tendenziösen Arbeiten das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zu Israel und zu den Palästinenser/innen im Ganzen. Haury (2002) widmet sich dem Zusammenhang von Antisemitismus, Antizionismus und Nationalismus in der DDR-Ideologie. Ausgewählte Aspekte behandeln die Sammelbände Bergmann, Erb und Lichtblau (1995) und Kessler (1993b).

3 Die genannten Werke behandeln diese Beziehung vorrangig als einen Faktor und Kontext der Beziehungen DDR–Israel. Eigenständige Untersuchungen zum Thema gibt es nicht, einen Überblick versucht Polkehn (1999).

4 Ausführlich untersuchten das Thema Kessler (1993a, S. 40–65), Haury (2002, S. 2), und Kistenmacher (2005, o. J.)

5 Anders die internationale, besonders die westliche Sozialdemokratie, die in den Auseinandersetzungen wiederum ausschließlich die »Effendis«, also das absterbende Feudalsystem, am Werk sah und demzufolge eher die jüdische Seite unterstützte.

mus der Nazis nur vorgeschoben sei und nichtjüdische wie jüdische Kapitalisten ein Interesse an seiner Durchsetzung hätten.⁶

Besonders in die Kritik gerieten die beiden nationalbolschewistischen Phasen während der Ruhrbesetzung 1923 («Schlageterkurs») und ab 1930. Die Kommunist/innen versuchten damals offensiv die politische Rechte für sich zu gewinnen. Berühmt-berüchtigt wurde die Rede der Vorsitzenden Ruth Fischer vor nationalistischen Studierenden, in der sie fragt:

»Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?«⁷

An dieser Stelle tritt nur zu deutlich die fatale Ignoranz der KPD gegenüber dem Antisemitismus zutage. Trotzdem ist Vorsicht geboten, wenn, wie Kistenmacher (2005, o.J.) dies versucht, die KPD zu einer genuin antisemitischen Organisation gestempelt werden soll. Kistenmacher argumentiert dabei sehr schwach. Nicht nur macht er der KPD posthum Argumentationsvorschläge. So hätte sie beispielsweise die Zivilisations- und Fortschrittsmission des Zionismus loben können, ein Vorschlag, mit dem die KPD die Einseitigkeiten der Sozialdemokratie unter anderen Vorzeichen wiederholt hätte. Obwohl die angeführten kommunistischen Antisemitismen, die Ignoranz gegenüber den Jüdinnen und Juden und der nationalbolschewistische Kurs schon für sich sprechen, erweckt Kistenmachers Darstellung einen übereindeutigen Eindruck, der durch die Belege aber nicht gedeckt ist. Alles, was gegen seine Position der durch und durch antisemitisch-antizionistischen KPD spricht, verharmlost Kistenmacher, wenn er es auch in der Regel nicht verschweigt. Dazu gehört neben der parteiinternen Kritik an antisemitischen Auswüchsen die Tatsache, dass der inkriminierte Antizionismus in der KPD quantitativ nur eine marginale Rolle gespielt hat und auch, dass sein Hauptmotor nicht antijüdische Vorurteile gewesen sein müssen, sondern eben die universalistische kommunistische Hoffnung auf die Lösung *aller* Probleme durch die Revolution, die schon immer die marxistische Feindschaft gegenüber dem Zionismus fundierte. Besonders Keßler (1993a, S. 59 ff.) weist auf die sich jeweils regende innerparteiliche Kritik an diesen Auswüchsen hin und auch darauf, dass die Parteipresse immer wieder gegen Antisemitismus polemisierte. Doch der Zio-

6 Siehe dazu v. a. Kistenmacher (2005, o.J.).

7 Auch muss die Authentizität der viel zitierten Quelle hinterfragt werden – es war der sozialdemokratische *Vorwärts*, der sich bietende Möglichkeiten zur Diffamierung der KPD sicher nicht ausließ.

nismus wurde ganz traditionell bekämpft, zur Lösung des Antisemitismus auf Assimilation gesetzt.

Erst Ende der dreißiger Jahre wird der KPD das ganze Ausmaß des Terrors der Nazis gegen die Juden deutlich. Erst hier erkannten sie, dass der Antisemitismus nicht nur vorgeschoben, sondern tatsächlich wesentlicher Bestandteil der NS-Ideologie und -Praxis war. Doch da war die Arbeiter/innenbewegung längst zerschlagen, ein Teil ihrer Basis zu den Nazis übergelaufen und die NSDAP saß fest im Sattel.

Das chiliastische Vertrauen in die orthodoxe Theorie der kommenden Revolution und die Mission des Proletariats hatten bis zuletzt verhindert, dass sich KPD und SPD verbündeten. Die KPD machte sogar Zugeständnisse an den Faschist/innen – in der festen Überzeugung, die Nazis würden sehr schnell von der in nächster Zukunft erwarteten Revolution hinweggefegt. Es war jedoch v. a. die traditionelle Blindheit des mittlerweile um den Leninismus und Stalinismus »angereicherten« Marxismus und nicht eine tiefe Judenfeindschaft, die diese Positionen in der KPD bedingten. Festzuhalten bleibt, dass sich in der KPD der Weimarer Republik schon ideologische Grundstrukturen finden lassen, die auch in der Politik der DDR wiederkehrten, wenngleich in dieser zusätzlich noch die Folgen des nationalsozialistischen Judenmordes eine wichtige Rolle spielten.

DDR-Antisemitismus?

Es stehen sich in der Diskussion um das Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel letztlich zwei grundlegende Positionen gegenüber, welche streiten, ob es einen genuinen Antisemitismus der SED-Diktatur gab, der ein entscheidendes Moment der DDR und der sie legitimierenden Ideologie darstelle oder eben nicht. Der ersten Ansicht sind beispielsweise – wenn auch mit divergierenden Begründungen – Thomas Haury, Michael Wolffsohn, Lothar Mertens, Ulrike Offenberg und eingeschränkt Peter Maser, im Übrigen vorrangig Autoren aus dem Westen Deutschlands (nur Peter Maser ist ausgewanderter Ex-DDR-Bürger). Die Gegenposition geht von antisemitischen oder antisemitisch gefärbten *Auswüchsen* in der Geschichte der DDR aus, ohne diese zu einem bestimmenden oder grundlegenden Moment zu erklären und wird v. a. von ostdeutschen Autor/innen vertreten, die noch in der DDR sozialisiert wurden (Mario Keßler, Wilfriede Otto). Der Zusammenhang zwischen Herkunft und Einschätzung dieser Fragen ist bemerkenswert. Letztlich geht es in der Debatte darum, ob und wie die DDR ihrem eigenen Anspruch (oder auch: Gründungs-»Mythos«, so beispielsweise (Wolffsohn 1997, S. 384; Hartewig 2000, S. 614) nämlich das »bessere Deutschland« zu repräsentieren, wirklich entsprach. Zwischen allen Autor/innen, die sich intensiver mit

dieser Frage befassten, besteht nämlich durchaus Einigkeit darin, dass dem nicht ohne Weiteres so ist, ja, dass es sich insbesondere beim Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden und zum Staat Israel um eines der dunklen Kapitel der DDR-Geschichte handele.

Dabei hatten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gerade viele der zurückkehrenden Jüdinnen und Juden die SBZ/DDR zu ihrer Heimat gewählt, weil sie im sozialistischen Teil Deutschlands die klarere Abkehr von NS-System erwarteten.⁸ Als problematisch für diese Menschen erwies sich jedoch nicht nur der in der Bevölkerung noch weitverbreitete Antisemitismus,⁹ der in der SBZ/DDR in der Regel konsequenter verfolgt wurde, sondern auch bald die sich selbst als eindeutig antifaschistisch verstehende SED. Herzog (1995) listet fünf schwerwiegende Vorwürfe auf, die typischerweise aufgeführt werden, wenn es um das Versagen des SED-Antifaschismus vor den Jüdinnen und Juden ging; zu diesen nun im Einzelnen.¹⁰

1) Verweigerte Restitution

Die SED-Führung weigerte sich entgegen den Bemühungen einzelner Funktionäre und einer kurzfristig in Thüringen praktizierten Sonderregelung (Timm 1997, S. 97) ab Ende der vierziger Jahre strikt, eine Restitution jüdischen »arierten« Eigentums vorzunehmen. Dies muss einerseits im Zuge der allgemein angestrebten Verstaatlichungskampagnen von Eigentum in der DDR verstanden werden, traf andererseits aber die Jüdinnen und Juden gesondert, und das auch, weil schon wieder stereotype Begründungen mit klarer Nähe zum Antisemitismus Verwendung fanden. Die generelle Ablehnung von Restitution mit der Begründung, dass die »zionistischen Großbesitzer« (vgl. Timm 1993, S. 69) ohnehin enteignet worden wären, ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Nicht nur, dass Jüdinnen/Juden und Zionist/innen in eins gesetzt werden, nein, auch das antisemitische Motiv des immer reichen, kapitalistischen Juden wird wieder bedient. Einen der Hintergründe für diese historische Fehlleistung bildet das Verständnis der kommunistischen Bewegung von Antisemitismus und Nationalsozialismus, wie es oben erläutert wurde.

8 »In den Zeiten des Kalten Krieges schien vielen jüdischen Kommunisten aus Deutschland die DDR der einzige Ort, an dem sie glaubten, leben zu können. Insbesondere Künstler, Schriftsteller und einige Intellektuelle kamen.« (Hartewig 2000, S. 616)

9 Beispiele bei Groehler (1993), Otto (1993, S. 114), Timm (1997, S. 99 ff.).

10 An dieser Stelle wird nur die Typologie von Herzog übernommen, die jeweiligen inhaltlichen Füllungen basieren aber auf den verschiedenen angegebenen ausführlicheren Untersuchungen.

2) »Rassisch Verfolgte« als »Opfer zweiter Klasse«

Gleichzeitig zeichnete die DDR ein sehr spezifisches Bild des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in dem fast ausschließlich kommunistische Antifaschist/innen eine Rolle spielten. Dabei wurde auch deren Rolle als Verfolgte des NS gegenüber der anderer Verfolgter aufgewertet. Kommunistische Antifaschist/innen bekamen den Status »Kämpfer gegen den Faschismus« zugewiesen, während sogenannte rassisch Verfolgte pauschal den zweitklassigen Status von bloßen »Opfern des Faschismus« und »Opfern der Nürnberger Gesetzgebung« erhielten. Ganz eindeutig kamen alle anerkannten Opfergruppen in den Genuss von Vergünstigungen, die sie angesichts ihres Leidensweges gegenüber der restlichen Bevölkerung besserstellten, doch der Opferstatus der »rassisch Verfolgten« musste von diesen zunächst erkämpft werden und beinhaltete beispielsweise nicht die Ehrenpension der »Kämpfer« (Keßler 1995, S. 37 ff.; Timm 1997, S. 2). Zudem wurde mit der Auflösung der VVN im Januar 1953 auch die Organisation, die noch am ehesten die Interessen vieler jüdischer NS-Opfer wahrnahm, beseitigt (Timm 1997, S. 123)

3) (Nicht-)Aufarbeitung des NS und der Shoah

Einen der Hintergründe dieser Ungleichbehandlung mag das Verständnis der SED von der Shoah bilden. Der nationalsozialistische Judenmord wurde in der DDR nicht seinem Stellenwert entsprechend gewürdigt.¹¹ Er wurde keinesfalls geleugnet oder verschwiegen, aber war nach allgemeiner Auffassung schlicht nicht zentral für das Verständnis des NS, dessen *imperialistischer* Charakter betont wurde. Expansive Kapitalinteressen wurden also sehr hoch bewertet, ideologische Momente wie der (Vernichtungs-)Antisemitismus jedoch bestenfalls als Beiwerk oder Verschleierungstaktik gewertet. Das im Zuge der Blockkonfrontation sehr schlechte Verhältnis zum Staat Israel wird diese partielle Ignoranz gegenüber dem Leiden der Jüdinnen und Juden zusätzlich verstärkt haben.

Die DDR glaubte sich zudem auf der Siegerseite der Geschichte, wurden doch in der DDR nach eigener Auffassung mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die Ursachen des Faschismus beseitigt. Zudem wurde in der DDR von Beginn an ein übereindeutiges Bild der NS-Nachfolgestaaten gemalt, in dem Westdeutschland als faschistisch und der Osten als antifaschistisch galten (Schwanitz 1993, S. 144; Lepsius 1989; Hartewig 2000, S. 614). Dass auch viele Ostdeutsche noch wenige Jahre zuvor begeisterte NS-Anhänger gewesen sein müssen, wurde hingegen recht bald verschwiegen. Während in der direkten Nachkriegszeit noch verschiedene kommunistische Politiker die große Schuld

¹¹ Ausführlich schildern Groehler (1993) und Mertens (1995) die NS-Aufarbeitung in der DDR.

der Deutschen anerkannten,¹² änderte sich dies im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen der SMAD/SED-Diktatur. Schon Ende der vierziger Jahre wurde der klare antifaschistische Kurs zugunsten eines national-patriotischen aufgeweicht (Keßler 1995, S. 148). In diesem Kontext ist die seit diesem Zeitpunkt mögliche Aufnahme von sogenannten »nominalen PGs« in die SED und die Gründung der NDPD unter anderem als Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder zu sehen (Groehler 1993, S. 83 f.).¹³

Die Versuche, auf nationaler Basis Zustimmung zum sozialistischen System zu erzeugen, bedeuteten also auch die notwendige Leugnung der Verstrickung der breiten deutschen Bevölkerungsschichten in den NS. Dies erfolgte, indem die Bevölkerung als verführt und der Nationalsozialismus als Werk einiger weniger Vertreter der Großbourgeoisie dargestellt wurden (vgl. auch Schatzker 1994)

4) *Verfolgung der Jahre 1952/53*

Das wohl dunkelste Kapitel der Benachteiligung von Jüdinnen und Juden in der DDR, die sich zu offenem Antisemitismus auswuchs, bilden die Säuberungswellen der frühen fünfziger Jahre, besonders der Jahre 1952/53.

Den Hintergrund bildet eine neue Terrorwelle im gesamten stalinisierten Ostblock, die erst mit dem Tod Stalins 1953 ihr Ende fand. Antizionismus und Antisemitismus wurden am Beginn der fünfziger Jahre zu »prägnanten Komponenten Stalinscher Politik« (Timm 1997, S. 111) und sollten helfen, die Unzufriedenheit der Bevölkerungen der Volksdemokratien auf jüdische Kommunist/innen zu lenken. In den osteuropäischen Ländern fanden dementsprechend Schauprozesse gegen kommunistische Funktionäre statt. Besonders der Prozess gegen Rudolf Slánský in der ČSSR (1952), in welchem 11 der 14 Angeklagten Juden waren, verbarg seine antisemitische Stoßrichtung nicht. Zionismus wurde in diesem Prozess neben Kosmopolitismus, Trotzismus und Titoismus zu einem der wichtigsten Anklagepunkte, er galt als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« (vgl. Timm 1997, S. 114).

Das ideologische Klima dieser Zeit ist heute nur schwer vorstellbar. Die volksdemokratischen Führungen schürten, was Haury (2002, S. 403) »Agentenhysterie« nannte. Jede Abweichung von der Parteilinie, jeder von Moskau unabhängige Weg (Jugoslawien) wurde als konterrevolutionär diffamiert. In der DDR wurden alle Parteimitglieder in mehreren Wellen von Parteikontrollkommissionen überprüft, wobei jüdische Herkunft zunächst gesondert vermerkt wurde, was später vielen von ihnen zum Verhängnis wurde. Insbesondere diejenigen, die während des NS in der Westemigration waren, also

12 So konstatiert beispielsweise Walter Ulbricht 1945 das Versagen der »deutschen Arbeiterklasse« und des »schaffenden Volkes« (in Keßler 1995, S. 34).

13 Nach Meining (2002) saßen in der damaligen Volkskammer 50 ehemalige NSDAP-PGs und 12 in der Regierung.

während der Terrorwellen in den dreißiger Jahren nicht im Einflussbereich Stalins, galten als verdächtig und sollten weitgehend ihres Einflusses beraubt werden. Sie waren mehrheitlich Jüdinnen und Juden (Hartewig 2000, S. 2).

Paul Merker, der schon 1950 kaltgestellte prominente (nichtjüdische) Westemigrant und bis dahin hohe Parteifunktionär, sollte die Hauptfigur eines für die DDR geplanten Schauprozesses werden.¹⁴ Vorgeworfen wurde ihm unter anderem, dass er mit der Forderung nach »Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens« »die Verschiebung von deutschem Volksvermögen« betreibe (Kießler 1995, S. 37). Ihm wurde also gerade auch sein seit der Exilzeit in Mexiko bestehender unermüdlicher Einsatz für die Wiedergutmachung an den Jüdinnen und Juden zum Verhängnis. In der vom Zentralkomitee der SED 1952 veröffentlichten Broschüre zu den »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský« wird ein eindeutig antisemitisches Bedeutungsgeflecht aufgebaut (vgl. auch Kap. 2). Neben Tiraden über die »Agententätigkeit« und die »Hetze« des Zionismus findet sich mehrfach Kritik an »jüdischen Kapitalisten«. Im Rahmen der Kampagne, in welcher die Bedeutungsdimensionen der Konzepte »jüdisch« und »zionistisch« verschwimmen und beide zutiefst negativ konnotiert werden, verloren viele hohe jüdische Funktionär/innen ihre Posten, werden die Wohnungen von Jüdinnen und Juden durchsucht und die Betroffenen langen Verhören unterzogen. Es kam zu Verhaftungen und einer Fluchtwelle, um sich diesen zu entziehen; mehrere hundert Jüdinnen und Juden verließen in dieser Zeit die DDR (Offenberg 1998, S. 84-90). Erschütternd lesen sich die Berichte über die Denunziationen, Selbstbezeichnungen, Kottau und fingierten Verstrickungen der Funktionäre mit »dem Imperialismus«. Erst Stalins Tod beendete diese stark antisemitische Terrorphase, doch ihre Bewertung spaltet noch heute die Gemüter.¹⁵

5) Antizionismus und Israelkritik

Auch die Politik der SED Israel gegenüber sieht sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Dabei folgte die SED 1947/48, wie zumeist auch später, ganz der Moskauer Linie und äußerte sich positiv über die Gründung Israels, das, abgesehen von den noch frischen Bildern der Gaskammern als moralische Rechtfertigung, kurzzeitig nicht so sehr wie die es umgebenden arabischen Staaten als rückständig angesehen wurde. Das Verhältnis der Ostblockstaaten

14 Ausführlich widmen sich dem Fall Merker Kießling (1993), Kießler (1995, S. 85-98) und Meining (2002, S. 2).

15 Die KPD der frühen Bundesrepublik, die sich in allen grundlegenden Fragen an der SED orientierte bzw. von dieser Weisungen bekam (Staritz 1995, S. 123), ist ein interessanter Sonderfall, da sie die antisemitisch-antizionistischen Kampagnen nicht in der Weise mittrug, wie diese in der DDR vonstatten gingen. Auch der Feldzug gegen den »Kosmopolitismus« findet sich in ihren Publikationen so nicht (Staritz 1995, S. 123).

zu Israel kühlte jedoch schnell ab, als sich Israel immer eindeutiger dem Westen zuwendete und die Hoffnung des Ostblocks auf seine Integration in das sozialistische Lager aufgegeben werden musste.

Gerade für die Zeit nach 1953 wird das Verhältnis der DDR zu Israel als hoch problematisch angesehen. Die DDR weigerte sich bis in die achtziger Jahre hinein, ernsthaft mit Israel oder mit anderen jüdischen Organisationen zu verhandeln und mehr als nur geringfügige Restitution für jüdische NS-Opfer zu gewähren. Gleichzeitig frönte die DDR einem militanten Antizionismus, der seinen Höhepunkt während des Sechstagekrieges 1967 und während der israelischen Invasion im Libanon im Jahre 1982 erreichte. Anders als in Polen, wo die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung aus dem Land gedrängt wurde, führte diese Israelfeindschaft jedoch nicht zu einer erneuten Diskriminierung der in der DDR lebenden Jüdinnen und Juden.

Schwanitz (1993) macht eine Entwicklung des SED-offiziellen Bildes auf den Staat Israel aus, die von einem differenzierten linken Bild zu Beginn (bis 1954) über ein »linksextremes« (bis 1961) schließlich zu einem kompletten Trugbild führt. Das differenzierte Bild beispielsweise enthielt noch die Erkenntnis, dass Israel auch eine Folge der Shoah darstellte, was jedoch – abgesehen von den späten vierziger Jahren – in der DDR meist komplett ausgeblendet wurde (Timm 1997).

Die meiste Zeit bestimmte der Ost-West-Konflikt das Bild, sowie die Deutschlandpolitik, also der Versuch der DDR, durch Anbiederung an die arabischen Staaten (Schwanitz 1993; Polkehn 1999) die Hallstein-Doktrin¹⁶ aufzubrechen. Israel wurde dabei zur Speerspitze des Imperialismus und war beliebtes Objekt der Hetze ostdeutscher Medien (Timm 1993, S. 72). Meinung (2002, S. 305) bezeichnet die DDR als das israelfeindlichste Land im Ostblock. Dies erweist sich beispielsweise in der tendenziösen Berichterstattung. So wurde das Massaker von Sabra und Shatila, das mit Duldung Israels von christlichen Milizen in zwei palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon verübt wurde, im *ND* direkt der israelischen Armee unterstellt (Timm 1993). Mit einer antisemitische Stereotype aufgreifenden Sprache wurde im *ND* während des Sechstagekrieges berichtet, die israelischen Machthaber seien von der »Tollwut der Aggressivität« gepackt (Meining 2002, S. 305). Auch ehemalige Parteigenossen wirkten interessanterweise an dieser Art der Berichterstattung als wichtige Pressefunktionäre mit (Meining 2002). Die überbordende Militanz, mit der gerade Israel als besonders feindliches Land betrachtet wurde, ging erst in den achtziger Jahren zu Ende, als die DDR bestrebt war, ihre internationalen (Handels-)Beziehungen zu verbessern.

¹⁶ Außenpolitische Doktrin der BRD, die Staaten Strafmaßnahmen androhte, wenn diese diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen.

6) Die DDR und die jüdischen Gemeinden

Nicht Gegenstand von Herzogs (1995) Aufzählung neuralgischer Punkte des Verhältnisses der DDR zu den Jüdinnen und Juden, aber durchaus der Forschung und Kritik ist die Lage der jüdischen Gemeinden. Anders als in Polen waren die jüdischen Bürger der DDR nach der Terrorwelle 1952/53 keinen Repressionen ausgesetzt, die über das Maß hinausgingen, das alle DDR-Bürger betraf. Trotzdem gilt auch das Verhältnis der DDR zu ihren jüdischen Bürgern als nicht unproblematisch. Die Kritik bezieht sich auf das v. a. instrumentelle Verhältnis des Staates zu ihnen und den jüdischen Gemeinden. Sie hatten, wie v. a. Mertens (1997) herausarbeitet, als Feigenblatt für die antizionistische Politik der SED herzuhalten, beispielsweise durch demonstrativ israelfeindliche Erklärungen jüdischer DDR-Bürger.¹⁷ Allerdings entstand denen, die sich dieser Strategie entzogen, keinerlei Nachteil, worauf Keßler (1995, S. 151) hinweist. Offenberg (1998) kritisiert, dass die DDR Jüdinnen und Juden nur als religiöse Gruppe anerkannte, nicht jedoch als nationale oder kulturell eigenständige Minderheit und, dass die jüdischen Gemeinden sich dem nicht widersetzen, sondern den offiziellen Kurs meist widerspruchslos mittrugen. Das dahinterstehende Konzept bezeichnet Hartewig (2000, S. 11) als »rote Assimilation«. Andererseits kann die DDR für sich beanspruchen, die jüdischen Gemeinden nicht unerheblich finanziell unterstützt zu haben (Timm 1993).

Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel änderte sich noch einmal ab Mitte der achtziger Jahre.¹⁸ Die Kontakte zu Israel sollen nach Vorstellungen der SED-Führung normalisiert werden. Es kam zu einem Drei-Stufenplan zur Herstellung diplomatischer Beziehungen, vorsichtig wurde die Möglichkeit der wirtschaftlichen Kooperation ausgelotet. Die DDR-Führung prüfte – dies war der bisherige Hinderungsgrund für Israel, die Beziehungen zur DDR zu normalisieren – die Möglichkeit von Wiedergutmachungszahlungen. Auch auf der symbolischen Ebene kam es zu Bewegungen. So wurde endlich die lange abgelehnte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Angriff genommen. Und auch nach innen wurde Jüdisches aufgewertet. Die DDR bemühte sich um die Errichtung eines »Centrum Judaicum« und gestaltete 1988 ein umfangreiches Gedenken an die Opfer der »Reichspogromnacht«, zu dem auch viele israelische und andere jüdische Würdenträger aus aller Welt eingeladen wurden.

17 Hier wird wieder deutlich, dass die stets geforderte klare Unterscheidung zwischen Jüdinnen und Juden auf der einen Seite sowie Israel und dem Zionismus auf der anderen trotzdem nicht durchgehalten wurde, da sich eben Jüdinnen und Juden zu Israel äußern sollten.

18 Ausführlich in Timm (1997, S. 11), Mertens (1997 bes. Kap. 6-8, 10-11), Meining (2002, S. 351-367).

Den Hintergrund dieser Wandlungen bildeten zum Teil Entwicklungen, die für den ganzen Ostblock gelten, der seit Beginn der Perestrojka seine Beziehungen zu Israel überdachte (Timm 1997, S. 293 ff.). Wichtigster Grund aber war wohl die wirtschaftliche Situation der DDR (vgl. Meining 2002, S. 468-503). Diese strebte die Meistbegünstigungsklausel für den US-Handel an, scheiterte aber, da die USA dies seit jeher an Entschädigungszahlungen für die Opfer des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden knüpften, was die DDR bis zuletzt nicht leistete. Ein weiteres Movens mag in dem Wunsch des stets auf internationale Anerkennung bedachten Erich Honecker gelegen haben, persönlich im Weißen Haus in New York empfangen zu werden. Die DDR-Führung glaubte, beide Ziele durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu jüdischen Organisationen zu erreichen. Dies zeigt, wie sehr pragmatische Erwägungen durchaus die Potenz besaßen, ideologische Positionen zu modifizieren.¹⁹ Entscheidenden Durchbrüchen kam jedoch die politische Wende und damit das Ende der DDR zuvor. Erst unter den Regierungen Hans Modrow und Lothar de Maizière erkannte die DDR ihre historische Mitverantwortung für jüdisches Leid als Nachfolgesellschaft des nationalsozialistischen Deutschland an, erklärte sich zu tatsächlichen Entschädigungszahlungen bereit und distanziert sich in einem Volkskammerbeschluss von dem jahrelang praktizierten Antizionismus (Timm 1997, S. 333-359).

Die DDR und Palästina

Wie schon erwähnt, spielt in der Forschung die Beziehung der DDR und der SED zu den Palästinenser/innen und ihren Organisationen nur eine untergeordnete Rolle bzw. interessiert nur als wichtiger Kontext der Beziehungen der DDR zu Israel²⁰ (Polkehn 1999, S. 32). Eigenständige Untersuchungen fehlen.

Polkehn weist in seinem Versuch eines Überblicks, in den neben den erwähnten auf Israel bezogenen Studien auch eigene Erfahrungen und ein begrenztes Quellenstudium eingingen, drei grundlegende Prämissen der DDR-Außenpolitik in dieser Hinsicht aus. Erstens folgte die DDR fast immer der Moskauer Linie. Zweitens war ihre Außenpolitik stets Mittel der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat, was bis in die siebziger Jahre hinein v. a. der Kampf gegen die Hallstein-Doktrin war. Und drittens verstand sie sich als antifaschistisch und internationalistisch, was Polkehn auch ernst nimmt und nicht wie andere als bloßen Gründungsmythos abtut.

Die DDR sah die Palästinafrage lange Zeit nur als Flüchtlingsproblem, ihre Nahostpolitik war v. a. auf die eigenen Anerkennung ausgerichtet. Die DDR-

¹⁹ Bzw. nach Meining (2002) und Wolffsohn (1997) die in der SED-Führung herrschenden antisemitischen Vorstellungen von der ›Macht der Juden‹.

²⁰ So z. B. in Timm (1997), Wolffsohn (1997), Meining (2002).

Medien verhielten sich, so Polkehn (1999, S. 33), auch in der Zeit der größten Hetze gegen Israel weniger propalästinensisch als eben vielmehr aggressiv antiisraelisch. Doch es kam noch in den sechziger Jahre zu ersten vorsichtige Kontakten zur PLO. Vertiefte Beziehungen bildeten sich in der Zeit zwischen 1970 und 1973 heraus, die PLO akkreditierte 1970 einen Vertreter in Ostberlin und Arafat besuchte 1971 zum ersten Mal die DDR.

Im Verhältnis zu den Palästinenser/innen förderte die DDR immer die »realistischen Standpunkte«; sie versuchte sogar mäßigend gegen allzu nationalistische, terroristische und antiisraelische Standpunkte vorzugehen. »Nationalistische Konzeptionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staates Israel beinhalten, werden nicht unterstützt«, so der Maßnahmeplan des Politbüros (Timm 1997, S. 277), die Anschläge auf die israelische Nationalmannschaft von München wurden klar verurteilt. Im Zuge der Intensivierung der Beziehungen (1973 wurden sie offiziell) kam es aber auch zu Zusammenarbeit im »nichtzivilen Bereich«, die jedoch gegenüber der humanitären Unterstützung nur einen kleinen Teil ausmachte (Timm 1997, S. 545). Die DDR gehörte zudem zu den Ländern, die 1988 den Staat Palästina anerkannten, und die PLO konnte 1989 sogar eine offizielle Botschaft in Ostberlin eröffnen. Es gab hervorragende Beziehungen zwischen PLO-Chef Arafat und dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker. Die Versuche der DDR, sich in den achtziger Jahren Israel und den amerikanischen jüdischen Organisationen anzunähern, führten jedoch nicht zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zur PLO. Noch im Oktober 1989 erhielt Yassir Arafat den großen Stern der Völkerfreundschaft, wie knapp ein Jahr zuvor der Präsident des jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman.

Sozialismus, Jüdinnen, Juden – ein Verhängnis?

Es ist bezeichnend, dass die Diskussion um DDR und Jüdinnen/Juden, Zionismus, Antisemitismus und Antizionismus von dem besonders dunklen Kapitel der frühen fünfziger Jahre dominiert wird. Auch wenn sich der SED-Staat später deutlich anders zeigte und eine spezifische Repression gegen Jüdinnen und Juden der Vergangenheit angehörte, führt jedoch diese Zeit vor Augen, was also auch im Sozialismus möglich ist bzw. war. Doch wie ist dieser Ausbruch von Antisemitismus zu verstehen? Und worin gründet die besondere »sozialistische« Israelfeindschaft?

Angelika Timm bezeichnet den Antisemitismus aus der SED als »strategischen Antisemitismus« (1997, S. 125); Keßler (1995, S. 86) spricht vom »Zweckantisemitismus Stalins«. Sie betonen seine Rolle innerhalb der parteiinternen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die aus Moskau zurückgekehrte Ulbricht-Gruppe sich gegen innerparteiliche Konkurrent/innen insbesondere der

Westemigration durchsetzte und sich dazu u. a. des Antisemitismus bediente. Für diese Sicht spricht, dass auf dem Höhepunkt der Säuberungen 1953 gleichzeitig auch mehrere Urteile wegen antisemitischer Äußerungen ergingen und dass die meisten Jüdinnen und Juden, die nichts mit der Partei- oder Staatsführung zu tun hatten, wohl auch keinen Repressionen ausgesetzt waren (Timm 1997, S. 125). Ohnehin basierte die herrschaftssichernde stalinistische Terrorwelle auf verschiedenartigen Verschwörungstheorien und Repression gegen unterschiedliche Gruppen. In diesem Sinne sieht denn auch Otto (1993) den Antisemitismus vorrangig als Import aus der Sowjetunion. Diese Sicht ist sicher nicht ganz falsch, greift aber doch zu kurz.

Eine interessante Interpretation, die ein tieferes Verständnis des linken Antisemitismus und zeitweise weltbildhaften Antizionismus ermöglicht, legte der Soziologe Thomas Haury mit seiner 2002 erschienenen Dissertation vor. Haury zeigt, dass das Weltbild des Marxismus-Leninismus – welches keinesfalls mit *dem* Marxismus oder allen Spielarten des Marxismus gleichzusetzen ist, sondern die herrschende erstarrte Doktrin der staatssozialistischen Länder bezeichnet (vgl. Elbe o. J.) – *strukturelle* (nicht inhaltliche) Gemeinsamkeiten mit dem antisemitischen Weltbild aufweist.

Der moderne Antisemitismus, so Haury (2002, S. 105 ff.), sei eine Semantik, die sich unabhängig vom konkreten Inhalt durch drei Strukturmerkmale auszeichne: Personifizierung, Manichäismus und Konstruktion identitärer Kollektive (Holz 2005a, S. 12 f., 23 ff.). Jüdinnen und Juden gelten dem Antisemitismus als Personifizierung der modernen Gesellschaft, insbesondere ihrer ungeliebten und unverstandenen Seiten. Manichäisch trennt der Antisemitismus zudem zwischen »den Juden« einerseits, die für alles Böse verantwortlich zeichnen, und dem als »gut« konstruierten Gegenstück, beispielsweise dem »Volk«. Im Gegensatz zu anderen Formen des Rassismus wird das jüdische »Andere« nicht als unterlegenes (letztlich abgespaltenes eigenes) konstruiert, sondern als überlegen, woraus auch die Vernichtungsperspektive rührt. Wenn der Antisemitismus auch an den jahrhundertalten (christlichen) Antijudaismus anknüpft, so gewinnt er doch seit seiner Herausbildung als moderner Antisemitismus im 19. Jahrhundert noch ein entscheidendes Strukturmoment in seiner Funktion bei der Schaffung als homogen imaginiertes nationaler Kollektive. Gerade im Fall der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert ist der von Beginn an virulente Antisemitismus (neben der besonderen »Erb-Feindschaft« zu Frankreich) offensichtlich, worauf Haury mit Nachdruck hinweist. Die Juden stellen quasi das »ideale« Gegenbild für den Nationalismus und Patriotismus dar, da sie nicht nur ein Feindbild im Innern abgeben können, sondern durch die Spezifik der jüdischen Existenz quasi als *Gegenprinzip* zur Nation an sich fungieren.

Wie Haury zeigt, bestanden schon im Lenin'schen Weltbild diese Strukturelemente, auch wenn dieser sich eindeutig nie antisemitisch äußerte, sondern

ein klarer Gegner des Antisemitismus war. Aber er war, besonders nach 1917, also im Bürgerkrieg, grenzenlos in seinem manichäischen Hass gegen die Feinde des Kommunismus, ja sogar nur Abweichler von seiner Position, die er immer hart bekämpfte – auf Basis seiner orthodoxen Theorie mit universellem Geltungsanspruch. In der DDR-Ideologie der fünfziger Jahre spitzte sich dies noch einmal zu. Die zwei als in unüberwindlichen Gegensatz zueinander stehend konstruierten Lager waren »der Imperialismus« auf der einen Seite und die »friedlichen Völker« auf der anderen. Auf die deutsche Situation heruntergebrochen, standen sich die sozialistische DDR und die »faschistische BRD« gegenüber. In diesem Bild war, besonders in der heißen Phase des Kalten Krieges Anfang der fünfziger Jahre, keinerlei Platz für Zwischentöne (Strukturtyp 1: Manichäismus).²¹

Auch die Personalisierung (Strukturtyp 2) der gesellschaftlichen Verhältnisse fand Anfang der fünfziger Jahre in der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne ihren Höhepunkt, sowohl in der Deutung des Nationalsozialismus als Werk einiger Vertreter der Finanzoligarchie als auch der Darstellung des neuen Feindes als »Clique« von »Wallstreet-Kapitalisten«, in der Rede von der »okkulten Herrschaft« der »Dollarkönige« (Haury 2002, S. 35). Zugleich wurde in der Terrorwelle ein innerer Feind konstruiert, vertreten durch die »Agenten«, »Saboteure«, »Parasiten« und »Volksfeinde«.²² Dazu trat nun ab Ende der vierziger Jahre ein »extremer Nationalismus« (Strukturtyp 3: Konstruktion identitärer Kollektive, vgl. Haury 2004), der zum Teil auf der kommunistischen Ideologie basierte, die ihren Antinationalismus ohnehin lange abgelegt hatte, und zum Teil auf der strategischen Herausforderung der Legitimation der SED-Herrschaft, da mit ihren sozialistischen Programmpunkten alleine nicht die erhoffte Zustimmung zu erzielen war.

»Haurys Arbeit legt nahe, dass die Schaltstelle einer dem Antisemitismus affinen Strukturweiterung des Marxismus-Leninismus dort liegt, wo realpolitisch die ›Nation‹ zum Problem, bzw. der Kommunismus zur Staatsideologie wird« (Maubach 2003) und er damit seinen Universalismus – verstanden als Bewegung für ein gutes Leben für alle Menschen – zugunsten eines nationalen, herrschaftsstabilisierenden Partikularismus aufgibt. Ganz klar widerspricht der Antisemitismus dem Inhalt linker Weltbilder, auch dem der SED, und doch wurde er in dieser Situation manifest, wo sich ein manichäisch-verschwörungstheoretischer ML-Abklatsch des Marxismus mit der Notwendigkeit der nationalen Legitimierung und Integration konfrontiert sah. Keineswegs ist dies

21 Dies ist zu unterscheiden von der späteren Phase der angestrebten »friedlichen Koexistenz«.

22 Erschreckend ist auch die Nähe zum NS-Vokabular, was bis zum Kampf gegen die »Entartung [sic!] der Tanzmusik« ging (Haury 2002, S. 384). Gleichwohl ist auch darauf hinzuweisen, dass es natürlich auch reale Agent/innentätigkeit usw. gegeben hat.

jedoch als deterministische Beziehung misszuverstehen, daher Maubachs Wortwahl (»Affinität«). Bewusst und unbewusst an den weitverbreiteten Bevölkerungsentisemitismus anzuschließen, war zunächst nur eine Potenz, die sich in der Konfliktsituation manifestierte. Zu der *strukturellen* Anschlussfähigkeit kommt als konkrete *inhaltliche Voraussetzung* noch das Erbe der bisherigen »Kommunistischen Judenpolitik«: die traditionelle Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus und der ideologisch begründete Antizionismus. Das Phänomen des sekundären Antisemitismus, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz, hat zusätzlich als Katalysator fungiert, da die Verbrechen der NS-Volksgemeinschaft einen deutschen Nationalismus nachhaltig desavouiert hatten, weswegen die DDR im Akt der nationalen Neukonstituierung also auch kein Interesse an einer kritischen Aufarbeitung des eigenen Versagens bzw. der eigenen Verbrechen haben konnte. Dies zeigt sich insbesondere in der Haltung gegenüber den jüdischen NS-Opfern und in der Entschädigungsfrage.

Zudem ist noch einmal zu betonen, dass es sich bei diesem stellenweise auftretenden Antisemitismus wohl meist nicht um subjektiv empfundene, bewusste Abneigung gegen Jüdinnen und Juden ging oder den Glauben an eine jüdische Weltverschwörung, sondern eben um die potenziell zu einer so gearbeten Aktualisierung fähigen strukturellen Anschlusspunkte, die einen linken Antisemitismus zum Ausbruch bringen konnten und das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus zu Jüdinnen und Juden so kompliziert machten. Es war der mit fast messianischem Eifer verfochtene Glaube an die Revolution, ihre alle nationalen, religiösen, aber auch alle Klassenpartikularismen aufhebende Wirkung, die auf Basis der den Jüdinnen und Juden zugeschriebenen Sonderrolle und der damit verbundenen Vorurteile, den kommunistischen Antizionismus bedingte, der sich zum manifesten Antisemitismus auswachsen konnte.

Ein analytisches Kernproblem ist dabei der linke Universalismus bzw. das Aufgeben desselben. Die sozialdemokratische Abwendung vom marxistischen Klassenkampf-Universalismus hin zu *nationaler* Politik am Beginn des 20. Jahrhunderts führte zu einer Offenheit gegenüber einem kolonialistisch begründeten Prozionismus, der wiederum antiarabische Elemente enthielt. Die kommunistische Abwendung von Klassenkampf-Universalismus während seiner jeweiligen nationalen Implementierung führte zu vorübergehendem manifestem Antisemitismus. Doch auch damit ist das Problem noch nicht ausreichend geklärt. Denn die Darstellung des *Blind-spot*-Antisemitismus der marxistischen Arbeiter/innenbewegung auch in ihren nicht antisemitischen Phasen zeigt, dass auch die spezifische Füllung des Universalismusbegriffs zentral ist. Der marxistische und klar *internationalistische* Sozialismus war zwar nicht antijüdisch, aber eben auch schon blind. Hier zeigt sich, dass sein um Klassenkampf zentriertes Weltbild nur vorgab, auch die Jüdinnen und Juden sowie ihre par-

tikulare Verfolgung mit zu erfassen (deutlich im Glauben, dass der Antisemitismus ein verschwindendes Relikt darstelle und der Zionismus, der schließlich auch vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete, wenn auch auf Kosten der arabischen Bevölkerung Palästinas, nur eine bourgeoise Ablenkung vom Sozialismus bedeute). Auschwitz, aber auch der Stalinismus haben gezeigt, wie sehr diese Annahme fehlschlug. Da dieses Erbe der sozialistisch-kommunistischen Geschichte bis heute seine Spuren in Teilen der Linken hinterlassen hat, ist weiter zu fragen, welches Universalismus eine linke Politik bedarf, die ein glückliches Leben für alle Menschen, den Kampf gegen Unterdrückung aller Gruppen zum Inhalt haben will.²³ Ein Klassenkampfuniversalismus (Simplizismus?) ohne zumindest eine Anreicherung um einen Menschenrechtsuniversalismus hat die notwendigen Voraussetzungen offensichtlich nicht, vielmehr hat er sein Versagen auch bei jüdischem Leid unter Beweis gestellt.

Noch eine Bemerkung zum Abschluss. Ein großer Teil der das Verhältnis von Sozialismus/Kommunismus und Judentum kritisierenden Literatur wirft dem Kommunismus seinen Assimilationismus vor.²⁴ Die Kritik trifft aber nur, weil tatsächlich Assimilation als Forderung vorrangig an Jüdinnen und Juden getragen wurde und eben nur *dem Anspruch nach* universales Bestreben nach Auflösung nationaler und religiöser Partikularismen war, was in der Praxis so oft nicht eingelöst wurde. Genau in dieser Ungleichbehandlung liegt das Problem, nicht in der universalistischen, antinational-internationalistischen Idee, die Kapferer »Erlösungs- oder Auflösungsantisemitismus« (Kapferer 2004, S. 302 ff.) nennt, weil sie die Jüdinnen und Juden nicht um jeden Preis als »Volk« anerkennen und erhalten will.

23 Nicht zufällig ist hier sicher die Parallele zum Versagen der Arbeiter/innenbewegung beim Thema Frauenrechte.

24 Dies betrifft an erster Stelle Edmund Silberner (1962, 1983), aber auch beispielsweise Louis Rapoport (1992).

KAPITEL 7

KRITISCHE DISKURSANALYSE – DARSTELLUNG ANHAND DER ANALYSE DER NAHOSTBERICHTERSTATTUNG LINKER MEDIEN

(zusammen mit Daniel Bartel,
unter Mitarbeit von Kornelia Ehrlich¹)

Einleitung

Am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) wurde unter der Leitung Siegfried und Margarete Jägers seit Anfang der neunziger Jahre ein Forschungsprogramm entwickelt, in dessen Zentrum die »Kritische Diskursanalyse«² (KDA) steht, ein Theorie- und Methodenkonzept, das, wie der Name bereits anzeigt, für sich in Anspruch nimmt, für genuin *kritisches* Forschen zu stehen (Ullrich 2010b). Durch Untersuchung einer sozialen Wirklichkeit, die als vornehmlich diskursiv oder textlich gestaltet begriffen wird, will die Kritische Diskursanalyse dazu beitragen, Machtstrukturen offenzulegen und soziale Exklusionsprozesse zu skandalisieren.

In diesem Artikel soll neben den theoretischen Hintergründen v. a. das konkrete empirische Vorgehen einer Kritischen Diskursanalyse Schritt für Schritt dargestellt werden. Als Fallbeispiel zur Explikation des Arbeitens mit der »kleinen Werkzeugkiste zur Durchführung von Diskursanalysen«, wie sie uns Sieg-

1 In einer früheren Fassung erschienen als: Bartel, Daniel; Ullrich, Peter; unter Mitarbeit von Ehrlich, Kornelia (2008): Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien, in: Freikamp, Ulrike; Leanza, Matthias; Mende, Janne; Müller, Stefan; Ullrich, Peter; Voss, Heinz-Jürgen (Hrsg.): Kritik mit Methode? Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Berlin: Dietz, S. 53-72. Der Aufsatz – im Kern eine Methodendarstellung – wurde, da er auf die Arbeit mehrerer Autor/innen zurückgeht, nur geringfügig aktualisiert.

2 Die KDA, wie sie hier vorgestellt wird, entspricht dem Stand Anfang/Mitte der 2000er Jahre. Das Konzept wurde inzwischen auch weiterentwickelt und insbesondere um dispositiv-analytische Elemente ergänzt.

fried Jäger (2001) an die Hand gibt, dient die Untersuchung der Darstellung eines diskursiven Ereignisses – die Räumung der israelischen Siedlungen im Gazastreifen im Sommer 2005 – in linken Printmedien. Dieses Ereignis wurde in der linken Presse recht unterschiedlich präsentiert und analysiert. Dies näher zu untersuchen, ist von besonderem Interesse, da die Linke einen ganz eigenen, hoch emotionalen und immer wieder sich zuspitzenden Nahostdiskurs führt, innerhalb dessen es zu tiefgreifenden Brüchen und Polarisierungen kam (Haury 2004; Ullrich 2008). In frappierender Deutlichkeit kann an diesem Beispiel die hochgradige Selektivität ideologisch differierender Positionen im Diskurs gezeigt werden – und mögliche Anschlüsse an antisemitische und rassistische Lesarten.

Theoretischer Hintergrund: Diskurse und Kritik

Die Duisburger Diskursanalyse steht v. a. »auf den Schultern des Riesen« Foucault, dessen kaum explizit fixiertes Forschungsprogramm sie sich auf spezifische Weise aneignet. Die Jäger'sche Foucault-Rezeption orientiert sich dabei stark an den Arbeiten des Literaturwissenschaftlers Jürgen Link,³ der mit den Konzepten der Kollektivsymbole (1982) und des Normalismus (1999) wichtige Analyseinstrumente der KDA vorgelegt hat. Weitere theoretische Impulse seien nur kurz erwähnt. Sie entstammen den sprachwissenschaftlichen Arbeiten Klemperers und Maas' (Diaz-Bone 2006, S. 20) für die Verschränkung von Realität und Sprache, dem Tätigkeitskonzept des russischen Psychologen Leontjew (Jäger 2004, S. 104), der eine Verbindung zwischen Diskurs und Subjekt anbietet, sowie dem »erweiterten Marx'schen Text« (Diaz-Bone 2006, S. 29) für ein grundsätzliches gesellschaftstheoretisches Konzept.

Foucault folgend definiert die KDA Diskurse als überindividuelle, institutionalisierte und geregelte Redeweisen, die mit Handlungen verknüpft sind und Macht strukturieren (vgl. Link 1986, S. 71). Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei die Begriffe Wissen und Wahrheit. Wissen wird aus Sicht der KDA mithilfe diskursiver (Denken und Sprechen) und nichtdiskursiver Praxen (Handeln und seine Manifestationen) (re)produziert⁴ und funktioniert, wenn es hegemoniale Gültigkeit erlangen kann, als Wahrheit. Dabei kommen drei Aspekte von Macht zum Tragen. Erstens sind die Prozesse, in denen Wissen nachgefragt und formuliert, begutachtet, verbreitet oder sanktioniert wird, ein Ausdruck von Macht. Zweitens entsteht als Konsequenz dieser Prozesse ein

3 Veröffentlicht vor allem in der *kultuRRevolution – Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie*.

4 Diese Unterteilung ist vor allem forschungspragmatisch motiviert und unterscheidet verschiedene Arten von Analysematerial; sie hat nur eine geringe theoretische Bedeutung, denn die Übergänge zwischen den Bereichen sind fließend. Es gibt kein Handeln ohne Denken und: *Akte* des Sprechens und Denkens sind Formen des Handelns.

Angebot von möglichen Deutungen und Interpretationen, das zugleich die soziale Wirklichkeit konstruiert. Der Diskurs, dieses »Feld des Sagbaren« (Jäger 2001, S. 95) ist häufig »bemerkenswert beschränkt (meist im doppelten Sinne des Wortes)« (Jäger 2001, S. 102). Er ist überindividuell, dem Subjekt jeweils vorgängig. Als Katalog dessen, was »wahr« ist – dies ist der dritte Aspekt –, bildet er die Grundlage zukünftiger diskursiver und nichtdiskursiver Praxen.

Diskurse und die darin vorliegende Verschränkung von Wissen, Wahrheit und Macht werden als Ergebnis und Grundlage menschlichen Handelns in einem soziohistorischen Prozess verstanden und in dieser kontingenten Gewordenheit dekonstruiert, indem auf die inhärenten Beschränkungen und Ausschließungen des Diskurses aufmerksam gemacht wird. Damit grenzt sich die Kritische Diskursanalyse einerseits deutlich von Ansätzen ab, die Wissen und Diskurse als Widerspiegelung einer »wirklichen« Wirklichkeit verstehen und damit die Möglichkeit der Erkennbarkeit einer objektiven Wahrheit behaupten. Andererseits kritisiert der Diskursbegriff der Kritischen Diskursanalyse auch normative Habermas'sche Vorstellungen, die einen Idealdiskurs anstreben und somit der Illusion erliegen, es könne an sich machtfreie Diskurse geben. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Forschungsprogramm der KDA in vier zentralen Fragen zusammenfassen (vgl. Jäger 2001, S. 81):

- 1) Was ist jeweils gültiges Wissen?
- 2) Wie kommt gültiges Wissen zustande, wie wird es reproduziert und weitergegeben?
- 3) Welche Funktion hat es für die Konstituierung von Subjekten und Gesellschaft?
- 4) Welche Auswirkungen hat das Wissen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung?

Die erste Frage zielt auf eine Untersuchung der historisch sich wandelnden Diskursinhalte, die folgende auf die Analyse diskursiver Praxen. Sie können mithilfe eines diskursanalytischen Instrumentariums ohne Weiteres beantwortet werden und stehen im Mittelpunkt der folgenden methodischen Ausführungen. Die Fragen 3 und 4 berühren Bereiche, die nicht mehr nur diskursanalytisch zu fassen sind. Denn einerseits sind Auswirkungen nichtdiskursiver Art (Subjektkonstitution, Handlungen, Manifestationen, Institutionen) auch mit nicht nur diskursanalytischen Mitteln zu untersuchen. Andererseits, und dieser Schwerpunkt ist für die KDA in Punkt 4 enthalten, muss es darum gehen, »die gefundenen diskursiven ›Sachverhalte‹ wohlbegründet zu bewerten und zu kritisieren« (Jäger 2004, S. 224). Denn erst dadurch »wird Diskursanalyse zu Kritischer Diskursanalyse« (Jäger 2004).

Wie stellt sich Jäger, auf den die meisten theoretischen und methodologischen Ausführungen zur KDA zurückgehen, diese »wohlbegründete« Kritik vor? Ein Rückgriff auf überhistorische, quasi natürliche Wahrheiten als Fundament ist theoretisch nicht möglich. Andererseits soll über eine Standpunktkritik hinausgedacht werden, die sich darauf beschränkt, die eingenommene hegemonie- bzw. dominanzkritische Position der Forschenden lediglich zu benennen und daraus resultierende Verstrickungen in der Forschungstätigkeit zu berücksichtigen. Die eigene Position und forschungsleitende normative Orientierung soll deutlicher begründet werden. Ausgangspunkt ist die oben bereits erwähnte grundlegende Erkenntnis, dass Geschichte und Gesellschaft das Produkt menschlicher Tätigkeit sind und nicht die Konsequenz natürlicher, religiöser oder ökonomischer ›Tatsachen‹. Dadurch überwindet Kritik die engen Grenzen des ›faktisch‹ Machbaren in Richtung der Frage, was gewollt, gut oder richtig ist. Diese Perspektive ist betont ethisch. In ihrer Konkretisierung nimmt die KDA eine möglichst weite Setzung vor: Ziel sei das Wohl aller und jedes einzelnen Menschen. Was dies im Einzelfall bedeutet und wie genau Kritik geübt werden kann, lässt sich nicht verallgemeinern und muss in diskursiven Auseinandersetzungen (Jäger 2004, S. 228) zutage treten. Fest steht allerdings, dass diese Form von Kritik immer problematisch ist, d. h. vorläufig bleiben und veränderlich sein muss. Mit Foucault ist sie eine Tugend oder Haltung, die nicht Vorschrift und Gesetz, sondern »nur« Einladung oder Vorschlag sein will.

Deutlicher wird der eingenommene, letztlich normativ begründete Ort, wenn man sich die Forschungsfelder anschaut, denen sich das DISS und andere kritische Diskursforscher/innen widmen. Sie offenbaren linksliberale bis libertäre Orientierungen und widmen sich in kritisierender Absicht undemokratischen Entwicklungen auf den Ebenen des Alltags, der Medien und der Politik, in thematischen Bereichen wie Rassismus und Einwanderung, Rechtsextremismus, Antisemitismus, soziale Ausgrenzung oder Biopolitik. Wesentliche Maßstäbe der Kritik – und somit auch Anzeiger der diskursiven Bedingtheit und Begrenztheit der KDA selbst – sind dabei oftmals das Grundgesetz oder die allgemeinen Menschenrechte. Die Forschung zu »gesellschaftlich brisanten Themen« (Jäger 2004, S. 224) beinhaltet explizit auch den Wunsch nach politischer Intervention, etwa in Form der Etablierung und Unterstützung von Gegendiskursen. Das Kritikpotenzial der KDA beschränkt sich also nicht auf den dekonstruktivistischen Aspekt, der unhinterfragte »Wahrheiten« in ihrer sozialen Bedingtheit offenbart. Hinter der KDA steht die Forderung nach politischem Eingriff. Siegfried Jäger (1996) sagt in einem Vortrag, er möchte:

»eine Wissenschaft, die erklären kann, wie überhaupt auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluß genommen werden kann – Einfluß angesichts scheinbar geradezu urgewaltiger Gegenkräfte, gegen die kein Kraut mehr

gewachsen scheint. Und Diskurstheorie stellt aus meiner Sicht solche Möglichkeiten bereit – einmal prinzipielle, weil sie sich nicht direkt auf die machtvolle Welt der Vergegenständlichungen richtet, sondern auf die flüchtigere, fragilere, viel angreifbarere, durchlässige Welt auch der Gedanken und Ideen, der Pläne und Hoffnungen und der diskursiven Stützpfiler von Institutionen und Administrationen, insgesamt auf eine Welt also, in der Wissenschaftler, aber nicht nur sie, sondern alle Menschen, über mehr power und Phantasie verfügen als etwa die Eigner der großen Kapitale oder der Großmogule der Medienlandschaft. [...] Es geht mir also darum zu zeigen, daß eine prinzipielle Perspektivenänderung nötig und möglich ist, wenn es um die Frage der politischen Macht im Lande geht.«

Orientierung im Gewirr der Diskurse – das heuristische Strukturmodell

Der gesamtgesellschaftliche Diskurs ist ein unübersichtliches und komplexes Phänomen. Die KDA hat deshalb Strukturkategorien entwickelt, welche die Navigation im »Fluss des Wissens durch die Zeit« (Jäger 2001, S. 82) erleichtern. Es handelt sich dabei um diejenigen Begrifflichkeiten, die einen empirischen Zugriff auf das Phänomen Diskurs erst ermöglichen.

Zunächst setzt sich der gesellschaftliche Gesamtdiskurs, der in letzter Instanz ein weltgesellschaftlicher ist, aus den *Spezialdiskursen* (Reden und Denken v. a. innerhalb der Wissenschaften⁵) und einem *Interdiskurs* (restliche diskursive Praxen) zusammen. Diese grobe Unterteilung kann verfeinert werden, indem man weitere *Ebenen* (je nach Fokus: Medien, Alltag, Politik, Medizin, Erziehung etc.) differenziert. Jede dieser Ebenen (re)produziert Diskurse nach eigenen Regeln und ist auf jeweils spezifische Weise mit den anderen Ebenen verbunden.⁶

Inhaltliche Differenzierungen werden durch *Diskursstränge* markiert, die spezifische Themenbereiche oder Gegenstände repräsentieren. Diskursstränge

5 Inhaltlich zeichnen sich Spezialdiskurse dadurch aus, dass Reden in ihnen explizit geregelt und systematisiert ist, Definitionen notwendig sind, Widerspruchsfreiheit gefordert wird etc. Jäger (2004, S. 159) weist allerdings ebenso darauf hin, dass diese Diskursform auch außerhalb der Wissenschaft zu finden ist, genauso wie schwammigere, umgangssprachliche Elemente auch in der Wissenschaft existieren. Aus system- und differenzierungstheoretischer Perspektive wäre deshalb zu ergänzen, dass sich in allen gesellschaftlichen Teilbereichen notwendig spezielle Kommunikation bildet, die in anderen Subsystemen nicht ohne Weiteres anschlussfähig ist, Spezialdiskurse somit ein universelles Phänomen darstellen.

6 Die inhaltliche Nähe der KDA zu einigen Einsichten der Systemtheorie ist am offensichtlichsten in der Unterscheidung der Ebenen, die letztlich gesellschaftliche Teilsysteme darstellen. Dass dies theoretisch kaum durchdrungen wird, ist Ausdruck der sprachwissenschaftlichen Ursprünge der KDA und somit – trotz gleicher Gegenstände – der Ferne von der soziologischen Theoriebildung.

besitzen eine hohe »diskursive Energie« (Link zit. in Jäger 2004, S. 159), das heißt, sie binden Ereignisse, Argumentationsfiguren, Bilder etc. über einen längeren Zeitraum hinweg an sich. Diskursstränge stehen selten isoliert. Sie verschränken sich, überlagern und beeinflussen einander. Symbole, Ereignisse oder Argumente werden in anderen Diskursen aufgegriffen oder assoziativ nebeneinandergesetzt. Inhaltliche, begriffliche und formale Gemeinsamkeiten bieten hierfür die Anschlussstellen. Schließlich können Diskursstränge hierarchisch weiter strukturiert werden, etwa wenn die Diskurse um Einwanderung, Sexismus, Behinderung unter dem Aspekt der Ausgrenzung zusammengefasst werden.

Auf der untersten strukturellen Ebene setzen sich Diskurse aus *Diskursfragmenten* zusammen. Dies sind Texte, oder genauer Textteile, die sich auf ein Thema, d. h. einen Diskursstrang beziehen. Der Begriff Diskursfragment wird dem des Textes als die empirisch fassbare Form von Diskursen vorgezogen, da Texte oftmals mehrere Themen miteinander verknüpfen.

Ein Motor und wichtiges Material für Diskurse sind *diskursive Ereignisse*. Ob ein Thema wichtig, ein Geschehnis ein diskursives Ereignis wird, hängt davon ab, ob es eine starke Öffentlichkeit auf sich ziehen kann. Diskursive Ereignisse werden aus bestehenden Diskursen heraus als solche wahrgenommen und gedeutet und affirmieren sie dadurch. Gleichzeitig wohnt ihnen aber auch ein Veränderungspotenzial inne und sie können durch ihre Dynamiken Inhalte und Kräfteverhältnisse beeinflussen. So sind beispielsweise die Palästinenser/innen als Gruppe mit nationalen Aspirationen erst durch das diskursive (Medien-)Ereignis Sechstagekrieg (1967) in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit (und auch der politischen Linken) getreten, wo sie vorher allenfalls unter »arabische Flüchtlinge« abgespeichert waren. Fortan strukturierte sich der gesamte Nahostdiskurs anders. In Deutschland markierte dieser Krieg zugleich einen Wechsel von einer vergangenheitspolitisch motivierten positiven linken Sichtweise auf Israel zu einer zumindest vordergründig gegenwartsorientierten kritischen bis feindlichen Sicht (Kloke 1994, S. III ff.).

Für die Analyse einzelner Diskursbeiträge ist die Unterscheidung von *Diskurspositionen* hilfreich. Sie geben die Perspektive an, von der aus eine Person oder Institution am Diskurs teilnimmt. Eine Diskursposition ist bestimmt durch die Überlappung verschiedener Diskurse und drückt sich in der jeweils eingenommenen weltanschaulichen/ideologischen Orientierung aus. Ist eine Person beispielsweise in feministische Diskurse involviert, wird sich das höchstwahrscheinlich auch in ihrer Positionierung bezüglich biopolitischer Diskurse spiegeln. Im hier zur Explikation herangezogenen Beispiel wird sich die Verortung im antideutschen oder beispielsweise antiimperialistischen Diskurs als entscheidende Prägung für die Sicht auf den Nahostkonflikt erweisen.

Neben der strukturellen Perspektive, die Kategorien wie Strang, Ebene oder Position anbietet und damit eine Binnenstruktur der Diskurse schafft, ist es

wichtig, auch die zeitliche Perspektive zu beachten. Diskurse verlaufen, sie haben eine Vergangenheit, eine Gegenwart und sie schreiben sich in die Zukunft fort. Die vollständige Untersuchung eines Diskurs(strang)es ist demzufolge immer auch diachron, entlang einer Zeitachse, ausgerichtet.

Vorgehen bei der Analyse eines Diskurses

Für das konkrete Vorgehen hat Siegfried Jäger einen Leitfaden entwickelt (ausführlich in Jäger 2001, S. 103 ff., 2004, S. 188 ff.), der – in den verschiedenen Darstellungen leicht variierend – fünf bis sechs Hauptphasen einer Diskursanalyse unterscheidet. Angesichts dieser Differenzen (die in der Regel mehr die Darstellung als die inhaltliche Essenz betreffen) und der nicht immer klaren terminologischen Fixierung bei Jäger (insbesondere hinsichtlich der Phasen des Forschungsprozesses und der Zuordnung von bestimmten Aufgaben zu den Phasen) werden hier im Vorschlag einer synoptischen Systematisierung zum Teil eigene Begrifflichkeiten verwendet.

Dessen ungeachtet bleibt der Leitfaden eine Art »Werkzeugkiste« (Jäger 2001, S. 102), aus der man sich, je nach Fragestellung, bedienen und der man neue Instrumente hinzufügen kann. Das Methodenrepertoire ist also keineswegs ausgeschöpft und die Methode KDA somit immer *work in progress*. Der Leitfaden und die hier vorgestellten Analyseschritte geben lediglich eine Orientierung, wie eine große Materialfülle, die zudem auf verschiedenen Diskursebenen angesiedelt ist, handhabbar(er) gemacht werden kann. Sämtliche Analyseschritte sind dabei auf das Ziel gerichtet, einen Diskurs und damit verbunden eine Wirklichkeit zu erfassen. Sie sollten dahingehend hinterfragt werden, ob und wie sie der Beantwortung der konkreten Fragestellung dienen und nicht mechanisch benutzt werden. Die Diskursanalyse ist schließlich geglückt, wenn die Darstellung (und Kritik) materialreich und stringent ein kohärentes Gesamtbild ergibt.

Im Folgenden wird die Darstellung des Vorgehens der KDA mit einer empirischen Studie verknüpft. Untersucht wurde die Nahostberichterstattung in linken Medien am Beispiel des israelischen Abzugs aus dem Gazastreifen im August 2005. Wir schließen hier an eine Studie des DISS an, welche die Nahostberichterstattung der deutschen Printmedien untersuchte, sich dabei aber auf überregionale Qualitätszeitungen beschränkte (Jäger; Jäger 2003, 2004). Der Anlass der Studie war die zweite Intifada. Unter besonderer Berücksichtigung des Israelbildes und mit Augenmerk auf mögliche diskursive Anschlüsse für Antisemitismus oder Rassismus wurden diskursive Ereignisse im Zeitraum zwischen September 2000 und August 2001 erfasst und analysiert. Daran orientiert war unser Vorgehen für einen Teildiskurs, den der deutschen linken Medien (wenn auch in einem anderen Zeitraum).

Zunächst zu den fünf Hauptphasen des Forschungsprozesses. Diese sind erstens die Konzeptionierungsphase, zweitens die Erhebungsphase (Erschließung und Aufbereitung der Materialbasis, des Korpus), drittens die Strukturanalyse, viertens die Feinanalyse und fünftens die zusammenfassende Interpretation. Diese Phasen sollen nun im Einzelnen erläutert und am Beispiel der eigenen Forschungsarbeit illustriert werden (die Anwendungsabschnitte sind eingerückt). Abbildung 1 gibt einen gliedernden Überblick über die einzelnen Schritte, die vom Material zum Erfassen der Struktur des Diskurses führen.

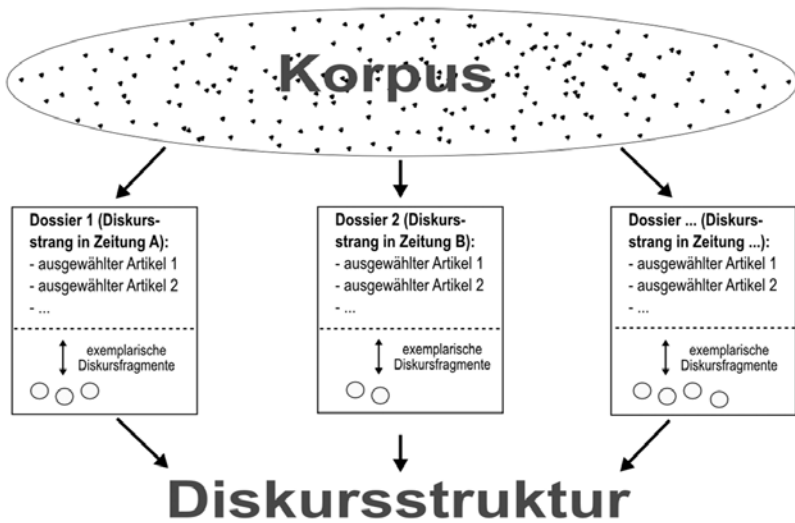
*Konzeptionierungsphase: Auswahl des Untersuchungsgegenstandes
und Begründung der Vorgehensweise*

Zunächst müssen das eigene Erkenntnisinteresse und die für dessen Umsetzung verwendete Methodik möglichst präzise beschrieben werden: Was soll warum untersucht werden und welche Bereiche (Ebenen, Ereignisse) welcher Diskursstränge sind dazu zu analysieren, um eine differenzierte Antwort bei bewältigbar bleibendem Materialumfang geben zu können? Dabei ist besonders zu beachten, dass konzeptuelle Untersuchungsgegenstände (wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie) zunächst theoretisch bestimmt und mögliche Erscheinungsformen und Diskurse, in denen das Phänomen beobachtet werden könnte (Familie, Arbeit, Rechtssprechung, Erziehung etc.), vorüberlegt werden müssen.

Unser Erkenntnisinteresse lag in der Überprüfung der Ergebnisse der DISS-Studie zum Israelbild für den Teilbereich der deutschen Linken. Finden sich auch hier exklusivistische und chauvinistische Diskursbeiträge? Welche sind die dominanten Diskurspositionen? Und worin liegt die Spezifik des linken Diskurses im Vergleich zum allgemeinen Nahostdiskurs?

Insbesondere ein seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt ausgefochtener Streit um Antisemitismus in der Linken (bzw. die Abwehr dieses Vorwurfs) hat spezifische, stark polarisierte linke Diskurspositionen auch in der Nahostfrage herausgebildet (Haury 2004). Gerade die häufige Idealisierung einer der beiden Konfliktparteien durch linke Akteure birgt in ihrer Identitätslogik das Potenzial stereotypisierender Ausschlüsse von Personen, die der jeweils anderen Seite zugeordnet werden. Solche Anschläge sollen aufgedeckt und kritisiert werden. Um eine im Rahmen der gegebenen (begrenzten) Ressourcen mögliche Untersuchung durchzuführen, wurde sich dabei innerhalb des Diskurses der Linken auf einige Zeitschriften konzentriert (und bei der Auswahl die Heterogenität des Spektrums mit bedacht⁷) und nur ein diskursives Ereignis un-

7 Zunächst musste eine repräsentative Auswahl relevanter Zeitungen getroffen werden. Kriterium waren eine Positionierung im linken Medienspektrum und eine überregionale Distribution im Zeitschriftenhandel. Das im Wesentlichen durch die zwei Konfliktlinien Ra-



Vom Korpus zur Struktur des Diskurses: Ablauf einer kritischen Diskursanalyse

tersucht: der Abzug Israels aus dem Gazastreifen, genauer gesagt die Räumung der Siedlungen durch die israelische Armee auch gegen den Widerstand eines Teils der Siedler/innen.⁸ Auf theoretischer Ebene war es v. a. wichtig, die engeren Untersuchungsinteressen (Aufspüren exklusivistischer, also v. a. rassisti-

dikalität und Materialismus/Postmaterialismus gegliederten Spektrum der deutschen Linken enthält vier Felder als basale analytische linke Subsysteme (Sozialstaatslinke, Traditionskommunismus, radikale Linke, Neue Soziale Bewegungen, vgl. dazu Ullrich 2008, S. 112, 121, 140, 150). Diesen Feldern kann man auch sehr gut bestimmte Medien zuordnen (in der gleichen Reihenfolge: *Neues Deutschland*, *junge Welt*, *Jungle World*, *taz*). Diese wurden noch um zwei wichtige Publikationen ergänzt. Der *Freitag* steht in seiner Heterogenität zwischen den Feldern; die *konkret* ist das traditionell einflussreichste linke Blatt, auch wenn sich in den letzten Jahren ihr Standort immer mehr zum Feld der radikalen Linken hin vereindeutigt hat. Sie durfte im Korpus keinesfalls fehlen, weil sie seit Beginn der neunziger Jahre zu einem der wichtigsten Akteure in der Forcierung linker proisraelischer Positionen wurde.

8 Der bis 1967 zu Ägypten gehörende Gazastreifen war im Sechstagekrieg von Israel besetzt worden. In der Zeit der Besatzung entstanden auch mehrere israelische Siedlungen in dem Gebiet. Nachdem im Rahmen des Friedensprozesses der neunziger Jahre schon ein Teil unter palästinensische Autonomieverwaltung gekommen war, sollte der Gazastreifen zum ersten Teilbereich der palästinensischen Gebiete werden, aus dem sich Israel – wenn auch, wie sich später zeigte, nicht dauerhaft – vollständig zurückzog. Der Rückzug Israels aus dem Gazastreifen begann am 15. August 2005 mit der Räumung der Siedlungen und endete am 12. September desselben Jahres mit dem Abzug des israelischen Militärs. Das Zeitfenster der Analyse erstreckt sich von August bis September 2005. Es umfasst etwas mehr als den gesamten Ereigniszeitraum und trägt somit der Tatsache Rechnung, dass Wochen- und Monatsmagazine nur in geringerer Frequenz berichten können.

scher und antisemitischer Diskurselemente) konzeptuell umzusetzen. Dabei erfolgte eine konzeptionsleitende Orientierung an der Studie von Jäger und Jäger (2003).⁹

Erhebungsphase: Erschließung und Aufbereitung der Materialbasis

Sind die Fragestellung und die Begrifflichkeiten und Materialquellen bestimmt, geht es darum, das Korpus, das heißt alle Texte mit thematischem Bezug zur Forschungsfrage in den zu analysierenden Medien, zu erfassen und einen ersten Überblick über das Material zu gewinnen. Auf der Grundlage des Korpus sollen grobe Aussagen über den Diskurs innerhalb der untersuchten Medien möglich sein. Für die diskursive Ebene der Printmedien etwa bedeutet das, alle relevanten Artikel chronologisch zu ordnen und systematisch zu archivieren. Dazu sollten die wichtigsten Themen und Unterthemen, Verschränkungen mit anderen Diskurssträngen sowie die Kernbotschaften der Artikel stichwortartig erfasst werden. Weitere Kriterien sollten fragestellungsgelitet entwickelt werden [etwa Autor/in, Textsorte, auffällige Kollektivsymbole, Bebilderung u. ä., (vgl. Jäger 2004, S. 191)]. Diese Arbeit ist zeitaufwendig, bildet allerdings auch die, je nachdem, gute oder weniger gute Ausgangslage für die weitere, stärker ins Detail gehende Arbeit.

Deutlich wurde in der Materialsichtung zunächst das große Interesse an dem diskursiven Ereignis Gaza-Abzug in sämtlichen untersuchten Medien. Dies spiegelt sich in der Anzahl und dem Umfang der Artikel als auch in ihrer Positionierung innerhalb der Ausgabe und der häufigen Unterlegung mit Bildern und Grafiken. Die Darstellungsarten unterscheiden sich zwischen den Periodika deutlich. Je nach Erscheinungsweise finden sich eher viele tagesaktuelle oder wenige, dafür ausführliche Berichte. Jedoch lieferte auch die Tagespresse Hintergrundberichterstattung.

Strukturanalyse

In einem ersten Verdichtungsschritt wird dann auf der Ebene der einzelnen Medien die Gesamtheit der Artikel so um Redundanzen reduziert, dass die qualitative Bandbreite des Diskursstranges, d. h. sämtliche Themen und Unterthemen, erhalten bleibt. Trotz allem auftretende Dopplungen oder Häufungen einzelner (Unter-)Themen bleiben unproblematisch, da keine quantitativen Aussagen getroffen werden sollen und eine Einschätzung der Relevanz eines Themas bzw. einer Positionierung aufgrund des Korpus bestimmbar

⁹ Zur an die Linke angepassten Spezifizierung der Konzepte vgl. Kap. 2. Zum Thema Islamfeindlichkeit vgl. Gräfe (2002) und Leibold und Kühnel (2003) und Kap. 3.

bleibt. Dieser Schritt geht einher mit der Strukturanalyse: Welche Themen werden jeweils aufgegriffen, welche fehlen? Welche Verknüpfungen werden hergestellt? Es kommt zur Ermittlung grundlegender Trends, zur Charakterisierung der offensichtlichsten Differenzen beispielsweise zwischen den behandelten Medien oder im Zeitverlauf, zur Charakterisierung der dominierenden Diskurspositionen und deren inhaltlicher Ausgestaltung.

Zunächst ist eine binäre Schematisierung offensichtlichstes Grundmuster des untersuchten medialen Nahostdiskurses der Linken. Die Mehrheit der Diskursfragmente lässt sich mit einer deutlich sichtbaren Diskursposition verbinden, die durch eine grundsätzliche Sympathie entweder für die israelische oder für die palästinensische Seite verbunden ist. Dies zeigt sich nicht nur in deutlich einseitigen Schuldattributionen, sondern auch in der – je nach Sympathieverteilung – höchst unterschiedlichen Darstellung der einzelnen Themen. Auch die Themenauswahl unterscheidet sich zwischen den einzelnen Medien, viele Themen werden jedoch von mehreren Medien aufgegriffen. Zur Illustration solcher Binarismen seien drei genannt und auszugsweise in ihrer Darstellung charakterisiert:

- Israels Motiv für den Abzug: Es handelt sich entweder um eine Strategie zur gezielteren Unterdrückung der Palästinenser/innen¹⁰ bzw. eine manipulative PR-Aktion¹¹ oder um einen notwendigen Schritt, um Israels Überleben angesichts der permanent drohenden Vernichtung zu sichern¹².
- Mit dem Abzug verbundene Gewalt: Sie geht entweder von »rechtsextremen Siedlern«¹³ und »Großisrael-Aktivist«¹⁴ oder von einem »palästinensischen Mob«¹⁵ aus.
- Einordnung des Abzugs in den Nahostfriedensprozess: Der Abzug ist ein Schritt Israels, der ein palästinensisches Einlenken nahelegt¹⁶ oder erzwingt¹⁷ bzw. noch nicht weit genug geht, um irgendeine positive Reaktion von palästinensischer Seite erwarten zu können¹⁸.

Stark ist auch die Verflechtung mit anderen Diskursen, oft als Einordnung des Berichteten in allgemeinere Deutungsmuster. Von besonderer Relevanz sind dabei Verflechtungen, die sich auf die deutsche Geschichte, insbesondere den

10 »Der Unverständene«, in: *junge Welt*, 16.8.2005.

11 »Amos Oz und der historische Kompromiss«, in: *Freitag*, 16.9.2005.

12 »Abkopplung«, in: *konkret*, 9/2005.

13 »Massenfestnahmen bei Gazastreifen-Räumung«, in: *junge Welt*, 17.8.2005.

14 »Das Ende einer großen Lüge«, in: *Neues Deutschland*, 15.8.2005.

15 »Tag der Brände«, in: *Jungle World*, 21.9.2005.

16 »Tränen zum Abschied«, in: *Jungle World*, 24.8.2005.

17 »Abkopplung«, in: *konkret*, 9/2005.

18 »Amos Oz und der historische Kompromiss«, in: *Freitag*, 16.8.2005.

Nationalsozialismus und dessen Erinnerung beziehen, handelt es sich dabei doch um *den* Anschlussdiskurs der Nahostberichterstattung in Deutschland (Hafez 2002 b, S. 162), vgl. die Beispiele im Abschnitt unten).

Feinanalyse

Die Feinanalyse ist ein vertiefender Schritt zur Durchdringung des Funktionierens der Diskursstruktur auf der Mikroebene der einzelnen Diskursfragmente. Hier werden möglichst typische Artikel aus dem Dossier ausgewählt und exemplarisch en détail untersucht.

Die Feinanalyse nimmt, der Darstellung in Jäger (2004, S. 175 ff.) folgend, wiederum fünf Bereiche in den Blick, für die eine Fülle von Analyseinstrumenten unterschieden werden. Im Rahmen dieses Textes kann dieser Werkzeugkasten nicht vollständig ausgepackt werden. Deshalb werden nur die fünf Bereiche und einige zentrale Fragen beispielhaft vorgestellt. Ohnehin, dies sei noch einmal betont, geht es nicht darum, sämtliche Fragen schemenhaft abzuarbeiten, sondern sich text- und aufgabenbezogen die relevanten zu wählen, die a) eine Interpretation stützen und absichern oder b) ihr widersprechen und so zu einer Erweiterung oder Revision der Deutungen zwingen. Im konkreten Fall ist es ratsam, die ausführlichen Vorschläge in Jäger (2004, S. 176-186) zu konsultieren und weitere eigene Fragestellungen zu entwickeln. Viele der hier genannten zu analysierenden Aspekte dienen auch schon bei der Strukturanalyse als Orientierung, wenngleich dort auf abstrakterem Niveau und mit geringerer Detailierung. Dies ist Ausdruck des insgesamt kreisenden Forschungsprozesses, in welchem einerseits Detailerkenntnisse in die Grobstruktur integriert werden und andererseits deren Kenntnis zur weiteren Deutung der Details beiträgt. Die fünf Hauptdimensionen, die zu untersuchen Ziel der Feinanalyse ist, sind: 1. institutioneller Rahmen, 2. Text-«Oberfläche«, 3. sprachlich-rhetorische Mittel, 4. inhaltlich-ideologische Aussagen und 5. zusammenfassende Interpretation.

Institutioneller Rahmen

Der institutionelle Rahmen umfasst wesentliche Kontextmerkmale des Artikels. Hierzu gehört die allgemeine Charakterisierung der Zeitung/Zeitschrift, der Redaktion, des/der Autor/in, der Leser/innenschaft sowie mediumsspezifische Aspekte wie die Textsorte und die Präsentation und Einbindung des Artikels in die konkrete Ausgabe und gegebenenfalls fortlaufende Serien.

Die meisten Zeitschriften stehen auf einer allgemeinen Ebene für bestimmte linke Positionen, die auch den Nahostdiskurs durchdringen. Die *junge Welt*, das *Neue Deutschland* und (historisch vielschichtiger in seinen Hintergründen) der *Freitag* haben ihre Wurzeln im traditionslinken Feld, das auch eine mit den

Palästinenser/innen solidarische und Israel gegenüber sehr kritische Position formuliert. Die *Jungle World* und die *konkret* sind die beiden größeren linken Zeitungen in der Bundesrepublik, die stark von Positionen der antideutschen Strömung beeinflusst sind, was nicht zuletzt Solidarität mit Israel und starke Kritik an der palästinensischen Seite beinhaltet.

Nur die *taz* fällt ein wenig aus dem Schema heraus. Ihre traditionelle Verortung in der (u. a.) internationalistischen Linken der achtziger Jahre steht für die Einflüsse der traditionellen linken Israelfeindschaft und Palästinasolidarität, ihre Wendungen in den neunziger Jahren, namentliche ihre Professionalisierung und Hinwendung zum Medienestablishment (beispielsweise durch die Unterstützung zentraler Projekte der rot-grünen Bundesregierung) führten allerdings auch zu einer Deradikalisierung.¹⁹

Text-»Oberfläche«

Ziel dieses Analyseschrittes ist es, die inhaltliche und argumentative Struktur eines Textes herauszuarbeiten. Vorgehen und Absicht erinnern an die Methode des literaturwissenschaftlich-hermeneutischen Erörterns: der Text wird unter Rückgriff auf seine graphische Struktur in Sinneinheiten untergliedert, die anschließend inhaltlich genau charakterisiert und in ihrer Abfolge und Wirkungsabsicht interpretiert werden. Neben der Ebene der Sprache sollten Aspekte des Layouts und besonders das Zusammenspiel von Text und Bildern (und Bildunterschriften) Berücksichtigung finden. Der von Jäger für diese Analysen verwendete Begriff der Text-»Oberfläche« kann irreführen (weil er auch die Unterscheidung zwischen manifesten und latenten Inhalten meinen kann), deshalb sollte eher von struktureller und inhaltlicher Gliederung gesprochen werden.

Augenfällig ist zunächst die Strukturierung entlang eines Konfliktes bzw. von Gewalt. Dies beginnt bei der Überschriftengestaltung (Brände, Tränen, Lügen, Aufruhr, Massenfestnahmen, Widerstand, Rempeln, Problem) und den bildlichen Inszenierungen (rennende Polizeiverbände, handgreifliche Auseinandersetzungen, Frau hinter Gittern). Dieser Rahmen ist formgebend für die Gestaltung vieler Texte.

Auch die bereits konstatierte binäre Struktur der Diskurspositionen wird im strukturellen Aufbau eines Teils der Texte deutlich. So basiert ein Artikel im *ND*²⁰ auf der alternierenden Darstellung von zwei Typen von Siedlern, nämlich Moderaten (»Wirtschaftssiedlern«,²¹ die von der israelischen Regierung

19 Dies bedeutet im deutschen Mediendiskurs, eine »ausgewogenere« Position einzunehmen und das Thema Israel nur sehr »vorsichtig« zu behandeln.

20 »Das Ende einer großen Lüge«, in: Neues Deutschland, 15.8.2005.

21 Ebd.

betrogen wurden, sich aber nun in den Abzug fügen) und Radikalen (der »rechte Rand der Siedlerbewegung«²²) auf der anderen Seite.

Sprachlich-rhetorische Mittel

Die strukturelle und inhaltliche Gliederung wird zu einem beträchtlichen Teil durch sprachliche und rhetorische Mittel bestimmt. Der »Ton« eines Textes, seine Kohärenz, Schwerpunkte, Fluchtlinien etc. lassen sich durch eine Analyse dieser Mittel erfassen und beschreiben. Jäger liefert hier eine sehr detaillierte Auflistung möglicher Aspekte, in denen sich sein sprachwissenschaftlicher Hintergrund offenbart. Exemplarisch herausgegriffen werden soll an dieser Stelle ein Aspekt auf der Ebene einzelner Wörter, weil er für die Kritische Diskursanalyse von hoher Bedeutung ist und die Relevanz der sprachlich-rhetorischen Ebene veranschaulicht. Es geht um Kollektivsymbole bzw. Worte, die als »Fähren ins Bewusstsein« (Jäger 2004, S. 181) fungieren.

Das Konzept der Kollektivsymbole stammt von Link (u. a. 1982, 1999). Es umfasst »die Gesamtheit der sogenannten ›Bildlichkeit‹ einer Kultur, die Gesamtheit ihrer am meisten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und orientierenden Topiken, Vergleiche und Analogien« (Link 1999, S. 25) und konkretisiert so die diskursive Wirklichkeitsproduktion anhand zentraler Leitbilder, die häufig verwendet werden und sich durch eine hohe Plausibilität und Deutungskraft auszeichnen. Kollektivsymbole machen eine komplexe Wirklichkeit verständlich²³ und implizieren dabei Bewertungen und Handlungsweisen in komprimierter Form. Wird ein Anstieg der Zahl der Asylanträge kollektiv als *Asylantenflut* symbolisiert, wie Anfang der neunziger Jahre geschehen, erscheint das Phänomen als eine quasi naturmächtige, deindividualisierte Bedrohung von außen gegen die das Innere konsequent durch »Deiche« geschützt werden muss. Link hat gängige Kollektivsymbole systematisiert und gezeigt, dass sie in der Lage sind, einen differenzierten sozialen Raum zu repräsentieren und zu prägen. Dieser Raum beinhaltet ein Innen und Außen, ein Unten und Oben, ein Zentrum und die Peripherie sowie ein politisches und zeitliches Kontinuum »unserer« Gesellschaft. Das Innere (»Wir«) beispielsweise wird vorzugsweise mit technischen oder biologischen Bildern (Maschine, Zug, menschlicher Körper mit dem Herzen als Zentrum) beschrieben, das als System oder »organisches Ganzes« harmonisch und kontrolliert funktioniert und klar von dem bedrohlichen,

22 Ebd.

23 Anhand des folgenden Beispiels von Link wird deutlich, dass dabei die Wirklichkeit nicht einfach nur benannt, sondern erst hergestellt wird: »wir wissen nichts über krebs, aber wir verstehen sofort, inwiefern der terror *krebs* unserer gesellschaft ist. wir wissen nichts über die wirklichen ursachen von wirtschafskrisen, begreifen aber sofort, daß die regierung *notbremsen* mußte« (Link 1982, S. 11, Originalschreibweise).

naturhaften Außen (Chaos, Flut, Dschungel, Wüste) abgegrenzt ist. Aufgrund der ihnen innewohnenden Verdichtung und hohen Prägnanz sowie ihrer Potenz, disparate Inhalte zu verbinden und weite Assoziationsräume zu öffnen, sind Kollektivsymbole eines der wichtigsten Analysekonzepte der KDA.

Die linke Nahostberichterstattung ist durchdrungen von einer Vielzahl solcher Begriffe mit kollektivem »Bedeutungsüberschuss«. Sie variieren je nach Stoßrichtung des Textes. Die Zeitschrift *konkret* beispielsweise stellt das diskursive Ereignis unter die Überschrift »Abkopplung«. ²⁴ Diese Bezeichnung für den Abzug und eine weitergehende Strategie Israels erscheint technisch, nüchtern, reibungslos, formal. Vielleicht denkt man an die ausgebrannte Stufe einer Trägerrakete oder den überflüssigen Waggon eines Zuges. Sie abstrahiert sowohl von betroffenen Menschen als auch von der Konflikthaftigkeit des Themas. Diese Metapher aus dem Assoziationsraum der Technik bereitet eine Argumentationslinie vor, die antiarabische Anschlüsse ermöglicht. Sie enthält – in der Erörterung des »Sicherheitszaunes« oder der »Mauer« u. a. den folgenden Satz: »Insgesamt fänden sich nur etwa sieben Prozent der Westbank und 10.000 ihrer arabischen Bewohner auf israelischer Seite des Zaunes wieder.« Dies klingt entdramatisierend und sachlich, ist jedoch ebenso als Ausdruck von Menschenverachtung lesbar, wenn man sich verdeutlicht, dass die Grenzanlage schon jetzt Tausende Familien und Freunde trennt, Menschen von ihren Subsistenzmöglichkeiten aussperrt sowie einige Gebiete komplett einzäunt. Zu fragen ist, ob mit dem Wörtchen »nur« eine Lesart ermöglicht wird, die das Schicksal von 10.000 Menschen banalisiert. Im *Freitag* findet sich eine komplementäre Argumentation. ²⁵ Der Autor verweist darauf, dass für die arabische Bevölkerung des historischen Palästina ohnehin nur noch 20 Prozent des Landes vorgesehen werden. Die weitere Reduktion um (qualitativ möglicherweise sogar entscheidende) 7 % erscheint so in einem anderen Licht, sie wird hier als steter Prozess der Marginalisierung der Palästinenser/innen im Angesicht israelischer Machtpolitik gedeutet.

Andererseits gibt es Passagen, die über die verwendete Metaphorik antisemitisch aktualisiert werden können: Ein Artikel im *ND* widmet sich dem Siedlerrat, ²⁶ einer »einst mächtigen jüdischen Organisation«. Im weiteren Verlauf des Artikels wird dann ausgeführt, dass er der Regierung »nahezu unbegrenzte Finanzmittel (...) abringen und auch Premierminister manchmal zu Fall bringen konnte«. Die Charakterisierung als mächtig, jüdisch und reich vereint zentrale antisemitische Stereotype in einer Organisation, die (erfolglos) für das Weiterbestehen der Siedlungen gekämpft hat, die vom Autor deutlich abgelehnt wer-

24 »Abkopplung«, in: *konkret*, 9/2005.

25 »Amos Oz und der historische Kompromiss«, in: *Freitag*, 16.9.2005.

26 »Siedlerat: »Wir haben ein Problem«, in: *Neues Deutschland*, 16.8.2005.

den. Alternativ kann diese Charakterisierung aber auch als eine *sachliche* Begründung der Relevanz dieser Gruppe in den Auseinandersetzungen gelesen werden.

Im Nahostdiskurs verwendete Kollektivsymbole haben sehr häufig einen dramatisierenden Charakter und signalisieren Ohnmacht gegenüber einem fast naturwüchsigen und unkontrollierbaren Ereignis»strom«. Dafür steht z. B. das Kollektivsymbol des »Brandes«. Mit dieser Natur- und Vernichtungsmetapher beschreibt ein Artikel in der *Jungle World* die Entwicklung.²⁷ Doch entscheidenderes sprachliches Merkmal seines Textes ist die Wortwahl und der thematische Fokus. Anders als alle anderen Artikel berichtet er nicht direkt vom Abzug der Israelis, sondern von den palästinensischen Reaktionen. Diese beschreibt er mit einem Vokabular, das zum großen Teil aus der Beschreibung der nationalsozialistischen Judenvernichtungspolitik stammt. Damit wird eine assoziative Verknüpfung der Palästinenser/innen mit dem Nationalsozialismus her- und als ihre Hauptmotivation dargestellt. Zur leicht islamfeindlich lesbaren Beschreibung ihres Handelns und ihrer Ziele dienen Begriffe wie »Mob«, »judenfrei«, »Völkermord an den Juden« oder »Auslöschung jüdischer Existenz«,²⁸ die eine weitgehende Reduktion der arabischen Bevölkerung auf Gewalttätigkeit, Barbarei und ideologische Verblendung vornehmen. Ein zweites, aber deutlich schwächeres Beispiel für die mögliche Herstellbarkeit von Bezügen zum deutschen Diskurs um den Nationalsozialismus, diesmal unter umgekehrten Vorzeichen, entstammt der *jungen Welt*.²⁹ Hier ist bezogen auf die Pläne des »extrem rechten Premier« Scharon von dem »größten Gefangenenlager der Welt« die Rede, einem »gigantischen Hochsicherheitstrakt« ohne »Fluchtwege«, gegen den israelische »Anhänger einer ›sauberen ethnischen Lösung‹« lediglich deshalb Widerstand leisten, weil sie Sharons wahre Absichten nicht verstanden haben.

Inhaltlich-ideologische Aussagen

Schließlich empfiehlt Jäger auf spezifische Aussagen und Formulierungen zu achten, die einen Hinweis auf die ideologische Verortung von Autor/in und Text ermöglichen. Bestimmte Inhalte oder Formen legen eine Verwicklung in spezifische Diskurse und die Einnahme spezieller Diskurspositionen nahe, die für die Kontextualisierung eines Textes von Nutzen sein können. Im Gegensatz zu den anderen Unterpunkten bleibt Jäger hier sehr allgemein, deshalb ein Beispiel: Die Verwendung des Begriffs »Illegalisierter« zur Bezeichnung eines

27 »Tag der Brände«, in: *Jungle World*, 21.9.2005.

28 »Man muss kein Freund der israelischen Siedlungspolitik sein, um festzustellen, dass die Auslöschung jüdischer Existenz das erklärte Ziel des Mobs war, nicht die Wiederinbesitznahme unrechtmäßig annektierten Bodens.«

29 »Der Unverständene«, in: *junge Welt*, 16.8.2005.

Menschen ohne gültige Papiere oder Aufenthaltsstatus lässt vermuten, dass der/die Autor/in eine antirassistische Diskursposition einnimmt, über Diskussionen in diesem Lager informiert ist und dessen grundsätzliche Standpunkte teilt. Die Bezeichnung entstand in Abgrenzung zum Begriff des »Illegalen«. Beide Bezeichnungen stehen für spezifische Positionierungen im Diskurs um Einwanderung. Während »Illegale« eine Kriminalisierungs- und Einwanderer-als-Problem-Perspektive verkörpert, steht »Illegalisierte« für die Betroffenenperspektive und deren Kampf um die Rechte von Migrant/innen.

Zwei Schlüsselworte sollen hier erwähnt werden, durch die eine ideologische Markierungen erfolgt. Im erwähnten Artikel im *Freitag* ist die Rede vom »militärisch-industriellen Komplex«. Dieser auf C. W. Mills zurückgehende Begriff wurde v. a. im Schrifttum leninistischer Marxist/innen populär, die die Verknüpfungen von Rüstungsindustrie, Militär und Politik als Bestätigung der Thesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus deuteten. Somit legt die Verwendung des Begriffs eine Verortung des Autors in der antiimperialistischen, marxistisch-leninistischen Tradition nahe.

Ähnlich funktioniert die oben erläuterte Darstellung der Palästinenser/innen in Parallelität zum Nationalsozialismus als Marker der Verortung im Diskurs der antideutschen Linken. Die Zentralität des Holocaust für antideutsches Denken führte, wie der ausgewählte Text demonstriert, zu einer Generierung eines für sie universell einsetzbaren Deutungsmusters, welches aber in dieser Art der Thematisierung (Palästinenser/innen als Wiedergänger der Nazis) in den anderen Bereichen der Linken in keiner Form anschlussfähig ist (da dort Antisemitismus als Problem oft diminuiert wird, vgl. Ullrich 2008, S. 178 ff.).

Interpretation

Die Ergebnisse der bisherigen Analyseschritte werden abschließend in einer zusammenfassenden Interpretation verdichtet und systematisiert. Orientierend kann dabei die detailliert begründete Beantwortung der folgenden zentralen Fragen wirken (Jäger 2004, S. 185):

- Welche »Botschaft« vermittelt das Diskursfragment (Motiv, Ziel des Textes in Kombination mit Grundhaltung des/der AutorIn)?
- Welche sprachlichen und propagandistischen Mittel finden Verwendung? Wie ist Wirkung einzuschätzen?
- Welche Zielgruppe wird angesprochen?
- Welche Wirkung ist in welchem Kontext beabsichtigt?
- In welchem diskursiven Kontext befindet sich das Diskursfragment (Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtdiskurs, Bezug auf welche diskursiven Ereignisse)?

Alle Punkte zielen auf das Verständnis des Wirkens eines Diskursfragments innerhalb der Gesamtstruktur des Diskursstrangs.

Gesamtinterpretation des Diskursstranges

Die Gesamtinterpretation eines Diskursstranges erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden sämtliche Ergebnisse der Feinanalyse(n) und der Strukturanalyse zusammengefügt, um den Diskursstrang *einer Zeitung* darzustellen. Anschließend werden die Ergebnisse auf der Ebene der verschiedenen untersuchten Zeitungen zueinander ins Verhältnis gesetzt und schließlich in einer synoptischen Interpretation zusammengeführt.

Um Struktur- und Feinanalysen zueinander ins Verhältnis zu setzen, ist es wichtig, die Wirkungsweise eines Diskurses zu verstehen. Jäger führt hierzu aus, dass die Bedeutung eines einzelnen Textes gering und zudem empirisch schwer zu untersuchen sei. Die wirklichkeitsprägende Wirkung von Diskursen entsteht aus der Wiederholung einprägsamer Argumente, Bilder und Deutungsangebote (Billig 1995). Korpus-, Dossier- und Feinanalyse ergänzen sich deshalb dabei, die wesentlichen Aspekte herauszuarbeiten und präzise zu beschreiben. Die Vorstellung Jägers, die Diskursanalyse sei auch ein Beitrag zur (Medien-) Wirkungsforschung (Jäger 1999, S. 169 f.) erscheint allerdings vermessen, da die KDA tatsächlich nur die Produktions- oder Angebotsseite untersucht. Auch wenn die Annahme, die ständige Wiederholung bestimmter Bilder, Darstellungen und Deutungen würde Subjekte schaffen, die sich genau diese Deutungen zu eigen machen, sehr plausibel ist, ist damit eine Rezeptionsanalyse noch nicht ersetzt.

Tabelle 1 fasst noch einmal die empirischen Schritte des Prozesses der Kritischen Diskursanalyse zusammen und benennt die im jeweiligen Schritt verfolgten Erkenntnisziele, die jeweils untersuchte heuristische Strukturebene (Untersuchungseinheit) und die zum Erreichen dieser notwendigen Selektionsschritte am empirischen Material.

Forschungsphase	Erkenntnisziel	Untersuchungs- einheit	Selektion
1. Konzeptionierungsphase			
2. Erhebungsphase (Korpusgewinnung)	Sammlung des Gesamts des Sagbaren (Archiv)	alle Diskursfragmente	thematische Selektion
3. Strukturanalyse	Abbildung der inhaltlichen Grundstruktur des Diskursstranges	ein Dossier (Artikel, die alle inhaltlichen Variationen abdecken) je Zeitung	Reduktion um Redundanzen, Ordnung nach Zeitungen
4. Feinanalyse	Hypothesengenerierung und -überprüfung auf der Mikroebene	Einzelartikel (Diskursfragmente)	exemplarische Auswahl typischer Artikel
5. Interpretationsphase			

Tabelle 1: Die empirischen Phasen einer kritischen Diskursanalyse

Die synoptische Interpretation unserer Untersuchung offenbart einen linken Nahostdiskurs, der von binären Polarisierungen (proisraelisch/propalästinensisch) gekennzeichnet ist, die von eindeutig zuzuordnenden Diskurspositionen aus vertreten werden und mit unterschiedlichen ideologischen Elementen verbunden sind. Anschlüsse an rassistische, antisemitische und islamophobe Lesarten entstehen immer wieder durch Metaphern oder Kollektivsymbole sowie durch perspektivische Einseitigkeit, die zur Trivialisierung oder Leugnung von Ansprüchen, Bedürfnissen und Problemlagen der jeweils anderen Seite führt. Dies manifestiert sich in grundverschiedenen Sichtweisen auf die Ereignisse, in deren Präsentation sich manche Diskursfragmente auf die Gewalt radikaler Siedler konzentrieren, andere wiederum von Palästinenser/innen ausgehende Gewalt ins Zentrum rücken, sodass antagonistische Wissenssysteme produziert werden.

Doch über die Binnenstruktur hinaus werden übergreifende Charakteristika deutlich. Parteilichkeit ist ein generelles Prinzip, welches den Großteil der Diskursfragmente kennzeichnet. Dabei erfolgt eine Konzentration auf Gewaltpunkte, die zwar einerseits dem Realitätsgehalt des Gegenstands angemessen sein mag, andererseits in den denormalisierenden Diskurs über israelische/palästinensische Akteure des medialen Mainstreams einstimmt. Auffällig ist weiterhin die häufige, wenn auch oft indirekte Verschränkung des Diskursstranges mit Vokabular und Konzepten, die mit der deutschen NS-Geschichte zusammenhängen. Dies ist, wie die denormalisierende Gewaltfixierung, kein linkes Spezifikum. Im Vergleich mit dem Mediendiskurs der Mehrheitsgesellschaft fällt aber die Stärke und Radikalität der Polarisierung ins Auge.

Die Kritische Diskursanalyse ist ein vergleichsweise ausführlich und detailliert beschriebenes Verfahren, das einen guten Einstieg in das diskursanalytische Arbeiten ermöglicht. Es ist ein großes Verdienst des DISS, in zahlreichen Veröffentlichungen ein System aufeinander bezogener theoretischer und methodischer Begrifflichkeiten sowie einen praktischen Leitfaden für konkrete Analysen bereitgestellt und beides anhand anschaulicher Beispiele illustriert zu haben. Gelegentliche Inkonsistenzen in der Begriffsverwendung und teilweise unzureichend Definitionen der Konzepte können jedoch zu Verwirrung führen.

Der sprachwissenschaftliche Hintergrund des »Vaters« der KDA Siegfried Jäger ist an vielen Stellen spürbar. Dem sind unter anderem eine Reihe aufschlussreicher Analyseinstrumente zu verdanken. Andererseits ist so auch zu erklären, dass das sozialwissenschaftliche Fundament einiger Konzepte wenig ausgeleuchtet wird. Die Auseinandersetzung mit anderen qualitativen Methoden der Sozialwissenschaften ist sehr oberflächlich und auf wenige Alternativansätze begrenzt (Jäger 2004, S. 55 ff.). Impulse anderer, insbesondere hermeneutischer Ansätze könnten dazu beitragen, die ungeklärte Validität von Kategorieinteilungen und Interpretationen zu verbessern. In diesem Zusammenhang muss v. a. auf den methodisch hoch problematischen Schluss von der Analyse der Inhalte und Struktur eines Diskurses auf seine Rezeption hingewiesen werden. Damit einher geht das Problem, dass spezifische Äußerungen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diskurse eine Bedeutung annehmen können, die nicht unbedingt von dem/der Autor/in intendiert bzw. von einzelnen Rezipient/innen so verstanden werden. Während diese Diskrepanz für eine wissenschaftliche Betrachtung mitunter irrelevant ist, kann sie für politische Interventionen hoch bedeutsam sein. Denn einerseits stellt sich für Akteur/innen die wichtige Frage, wie Inhalte durch den diskursiven Kontext verändert werden und welche Konsequenzen dies für ihr Handeln hat. Andererseits wird die Bewertung von Diskursbeiträgen dadurch komplex, weil es unterschiedliche subjektive und diskursive Deutungsperspektiven gibt.

Abschließend sollte die gesellschaftliche Relevanz gewürdigt werden, die einschlägige Untersuchungen des DISS in den letzten zwei Jahrzehnten erlangen konnten. Insofern wird das Institut seinen Ansprüchen an das eigene Forschungsprogramm gerecht. Die Charakterisierung »kritisch« im Namen der Methode bezieht sich dabei vor allem auf dieses Programm, wie die relativ ausführliche Darstellung des Kritikverständnisses belegt. Das konkrete diskursanalytische Vorgehen weist bezüglich seines immanenten kritischen Gehaltes keine relevanten Unterschiede zu anderen Verfahren des Feldes auf. Aber als ein gut beschriebenes und praktikables Vorgehen für die Analyse linker Nahdiskurse hat es sich bestens bewährt.

ZUR DEBATTE UM DIE PARTEI »DIE LINKE«

EINFÜHRUNG

Im Frühjahr und Sommer 2011 war die Presseberichterstattung geprägt von Diskussionen über und Vorwürfen gegen die Partei DIE LINKE. Sie sei, so zumindest der dominantere Strang der Diskussion, durch und durch antisemitisch oder dulde doch zumindest Erscheinungsformen des Antisemitismus in ihren Reihen. Die Vorwürfe, gerade in der Kritik an Israel und am Zionismus und den damit verbundenen Kampagnen zeige sich eigentlich ein tiefsitzendes antisemitisches Ressentiment, waren nicht neu, doch es hatte verschiedene aktuelle Auslöser gegeben und vor allem kursierte eine sogenannte »wissenschaftliche Studie«, die den Argumenten der Kritiker/innen der Partei Substanz und wissenschaftliche Autorität zu verleihen schien. Tatsächlich waren einige der Vorwürfe gewichtig, manche durchaus auch im Kern berechtigt, was vor schon diskutiert wurde. Doch schnell war auch klar, dass sich hier eine längst festgefügte und bekannte Diskursstruktur wieder einmal reproduzierte, wenn gleich diesmal mit ungewöhnlicher medialer und politischer Resonanz. Eine solche überregionale mediale Aufmerksamkeit (allerdings weniger umfangreich und von kürzer Dauer) für Antisemitismusvorwürfe gegen die politische Linke hatte es zuletzt im Kontext der Kampagnen gegen den Irakkrieg gegeben, als eine Speaker-Tour israelkritischer Anti-Kriegs-Aktivist/innen wegen deren feindseliger Rhetorik heftig kritisiert wurde (Ullrich 2008, S. 189 f.).

Zu der reproduzierten Struktur dieser Diskussion gehört die reflexhafte und pauschale Zurückweisung aller Vorwürfe durch die angegriffene Seite. Die »Angreifenden«, denn es ging tatsächlich um weit mehr als nur Kritik an gewissen Missständen, sondern um eine grundsätzliche Abrechnung mit zumindest großen Teilen der Linken, praktizierten hingegen erneut eine an absolute Beliebigkeit grenzende Überdehnung des Antisemitismusvorwurfs. Neben der erkennbaren antikommunistischer Stoßrichtung der medialen und politischen Debatte,¹ deren Analyse hier nicht vertieft werden kann, ist sie also auch

1 Auffällig ist die Schärfe der Angriffe gegen die gesamte Partei. Vergleichbare Affären bei den Grünen, der FDP und der CDU/CSU, bei denen es zudem um manifesten Antisemitismus

aufschlussreich für das Verständnis aktueller Tendenzen der öffentlichen Kommunikation über Antisemitismus. Die in Kapitel 2 aufgeführten Charakteristika dieser Art unverantwortlicher, überdehnter, banalisierter und zum Herrschaftsdiskurs geronnener Antisemitismusvorwürfe (Superlativierungen, Moralisierung und Emotionalisierung, Ritual- und Floskelhaftigkeit, Selektivität und Dekontextualisierung) können an diesem Fall hervorragend en détail analysiert werden. Deswegen wurde neben einem Text, der diese Debatte des Jahres 2011 eher global einschätzt und einen während der Diskussion veröffentlichten Versachlichungsversuch darstellt, auch eine minutiöse Auseinandersetzung mit den Vorwürfen in der sogenannten Studie von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt aufgenommen. Da diese Texte zugleich Dokumente aus einer Debatte sind, wurden sie inhaltlich nicht verändert, auch wenn ich manche begriffliche Unterscheidung, beispielsweise zu den zentralen Analyseebenen, heute etwas anders akzentuieren würde (vgl. Kap. 2).

und nicht um bestimmte Formen der Israelkritik ging, führten interessanterweise nicht zu einer solchen Generaldiskreditierung (Fischer 2012).

KAPITEL 8

DEN LEISEN EIN MIKROPHON

Im aktuellen Antisemitismusstreit um die Linkspartei gilt es, postidentifikatorische Positionen zu stärken!¹

Der aktuelle Streit um antizionistische Positionierungen von Teilen der Linkspartei hat sich mittlerweile zu einer der größten linken Antisemitismusdebatten ausgewachsen. Mehr als bei ähnlichen Anlässen in der Vergangenheit handelt es sich diesmal auch um eine massenmedial ausgegragene und vor allem von außen in die Linke hinein getragene Diskussion.

Ausgangspunkt der Debatte war eine äußerst tendenziöse Vorabversion eines oft zu Unrecht als »Studie« bezeichneten Textes von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt, der von der *Frankfurter Rundschau* online verbreitet, dann von den meisten anderen großen Medien aufgegriffen und sogar zum Ausgangspunkt einer aktuellen Stunde des Bundestages wurde, die, anstatt zu Auseinandersetzung und Reflexion zu ermuntern eher zu einem antiextremistischen Tribunal geriet (so Js. 2011).

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Thema noch einmal zuteil, als sich Ende Juni der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann (2011), in der *Süddeutschen Zeitung* zu Wort meldete, und der Linken obsessive Einseitigkeit in ihrer antiisraelischen Agitation vorwarf. Die Ambivalenz dieser Obsession löste allerdings auch Graumann recht einseitig auf. Er kann sie nur als Erscheinungsform des Antisemitismus verstehen, der den antifaschistischen Anspruch der Linkspartei konterkarierte. Dass diese Obsession (und es ist nicht zu bezweifeln, dass es in der Geschichte der Linken tatsächlich immer wieder zu Obsessionen in der Palästinafrage gekommen ist) ihren Ausgangspunkt auch in der miserablen und ziemlich hoffnungslosen derzeitigen

1 Der Text erschien ursprünglich als Beitrag zur noch laufenden Debatte. Quelle: Ullrich, Peter: »Den Leisen ein Mikrofon! Im Antisemitismusstreit um die Linkspartei müssen Zwischenpositionen gestärkt werden«. *ak – Analyse und Kritik*, Nr. 563, 19.8.2011, S. 31.

Lebenssituation der Palästinenser/innen haben mag, kommt ihm nicht in den Sinn. Dabei liegt gerade in dieser Verquickung widersprüchlicher Momente der Schlüssel zum Verständnis einer Grauzone zwischen Rechts und Links.

Die mediale Berichterstattung war einseitig, unsachlich und von einem antikomunistischen Grundtenor geprägt. Sie ist jedoch im Sommerloch vererbt, während die Linke weiter diskutiert. Viele Reaktionen aus der Linken standen der allgemeinen Aufgeregtheit zudem in nichts nach. In einer am 8. Juni 2011 (nach dem demonstrativen Auszug einiger Abgeordneter einstimmig) verabschiedeten Erklärung mit dem Titel »Entschieden gegen Antisemitismus« grenzte sich die Linksfraktion von allen Initiativen im Nahostkonflikt ab, die eine Ein-Staaten-Lösung fordern, zum Boykott israelischer Produkte aufrufen oder dazu, sich an der diesjährigen Gaza-Flottille beteiligen. Damit tappte die Partei in die medial vorgegebene Falle. Sie hätte den Anlass nutzen können, um einen innerparteilichen Reflexionsprozess anzustoßen, der sich tatsächlich mit den Grauzonen verschiedener Nahostpositionierungen auseinandersetzt, hat sich stattdessen aber, getrieben von der Dauerpräsenz des Themas, dafür entschieden, den Vorgang quasi administrativ abzuschließen – wenn auch ohne Erfolg. Denn heftig war die Gegenwehr beispielsweise in der *jungen Welt* und von Seiten eher traditionslinker Gruppierungen und Personen innerhalb der Partei. Dort wurde der Antisemitismusvorwurf als bloßes Kampfmittel zurückgewiesen. Auch diese Position fand dann ihren Ausdruck in einem Fraktionsbeschluss (vom 28. Juni 2011), der sich gegen die inflationäre Verwendung des Antisemitismusvorwurfs wandte. Diesmal waren es die eher israelfreundlichen Abgeordneten, die dem Beschluss ihre Zustimmung verweigerten.

Beide äußeren Pole in dieser Diskussion (auf der einen Seite die Israelfreund/innen und besonders eifrigen Antisemitismuskritiker/innen, auf der anderen die Palästinafreund/innen, die leider auch oft Antisemitismusverharmloser/innen sind) sind so hochgradig ideologisiert (und bestimmen damit leider auch die Dynamik der Auseinandersetzung), dass sie das Wesen des Problems nicht erfassen, obwohl es durchaus einer diesbezüglichen kritischen Selbstreflexion bedürfte. Denn während klar ist, dass der von Salzborn/Voigt aufgebrachte Vorwurf eines antizionistisch-antisemitischen *Konsenses* in der Linken wegen klar anderslautender Beschlüsse, hochgradig differierender Meinungen und einem schon länger geführten konflikthaften Diskurs um die Thematik so nicht haltbar ist, hat er doch einen rationalen Kern.

Um diesen zu verstehen, muss man sich zunächst bewusst machen, dass Antisemitismus weit mehr sein kann als explizite negative Einstellungen zu und Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden. Dieses Problem spielt unter Linksaktiven ohnehin bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Ebenso ist der stalinistische Versuch, »jüdisch-zionistische Verschwörungen« für Probleme beim Aufbau des Sozialismus verantwortlich zu machen, heute von vorrangig historischem

Interesse – als ein trauriger Bestandteil des linken Erbes. Antisemitismus, und hier stellt sich das Problem für die Linke, kann aber auch als individuell nicht intendierte Struktur auf der Bedeutungsebene des gesellschaftlichen Diskurses entstehen. Dabei gibt es gerade im Kontext der Israelkritik keine einfachen Kriterien, die bestimmte Ideen, Einstellungen oder Handlungen als eindeutig antisemitisch oder nicht klassifizieren, sondern es hängt oft eher vom jeweiligen Äußerungs- und Rezeptionskontext ab, ob die entsprechenden Diskursfragmente *anschlussfähig* an den Antisemitismus sind. Mit dem Begriff der Anschlussfähigkeit wird auf die Mehrdeutigkeit vieler Positionen im Themenfeld hingewiesen, wo Intentionen, manifester Aussagegehalt und Rezeptionsweisen weit auseinanderklaffen können und eine sehr breite Grauzone bilden. Anstatt Antisemitismusrwürfe inflationär zu verbreiten oder als bloße Unterstellung abzuwehren, gilt es eine Sensibilität für die jeweiligen Kontexte zu entwickeln, ein Gespür dafür, als was eigenes Tun und Lassen jeweils gedeutet werden kann.

Das derzeit wichtigste Einfallstor für antisemitische Anschlüsse ist eine in der Palästinasolidarität gründende Israelkritik, die in einer zugespitzten Freund-Feind-Logik Augenmaß, Distanz und damit letztlich auch den menschenrechtsuniversalistischen Anspruch der *allgemeinen* Emanzipation aufgibt. Verschiedene bisher aufgestellte Kriterien können bei der Sensibilisierung hilfreich sein, auch wenn sie keine eindeutigen Antworten zu vermitteln in der Lage sind. An palästinasolidarische politische Positionierungen sollten folgende Fragen gestellt und möglichst mit »ja« beantwortet werden:

- Werden an Israel die gleichen Kriterien wie an andere Länder/Konflikte angelegt?
- Werden die legitimen Interessen aller beteiligten Menschen, auch der Israelis, mit bedacht?
- Wird eine Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus vermieden?
- Wird die besondere Bedeutung der Shoah und des Antisemitismus als ein Grund (unter anderen!) der Entstehung Israels anerkannt?
- Ist man in der Lage, die Konfliktparteien nicht nur als homogene Blöcke zu sehen, sondern auch ihre innere Widersprüchlichkeit wahrzunehmen und auch die unterstützte Konfliktpartei in verschiedenen Punkten zu kritisieren?
- Schließt man Bündnisse mit rassistischen und antisemitischen Kräften aus?
- Werden keine antisemitischen Stereotype verwendet?
- Werden nicht fälschlich Jüdinnen und Juden für die israelische Politik verantwortlich gemacht oder Antisemitismus mit der israelischen Politik rationalisiert?

Letzteres ist das wohl klarste Indiz für eine antisemitische Position, und für alle Punkte gibt es Negativbeispiele auch von links. Die Schwierigkeit des Agierens

in der Grauzone kann man an der Boykottforderung aufzeigen. Diese ist sicher nicht an sich antisemitisch, sie hat keinen kontextfreien Wesenskern. Angesichts des klaren Völker- und Menschenrechtsbruchs, den die Aufrechterhaltung und andauernde Vertiefung der Besetzung darstellt, gehört sie zum zu erwägenden strategischen Repertoire einer Bewegung gegen die Besetzung, und insbesondere dann, wenn sie sich gegen Waren aus den komplett illegalen und illegitimen Siedlungen richtet. Und doch, wer wollte Dieter Graumann (2011) widersprechen, wenn er zum Thema Boykott (und gerade in Deutschland) sagt: »Man möge uns Juden verzeihen, dass wir manchmal eine schmerzliche, 70 Jahre alte Erinnerung haben.« Man könnte dies vielleicht als »Befindlichkeit« abtun, da es beim Boykott ja um Israel und nicht um die Jüdinnen und Juden als solche geht. Vielleicht ginge das, wenn es in Deutschland keinen Antisemitismus gäbe (aber es gibt eine weite Verbreitung in der gesamten Gesellschaft vom rechten Rand bis in die Mitte und auch links) und wenn es in allen politischen Lagern wirklich die immer geforderte klare Trennung zwischen Israel und dem Judentum gäbe. Doch solange es ein weitverbreitetes Verständnis dafür gibt, dass man wegen der israelischen Politik Jüdinnen und Juden »unsympathisch« findet (auch das zeigen Meinungsumfragen immer wieder), muss man das klar ablehnen. Und diejenigen, die glauben, sich angesichts des schrecklichen palästinensischen Leids einfach über solche jüdische »Befindlichkeiten« hinwegsetzen zu können und unbeschwert boykottieren oder sich mit offen antisemitischen Kräften verbrüdern (auch dafür gibt es leider Beispiele), sind in der Grauzone unterwegs nach rechts.

Doch ob dieses Phänomen quantitativ so bedeutsam ist, muss kritisch analysiert werden. Gerade durch die Antisemitismuskussionen der vergangenen Jahrzehnte, vom Entsetzen über den Anschlag gegen die israelische Olympiamannschaft, über das Hafenstrassenbild und die eskalierenden Antideutschen-Debatten während der zweiten Intifada und des Irakkrieges, haben sich immer mehr Positionierungen abseits der totalen Identifizierung herausgebildet, die sich insbesondere dadurch auszeichnen, dass sie unterschiedliche Ebenen und Kontexte der Debatte getrennt voneinander betrachten. Solche Ansichten stehen zwischen den Lautsprechern beider Seiten, die ihre Extrempositionen durchzusetzen versuchen. Und noch etwas schafft einen falschen Eindruck: Während im Gegensatz zu einem konstruierten »antizionistischen Konsens« eine grundlegende Empathie mit den Palästinenser/innen sicherlich in der Linken dominant ist, ist doch das Thema für viele auf ihrer politischen Prioritätenskala weit unten angesiedelt. Für eine Versachlichung der Debatte und eine Stärkung von Zwischenpositionen wird es also unumgänglich sein, dass auch diese Desinteressierten sich mit dem Thema befassen und vielleicht gerade durch ihre relative Distanz zur Entemotionalisierung beitragen. Es wird Zeit, dass die stille Mehrheit, dass die, die zwischen den Stühlen sitzen, lauter werden!

KAPITEL 9

IST »DIE LINKE« ANTISEMITISCH? ÜBER GRAUZONEN DER »ISRAELKRITIK« UND IHRE KRITIKER

(zusammen mit Alban Werner)¹

Einleitung

Der Aufsatz »Antisemiten als Koalitionspartner« von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt (Salzborn; Voigt 2011a) erregte noch vor seinem eigentlichen Erscheinen großes Aufsehen. Mit ihrer These, der zufolge der »antisemitische Antizionismus innerhalb der ›Linken‹ inzwischen zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden ist« (Salzborn; Voigt 2011b), konnten sie mediale Berichterstattung in allen großen Medien generieren. Die Debatte kulminierte in einer aktuellen Stunde des Bundestages zu »Aktuelle[n] sozialwissenschaftliche[n] Untersuchungen zu möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei Die Linke«. ² Auch wenn die inzwischen publizierte Fassung im Vergleich zu ihrer öffentlich diskutierten Vorabversion in einigen Punkten relativiert ist und bestimmte unhaltbare Behauptungen vorsichtig abschwächt, kann sie doch nicht unkommentiert stehen bleiben. Dies gilt einerseits wegen der hohen Bedeutung der von den Autoren angesprochenen Problematik und andererseits wegen eklatanter Schwächen beim Versuch, diese zu bearbeiten.

Zum Ersten: Antisemitismus ist ein virulentes gesellschaftliches Phänomen, vor dem auch Linke im Allgemeinen und die Partei DIE LINKE im Besonde-

1 Erstveröffentlichung: Ullrich, Peter; Werner, Alban 2011: Ist »DIE LINKE« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritik« und ihre Kritiker, *Zeitschrift für Politik* 58 (4), S. 424-441.

2 http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34536798_kw21_de_linke/index.html [2011-05-10].

ren nicht gefeit sind. Auch wenn der Antisemitismus von links, wie zu zeigen sein wird, vorrangig aus anderen Quellen schöpft und v. a. besser als Grauzone der Anschlussfähigkeit von Aspekten der Israelkritik beziehungsweise Palästinasolidarität an Antisemitismus thematisiert werden sollte, ist eine selbstkritische Reflexion von Strömungen in der Partei über diese Problematik angezeigt. DIE LINKE ist ebenso wie andere Organisationen und Parteien Teil der deutschen Gesellschaft, in der unterschiedliche Spielarten von Antisemitismus in verschieden starker Intensität existieren. Es wäre naiv, anzunehmen, dass sich DIE LINKE davon vollständig abschotten kann. Schließlich kommen sozialwissenschaftliche Studien über rechte, chauvinistische und exklusivistische Einstellungen in Deutschland regelmäßig zu dem Ergebnis, dass es bei einem Teil der deutschen Bevölkerung hartnäckige Vorurteile und Ressentiments gibt, zu denen auch der Antisemitismus zählt (Decker u. a. 2010 a, S. 17 ff.). Die Studie »Die Mitte in der Krise« findet bei 8,4 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik antisemitische Einstellungen (9,5 % in den alten und 4,2 % in den neuen Bundesländern) (Decker u. a. 2010 a, S. 23). Andere Studien kommen zu noch höheren Werten. Auch Anhänger/innen von Gewerkschaften und linken Parteien sind davon, wenngleich bei Letzteren weniger als die Anhänger/innen von Parteien der Mitte und rechten Parteien, betroffen (Decker u. a. 2010 a, S. 85 f.).

Zum zweiten ist aufgrund des Themas eine angemessene *politische Sensibilität* geboten. Jemanden als Antisemiten/in bzw. eine Handlung oder Äußerung als antisemitisch zu bezeichnen, ist ein schwerwiegender Vorwurf mit hohem Stigmatisierungspotenzial. »Antisemitismus« gilt [zu Recht!, d. A.] als solcher als Attribut, das Personen moralisch diskreditiert und in der Sache jede weitere Diskussion erübrigt. Wenn jemand als ›Antisemit‹ gilt, ist er moralisch disqualifiziert, eine als ›antisemitisch‹ markierte Position wird indiskutabel« (Erb; Kohlstruck 2006, S. 2).

Gegenüber der unautorisierten Vorab-Veröffentlichung ihres Textes vom Mai 2011 haben die Autoren die nun erschienene Fassung an verschiedenen Stellen abgeschwächt bzw. modifiziert. Doch noch immer steht folgender Vorwurf im Raum: »Die grundlegenden Prinzipien eines großen Teils der Partei ›Die Linke‹ sind der Antiimperialismus und damit einhergehend die radikale Gegnerschaft zum Staat Israel.« (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 298) Zudem dominiere eine israelfeindliche Position die Bundestagsfraktion (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 308) und »ein antizionistischer Antisemitismus die öffentlichkeitswirksamen Positionierungen der Partei ›Die Linke‹ seit dem Jahr 2010« (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 291). Zwar wird die Diagnose solcher Positionierungen sektoral auf *außenpolitische* Positionen zugespielt – allerdings sei hier der antizionistische Antisemitismus nicht mehr nur eine marginale Strömung innerhalb der Partei«, sondern habe sich inzwischen zur »dominanten Positionierung« in

diesem Bereich verdichtet (Salzborn; Voigt 2011a, S. 292). Die Autoren sehen sogar Hinweise für einen Trend hin zur Bildung einer »links-jihadistischen Querfront« zwischen der Linkspartei und »Islamisten und Terrororganisationen« (Salzborn; Voigt 2011a, S. 307).

Der LINKEN radikale Israelfeindschaft und antizionistischen Antisemitismus nachzuweisen gelingt den Autoren jedoch keinesfalls. Ihr Aufsatz genügt in verschiedener Hinsicht grundlegenden wissenschaftlichen Kriterien nicht. Das fragliche Papier ist, erstens, methodisch mangelhaft und zum Teil nicht nachvollziehbar, es ist, zweitens, logisch an mehreren wichtigen Stellen inkonsistent und weist eine äußerst selektive und reduktionistische Behandlung von Stellungnahmen und Ereignissen auf, die als unsorgfältige Recherche bzw. Bagatellisierung oder Unterschlagungen von Gegenargumenten interpretiert werden müssen. Dies geschieht, drittens, vor dem Hintergrund einer selektiven Rezeption des Forschungsstandes, der deutlich abweichende Interpretationsmöglichkeiten für das vorgelegte Material eröffnet, die nicht diskutiert werden. Die Schwere der Vorwürfe und ihre hohe mediale Resonanz verlangen angesichts dieser Schwächen nach einer entsprechend detaillierten Auseinandersetzung, die im Folgenden entlang dieser drei Hauptaspekte erfolgen wird.

Fragwürdige Methoden

Eine große Schwäche des Aufsatzes von Salzborn und Vogt ist sehr basaler Natur. Die Autoren von »Antisemiten als Koalitionspartner?« bleiben den Leser/innen eine Offenlegung ihres methodischen Vorgehens schuldig. Sie nehmen Generalisierungen und Quantifizierungen vor und machen Verlaufsaussagen, ohne auch nur ansatzweise über die dafür notwendige Datenbasis zu verfügen. Diese rekonstruierbare Datenbasis sind Berichte über verschiedene politische Aktionen und Positionierungen, insbesondere hinsichtlich der Teilnahme von Linken-Parlamentarier/innen an der sogenannten »Gaza-Flottille«, deren Vorgeschichte und die darauf folgenden Reaktionen. Nicht offengelegt wird, welche Kriterien die Auswahl des eher anekdotisch präsentierten Materials leiteten und insbesondere, mit welcher Berechtigung – und dies ist der gewichtigste Einwand – von diesem Material auf die Partei als Ganze geschlossen wird.

Wer einer *Partei* das Bekenntnis zu einem bestimmten Weltbild wie dem Antisemitismus nachweisen möchte, muss anders vorgehen als beim Nachweis nur gegenüber einzelnen Mitgliedern oder herausgehobenen Funktionär/innen. Eine Partei ist eine Organisation. Und Organisationen gelten in der Sozialwissenschaft dann als eigenständige Akteurinnen, wenn von ihnen Wirkungen ausgehen, die man nicht nur einzelnen Mitgliedern oder Untereinheiten zurechnen kann. Diese Wirkungen müssen innerhalb der Organisation ausge-

wählt und mit einem bestimmten Sinn versehen sein, damit sie als Handlungen der Organisation, hier: der Partei, beschrieben werden können (Geser 1990, S. 402 f.).

Dieser Nachweis könnte geführt werden durch: den Nachweis einer geteilten Ideologie der Parteimitglieder, Beschlüsse, mit denen das Handeln der Parteiorganisation festgelegt wird oder die Positionierung ihrer Eliten. Erfolgt dies tatsächlich?

Ideologischer Konsens

Die erste Möglichkeit wird ausgeschlossen. Die Autoren wollen »explizit keine Aussage über die Verankerung des antizionistischen Antisemitismus in der Parteibasis getroffen haben«, da die gewählte Methode »hierüber keine Erkenntnisse ermöglicht« (Salzborn; Voigt 2011a, S. 292). Der ideengeschichtliche Abriss zum Thema »Linke und Antisemitismus« könnte in eine ähnliche Richtung weisen, wenn er das Fortwirken eines ideologischen Erbes thematisieren würde, was zunächst auch plausibel erscheint. Es bleibt jedoch undeutlich, welchen Nachweis das Referat über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Theoretiker sowie der DDR und der westdeutschen Linken zum Antisemitismus hier konkret leisten soll. Nur der letzte Punkt steht in einem mit der heutigen Situation vergleichbaren politischen Kontext (der Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete). Dabei führen die Autoren einige Beispiele aus Gruppen vor allem der militanten Linken der alten Bundesrepublik sowie die defizitäre Auseinandersetzung mit dem Problem in der DDR an. Nicht erwähnt wird, dass die damalige PDS sich im Umbruch 1989/90 mit dem Antizionismus der SED auseinandersetzte, der letzte Ministerpräsident Hans Modrow Israel symbolische Entschädigungszahlungen anbot und die PDS-Fraktion die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen mitrug, in der sich die Volkskammer für die »Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel« entschuldigte (Timm 1997, S. 333 ff. und 588).

Für Westdeutschland belassen es die Autoren bei einer anekdotischen Aufzählung von antisemitischen Ausfällen, die tatsächlich als dunkles Kapitel der Geschichte der deutschen Linken nicht zu bestreiten sind. Die sich anschließenden innerlinken Debatten und die langfristige Herausbildung dezidiert anti-antizionistischer und sogar prozionistischer Positionen innerhalb der politischen Linken wird jedoch nicht thematisiert – ein Grundmuster, das sich durch den gesamten Text zieht. Offen bleibt vor allem die Frage, wie sich die z. T. gewalttätigen Aktionsformen militanter Gruppen aus den 1970er Jahren in die 35 Jahre später gegründete LINKE fortgesetzt haben sollen. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Heterogenität der westdeutsch verankerten

WASG (neben der Linkspartei/PDS die andere, auch von den Autoren erwähnte (Salzborn; Voigt 2011a, S. 293) Quellpartei der LINKEN), die u. a. sozialdemokratische, gewerkschaftliche und trotzkistische Strömungen vereinigte, jedoch kaum in einem Zusammenhang mit den militanten Antiimperialist/innen und Autonomen steht.

Die empirischen Untersuchungen, die zumindest für die Parteianhängerschaft vorliegen und für die Anhänger/innen der LINKEN die niedrigsten Antisemitismuswerte im Vergleich aller Parteien ausweisen (mit Ausnahme der westdeutschen Anhängerschaft der Grünen), finden keine Erwähnung (Decker u. a. 2010a, S. 85f.).

Klare Beschlusslage?

Die überzeugendste Variante für den Nachweis einer antisemitisch-antizionistischen Positionierung der Partei DIE LINKE läge im Aufweisen entsprechender Beschlüsse zentraler Gremien. Schließlich markieren Beschlusslagen den legitimen Spielraum für Handlungen und Äußerungen und stehen programmatische Festlegungen zusammen mit der Selektion des Spitzenpersonals im Fokus der innerparteilichen Machtverhältnisse. Allerdings kann der Umgang der Autoren mit den Beschlusslagen der Linkspartei-Gremien nicht überzeugen.

Sie glauben, mit der Positionierung der Linksfraktion im Bundestag zum Nahostkonflikt vom 20.4.2010 einen Beschluss vorweisen zu können, der »den antizionistischen Kräften nachhaltig den Rücken stärkte und zugleich die wenigen parteiinternen Kritiker [wie etwa Petra Pau oder den Bundesarbeitskreis Shalom innerhalb der Jugendorganisation der Partei] in ihre Schranken wies« (Salzborn; Voigt 2011a, S. 304). Abgesehen von der Bagatellisierung wichtiger Inhalte dieses Parteibeschlusses (Bekanntnis zur Unrelativierbarkeit deutscher Verantwortung gegenüber Israel, gegen Antisemitismus und zum israelischen Existenzrecht, s. u.) zeigt ein leicht via Internet recherchierbarer Artikel der *Jüdischen Allgemeinen* hierzu eine etwas andere innerparteiliche Gemengelage auf. In der Zeitung werden die »parteiinternen Kritiker« vom Bundesarbeitskreis Shalom innerhalb der Linksjugend wie folgt zitiert: »Was die Linke-Fraktion bei vier Enthaltungen und einer Gegenstimme der Abgeordneten Christine Buchholz beschlossen hat, findet auch die Zustimmung der israelfreundlichen Kreise der Partei. ›Wir sind froh, dass es das Papier überhaupt gibt«, sagt Benjamin Krüger, Sprecher des BAK Schalom, und lobt zum Beispiel die Forderung nach einem israelisch-palästinensisch-deutschen Jugendwerk. Nicht einmal die Offerte an die Hamas stört BAK Schalom. ›Dass die politischen Akteure im Nahen Osten miteinander sprechen müssen, ist nachvollziehbar«, sagt Krüger. ›Anders ist es aber mit der Linken: Wir sind kein

staatlicher Akteur, wir müssen mit der Hamas nicht reden, und wir sollten das auch nicht«.³

Dass innerparteiliche Beschlusslagen im Gegensatz zu den Handlungen einzelner Personen, die den größten Platz der Darstellung beanspruchen, generell von den Autoren nicht hinreichend gewürdigt werden, ist erstaunlich. Zwar gibt es, zumindest bisher, keine Äußerungen zu Israel und Nahostkonflikt im Programm der Partei (obwohl im Zuge der Diskussion um das aktuelle Programm darüber nachgedacht wird⁴), wohl aber neben dem genannten Fraktionsbeschluss einen im Tenor ähnlichen Beschluss des Parteivorstandes über »Eckpunkte für das Herangehen der Partei DIE LINKE an den israelisch-palästinensischen Konflikt« aus dem Jahre 2009,⁵ der sich gegen einseitige Parteimahnahmen im Konflikt und gegen Gewaltanwendung ausspricht, die deutsche Verantwortung für Israel und das Recht auf eine gesicherte Existenz des jüdischen Volkes in einem eigenen Staat betont und sich deutlich von jeder Kritik an Israel distanziert, die mit antijüdischen Klischees oder Holocaustvergleichen argumentiert. Auf der Homepage der Linksfraktion finden sich zudem stichwortartig grundlegende Positionierungen der Partei zu verschiedenen Themen. Auch dort wird das Thema Nahostkonflikt zuerst in einen erinnerungspolitischen Rahmen gestellt, aus dem Verantwortung für das israelische Existenzrecht und gegen jede Art von Antisemitismus abgeleitet werden.⁶

Auch andere Beispiele, die von den Autoren z.T. selbst angeführt werden, zeugen bei genauerem Hinschauen nicht von einer antizionistisch-antisemitischen Beschlusslage der LINKEN. So führen sie an, dass elf Abgeordnete sich weigerten, am 4.11.2008 der Resolution des Bundestags »Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken« zuzustimmen – mit der Begründung, dass die Erklärung jegliche Kritik an Israel für illegitim erkläre (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 302 f.). Gegen Salzborns und Voigts Konsens- bzw. Dominanzthese sprechen zunächst v.a. die anderen 40 Linke-Abgeordneten, die dem Beschluss zustimmten. Völlig unbeachtet lassen die Autoren aber, dass alle anderen Fraktionen des Bundestages die Linksfraktion auf Drängen der CDU/CSU vom Kreis der Antragsteller ausgeschlossen hatten und die Linksfraktion daraufhin

3 Martin Krauss: Für Frieden und Hamas. Die Linkspartei formuliert ihre Haltung zum Nahen Osten, 29.4.2010, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7323> [2011-05-20].

4 Anmerkung zur Wiederveröffentlichung: Dies hat sich inzwischen geändert; das Bekenntnis zum Existenzrecht Israel wird im Erfurter Programm von 2011 als historische Verpflichtung aufgeführt.

5 <http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20082010/beschlusse/eckpunktefuerdasherangehenderparteiidielinkeandenisraelischpalaestinensischenkonflikt/> [2013-05-19].

6 <http://linksfraktion.de/themen/nahostkonflikt> [2013-05-19].

einen wortgleichen Antrag einbrachte,⁷ und gerade nicht, wie die Autoren behaupten, einen »Gegenantrag«. Zum anderen werden die Begründungen der Ablehnenden nicht diskutiert. Die entsprechenden Abgeordneten betonen insbesondere die affirmative Bezugnahme der Bundestagsresolution auf den Begriff der »Staatsräson« – auf den zuvor Angela Merkel und Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion, in Reden positiv Bezug genommen hatten. »Staatsräson« bedeutet ideengeschichtlich wie realpolitisch die Selbstbehauptung des Staates unter Zuhilfenahme notfalls auch amoralischer Mittel. Dass diejenigen Teile der Linkspartei, deren linkssozialistische Ideologie auf ein »Absterben« repressiver Staatsapparate abzielt, diesen Begriff ablehnen,⁸ muss als Motiv ebenso ernst genommen werden.

Die genannten Beispiele wichtiger Kristallisationspunkte für die Politik der Linkspartei zu Antisemitismus und Nahost im Untersuchungszeitraum zeigen also gerade nicht, dass man von einer mehrheitsfähigen antizionistisch-antisemitischen Ideologie sprechen kann. Offensichtlich ist die Beschlusslage der LINKEN weniger angreifbar, als Salzborn/Voigt behaupten, und zugleich fallen die Positionen, die dort vertreten werden, deutlich komplexer aus.

Elitenpositionierung

Die in den Beschlusslagen und der nicht einheitlichen Zustimmung zum Ausdruck kommende Heterogenität zeigt, dass es politisch einen Unterschied bedeutet, wer DIE LINKE im Hinblick auf nahostpolitische Fragen repräsentiert – ob sich etwa die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz und die Teilnehmer/innen der Gaza-Flottille oder aber ihre Kolleginnen, die Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau bzw. die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping zum Thema Nahostkonflikt äußern. Noch deutlicher wurde dies in der durch die Vorabversion des Textes von Salzborn und Voigt mit angestoßenen medialen Debatte im Frühjahr und Sommer 2011. Verschiedene Vertreterinnen der Partei kritisierten darin antizionistische Positionierungen, während aus dem traditionslinken Flügel diese Vorwürfe als insbesondere hinsichtlich des Antisemitismusvorwurfs unbegründet zurückgewiesen worden. Auch bei früheren Zuspitzungen im Nahostkonflikt führten antizionistische Positionierungen schon zu Widerspruch aus der Partei (Ullrich 2008, S. 185 f.).

Tritt dieser Fall ein, dass man die zu untersuchende Handlungsorientierung und Wahrnehmungsstruktur nicht der Organisation (d. h. hier der Partei DIE LINKE oder der kleineren Gruppe ihre Eliten) als *Ganzer* zurechnen kann,

7 »Antisemitismus-Resolution grenzt Linke aus«, Süddeutsche Zeitung, 4.11.2008.

8 Vgl. die ausführliche Kritik von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht u. a. an Gysis Rede (2008).

»bedeutet dies, dass wir für die Erklärung des Handelns von korporativen Akteuren [...] auch die Handlungsorientierungen der in der und für die Organisation handelnden Individuen erheben müssen« (Mayntz; Scharpf 1995, S. 67). Eine repräsentative Erhebung von Handlungsorientierungen bei Parteimitgliedern oder wenigstens Funktionsträger/innen der LINKEN liegt bisher nicht vor und wurde auch von Salzborn/Voigt nicht vorgenommen. In Ermangelung entsprechender Daten sind aber auch keine plausiblen Schlüsse darüber möglich, auf wie viel Zustimmung beispielsweise die von Salzborn/Voigt überhaupt nicht aufgegriffene Rede Gregor Gysis über »Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel« (Gysi 2008) innerhalb der Parteibasis oder -elite trifft. In dieser vielbeachteten Rede hatte sich einer der wichtigsten Köpfe der Partei anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung Israels klar gegen antiimperialistischen Antizionismus und für die Solidarität mit dem Staat Israel als Teil der deutschen Staatsräson ausgesprochen.

Angesichts der innerparteilichen Heterogenität muss eine weitere Möglichkeit in Betracht gezogen werden, nämlich die, der Parteilite wenn nicht schon ein Bekenntnis, so doch zumindest ein ambivalentes Verhältnis zum Antisemitismus nachzuweisen. Wenn diese sich nicht durch als antisemitisch zu qualifizierende Beschlüsse und auch nicht durch eine dominante antisemitische Ideologie auszeichnen, so kann sie die Verbreitung antiisraelisch-antisemitischer Ressentiments doch befördern, wenn sie in ihrer realen politischen Praxis beispielsweise nicht darauf achtet, ob unter ihren Bündnispartner/innen auch antisemitische Akteure sind. Die außenpolitischen Positionierungen, in denen der Kritik von Salzborn/Voigt Plausibilität zukommt, beziehen sich auf Handlungen exakt diesen Typs. Ihre Argumentation stützt sich im Wesentlichen darauf, dass zwei aktive und ein ehemaliger Abgeordneter der LINKEN sich an der umstrittenen »Gaza-Flottille« beteiligt haben (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 298 ff.). An dieser Flotte waren auch reaktionäre türkische Gruppen beteiligt, die in Kontakt zu islamistischen Organisationen stehen und deren deutsche Ableger vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 12. Juli 2010 verboten wurden. Trotzdem liegt hier eher ein Fall in der Grauzone zwischen problematischer Tolerierung antisemitischer Akteure vor, als ein Nachweis von Praktiken, die explizit die Zerstörung Israels zum Ziel haben.

Weitere Aspekte

Neben dem zentralen Argument, dass sowohl der gewählte methodische Zugang als auch die empirischen Daten nicht geeignet sind, der Partei DIE LINKE als Organisation antisemitischen Antizionismus nachzuweisen, erscheinen andere methodische Ungenauigkeiten relativ banal und sollen deshalb hier nur kurz

Erwähnung finden. Auffällig sind insbesondere Verlaufsassertionen, die den gesamten Text durchziehen.⁹ Obwohl nur qualitative Daten vorliegen, ist der Text an verschiedenen Stellen von einer quantifizierenden Sprache geprägt.¹⁰ Und die Autoren treffen Aussagen über nicht selbst untersuchte und auch nicht mit Sekundärliteratur belegte Objektbereiche.¹¹ Tatsächlich werden hier u. U. ernsthafte Probleme angesprochen; doch ein großer Teil der Schlüsse ist nicht belegt, viele Interpretationen sind maßlos übertrieben. Solcherart nicht abgesicherter Aussagen erreichen trotzdem einen Zweck – sie untermauern zumindest dem Anschein nach die an sich schwache und tendenziöse Argumentation und tragen somit zu einem völlig irreführenden Gesamtbild bei. Dies beginnt schon in der ersten Zeile des Aufsatzes, in welcher sich die Autoren als Tabubrecher inszenieren. Abgesehen davon, dass dies sonst zum Repertoire des Antisemitismus und Antizionismus gehört, ist es v. a. inhaltlich haltlos, im Angesicht einer seit 40 Jahren in der Linken und auch massenmedial geführten Debatte um linken Antisemitismus.

Reduktionismus und selektive Materialbearbeitung

Schon an den bisher analysierten Passagen wird deutlich, dass die Autoren des Papiers »Antisemiten als Koalitionspartner?« generell sehr einseitig mit ihren ohnehin nicht systematisch, sondern bestenfalls locker anekdotisch ausgetretenen Beispielen für Antisemitismus innerhalb der LINKEN umgehen. Die dabei zutage tretende starke Voreingenommenheit zeigt sich nicht nur in der Wahl der Beispiele, sondern auch in der Art ihrer Präsentation, insbesondere in der konsequenten Negierung des Einflusses außenpolitischer Erwägungen auf die Nahostpositionen der Partei DIE LINKE.

Neben der Beteiligung von linken Mandatsträger/innen an der »Free Gaza«-Flottille führen Salzborn und Voigt eine Reihe von Einzelfällen zur Begründung ihrer These auf, wobei sie Auseinandersetzungen innerhalb der Herforder Linkspartei um die finanzielle Unterstützung der lokalen Synagoge, das Vorkommen antisemitischer Symboliken bei einer linken Solidaritäts-Demonstra-

9 Salzborn und Voigt (2011): »seit Anfang des Jahres zunehmend« (290f.), »verlieren immer mehr an Bedeutung« (291), »Wandlungsprozess«, »zunehmend zur außenpolitisch dominanten Position Positionierung verdichtet hat« (292), »Höhepunkt einer längeren Entwicklung« (301).

10 Ebd.: »dominanter«, »prägen«, »zunehmend« (290f.), »Prinzipien eines großen Teils« (298), »nicht selten wurden diese Veranstaltungen für antisemitische und antiisraelische Propaganda benutzt« (300), »kaum noch wahrzunehmen« (307).

11 Z. B. über die Medienberichterstattung und die Bedeutung moderater Positionen in dieser (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 307) oder die bei einer Veranstaltungsreihe »nicht selten« vortragene antisemitische und antiisraelische Propaganda, die mit der Äußerung eines (!) Gastes einer Diskussionsveranstaltung belegt werden soll (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 300).

tion in Bremen sowie mehrere Vorkommnisse im Duisburger Kreisverband der Linken aufgreifen. Leider werden die Leser/innen völlig im Unklaren darüber gelassen, nach welchen Kriterien gerade *diese* Beispiele ausgewählt wurden und nicht andere. Damit allerdings ein Ereignis als »Fall« eines größeren Problems klassifiziert werden kann, muss doch zunächst erörtert worden sein, worin der »Fall« denn überhaupt besteht.¹² Stattdessen bleibt ein hoher Interpretationsspielraum (und größere, methodisch höchst problematische Willkür) bezüglich dessen, was den Autoren zufolge als »radikale Gegnerschaft zum Staat Israel« (Salzborn; Voigt 2011a, S. 292) ausgezeichnet werden kann, auf eine klare Operationalisierung wird verzichtet (s. u.). Dass dieser Befund auf die »grundlegenden Prinzipien eines großen Teils der Partei »Die Linke« bezogen wird (Salzborn; Voigt 2011a, S. 4) zeigt zudem, dass die Autoren die eingangs erwähnte Relativierung ihrer ursprünglichen Thesen – z. B. die Einschränkung auf Außenpolitik – nicht konsequent durchhalten.

An zwei Beispielen sei die Willkür der Beispielauswahl und -interpretation verdeutlicht:

(a) Nachdem der Vorsitzende der Duisburger Stadtratsfraktion der LINKEN, Hermann Dierkes, öffentlich den Boykott israelischer Waren als Maßnahme zur Unterstützung der Palästinenser/innen befürwortet hatte, sah er sich massiver innerparteilicher Kritik ausgesetzt und musste als Bürgermeisterkandidat zurücktreten. Dieser Aspekt wird von Salzborn/Voigt nicht erwähnt; ebenso wenig, dass Dierkes aus der gesamten Republik Kritiken erreichten, auf die er in der *jungen Welt* ausführlich antwortete (Dierkes 2009).

(b) Keine Erwähnung findet, dass aus der Linksfraktion im Bundestag der Vorschlag stammte, der Bundestag solle in einer Resolution die bedingungslose Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit fordern, der seit mehreren Jahren von der Hamas gefangen gehalten wird. Die anderen Fraktionen des Bundestags griffen den Vorschlag auf – allerdings wiederum auf Druck der Unionsfraktion unter Ausgrenzung der LINKEN.¹³

Dass Salzborn und Voigt ihre Thesen inzwischen abgeschwächt und auf außenpolitisches Agieren der Linkspartei konzentriert haben, erweist sich letztendlich als Falle für ihre eigene Argumentation. Denn obwohl sie selbst die Außenpolitik als Feld ausweisen, auf dem sich der vermeintlich innerparteilich mehrheitsfähige antizionistische Antisemitismus manifestiere, schließen sie außenpolitische Relevanzkriterien sowie weitverbreitete Standpunkte und Strategien zur Beurteilung der Linkspartei von vornherein aus. Die Autoren bewerten etwa den Beschluss der Linksfraktion im Bundestag zum Nahostkonflikt vom 20. April 2010 als inakzeptabel. Hier muss es ihnen schwerer

12 Vgl. zur hohen Relevanz dieser Frage anstelle vieler anderer etwa Jahn (2006, S. 32 ff.).

13 »Gemeinsamer Antrag mit der Koalition. SPD und Grüne lassen Gysi schäumen«, tageszeitung vom 27.10.2010.

fallen, antizionistisch-antisemitische Inhalte nachzuweisen, da es in der fraglichen Positionsbestimmung unmissverständlich heißt: »Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechts Israels ein.« (Timm 2012, S. 57 ff.)

Um ihre These aufrechterhalten zu können, argumentieren die Autoren, dass das Bekenntnis der Linksfraktion zu Israels Existenzrecht »mit einer Fülle propalästinensischer Forderungen flankiert wurde, die faktisch Israels Existenz infrage stellen [...]: Denn wie ließe sich die Forderung nach einem souveränen palästinensischen Staat mit der Freilassung aller ›politischen Gefangenen‹, dem Abbau der israelischen Grenzsicherungsanlagen und der sofortigen Öffnung des Gazastreifens interpretieren, wenn nicht als fundamentale Infragestellung des israelischen Selbstverteidigungsrechtes?« (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 304). Salzborn und Voigt blenden aus, dass es neben den erinnerungspolitischen Befindlichkeiten der deutschen Nahostdiskussion auch noch einen realen Nahostkonflikt gibt, in dem politische Bewertungen getroffen werden müssen und mithin sowohl die humanitäre Lage der Palästinenser/innen, als auch kritische Stellungnahmen zur Abriegelung des Gazastreifens aus menschenrechtlicher und sicherheitspolitischer Perspektive in eine Bewertung einzufließen haben, die naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen können.

Für Salzborn/Voigt scheint eine weitere Passage der o. g. Fraktionsbeschlusslage nicht akzeptabel, nämlich »die Forderung der Linkspartei, die Hamas in politische Gespräche einzubeziehen. Denn in der Charta der Hamas ist die Vernichtung Israels ein ausgewiesenes Ziel, den ideologischen Kern der Organisation bilden Islamismus und Antisemitismus. Auch hier wurde erneut der offene Pakt mit einer antisemitischen Terrororganisation beschworen« (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 304).

Der harsche Vorwurf ist aus mindestens zwei Gründen nicht stichhaltig und zeugt von fragwürdiger Vorgehensweise. Erstens besteht ein Unterschied zwischen der *realpolitischen Anerkennung* der politischen Situation in einem Land, einschließlich seiner politischen Führungsstruktur, und der affirmativen Schließung eines Pakts, mit der man die Ziele des Partners ausdrücklich gutheißt. Die Linksfraktion fordert, wie anders orientierte politische Kräfte auch, Verhandlungen mit der Hamas. Zugleich fordert sie aber auch die deutsche Bundesregierung auf, »bei der Verhandlung mit der Hamas sich dafür einzusetzen, dass aus ihrer Charta die Punkte gestrichen werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten bzw. in Zweifel ziehen«¹⁴. Zweitens hätten die Autoren,

14 In Timm (2012, S. 57 ff.).

bevor sie einen Vorwurf dieser Art erheben, sich der Positionen innerhalb der sicherheitspolitischen Debatte vergewissern sollen, da diese nach anderen Kriterien politische Optionen beurteilt als eine Argumentation, die nach Möglichkeiten »links-jidahistischer Querfronten« Ausschau hält.¹⁵ Ein Abgleich ihrer Positionen mit dem Spektrum vorhandener Expert/innen-Meinungen hätte Salzborn/Voigt z.B. auf den Hinweis der Denkfabrik International Crisis Group bringen können, die eine Isolationsstrategie gegenüber der Hamas nüchtern-realistisch verwirft. »[T]he boycott has not worked. As Crisis Group repeatedly warned, without diplomatic engagement a return to violent engagement was only a matter of time.«¹⁶ Dass solche Abgleiche, nüchterne Gewichtungen und die Offenlegung der eigenen Kategorien seitens Salzborn/Voigt unterbleiben, nährt den Eindruck, dass ihr Maßstab für die Beurteilung des Nahostkonflikts und die Position der Linkspartei fragwürdig ist und der Vorwurf der Israelfeindschaft und des Antisemitismus sich auf Bereiche erstreckt, die aus menschen- und völkerrechtlicher Sicht nichts anderes als legitime Kritik darstellen. »Nicht die Loyalität zu einem Kollektiv kann moralisch gefordert werden, sondern nur die Bindung an bestimmte Normen und Werte, also etwa den Menschenrechten. Die Forderung nach einer uneingeschränkten Solidarität mit Kollektiven ist für aufgeklärte Individuen eine Zumutung.« (Erb; Kohlstruck 2006, S. 4) Eine Zumutung liegt auch dann vor, wenn es sich beim fraglichen Kollektiv um den Staat Israel handelt, der aufgrund nicht offengelegter Prämissen vom Gültigkeitsbereich universaler Menschenrechte und außenpolitischer Rationalitätsanforderungen ausgenommen bleiben soll. Dies ergibt sich durch die Thematisierung des Gegenstands ausschließlich durch das Deutungsmuster Antisemitismus, obwohl die dafür zur Anwendung kommenden Kriterien, wie im Folgenden gezeigt werden soll, genau das nicht erlauben.

Einseitige Sichtweisen auf die Forschung und Alternativen

Auffällig ist, dass vorliegende Studien zu linken Positionierungen in der Nahost- und Antisemitismusfrage, die in vergleichbaren Fällen zu meist deutlich differenzierteren Einschätzungen gelangen, keine Erwähnung finden bzw. nur

15 Dabei ist nicht entscheidend, dass es in der linken Palästinasolidarität durchaus zu solchen Querfrontbestrebungen kommen kann bzw. dass es einen Augen-zu-Umgang mit den reaktionären Aspekten palästinensischer bzw. muslimischer Organisationen gibt. Entscheidend ist, dass dies nicht für die Partei DIE LINKE nachgewiesen werden kann. Zu diesen problematischen Vorfällen und der damit verbundenen Abwehr der Auseinandersetzung mit Antisemitismus siehe zusätzlich zu den von Salzborn und Voigt angeführten Beispielen v.a. Ullrich (2008, S. 178 ff., 186, 246 ff.) und derselbe (2010a, S. 67-80).

16 Nicholas Pelham: The Blowback from Ostracizing Hamas, ABC News Online, 20.7.2006, <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/the-blowback-from-ostracizing-hamas.aspx> [2011-05-21].

in den Aspekten zitiert werden, die sich in die eigene Argumentation einfügen (Ullrich 2008; Bartel; Ullrich 2008; Knothe 2009; Ullrich 2010a; Pfahl-Traugher 2011; Imhoff 2011).

Nichtsdestotrotz hätten Salzborn und Voigt einen wichtigen Beitrag zur Debatte leisten können. Einen guten Ansatzpunkt für ein methodisches Herangehen hätten die im Rahmentext des Artikels erwähnten Kriterien für antizionistischen Antisemitismus der »Working Definition of Antisemitism« der EU geboten (European Forum on Antisemitism o.J.). Bei der Präsentation des empirischen Materials durch Salzborn und Voigt erfolgt jedoch kein systematischer Abgleich mit den Kriterien.¹⁷ Damit wurde eine vielversprechende Systematisierungsmöglichkeit verschenkt. Es obliegt somit den Leser/innen, ad hoc zu entscheiden, was im kolportierten Material eigentlich genau als antisemitisch zu gelten hat und warum. Damit eröffnet der Text Möglichkeiten zu seiner politischen Instrumentalisierung und trägt gerade nicht dazu bei, die Diskussion durch Orientierung an intersubjektiv überprüfbaren Kriterien zu versachlichen.

Doch auch diese Kriterien sind für eine Operationalisierung von antizionistischem Antisemitismus nur bedingt geeignet und nicht ohne weiteres als »gegenwärtiger Minimalkonsens in der Antisemitismusforschung« (Salzborn; Voigt 2011a, S. 293) zu begreifen. Diese ist durch hochgradig differierende Ansätze geprägt. Einige behandeln Antisemitismus (sozial)psychologisch als Einstellungssyndrome und Vorurteilmuster (bspw. Frindte; Wammetsberger 2008), welche durch Meinungsumfragen erfasst werden, während ihn andere als aus den Grundkategorien kapitalistischer Vergesellschaftung resultierende, soziale Verhältnisse fetischisierend verdinglichende Projektionen (Postone 1995) und wieder andere als überindividuelle, sozialstrukturell verortete Semantik begreifen, die insbesondere mit dem Aufkommen moderner Nationalstaaten verknüpft ist (Holz 2001).

Ohne dies hier weiter zu vertiefen, wird deutlich, dass auch bei der Konstatierung von antizionistischem Antisemitismus verschiedene Ebenen begrifflich voneinander getrennt werden müssen. Dazu gehört zumindest die Differenzierung von Intentionen der sich äußernden bzw. handelnden Personen/Gruppen (strategische Funktion), manifestem Aussagegehalt (expresive Funktion) sowie diskursiven Anschlüssen bzw. Rezeptionsmöglichkeiten (Rezeptionsebene).¹⁸ Zum zweiten sind die Elemente der Arbeitsdefinition, wenn sie inhaltlich sinnvoll bleiben sollen, nicht als Indikatoren im Sinne der standardisierten Sozialforschung zu verwenden, die ein bestimmtes Konzept klar operationalisieren. Sie sind gehaltvoll nur im Sinne sensibilisierender Konzepte (Strübing 2004,

17 Ähnlich verfährt Stein (2011).

18 Vgl. zu dieser Ebenenunterscheidung für soziale und politische Bewegungen Ullrich und Lê (2011) bzw. die aktualisierte Terminologie, wie sie hier in Kap. 2 dargelegt ist.

S. 30f.). Allein die Kriterien 3 und 4 (Verwendung von Symbolen und Bildern des traditionellen Antisemitismus und das Bestreben, Jüdinnen und Juden kollektiv für die israelische Politik verantwortlich zu machen) sind eindeutig. Sie sind eindeutig, weil sie den Kern aller Antisemitismusbegriffe, Feindschaft gegenüber oder Diskriminierung von Jüdinnen und Juden, adressieren. Alle anderen verlangen nach einer genauen Kontextualisierung und hermeneutischen Interpretation, um ihre Indikationsfunktion erfüllen zu können. Akzeptierte man alle Kriterien gleichermaßen, würde der Antisemitismusbegriff vollkommen substanzlos. Dies sei am Beispiel des Kriteriums »Abstreiten des israelischen Existenzrechts« erläutert. Dieses ließe sich in dieser Abstraktheit auf die in antijüdische verschwörungstheoretische Bezüge eingebetteten israelfeindlichen Passagen der Charta der Hamas (Holz 2005 a, S. 15 ff.) genauso anwenden wie auf die religiös begründeten Delegitimierungen des Staates Israel durch ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden. Es träfe es auf israelbezogene antijüdische Vernichtungsphantasien von Rechtsradikalen genauso zu wie auf universalistische, aber Nationalstaatlichkeit an sich infrage stellende linke, insbesondere anarchistische Konzeptionen [eine auch für viele jüdische linke Opponenten des Zionismus in der Geschichte prägende Haltung (Silberner 1983)] oder die Positionen weiter Teile der internationalen, israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen, die sich für einen binationalen demokratischen Staat für die jüdische und arabische Bevölkerung einsetzen. Die letztgenannten, in diesem Kontext zudem relevantesten zu untersuchenden Positionen spannen ein Feld auf, dass von konsequentem Menschenrechtsuniversalismus bis hin zu in linkem Befreiungsvokabular verbrämtem, weltbildhaftem Israelhass und manifestem Antisemitismus reichen kann. Erst durch zusätzliche Kontextinformationen, beispielsweise die Verquickung verschiedener Elemente der EUMC-Arbeitsdefinition, wird es möglich, ein Ereignis, eine Handlung oder gar einen Akteur als antisemitisch zu klassifizieren. Beispielhaft für die dafür notwendige hermeneutische Akribie steht die Arbeit von Klaus Holz (2005 a). Dieser nutzt die Fähigkeit der Methode der strukturalen Hermeneutik, latente Wissensstrukturen zu verdeutlichen, um im Einzelfall anhand der z. T. camouffierten argumentativen Struktur von Texten nachzuweisen, ob eine antizionistische Äußerung tatsächlich von antijüdischem Gehalt ist.¹⁹ Dieser manifeste oder latente Gehalt kann jedoch immer noch von antisemitischen Intentionen und

19 Solche diskursiven Strategien sind beispielsweise die selektive Vermischung klassentheoretischer und ethnizierender Deutungen im Nahostkonflikt zur Dichotomie »arabisches Volk« (welches im Marxismus-Leninismus affirmiert wird) versus »jüdische/zionistische Bourgeoisie« (die abgelehnt wird), was jedoch anders als für den antiimperialistischen Antizionismus der osteuropäischen Volksdemokratien in den fünfziger Jahren und Teile der antiimperialistischen Strömungen der Neuen Linken seit den sechziger Jahren nur bedingt zum Verständnis von Positionierungen der Partei DIE LINKE beiträgt.

der von Produzenten kaum steuerbaren Rezeptionsmöglichkeit unterschieden werden. In der Studie von Jäger und Jäger (2003) zur deutschen Nahostberichterstattung finden sich viele solche Beispiele, die sich sowohl auf reale Vorkommnisse beziehen (israelische Soldaten erschießen ein Kind), als auch antisemitisch dekodierbar sind (Kindsmordlegenden).

Sowohl die Ebenendifferenzierung als auch die Kontextualisierungsnotwendigkeit der EUMC-Kriterien sind von großer Relevanz hinsichtlich der Deutung der zum Teil durchaus zu Recht von Salzborn und Voigt problematisierten Ereignisse. Die Notwendigkeit, die Ebenendifferenzierung zu betonen, resultiert vor allem aus der Problematik, dass mit der Konstatierung von Antisemitismus (ohne einen klaren Antisemitismusbegriff zu definieren) oder auch Anschlussfähigkeit an den Antisemitismus häufig eine leichtfertige Abwehrreaktion provoziert wird. Welche/r Linke würde auch von sich glauben, Antisemit/in zu sein? Dieser Vorwurf, der oft so verstanden wird, dass der Gescholtene ein Judenhasser sei, wird – in der Mehrheit der Fälle sicherlich zu Recht – zurückgewiesen. Damit aber wird zugleich die Chance verspielt, zu analysieren, wann und wie auf den anderen Ebenen (manifestere Aussagegehalt und Rezeptionsoptionen) trotzdem beispielsweise ein nicht intendiertes Problem bestehen kann (wovon Antisemitismus allerdings nur ein Teilbereich ist).

Da sich zudem, wie im Einzelnen gezeigt wurde, durch Heranziehung weiterer Kontextinformationen für einen großen Teil der von Salzborn und Voigt inkriminierten Zu- und Tatbestände auch auf diesen Ebenen eine Klassifizierung als antisemitisch verbietet, ist nach alternativen Deutungsangeboten zu fragen.

Zunächst ist auf die an verschiedenen Stellen des Textes geäußerte implizite Verlaufsthese zurückzukommen. Grundlegende Studien, die sich mit linkem Antisemitismus und der Rezeption des Nahostkonfliktes befassen und von den Autoren für die vorliegende Arbeit bestenfalls am Rande rezipiert wurden, verweisen darauf, dass es immer wieder auch nahostpolitische Krisen und Zuspitzungen waren, die zu einer Radikalisierung der Positionierungen führten (Kloke 2004). Zeitgleich wurde auch darauf verwiesen, dass die seit den 1970er und verstärkt seit den 1980er und 1990er Jahren um das Thema geführten Kontroversen zu einer Pluralisierung der politischen Sichtweisen im deutschen linken Nahostdiskurs geführt haben. So entstanden neben antizionistischen und israelkritischen auch neue proisraelische Strömungen und sich explizit als vermittelnd und zwischen diesen Lagern stehend begreifende. Ullrich (2008, S. 295 ff.) betont, dass es sich dabei möglicherweise um einen säkularen Lernprozess handelt, der durch die Inkompatibilität aufeinandertreffender und miteinander konkurrierender erinnerungspolitisch grundierter und nahostkonfliktbezogener (antiimperialistischer wie auch menschenrechtspolitischer) Deutungsmuster im deutschen linken Diskurs entsteht. Die stete Konfronta-

tion führte zu einer größeren argumentativen Komplexität und einem überindividuell komplexen und im internationalen Vergleich ausgewogenen Nahostdiskurs. Dort wurde auch gezeigt, dass sich dieser Konflikt und der damit verbundene Lernprozess in allen Feldern der politischen Linken nachweisen lässt (Ullrich 2008, S. 151). Dies wird umso deutlicher, wenn frühere Arbeiten (Kloke 1994) in eine Langfristspektive einbezogen werden. Auch vor diesem Hintergrund ist es hoch problematisch, einzelne Ereignisse, die sich in einem kürzeren Zeitraum zugetragen haben, zur Basis einer impliziten Verlaufsthese und Konstatierungslegitimation einer Positionsdominanz zu machen.

Die Existenz eines solchen Lernprozesses und die Tatsache, dass der linke Nahostdiskurs in der Bundesrepublik komplexer und vergangenheitspolitisch sowie in puncto Antisemitismus deutlich sensibler ist als in vergleichbaren Ländern, hat allerdings nicht zur Folge, dass die Linke, inklusive der Linkspartei, nun der Gesamtgesellschaft weit voraus und frei vom Antisemitismusverdacht wäre. Das Problem stellt unseres Erachtens aber eine bestimmte Spielart des Antizionismus und der Israelkritik dar, die aufgrund der geschilderten Ambivalenzen eher als eine Grauzone zu begreifen ist, in der die Grenzen zwischen starker Kritik einerseits sowie Verschwörungstheorien und Ressentiments andererseits fließend sind. In diesem politischen Spektrum, dessen reaktionärer Pol in der Partei DIE LINKE nach unserem Eindruck und angesichts der geschilderten Beschlusslage nur eine geringe Bedeutung besitzt, besteht das Problem in einer *Anschlussfähigkeit an und unklaren Abgrenzung von* antizionistischen Spielarten des Antisemitismus. Deren Probleme sind jedoch noch nicht einmal alle in den EUMC-Kriterien erfasst. Eines besteht in der Bereitschaft, mit reaktionären, sogar antilinken Kräften zu kooperieren, sie weniger kritisch zu betrachten oder in Schutz zu nehmen, wenn man sich mit diesen in der Kritik an Israel einig weiß. Eine schlichte Freund-Feind-Logik und eine extreme Identifikation mit den als Objekt der Solidarität erwähnten verwischt Grenzen. Diese Identifikation, verbunden mit einer extrem hohen Salienz des Themas in Teilen des antiimperialistischen Spektrums und der Palästinasolizene, führt zu erinnerungspolitischen Unsensibilitäten, zu binären Zerrbildern vom Konflikt, zur Ignorierung israelischer Interessen oder jüdischer Befindlichkeiten und im Extremfall zu offenem Antisemitismus.²⁰ Man kann aber dieses Feld nicht verstehen, wenn man alle fragwürdigen, ambivalenten

20 Es ist hier nicht der Ort, dies weiter auszuführen, um nicht von der eigentlichen Thematik abzulenken. Es sei jedoch zumindest darauf hingewiesen, dass sich ein strukturverwandtes Phänomen in der militanten Israelsolidarität findet, die innerhalb der außerparlamentarischen Linken beispielsweise, aber keinesfalls ausschließlich, unter dem Label »Antideutsche« firmiert und innerhalb der Partei DIE LINKE durch Einzelmitglieder, einzelne Funktionär/innen, Abgeordnetenbüros und den Bundesarbeitskreis Shalom vertreten wird. Beide Phänomene reagieren offensichtlich – abgesehen von ihren ernstzunehmenden inhaltlichen, auf die israelische Besetzung der Westbank oder den Antisemitismus bezogenen Selbstbegründungen

oder gar nur der eigenen Ansicht widersprechenden Positionierungen zu Israel als antisemitischen Antizionismus klassifiziert und damit den Antisemitismusbegriff bis zur Unkenntlichkeit überdehnt.

Fazit

Zwei Dinge sollte dieser Text verdeutlichen. Zum Ersten: Es gibt innerhalb der bundesdeutschen und europäischen Gesellschaften ein manifestes Problem mit Antisemitismus, der sich als weltbildhafter, verschwörungstheoretischer Antizionismus und in Form von unangemessener und überzogener »Israelkritik« tatsächlich auch innerhalb linker Zusammenhänge zeigen kann, obwohl er deren grundlegenden Wertvorstellungen eigentlich diametral entgegensteht. Salzborn und Voigt legen den Finger damit in eine Wunde auch der bundesdeutschen Linken. Ein Großteil der Phänomene erscheint jedoch weniger als manifester Antisemitismus, sondern eher als eine breite Grauzone des Übergangs von Kritik zu Ressentiment. Die Phänomene in dieser Zone müssen zweifelsohne noch genauer untersucht und begrifflich gefasst werden, wofür allerdings die Kriterien für antizionistischen Antisemitismus der EU-Definition bei Weitem nicht ausreichen.

Zum Zweiten: Der Versuch von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt, nachzuweisen, dass ein antizionistischer Antisemitismus oder auch nur die problematischen Phänomene im angrenzenden Graubereich maßgeblich für die Partei DIE LINKE sind, ist als haltlos zurückzuweisen. Insbesondere der Vorwurf, DIE LINKE bestreite das israelische Existenzrecht (Salzborn; Voigt 2011 a, S. 307) trifft nicht zu. Weder ist dieser Nachweis mit dem gewählten Vorgehen möglich, noch – das zeigen die verschiedenen Gegenargumente – ist es wahrscheinlich, dass er viel mit der Realität des Objektbereiches zu tun hat. Dies ist nicht der Ort, über die Motive für das Vorgehen der Autoren zu sinnieren. Offensichtlich liegt hier aber nicht nur ein Fall von unterschiedlichen Auffassungen im wissenschaftlichen Diskurs vor, sondern die Autoren müssen sich tendenziöses, selektives, widersprüchliches und irreführendes Vorgehen vorwerfen lassen. Damit ist dem Anliegen der Auseinandersetzung mit Antisemitismus ein Bärendienst erwiesen, insbesondere da Salzborn und Voigt nicht nur den unterstellten »Antisemitismus der Linken« überbewerten, sondern damit auch den Antisemitismus als generelles Problem der deutschen Gesellschaft relativieren.²¹

– auf die gleiche Ausgangsproblematik linker Identitätsbestimmung im postnationalsozialistischen Deutschland. Vgl. dazu Ullrich (2011).

21 Dies geschieht insbesondere durch die auf falschen Anschuldigungen beruhende Behauptung, mit der LINKEN drohe nun erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Beteiligung von Antisemit/innen an Koalitionen. Nicht nur die Fälle Möllemann, Hohmann

Ein Erfolg wäre, wenn es nun gelänge, die Debatte auf ihren rationalen Kern zu begrenzen und weitere systematische Forschungen an die Stelle anekdotischer Kolportage zu stellen. Insbesondere quantitative Daten liegen für die Partei DIE LINKE bisher nicht vor. Wenn die Linkspartei ihr Bekenntnis zum Kampf gegen Antisemitismus und für emanzipatorische Traditionen ernst nimmt, sollte sie sogar ein Interesse daran haben zu erfahren, in welchem Ausmaß sich antisemitische Ressentiments (seien sie antizionistisch oder anders beflaggt) in ihrer Mitgliedschaft und ihrer Elite finden, um diese entsprechend politisch bekämpfen zu können.

und Karsli, sondern vor allem die Rolle von NS-Eliten in der frühen Bundesrepublik legen beredtes Zeugnis von einer anderen Situation ab.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2012): Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen. Hamburg: Edition Nautilus.
- Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2010): »Das hat's bei uns nicht gegeben!« Antisemitismus in der DDR. Das Buch zur Ausstellung der Amadeu-Antonio-Stiftung. Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung.
- Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2012): »Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen...?!« Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen. Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung.
- Anderson, Benedict (1998): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin: Ullstein.
- Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (2012): Erklärung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) zur Verleihung des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt am 11.9.2012 an Judith Butler.
<http://www.akg-online.org>;
<http://www.akg-online.org/akg-erklaerung-judith-butler/> [2013-05-20].
- Ästhetik und Kommunikation e. V.; Institut für Kultur und Ästhetik (1983): Deutsche, Linke, Juden. Ästhetik und Kommunikation Verlags-GmbH.
- Balibar, Etienne (1998): »Rassismus und Nationalismus«, in: Balibar, Étienne; Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. 2. Aufl. Argument Verlag, S. 49-86.
- Barskanmaz, Cengiz (2011): »Rasse – Unwort des Antidiskriminierungsrechts?«, in: Kritische Justiz, 44, 4, S. 382-389.
- Bartel, Daniel; Ullrich, Peter (2008): »Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien«, in: Freikamp, Ulrike u. a. (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. Berlin: Dietz, S. 53-72.
- Barthes, Roland (1981): Das Reich der Zeichen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Barthes, Roland (1988): Das semiologische Abenteuer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Barthes, Roland (2010): Mythen des Alltags. Berlin: Suhrkamp.
- Baumgarten, Britta; Ullrich, Peter (2012): Discourse, Power and Governmentality.

- Social Movement Research with and beyond Foucault. Berlin: WZB, <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2012/iv12-401.pdf>
- Baumgarten, Helga (1991): Palästina, Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beinin, Joel (2012): The Left, the Jews and Defenders of Israel. Middle East Research and Information Project. <http://www.merip.org/mero/interventions/left-jews-defenders-israel> [2013-01-03].
- Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? München: Bundeszentrale für Politische Bildung / C. H. Beck.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 23. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Bergmann, Werner (2010): Ergebnisse der Einstellungsforschung zum Antisemitismus in Deutschland. Aktualisierte Fassung Juni 2011. Berlin. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/EXpertenkreis_Antisemitismus/bergmann.pdf [2013-01-03].
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer (1991): »Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43, 3, S. 502-519.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.) (1995): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Billig, Michael (1995): Banal Nationalism. London/Thousand Oaks, Calif: Sage.
- Bischof, Willi; Neidhardt, Irit (Hrsg.) (2000): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Münster: Unrast.
- Braukmann, Stephanie (2007): Die »jüdische Frage« in der sozialistischen Frauenbewegung 1890-1914. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Brombacher, Ellen; Wagenknecht, Sarah u. a. (2008): Staatsräson und Regierungseteiligung. Überlegungen zur Rede Gregor Gysis auf einer Veranstaltung »60 Jahre Israel« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. <http://www.die-linke.de> [2013-03-25].
- Brosch, Matthias u. a. (Hrsg.) (2007): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol.
- Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Reisch, Linda (Hrsg.) (1991): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt am Main: Haag + Herchen.
- BUKO-Ratschlag (2004): Reader zum BUKO-Ratschlag. Israel, Palästina und die deutsche Linke. http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_ratschlag2004.pdf.
- Çetin, Zülfukar; Voss, Heinz-Jürgen; Wolter, Salih Alexander (2012): Interventionen gegen die deutsche »Beschneidungsdebatte«. Münster: Edition Assemblage.

- Chin, Rita; Fehrenbach, Heide (2009): »Introduction. What's Race Got to Do With It? Postwar German History in Context«, in: Chin, Rita u. a. (Hrsg.): *After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Claussen, Detlev (1992): »Versuch über den Antizionismus. Ein Rückblick«, in: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury*. Freiburg i. Br.: ça ira Verlag, S. 7-20.
- Claussen, Detlev (2005): *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus*. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Cousin, Glynis; Fine, Robert (2012): »A Common Cause«, in: *European Societies*, 14, 2, S. 166-185.
- Crenshaw, Kimberlé u. a. (1995): *Critical Race Theory. The Key Writings that Formed the Movement*. New York: New Press.
- Daphi, Priska; Lê, Anja; Ullrich, Peter (2013): »Images of Surveillance. The Contested and Embedded Visual Language of Anti-surveillance Protests«, in: Doerr, Nicole; Mattoni, Alice; Teune, Simon (Hrsg.): *Advances in the Visual Analysis of Social Movements*. Bingley: Emerald, S. 55-80.
- Decker, Oliver u. a. (2010): *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver u. a. (2012): »Islamfeindschaft und Islamkritik«, in: Melzer, Ralf (Hrsg.): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., S. 86-100.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn.
- Della Porta, Donatella; Reiter, Herbert (Hrsg.): (1998): *Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Dembowski, Gerd (2002): »Rassismus. Brennglas Fussball«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 217-225.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): »Kritische Diskursanalyse. Zur Ausarbeitung einer problembezogenen Diskursanalyse im Anschluss an Foucault. Siegfried Jäger im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 7, 3.
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0603219>.
- Dierkes, Hermann (2009): *Offener Brief. An die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung*.
http://www.dpg-netz.de/downloads/Offener_Brief_an_LINKE.pdf [2013-05-20].
- Diner, Dan (Hrsg.) (1988): *Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz*. Fischer Taschenbuch Verlag.
- Diner, Dan (2003): *Gedächtniszeiten: über jüdische und andere Geschichten*. München: C. H. Beck.
- Doerr, Nicole (2014, im Druck): »Memory and Culture in Social Movements«, in: Baumgarten, Britta; Daphi, Priska; Ullrich, Peter (Hrsg.): *Conceptualising Culture in Social Movement Research*. Basingstoke u. a.: Palgrave Macmillan.

- Drori, Israel (2009): *Foreign Workers in Israel – Global Perspectives*. New York: SUNY Press.
<http://www.sunypress.edu/p-4733-foreign-workers-in-israel.aspx> [2012-07-06].
- Eder, Klaus (2000): *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Edmunds, June (2000): *The left and Israel. Party-Policy Change and Internal Democracy*. Basingstoke u. a.: Palgrave Macmillan.
- Eggers, Maureen Maisha (2005): »Rassifizierte Machtdifferenz«, in: Eggers, Maureen Maisha u. a. (Hrsg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weisheitsforschung in Deutschland*. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 56-72.
- Elbe, Ingo (o. J.): *Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen – Lesarten der Marxistischen Theorie*.
- Erb, Rainer; Kohlstruck, Michael (2006): *Eine Anmerkung zur aktuellen öffentlichen Diskussion um Antisemitismus*. Berlin. O. J.
- Erb, Rainer (2012): »Der »Nationalsozialistische Untergrund«. Beobachtungen und vorläufige Überlegungen«, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 21, S. 392-421.
- European Forum on Antisemitism (o. J.): *Arbeitsdefinition Antisemitismus*.
<http://www.european-forum-on-antisemitism.org> [2013-01-09].
- Expertenkreis Antisemitismus (2011): *Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Berlin.
- Ferree, Myra u. a. (2002): *Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*. Cambridge UK/New York: Cambridge University Press.
- Fine, Robert (2012): »On doing the sociology of antisemitism«, in: *Newsletter of the European Sociological Association*, 33.
<https://engageonline.wordpress.com/2012/12/21/robert-fine-on-doing-the-sociology-of-antisemitism/> [2013-01-10].
- Fischer, Lars (2007): *The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany*. New York u. a.: Cambridge University Press.
- Fischer, Leandros (2012): *Ein neuer Denkraum für die deutsche Nahostdebatte?* Köln. O. J.
- François, Étienne; Schulze, Hagen (2001): »Das emotionale Fundament der Nationen«, in: Flacke, Monika (Hrsg.): *Mythen der Nationen. Ein Europäisches Panorama*. 2. Aufl. Berlin: Koehler & Amelang, S. 17-32.
- Frankenberg, Ruth (2004): »On Unsteady Ground. Crafting and Engaging in the Critical Study of Whiteness«, in: Bulmer, Martin; Solomos, John (Hrsg.): *Researching Race and Racism*. London/New York: Routledge, S. 104-118.
- Friedrich, Sebastian (Hrsg.) (2011): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft: Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazinebatte«*. Münster: Edition Assemblage.
- Frindte, Wolfgang; Wammetsberger, Dorit (2008): »Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus – Empirische Befunde«, in: *Berliner Debatte Initial*, 19, 1/2, S. 29-42.

- Geisel, Eike (1984): Lastenausgleich, Umschuldung. Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays, Polemiken, Stichworte. Edition Tiamat.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der Deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen u. a.: Westdeutscher Verlag.
- Geser, Hans (1990): »Organisationen als soziale Akteure«, in: Zeitschrift für Soziologie, 19, 6, S. 401-417.
- Geulen, Christian (2007): Geschichte des Rassismus. München: C. H. Beck.
- Gräfe, Stefanie (2002): »Im Westen nichts Neues. Der Islam als Antithese zum ›freien Westen‹«, in: Forum Wissenschaft, 1.
- Graumann, Dieter (2011): »Die Linke und die Juden: Zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Befreiung aus dem Kerker des Israel-Hasses«, in: sueddeutsche.de, 20.6.2011. <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-linke-und-die-juden-befreiungsschlag-missslueckt-1.1110274> [2013-04-19].
- Groehler, Olaf (1993): »Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 79-85.
- Gysi, Gregor (2008): Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_o809.pdf.
- Hafez, Kai (2002 a): Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Baden-Baden: Nomos.
- Hafez, Kai (2002 b): Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Band 2, Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse. Baden-Baden: Nomos.
- Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): »Das Islambild von ARD und ZDF«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27, S. 40-46.
- Hanloser, Gerhard (2004 a): »Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce«, in: Hanloser, Gerhard (Hrsg.): »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster/Westf.: Unrast, S. 171-210.
- Hanloser, Gerhard (Hrsg.) (2004 b): »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster: Unrast.
- Hartewig, Karin (2000): Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln: Böhlau.
- Haunss, Sebastian; Ullrich, Peter (2013): »Viel Protest – wenig Forschung. Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung«, in: Soziologie, 43, 3, S. 290-304.
- Haury, Thomas (1992): »Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus«, in: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury. Freiburg i. Br.: ça ira Verlag, S. 125-159.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition.

- Hauray, Thomas (2004): »Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken«, in: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 144-167.
- Hauray, Thomas (2007): »Das ist Völkermord!« Das »antifaschistische Deutschland« im Kampf gegen den »imperialistischen Brückenkopf Israel« und gegen die deutsche Vergangenheit«, in: Brosch, Matthias u. a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol, S. 285-300.
- Hawel, Marcus; Blanke, Moritz (Hrsg.): (2010): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken. Berlin: Dietz.
- Herzog, Andreas (1995): »War die DDR antisemitisch? Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker«, in: Schuppener, Georg (Hrsg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien. Leipzig: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRA der Univ. Leipzig, S. 62-74.
- Hobsbawm, Eric J. (2005): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. 3. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Holz, Klaus (1999): »Ist Walsers Rede antisemitisch?«, in: Kultursoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente, 9, S. 189-193.
- Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, Klaus (2005a): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, Klaus (2005b): »Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft«, in: Mittelweg 36, 2, S. 1-17.
- Holz, Klaus (2006): »Aus trüber Quelle«, in: Die Zeit, 1.2.2006.
- Holz, Klaus; Müller, Elfriede; Traverso, Enzo (2002): »Schuld und Erinnerung. Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke«, in: Jungle World, Nr. 47/2002. 13.II.2002.
<http://jungle-world.com/artikel/2002/46/22867.html> [2012-07-27].
- Human Rights Watch (2008): Lebanon: Migrant Domestic Workers Dying Every Week. <http://www.hrw.org/en/news/2008/08/24/lebanon-migrant-domestic-workers-dying-every-week> [2012-07-06].
- Imhoff, Maximilian Elias (2011): Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung. Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag.
- Imhoff, Maximilian Elias (2012): »Linker antiisraelischer Antisemitismus als Antijudaismus. Eine quantitative Studie«, in: Zeitschrift für Politik, 59, 2, S. 144-167.
- Imhoff, Roland (2010): »Zwei Formen des modernen Antisemitismus? Eine Skala zur Messung primären und sekundären Antisemitismus«, in: Conflict and Communication Online, 9, 1, S. 1-13.
- Medico international (2011): Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung. <http://www.medico.de/themen/menschenrechte/nahost/dokumente/das-engagement-von-medico-international-im-nahen-osten/141/> [2012-07-27].
- Jacobs, Jack (1994): Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx. Mainz: Decaton-Verlag.

- Jaeger, Kinan (1997): *Quadratur des Dreiecks. Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser*. Wochenschau Verlag.
- Jäger, Siegfried (1996): *Die Wirklichkeit ist diskursiv*. Lünen, Vortragsmanuskript.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).
- Jäger, Siegfried (2001): »Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse«, in: Keller, Reiner u. a. (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske Budrich, S. 81-112.
- Jäger, Siegfried (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).
- Jäger, Siegfried (2005): »Zur diskursiven Dynamik des Redens über Antisemitismus – Überlegungen zu den EUMC-Berichten 2003 und 2004 zum Thema ›Antisemitismus‹«, in: Zuckermann, Moshe (Hrsg.): *Antisemitismus Antizionismus Israelkritik*. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 110-139.
- Jäger, Siegfried (2010): »Pressefreiheit und Rassismus. Der Karikaturenstreit in der deutschen Presse«, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 319-336.
- Jäger, Siegfried; Jäger, Margarethe (2003): *Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus*. Münster: DISS.
- Jäger, Siegfried; Jäger, Margarethe (2004): »Die Nahostberichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien«, in: Jäger, Siegfried; Januschek, Franz (Hrsg.): *Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität*. Münster: Unrast, S. 147-168.
- Jahn, Detlef (2006): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jakob, Christian (2012): »Weiß sein, Schnauze halten«, in: *Jungle World*, 26.7.2012. <http://jungle-world.com/artikel/2012/30/45919.html> [2013-05-20].
- Jakob, Christian; Tsianos, Vassilis S. (2012): »Die deutsche Linke wurde längst migrantisiert. Vassilis Tsianos im Gespräch über die Debatte um Critical Whiteness und linken Rassismus«, in: *Jungle World*, 9.8.2012. <http://jungle-world.com/artikel/2012/32/46024.html>.
- Jonker, Gerdien (2010): »Europäische Erzählmuster über den Islam. Wie alte Feindbilder in Geschichtsschulbüchern die Generationen überdauern«, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 71-83.
- Js. (2011): »Anti-extremistische Einheitsfront. Ein Tribunal über die Linkspartei, zelebriert als Anti-Antisemitismus«, in: *ak – Analyse und Kritik*, 562, S. 32.
- Jureidini (2008): *Women Migrant Domestic Workers in Lebanon*. Genf: International Labour Office. <http://www.ilo.org/public/english/protection/migrant/download/imp/imp48e.pdf> [2012-07-06].
- Kamil, Omar (2012): *Der Holocaust im arabischen Gedächtnis. Eine Diskursgeschichte 1945-1967*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kapferer, Norbert (2004): »Das Feindbild ›Zionismus‹ in der marxistisch-leninisti-

- schen Ideologie. Eine kommunistische Variante des Antisemitismus«, in: *Unsere Feinde: Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*. 1. Aufl. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 299-319.
- Karakayali, Jule u. a. (2012): »Decolorise it! Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken sabotiert«, in: *ak – Analyse und Kritik*, 575.
http://www.akweb.de/ak_s/ak575/23.htm [2013-05-20].
- Kelemen, Paul (1996): »In the name of socialism. Zionism and European social democracy in the inter-war years«, in: *International Review of Social History*, 41, S. 331-350.
- Kelemen, Paul (2000): »Looking the other way. The British Labour Party, Zionism and the Palestinians«, in: Collette, C.; Bird, S. (Hrsg.): *Jews, Labour and the Left, 1918-48*. Aldershot: Ashgate.
- Keller, Reiner (2001): »Wissenssoziologische Diskursanalyse«, in: Keller, Reiner u. a. (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske Budrich, S. 113-143.
- Keller, Reiner (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kempf, Wilhelm (2011): »Mental Models of the Israeli-Palestinian Conflict«, in: *Journal for the Study of Antisemitism*, 3, 2, S. 507-541.
- Kershaw, Ian (2011): *Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45*. 4. Aufl. Deutsche Verlags-Anstalt.
- Keßler, Mario (1993 a): *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert*. 1. Aufl. Mainz: Decaton Verlag.
- Keßler, Mario (1993 b): »Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 9-17.
- Keßler, Mario (1994): *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung, 1897 bis 1933*. Berlin: Akademie Verlag.
- Keßler, Mario (1995): *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*. Berlin: Akademie Verlag.
- Kiefer, Michael (2002): *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes*. Düsseldorf: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation e. V.
- Kießling, Wolfgang (1993): »Paul Merker und der ›Sozialismus der dummen Kerls‹«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. 1. Aufl. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 87-94.
- Kistenmacher, Olaf (2005): »Antizionismus« in der KPD der 1920er Jahre«, in: *Context XXI*, 3-4, S. 32-34.
- Kistenmacher, Olaf (o.J.): *Vom »Judenkapital« zur »jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem«*. Zur Entwicklung des »Antizionismus« in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933. Vortragsmanuskript.
- Klemperer, Victor (2007): *LTI. Notizbuch eines Philologen*. Stuttgart: Reclam.
- Kloke, Martin (1994): *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Haag + Herchen.
- Kloke, Martin (2004): »Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung?

- Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, S. 163-195.
- Klohe, Martin (2007): »Israel – Alptraum der deutschen Linken?«, in: Brosch, Matthias u. a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol, S. 301-323.
- Knothe, Holger (2009): Eine andere Welt ist möglich – ohne Antisemitismus? Bielefeld: transcript Verlag.
- Kraushaar, Wolfgang (2013): »Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?« München 1970, über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Kraushaar, Wolfgang. (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg: Hamburger Edition.
- Krauss, Hartmut (Hrsg.): (2010): Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden. Osnabrück: HINTERGRUND Verlag.
- Leibold, Jürgen; Kühnel, Steffen (2003): »Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 100-119.
- Leibold, Jürgen (2010): »Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Fakten zu gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile«, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 149-158.
- Lepsius, M. Rainer (1989): »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches‹«, in: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag, S. 247-264.
- Lichtermann, Paul (1998): »What Do Movements Mean? The Value of Participant-Observation«, in: Qualitative Sociology, 21, 4, S. 401-418.
- Liebelt, Claudia (2011): Caring for the »Holy Land«. Filipina Domestic Workers in Israel. Berghahn.
<http://www.berghahnbooks.com/title.php?rowtag=LiebeltCaring> [2012-07-06].
- Link, Jürgen (1982): »Kollektivsymbolik und Mediendiskurse«, in: kultuR-Revolution, 1, S. 6-21.
- Link, Jürgen (1986): »Kleines Begriffslexikon«, in: kultuRRevolution, 11, S. 71.
- Link, Jürgen (1999): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mansel, Jürgen; Spaiser, Victoria; Heitmeyer, Wilhelm (2010): Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Abschlussbericht. Bielefeld: Universität Bielefeld. http://www.vielfaltut-gut.de/content/e4458/e8260/Uni_Bielefeld_Abschlussbericht_Forschungsprojekt.pdf [2012-12-20].

- Marin, Bernd (1979): »Ein historisch neuartiger ›Antisemitismus ohne Antisemiten? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 5, 4, S. 545-569.
- Marx, Karl (1972): »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, in: *Karl Marx, Friedrich Engels – Werke*, Band 8. Berlin (DDR): Dietz, S. 115-123.
- Marx, Karl (1976): »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«, in: *Karl Marx / Friedrich Engels – Werke*. Berlin (DDR): Dietz, S. 378-391.
- Maubach, Franka (2003): Rezension von: Haury, Thomas: *Antisemitismus von Links*. H-Soz-U-Kult.
- May, Fritz (1990): *Israel heute – ein lebendiges Wunder*. Asslar: Schulte und Gerth.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz (1995): »Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus«, in: Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz Wilhelm (Hrsg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag, S. 39-72.
- Meining, Stefan (2002): *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit Verlag.
- Memmi, Albert (1992): *Rassismus*. Frankfurt am Main: Hain.
- Mertens, Lothar (1995): »Die SED und die NS-Vergangenheit«, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag, S. 194-211.
- Mertens, Lothar (1997): *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990*. Hildesheim; New York: Olms.
- Mohr, Markus; Haunss, Sebastian (2004): »Die Autonomen und die anti-deutsche Frage. Oder: »Deutschland muss ...«« In: Hanloser, Gerhard (Hrsg.): »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. *Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik*. Münster: Unrast, S. 65-86.
- Möschel, Mathias (2011): »Race in Mainland European Legal Analysis. Towards a European Critical Race Theory«, in: *Ethnic and Racial Studies*, 34, 10, S. 1648-1664.
- Mozgovaya, Natasha (2012): »Iranian VP: Zionists, Talmud behind the international illicit drug trade«, in: *Haaretz.com*, 27.6.2012.
<http://www.haaretz.com/jewish-world/jewish-world-news/iranian-vp-zionists-talmud-behind-the-international-illicit-drug-trade.premium-1.444224?localLinksEnabled=false> [2012-07-05].
- Nachtigall, Andrea (2006): »Neue Kriege – neue Geschlechterkonstruktionen? Zur Funktion von Geschlechterbildern in der Berichterstattung über den 11. September und Abu Ghraib«, in: Nachtigall, Andrea; Zur Nieden, Birgit; Pieper, Tobias (Hrsg.): *Gender und Migration. Zwischen Kapitalverwertung, diskursiver Legitimation und sprachlicher Normierung*. Berlin: Dietz, S. 94-120.
- Naumann, Thomas (2010): »Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst«, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 19-36.

- Nowak, Peter (2013): Kurze Geschichte der Antisemitismusdebatte in der deutschen Linken. Mit einem Interview mit Peter Ullrich. Münster: Edition Assemblage.
- Offenberg, Ulrike (1998): Seid vorsichtig gegen die Machthaber. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945-1990. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Otto, Wilfriede (1993): »Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung«, in: Kefler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 95-119.
- Panofsky, Erwin (1975): Sinn und Deutung in der bildenden Kunst. Köln: DuMont Schauberg.
- Peucker, Mario (2010): »Islamfeindlichkeit – die empirischen Grundlagen«, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 159-171.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011): »Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk ›Attac‹«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24, 1, S. 94-104.
- Poliakov, Léon (1992): Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury. Freiburg i. Br.: ça ira Verlag.
- Polkehn, Klaus (1999): »Die DDR und Palästina«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38, S. 32-39.
- Postone, Moishe (1995): »Nationalsozialismus und Antisemitismus«, in: Werz, Michael (Hrsg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt: Verlag Neue Kritik, S. 29-43.
- Priester, Karin (2003): Rassismus. Eine Sozialgeschichte. 1. Aufl. Leipzig: Reclam.
- Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznaider, Natan (Hrsg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Rapoport, Louis (1992): Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Redaktion Arbeiterkampf (1988): Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina. Hamburg.
- Reiter, Margit (2001): Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah. Innsbruck, Wien/München: Studien-Verlag.
- Renger, Reinhard (Hrsg.) (1994): Die deutsche »Linke« und der Staat Israel. Leipzig: Forum Verlag.
- Roediger, David R. (2007): The Wages of Whiteness. Race and the Making of the American Working Class. New Edition. London u. a.: Verso.
- Rucht, Dieter (2011): »Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24, 3, S. 21-47.
- Salzborn, Samuel; Voigt, Sebastian (2011 a): »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit«, in: Zeitschrift für Politik, 58, 3, S. 290-309.
- Salzborn, Samuel; Voigt, Sebastian (2011 b): Antisemiten als Koalitionspartner? Die

- Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, Manuskript.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. 10. Aufl. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Saussure, Ferdinand de (1967): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin: Walter de Gruyter.
- Schatzker, Chaim (1994): Juden, Judentum und Staat Israel in den Geschichtsbüchern der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Scherr, Albert; Schäuble, Barbara (2008): »Wir« und »die Juden«. Gegenwärtiger Antisemitismus als Differenzkonstruktion«, in: Berliner Debatte Initial, 19, 1/2, S. 3-14.
- Schmid, Bernhard (2004): »Deutschlandreise auf die »Bahamas«. Vom Produkt der Linken zur neo-autoritären Avantgarde«, in: Hanloser, Gerhard (Hrsg.): »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken.« Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster: Unrast, S. 15-64.
- Schneider, Karlheinz; Simon, Nikolaus (Hrsg.): (1987): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984. 2. Aufl. Berlin: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): (2010): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien, Wiesbaden.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92385-7> [2012-04-25].
- Schönbach, Peter (1961): Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Schönberger, Klaus; Koestler, Claus (1992): Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus. Oder wie hierzulande die Herrschaft der »neuen« Weltordnung als »Krieg in den Köpfen« begonnen hat. Marbach: Autonomes Zentrum Marbach.
- Schwanitz (1993): »Israel ja, Zionismus nein«. Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948-1968)«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. 1. Aufl. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 129-164.
- Schwarz, Christoph Heiner (2012): »Ich habe mein Dorf noch nie gesehen, doch eines Tages werden wir dorthin zurückkehren«. Adoleszenz und politische Sozialisation in einem Flüchtlingscamp in der Westbank«, in: Brunner, Markus u. a. (Hrsg.): Politische Psychologie heute? Themen, Theorien und Perspektiven der psychoanalytischen Sozialforschung. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 223-242.
- Silberner, Edmund (1962): Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914. Berlin: Colloquium Verlag.
- Silberner, Edmund (1983): Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Snow, David A.; Benford, Robert D. (1988): »Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization«, in: Klandermans, Bert; Kriesi, Hanspeter; Tarrow, Sidney

- (Hrsg.): From Structure to Action. Comparing Social Movements Across Cultures. Greenwich (Conn.): JAI-Press, S. 197-218.
- Später, Jörg (2003): »Kein Frieden um Israel. Zur Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke«, in: Bruns, Theo u. a. (Hrsg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 245-259.
<http://www.ila-web.de/antisemitismus/linkeundantsem.htm>.
- Späti, Christina (2005): Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991. Essen: Klartext Verlag.
- Staritz, Dietrich (1995): »Von der ›Schande der Judenpogrome‹ zur ›zionistischen Diversionsarbeit‹. Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD«, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag, S. 212-235.
- Stein, Timo (2011): Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stern, Frank (1991): Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. 1. Aufl. Gerlingen: Bleicher.
- Stolle, Peer; Singelstein, Tobias (2008): Die Sicherheitgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strübing, Jörg (2004): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Timm, Angelika (1993): »Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 65-77.
- Timm, Angelika (1997): Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn: Bouvier.
- Timm, Angelika (Hrsg.) (2012): Die deutsche Linke und der Antisemitismus. Ausgewählte Zeugnisse der Antisemitismusdebatte in der Partei DIE LINKE. Tel Aviv: Rosa-Luxemburg-Stiftung (CC). <http://www.rosalux.de/publication/38466/die-deutsche-linke-und-der-antisemitismus.html>.
- Tolmein, Oliver (1997): »RAF, das war für uns Befreiung« Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Ullrich, Peter (2007a): Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt. Berlin: Aphorisma.
- Ullrich, Peter (2007b): »Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch«, in: UTOPIE kreativ, 199, S. 455-467.
- Ullrich, Peter (2008): Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland. Berlin: Dietz.
- Ullrich, Peter (2010 a): »Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitis-

- mus von links? Ein internationaler Diskursvergleich«, in: Hawel, Marcus; Blanke, Moritz (Hrsg.): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken. Berlin: Dietz, S. 67-80.
- Ullrich, Peter (2010b): »Kritik mit Methode? Sieben Thesen zum Verhältnis von Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik«, in: Dege, Martin u. a. (Hrsg.): Können Marginalisierte (wieder)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften. 1. Aufl. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 35-51.
- Ullrich, Peter (2011): »Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die (Nach-)Wirkungen des Nationalsozialismus im Nahostdiskurs«, in: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS – Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte. Berlin: AphorismA, S. 23-38, 41-42.
- Ullrich, Peter (2012a): »Das Problem der anderen. Rechtes Gedankengut prägt die deutsche Gesellschaft«, in: die tageszeitung, Berlin, 27.11.2012. <http://taz.de/Debatte-Antisemitismus/!106160/> [2013-01-04].
- Ullrich, Peter (2012b): »Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung«, in: Keller, Reiner; Truschkat, Inga (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 315-337. <http://www.springer.com/springer+vs/soziologie/book/978-3-531-17874-5> [2012-08-14].
- Ullrich, Peter (2012c): Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliografie. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Ullrich, Peter; Lê, Anja (2011): »Bilder der Überwachungskritik«, in: Kriminologisches Journal, 43, 2, S. 112-130.
- Ullrich, Peter; Werner, Alban (2011): »Ist ›DIE LINKE‹ antisemitisch? Über Grauzonen der ›Israelkritik‹ und ihre Kritiker«, in: Zeitschrift für Politik, 58, 4, S. 424-441.
- Ullrich, Peter; Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): »Judenfeindschaften – alte Vorurteile und moderner Antisemitismus«, in: Melzer, Ralf (Hrsg.): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., S. 68-86.
- Ullrich, Peter; Keller, Reiner (2014, im Druck): »Comparing Discourse between Cultures«, in: Baumgarten, Britta; Daphi, Priska; Ullrich, Peter (Hrsg.): Conceptualising Culture in Social Movement Research. Basingstoke u. a.: Palgrave Macmillan.
- Veltri, Giuseppe (2006): »Geborgte Identität im Zerrspiegel. ›Jüdische Riten‹ aus philosophisch-politischer Perspektive«, in: Frankfurter Judaistische Beiträge, 33, S. 111-130.
- Vogler, Kathrin (2011): »Boykott? Israel ist nicht Südafrika«, in: Vogler, Kathrin; Forberg, Martin; Ullrich, Peter: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS – Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte. Berlin: AphorismA, S. 7-14.
- Vogler, Kathrin; Forberg, Martin; Ullrich, Peter (2011): Königsweg der Befreiung

- oder Sackgasse der Geschichte? BDS – Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte. Berlin: AphorismA.
- Volkov, Shulamit (2000a): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays. München: C. H. Beck.
- Volkov, Shulamit (2000b): Die Juden in Deutschland 1780-1918. München: Oldenbourg Verlag.
- Weiß, Volker (2005): »Volksklassenkampf – Die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten Linken der BRD«, in: Zuckermann, Moshe (Hrsg.): Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 214-238.
- Welzer, Harald; Moller, Sabine; Tschuggnall, Karoline (2002): Opa war kein Nazi. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Wolffsohn, Michael (1997): Die Deutschland – Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. München: Stiebner.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2011): Antisemitische Mentalitäten. Bericht über die Ergebnisse des Forschungsprojektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Zimmermann, Michael (2007): »Antiziganismus – ein Pendant zum Antisemitismus?«, in: Bogdal, Klaus-Michael; Holz, Klaus; Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz. Stuttgart: Metzler, S. 337-346.
- Zimmer-Winkel, Rainer (2000): Die Araber und die Shoa: über die Schwierigkeiten dieser Konjunktion. Trier: Kulturverein AphorismA.
- Zimmer-Winkel, Rainer; Newerla, Carl-Lucas (2011): »Eine Vorbemerkung«, in: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS – Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte. Berlin: AphorismA, S. 5-6.
- Zuckermann, Moshe (Hrsg.) (2005): Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Zuckermann, Moshe (2010a): »Antisemit!«. Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument. 2., unveränd. Aufl. Wien: Promedia-Verlagsgesellschaft.
- Zuckermann, Moshe (2010b): Von Stiftungen und Anstiftern: Zur aktuellen Kontroverse um Norman G. Finkelstein. Gegenmeinung.
<http://principiis-obsta.blogspot.de/2010/03/ungen-und-anstiftern-zur-aktuellen.html> [2012-12-17].

Register

(kursive Ziffern verweisen auf Einträge in den Fußnoten)

Personen

- Ahmadinejad, Mahmoud 78
Albartus, Gerd 46
Al-Husseini, Haj Amin 102
Arafat, Yassir 129, 140
Atzmon, Gilad 51
Augstein, Jakob 79 f., 110
Avnery, Ury 112
- Bach, Johann Sebastian 93
Balibar, Etienne 95
Barskanmaz, Cengiz 99
Baumgarten, Helga 26
Bebel, August 28
Benz, Wolfgang 111
Berger, Peter L. 17
Bergmann, Werner 84
Brähler, Elmar 59
Bronfman, Edgar 129, 140
Buchholz, Christine 175, 177
Butler, Judith 21, 25, 79
- Daphi, Priska 53
Dayan, Moshe (Dajan, Mosche) 69, 121
Decker, Oliver 59
Dieckmann, Götz 93 f.
Dierkes, Hermann 180
- Diner, Dan 102
- Einstein, Albert 93
Elsässer, Jürgen 45
Engels, Friedrich 16, 29
- Fallaci, Oriana 108, 109
Farhat Naser, Sumaya 100
Ferree, Myra 117 f.
Fine, Robert 44
Frankenberg, Ruth 98
Frindte, Wolfgang 183
- Gamson, William 117 f.
Geisel, Eike 47
Gerhards, Jürgen 117
Goethe, Johann Wolfgang von 93, 123
Grass, Günter 13, 21, 79 f.
Graumann, Dieter 167, 170
Gremliza, Hermann 47
Grigat, Stephan 9, 102
Groth, Anette 35
Gysi, Gregor 31, 63, 177 f., 180
- Habermas, Jürgen 147
Hafez, Kai 106, 126

- Hartewig, Karin 138
 Haunss, Sebastian 40, 114
 Haury, Thomas 53, 132, 135, 141 f.
 Heine, Heinrich 93
 Herzog, Andreas 133, 138
 Hitler, Adolf 69, 72, 101
 Höger, Inge 35
 Holz, Klaus 25, 56, 69, 184
 Honecker, Erich 129, 139 f.
 Horkheimer, Max 41
- Imhoff, Maximilian Elias 39, 50, 66, 74
- Jäger, Margarethe 145, 154, 185
 Jäger, Siegfried 76, 107, 145 f., 148, 149, 151, 154, 156-158, 160, 162, 164, 185
- Kapferer, Norbert 144
 Keßler, Mario 131 f., 138, 140
 Kiess, Johannes 59
 Kipping, Katja 177
 Kistenmacher, Olaf 131
 Klemperer, Victor 146
 Kraushaar, Wolfgang 14
 Krauss, Hartmut 109
 Krüger, Benjamin 175
 Küntzel, Matthias 80, 102
- Latuff, Carlos 72
 Lê, Anja 53
 Lenin, Wladimir Iljitsch 28 f., 141 f.
 Leontjew, Alexei Nikolajewitsch 146
 Link, Jürgen 146
 Luckmann, Thomas 17
 Luxemburg, Rosa 29, 75
- Mahatir, Mohamed 101
 Mansel, Jürgen 61
 Marx, Karl 13, 16, 29, 93
 Maubach, Franka 143
 Meinhof, Ulrike 45
- Meining, Stefan 130, 135, 137
 Merkel, Angela 31, 63, 177
 Mertens, Lothar 130, 132, 138
 Modrow, Hans 139, 174
 Mohr, Markus 40
 Müller, Elfriede 25
- Nachtmann, Clemens 109
- Offenberg, Ulrike 130, 132, 138
 Otto, Wilfriede 132, 141
- Paech, Norman 35
 Pau, Petra 175, 177
 Pohrt, Wolfgang 47
 Pol Pot 83
 Polkehn, Klaus 139 f.
- Qutb, Sayyid 101
- Rahimi, Mohammad Reza 101
 Rapoport, Louis 144
 Rucht, Dieter 117
- Salzborn, Samuel 80, 110 f., 166-168, 171, 173, 176-183, 185, 187
 Sarrazin, Thilo 97, 109, 115
 Saussure, Ferdinand de 87
 Scherr, Albert 60
 Schiller, Friedrich 123
 Schönbach, Peter 58
 Schröter, Albrecht 79
 Schwanitz, Wolfgang 137
 Selent, Karl 39
 Sharon, Ariel 72 f., 120, 160
 Silberner, Edmund 144
 Slánský, Rudolf 135
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 29, 69, 135 f.
 Stern, Frank 122

Timm, Angelika 130, 140
 Traverso, Enzo 25
 Treitschke, Heinrich von 58
 Trotzki, Leo 28 f., 75

Ulbricht, Walter 129, 135
 Ulrich, Peter 10 f., 22, 26, 27, 30, 47, 53,
 59, 86, 89, 114, 117, 119 f., 185 f.

Vogler, Kathrin 35
 Volkov, Shulamit 64

Welzer, Harald 123
 Wolffsohn, Michael 130, 132, 139

Yassin, Ahmad; Jasin, Ahmad 25

Zedong, Mao; Tse-tung, Mao 83
 Zemaitis, Erika 73
 Zuckermann, Moshe 40, 99

Organisationen

ak (analyse & kritik) 45
 Amadeu-Antonio-Stiftung 70, 83
 Antinationale Gruppe 102 f.
 Arbeitskreis kritischer Marxistinnen
 und Marxisten 109
 Assoziation für kritische Gesellschafts-
 forschung (AkG) 25
 Ästhetik und Kommunikation e.V. 23

Bahamas 41, 47, 108 f.
 BAK Shalom (Bundesarbeitskreis Sha-
 lom der Partei »DIE LINKE«) 24,
 104, 175, 186
 BDS (Boycott, Divestment and Sanc-
 tions) 33-35, 79
 Bündnis »Es geht um Israel« 102
 Bündnis 90/Die Grünen; Grüne 67,
 124, 165, 175
 Bündnis gegen Antisemitismus 26

ça ira-Verlag 47
 CDU (Christlich Demokratische
 Union) 67, 125, 165, 176
 Centrum Judaicum 138
 Chrysi Avgi (Goldene Morgendämme-
 rung) 80
 compact-Magazin 45
 Conne Island 104
 CSU (Christlich-Soziale Union in Bay-
 ern) 67, 125, 165, 176

Deutsche Kommunistische Partei
 (DKP) 70
 Die Linke; Linkspartei 10, 13, 16, 35-37,
 67, 74, 80 f., 110, 165, 167, 171-173,
 175-182, 184, 186-188
 Duisburger Institut für Sprach- und
 Sozialforschung (DISS) 145, 148,
 151 f., 164

- European Forum on Antisemitism 75, 183
- European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) 75 f., 114, 184-186
- Expertenkreis Antisemitismus 34, 59, 67
- FDP (Freie Demokratische Partei) 67, 165
- Generalunion Palästinensischer Studierender (GUPS) 72
- Hamas 25, 32, 35, 39, 44, 78, 101, 175 f., 180-182, 184
- Hisbollah 39, 77, 101
- Human Rights Watch 92
- IHH (İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı) 32 f.
- Indymedia 72
- Initiative Sozialistisches Forum (ISF) 47
- International Crisis Group 182
- Jüdischer Weltkongress 129, 140
- Jungle World 107, 120 f., 153, 157, 160
- Kommunistische Initiative 29, 51, 70 f.
- Kommunistischer Bund (KB) 47
- konkret 47, 120, 153, 157, 159
- KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) 70, 130-132, 136
- Linke Liste Universität Frankfurt 81
- Linksjugend/Solid 104
- medico international 24 f.
- Muslim Association of Britain 38
- Muslimbrüder; Muslimbruderschaft 77, 80, 101
- NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) 135
- NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) 132, 135
- NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) 59
- Occupy 81 f.
- Palestinian Center for Public Opinion 108
- PLO (Palestine Liberation Organization) 129 f., 140
- Politically Incorrect 104, 107
- RAF (Rote Armee Fraktion) 45, 70
- reclaim society (rs) 110
- Redaktion Arbeiterkampf 47
- RESPECT 38
- Revolutionäre Zellen (RZ) 46 f.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) 19, 78
- RotFuchs 93 f.
- SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) 10, 132-140, 142, 174
- Simon-Wiesenthal-Center 80
- Socialist Workers Party 38, 73
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 67, 97, 115, 132, 180
- taz (die tageszeitung) 80, 120, 153, 157
- Tschechoslowakische Kommunistische Partei Kommunistische Partei (KPČ) 69
- Tupamaros Westberlin 70
- UZ (Unsere Zeit) 66
- Volksinitiative gegen das Finanzkapital 45
- VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten

des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) 134

WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit; Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) 175

Zentralrat der Juden 80, 167

Medien

Bild 121 f.

der Freitag 80, 120, 153, 156, 159, 161

Der Stürmer 58

Frankfurter Rundschau 35, 167

Jüdische Allgemeine 175

junge Welt 66, 120, 153, 156

Neues Deutschland (ND) 120, 153, 156

Vorwärts 131

Die Zeit 104